

Wortprotokoll

23. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

7. März 2024

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Trauerkundgebung für LAbg. und Bundesrätin a.D. Maria Derflinger

Fragestunde:

Beilage 9160/2024: Anfrage der Abg. Mag. Dr. Bammer an Landesrat Mag. Lindner

Beilage 9161/2024: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Beilage 9162/2024: Anfrage des Abg. Mag. Höglinger an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9163/2024: Anfrage der Abg. Margreiter an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander

Beilage 9164/2024: Anfrage der Abg. Knauseder, MSc an Landesrat Dr. Hattmannsdorfer

Beilage 9165/2024: Anfrage der Abg. Bauer an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9166/2024: Anfrage des Abg. KO Mayr an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9167/2024: Anfrage der Abg. Vukajlović, MSc BA an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9168/2024: Anfrage des Abg. Aigner an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung

Geschäftsanträge:

Beilage 762/2024: Initiativantrag betreffend Sicherstellung von Finanzierung und Ausbau des Gewaltpräventionsprojekts "StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt"

Redner/innen: Abg. Heitz
 Abg. Gruber
 Abg. Gneißl
 Abg. Mag. Dr. Bammer
 Abg. Häusler, BSc
 Abg. Mag. Engl

Beilage 763/2024: Initiativantrag betreffend Förderung von Kleinwindkraftanlagen (Mikrowindkraftanlagen) für Haushalte

Redner/innen: Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Schießl
Abg. Aigner
Abg. Mühlbacher
Abg. Schwarz
Abg. KO Mag. Eypeltauer

Beilage 764/2024: Initiativantrag betreffend Initiativantrag betreffend Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK

Redner/innen: Abg. Präsident Peter Binder
Abg. Mag. Dr. Manhal
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Schwarz

Beilage 765/2024: Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes

Redner/innen: Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Schießl
Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Aigner
Abg. Schwarz
Abg. Bgm. Angerlehner

Beilage 766/2024: Initiativantrag betreffend Rücknahme der Kürzungen des Aktionsprogrammes Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung

Redner/innen: Abg. Mag. Engl
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Dim
Abg. Strauss
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 767/2024: Initiativantrag betreffend Sanierungsplan für oberösterreichische öffentliche Gebäude zur Betriebskostensenkung und für Klimaschutz

Redner/innen: Abg. Margreiter
Abg. Ing. Fischer
Abg. Grünberger
Abg. Vukajlović, MSc BA
Abg. KO Mag. Eypeltauer

Beilage 768/2024: Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung

Redner/innen: Abg. Stanek
Abg. Aigner
Abg. Mag. Dr. Bammer

Abg. Vukajlović, MSc BA
Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Ing. Wahl, MBA

Beilage 769/2024: Initiativantrag betreffend Automatisches Pensionssplitting

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Bammer
Abg. Scheiblberger
Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger
Abg. Mag. Engl
Abg. Heitz

Beilage 770/2024: Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauerbahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauerbahn und der Pyhrnbahn in die europäischen „TEN-T-Kernnetze“

Redner/innen: Abg. Handlos
Abg. Mag. Engl
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Bgm. Naderer

Beilage 771/2024: Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen

Redner/innen: Abg. Kroiß
Abg. Schaller
Abg. Aigner
Abg. Bgm. Oberlehner
Abg. Mag. Engl
Abg. Mag. Dr. Bammer

Beilage 772/2024: Initiativantrag betreffend OÖ. Raumordnungsmaßnahmen entsprechend der so genannten Österreich Deklaration „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“

Redner/innen: Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger
Abg. Dim
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Bgm. Froschauer
Abg. Strauss

Beilage 774/2024: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“)

Redner/innen: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Schwarz
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Margreiter

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 754/2024: Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung und Bürgschafts-/Haftungsübernahme für die Generalsanierung des Gebäudes Promenade 39 (Linzer Landestheater, Redoutensäle, Promenadenhof)

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Mag. Lengauer

Redner/innen: Abg. Bgm. Mag. Lengauer
Abg. Ing. Wahl, MBA
Abg. Dim
Abg. KO Mayr

Beilage 755/2024: Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992 geändert wird

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Redner/innen: Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger
Abg. Präsident Peter Binder
Abg. KO Mayr
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Beilage 756/2024: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2020 - 2022 der Oö. Patientenentschädigungskommission

Berichtersteller/in: Abg. Gneißl

Redner/innen: Abg. Gneißl
Abg. Schwarz
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Knauseder, MSc

Beilage 757/2024: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2022 der Oö. Pflegevertretung

Berichtersteller/in: Abg. Scheiblberger

Redner/innen: Abg. Scheiblberger
Abg. Schwarz
Abg. Knauseder, MSc
Abg. Präsidentin Sabine Binder

Beilage 758/2024: Bericht des Umweltausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2024)

Berichtersteller/in: Abg. Bauer

Redner/innen: Abg. Bauer
Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Strauss
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Landesrat Kaineder

Beilage 759/2024: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung infolge der Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Projekte „Regional-Stadtbahn Linz“ sowie „Obusachse Linz“

Berichtersteller/in: Abg. Schießl

Redner/innen: Abg. ÖkR Ecker
Abg. Mag. Engl
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Handlos
Landesrat Mag. Steinkellner

Beilage 764/2024: Initiativantrag betreffend Initiativantrag betreffend Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK

Berichtersteller/in: Abg. Präsident Peter Binder

Beilage 765/2024: Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes

Berichtersteller/in: Abg. KO Mag. Eypeltauer

Beilage 768/2024: Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung

Berichtersteller/in: Abg. Stanek

Beilage 770/2024: Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauerbahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauerbahn und der Pyhrnbahn in die europäischen „TEN-T-Kernetze“

Berichtersteller/in: Abg. Handlos

Beilage 771/2024: Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen

Berichtersteller/in: Abg. Kroiß

Beilage 774/2024: Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“)

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Vorsitz: Präsident Hiegelsberger
Zweite Präsidentin Sabine Binder
Dritter Präsident Peter Binder

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Dr. Hattmansdorfer, Kaineder, Langer-Weninger, PMM, Mag. Lindner und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Mag. Zehetmair, Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A, und Abg. ÖkR Ing. Graf

Landesamtsdirektor Mag. Schäffer

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer Mag. Dr. Mayr

(Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 23. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, insbesondere die noch kommen werden, die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Vöcklabruck-Gmunden mit Pädagoginnen und Pädagogen, die Bediensteten des Hauses, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unserer Sitzung im Internet beiwohnen!

Von der heutigen Sitzung entschuldigt sind Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu, Abgeordneter Franz Graf und Abgeordnete Astrid Zehetmair.

Die Amtliche Niederschrift über die 22. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 8. bis zum 22. März 2024 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass der Verfassungsausschuss in seiner Sitzung am 15. Februar 2024, ich bitte um etwas Ruhe im Saal, 2024 einstimmig beschlossen hat, der gemäß Paragraf 8 in Verbindung mit Paragraf 4 und Paragraf 6 Absatz 2 Zeile 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes angezeigten Leitendenstellung von Frau Abgeordnete Alexandra Platzer als Mitglied des Aufsichtsrates der Oö. Thermenholding GmbH und für Herrn Landesrat Mag. Günther Steinkellner als Mitglied des Aufsichtsrates der Flughafen Linz GmbH, zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gemäß Paragraf 7 Absatz 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetzes und gemäß Paragraf 4 Zeile 6 des Gesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem Oö. Landtag zur Kenntnisnahme vor.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Schließlich teile ich noch mit, dass im Ausschuss für Bauen und Naturschutz Frau Abgeordnete Alexandra Platzer zur 1. Schriftführerin gewählt worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Wir trauern um Frau Landtagsabgeordnete außer Dienst Maria Derflinger, welche am Montag, dem 29. Jänner 2024, im 94. Lebensjahr verstorben ist.

Maria Derflinger wurde am 10. April 1930 in Steyr geboren. Besuchte die Volks- und die Handelsschule und trat 1948 in die Steyr-Werke ein, wo sie als kaufmännische Angestellte, Sachgebearbeiterin und Mitarbeiterin im Betriebsratsbüro der Steyr-Werke jahrzehntelang tätig war. Politisch war sie Obfrau einer SPÖ-Sektion in Steyr, Mitglied des Bezirks- und Landesvorstandes der SPÖ, sowie im Landes- und Bundesfrauenkomitee. 1973 trat sie in den Gemeinderat Steyr ein, wo sie ihr Weg 1979 für neun Jahre in den Bundesrat führte. Am 10. November 1988 wurde sie Abgeordnete des Oberösterreichischen Landtags, dem sie bis zum 29. Oktober 1991 angehörte. Sie war Mitglied im Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten und im Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss. Maria Derflinger war Trägerin des silbernen Ehrenzeichens des Landes Oberösterreichs und engagierte sich zeitlebens bei den Kinderfreunden, den Naturfreunden und beim ARBÖ.

Zwischen 1972 und 1976 war sie als Elternvertreterin auch Teil des Landesschulrates in Oberösterreich. Der Oberösterreichische Landtag und das Land Oberösterreich werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. (Gedenkminute)

Danke! Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage durch Abgeordnete Julia Bammer an Landesrat Michael Lindner.

Abg. Mag. Dr. Bammer: Guten Morgen lieber Landesrat, guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Gesprächen mit Schulleitungen ist bekannt, dass die Zusammenarbeit mit Eltern oftmals zunehmend schwieriger geworden ist. Das Schulunterrichtsgesetz normiert die Pflichten für Erziehungsberechtigte bei Pflichtverletzungen oder Uneinigkeit, in wichtigen Fragen hat die Schulleitung dies dem zuständigen Jugendwohlfahrtsträger mitzuteilen. Meine Frage daher an dich in deinem Zuständigkeitsbereich: Wie viele Mitteilungen bei Pflichtverletzung oder Uneinigkeit in wichtigen Fragen mit Erziehungsberechtigten haben Schulleiter/innen an die zuständigen Jugendwohlfahrtsträger jeweils in den Schuljahren 2021/22 und 2022/23 erstattet?

Präsident: Bitte!

Landesrat **Mag. Lindner:** Ja geschätzte Frau Abgeordnete! Soweit die Anfrage in meinen Zuständigkeitsbereich fällt, gebe ich dir natürlich sehr gerne Auskunft. Ich muss aber grundsätzlich anmerken, dass der Vollzug Schulunterrichtsgesetz natürlich in den wesentlichsten Teilen in den Bereich des Bildungsressorts auch fällt. Aber im Zusammenhang mit Paragraph 37 des Bundeskinder- und Jugendhilfegesetzes normiert dieser Paragraph die Mitteilungspflichten, vor allem bei dem Bereich Verdacht einer Kindeswohlgefährdung. Das ist dabei der Punkt. Ich darf vielleicht kurz die gesetzliche Bestimmung anreißen und zitieren, damit klarer ist, um was es dabei geht: Ergibt sich in Ausübung einer beruflichen Tätigkeit der begründete Verdacht, dass Kinder oder Jugendliche misshandelt, gequält, vernachlässigt oder sexuell missbraucht werden oder worden sind oder ihr Wohl in anderer Weise erheblich gefährdet ist, und kann diese konkrete erhebliche Gefährdung eines bestimmten Kindes oder Jugendlichen anders nicht verhindert werden, ist von diesen Einrichtungen unverzüglich eine Mitteilung an den örtlich zuständigen Kinder- und Jugendhilfeträger zu erstatten.

Das heißt, meldepflichtige Einrichtungen sind all jene Einrichtungen, die Kinder betreuen und unterrichten. Eben auch Schulen, aber auch Kindergärten. Das heißt, wir werden in der Kinder- und Jugendhilfe dann aktiv, wenn es einen Verdacht oder eine Sorge im Hinblick auf eine Kindeswohlgefährdung gibt. Zu den konkreten Gefährdungsmeldungen kann ich soweit Auskunft geben, dass diese bei uns nicht nach Schuljahren, sondern nach Kalenderjahren erfasst werden. Grundsätzlich, die werden von meldepflichtigen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Ärztinnen und Ärzten, Pädagoginnen und Pädagogen eingebracht, aber auch bekannte Angehörige, Nachbarn, die sich mit dieser Sorge um das Kindeswohl an die Behörden wenden. Meistens handelt es sich dabei um Verdachtslagen wie Vernachlässigung, Gewalt oder Missbrauch. Wir haben insgesamt im Jahr 2021 in Oberösterreich 5.681 Gefährdungsmeldungen bekommen. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 5.545. Ich muss dazusagen, das ist die Gesamtzahl der eingegangenen Gefährdungsmeldungen. Wir haben keine statistische Auswertung nach einmeldender Stelle, also ob ÄrztInnen, Bildungseinrichtungen, oder andere, weil die jeweilige Gefährdungsmeldung fallbezogen erfasst und dann weiter bearbeitet wird. Und es wäre aus unserer Sicht jetzt aus Ressourcengründen nicht vertretbar gewesen über 11.000 Mitteilungen händisch durchzusehen, welche konkret von Schulleiterinnen oder Schulleitern auch kamen.

Das war, ich ersuche um Verständnis, in dieser kurzen Zeit auch nicht möglich. Was passiert dann bei dieser Gefährdungsmitteilung oder Gefährdungsmeldung? Dann startet sofort eine behördliche Abklärung. Das heißt, die Kindes- und Jugendhilfe in der jeweiligen Region, im jeweiligen Bezirk startet die behördliche Abklärung. Das dient zur Überprüfung, ob diese geäußerte Sorge begründet ist oder nicht. Das heißt, der zuständige Sozialarbeiter, die zuständige Sozialarbeiterin tritt mit der Familie direkt in Kontakt. Macht sich einen persönlichen Eindruck von der Familie, vom Kind, von den jeweiligen Lebensverhältnissen. Es werden je nach Bedarf auch weitere Fachkräfte hinzugezogen, wenn es um das Vier-Augen-Prinzip zum Beispiel geht, weil es ja ein sehr sensibler Bereich ja auch ist, und dann folgen die weiteren Erhebungsschritte. Das heißt, das können sein: weitere Hausbesuche, das Einfordern von Berichten aus den Kindergärten, Schulen, von den Schulleitungen, von den Pädagogen, oder das Einbeziehen des psychologischen Fachdienstes, und wenn dann eine konkrete Kindeswohlgefährdung festgestellt wird, dann hat die Kindes- und Jugendhilfe die Möglichkeit, die weiteren Schritte, wie zum Beispiel mit Bescheid dann auch die Einleitung einer Erziehungshilfe, in die Wege zu leiten.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Nein, danke!

Präsident: Dann kommen wir zur nächsten Anfrage durch Klubobmann Eypeltauer an Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Guten Morgen Frau Landesrätin, guten Morgen werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Freizeitwohnsitze im Salzkammergut, in Gmunden. Mit einem höheren Nebenwohnsitzanteil als in der Vorbehaltsgemeinde Bad Goisern beispielweise mit deutlich stärker steigenden absoluten Preisen für Baugrundstücke als im restlichen Bundesland Oberösterreich und dadurch dann stetig zunehmender Wohnkostendruck auf die Bevölkerung. All das ja schon seit Jahren, bietet die Stadtgemeinde Gmunden Anlass für eine Beschränkung der Zweitwohnsitze mittels Verordnung durch die Landesregierung. Meine Frage ist: Warum verordnete die Landesregierung bislang in den vergangenen Jahren zwar Vorbehaltsgebiete in größten Teil der Salzkammergutgemeinden am Attersee und am Traunsee, nicht aber in besonders von den Auswirkungen von Zweit- und Freizeitwohnsitzen betroffenen Stadtgemeinde Gmunden?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Vielen Dank für deine Anfrage. Vielleicht werfen wir zu Beginn einen kleinen Blick auf das Grundverkehrsgesetz, was sagt das dort im Paragraph 6? Die Landesregierung kann durch Verordnung Gebiete, in denen, Ziffer 1, die Anzahl der Freizeitwohnsitze im Verhältnis zur Anzahl der Hauptwohnsitze erheblich über den entsprechenden Zahlen in den angrenzenden oder vergleichbaren Gebieten liegt, oder in der Ziffer 2, die Anzahl der Freizeitwohnsitze einer soziokulturellen, strukturpolitischen, wirtschaftspolitischen oder gesellschaftspolitischen Entwicklung dieses Gebiets entgegensteht oder Ziffer drei, eine überdurchschnittliche Erhöhung der Preise für Baugrundstücke durch die Nachfrage an Freizeitwohnsitzen eingetreten oder eine solche unmittelbar droht, zu Vorbehaltsgebieten erklären.

Das heißt, wir haben das natürlich auch genau geprüft. Zu Ziffer 1 kann man ganz klar sagen, wenn es um die Anzahl der Freizeitwohnsitze im Verhältnis zu den Hauptwohnsitzen geht, im Jahr 2022 gab es in Gmunden 7.342 Haushalte, davon waren 6.676 als Hauptwohnsitz und 671 als Zweitwohnsitz gemeldet. Laut Meldedaten lag im Jahr 2022 in Gmunden das Verhältnis der Nebenwohnsitze zur Anzahl zur Hauptwohnsitze bei 9,1 Prozent. Laut einer

Empfehlung der österreichischen Raumordnungskonferenz sind 15 Prozent nicht zu überschreiten. Also wir sind hier klar darunter. Bezogen auf Einzelpersonen betragen die Nebenwohnsitze in Gmunden 18,9 Prozent, wobei im konkreten Fall ja einer Bezirkshauptstadt mit beruflichen Nebenwohnsitzen und auch als Schulstandort, die Freizeitwohnsitze wahrscheinlich deutlich darunter liegen, aber unerheblich davon überschreiten wir auch hier die 20 Prozentschwelle nicht. Da aufgrund des bisherigen Vollzugs des Gesetzes erst bei Werten über 20 Prozent, diesem Verhältnis bezogen auf Einzelpersonen, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken ist, kann hier in beiden Betrachtungsweisen, weder Wohnsitz bezogen, noch Einzelpersonen bezogen, nicht von einer erheblichen Abweichung von vergleichbaren Gebieten ausgegangen werden. Im Vergleich vielleicht dazu hatten die letzten Seengemeinden, die mit diesem Argument zu Vorbehaltsgebieten erklärt worden sind, Freizeitwohnsitzanteile von deutlich über 50 Prozent. Zum Beispiel Nußdorf am Attersee mit 56,73 oder Attersee am Attersee mit 64 Prozent. Du hast unter anderem auch Bad Goisern in deiner Frage erwähnt. Bad Goisern zum Beispiel, aber auch Altmünster oder Schörfling wurden nicht wegen der hohen Anzahl von Freizeitwohnsitzen im Verhältnis zur Anzahl der Hauptwohnsitze zu Vorbehaltsgebieten erklärt, sondern ausschließlich wegen der überdurchschnittlichen Erhöhung der Preise für Baugrundstücke gegenüber dem Landesdurchschnitt. Weyregg zum Beispiel hat beide Parameter erfüllt. Die Baugrundstücke und auch die Freizeitwohnsitzzahlen im Verhältnis.

Wenn wir uns die Ziffer 2 anschauen, besondere Umstände, nach denen die Zahl der Freizeitwohnsitze, speziell der Ortsentwicklung entgegenstehen würden, hier sind der Behörde keine Umstände entsprechend bekannt. In der Ziffer 3, wenn es zur Beurteilung der Baugrundstückspreisentwicklung geht, nach dem Grundverkehrsgesetz, wurde von der Behörde ein extern gerichtlich beeideter Sachverständiger für Immobilienbewertung mit der Erstellung eines Gutachtens zur Ermittlung der Preisentwicklung von Wohnbauland in der Stadtgemeinde Gmunden gegenüber dem Landesdurchschnitt von Oberösterreich im Betrachtungszeitraum 2018 bis 2022 beauftragt. Das Ergebnis aus diesem Gutachten im Betrachtungszeitraum ergab in Oberösterreich eine prozentuelle Preisentwicklung von Wohnbauland von 13,48 Prozent. Für den gleichen Betrachtungszeitraum lag bezogen auf die Stadtgemeinde von Gmunden die prozentuelle Erhöhung bei 8,06 Prozent. Da die Baugrundstückspreisentwicklung in Gmunden im repräsentativen Zeitraum sogar um 5,42 Prozent unter dem Landesdurchschnittspreis liegt, kann in Gmunden von keiner überdurchschnittlichen Preiserhöhung im Baugrundstück ausgegangen werden.

Du hast ja auch erwähnt in deiner Frage, warum Absolutpreise im Vergleich zu relativen Preisen? Auch das ist ganz klar im Grundverkehrsgesetz geregelt, wie hier zu bemessen ist. Wie sich aus dem Gesetzeswortlaut und den Materialien zum Oberösterreichischen Grundverkehrsgesetz ergibt, ist beim Vergleich der Baugrundstückspreisentwicklung nicht auf das Preisniveau an sich, also die absoluten Preise, auch in Gunstlagen, sondern auf die Entwicklung der Preise der Steigerungsrate, also der relativen Preise, abzustellen. Als repräsentativer Vergleichszeitraum können hier gemäß den Erläuterungen drei Jahre herangezogen werden. Wir haben sogar fünf Jahre herangezogen, um diese besondere Zeit entsprechend zu beurteilen. Beim Vergleich ist auch auf die Baugrundstückspreisentwicklung vom Landesdurchschnitt auszugehen, um unterschiedliche Preisentwicklungen in den Gemeinden auszugleichen und einen allgemeinen Bezugsrahmen herzustellen. Das heißt, wir sehen hier ganz klar auf Grund der aktuell vorliegenden Bewertungsergebnisse keine der im Paragraph 6 Absatz 1 Ziffer 1 bis 3 im Oberösterreichischen Grundverkehrsgesetz genannten Voraussetzungen zur Verordnung der Stadtgemeinden Gmunden zum Vorbehaltsgebiet erfüllt.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Die Frau Landesrätin hat sehr umfangreich und nahezu abschließend geantwortet. Ich möchte nur noch zusammenfassen und fragen, ob ich das damit richtig verstehe: Ist es also so, dass die Oö. Landesregierung klar der Ansicht ist, dass es in Gmunden keine Notwendigkeit der Verordnung eines Zweitwohnsitzvorbehaltsgebietes gibt, weil weder der Wohnkostendruck, noch die Auswirkungen der Zweitwohnsitze auf die Ortsentwicklung in ausreichender Art und Weise dafür Anlass geben?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Nach den Maßnahmen des Grundverkehrsgesetz liegt keine Möglichkeit vor, hier ein Vorbehaltsgebiet zu verordnen.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke!

Präsident: Weitere Zusatzfrage? Abgeordneter Haas, bitte!

Abg. **Haas:** Ja schönen guten Morgen, geschätzte Frau Landesrätin! Ein Vorbehaltsgebiet ist laut Oberösterreichischen Grundverkehrsgesetz 1994, Paragraph 6 Absatz 1, unter anderem zu verordnen, wenn eben eine überdurchschnittliche Erhöhung der Preise für Baugrundstücke durch die Nachfrage an Zweitwohnsitzen eingetreten ist beziehungsweise eine solche unmittelbar droht. Sie haben eh angeführt, das Land Oberösterreich argumentiert, dass im betroffenen Zeitraum 13,48 Prozent die Erhöhungen für Oberösterreich waren und 8,06 Prozent in Gmunden. Wenn man aber die Zahlen, wie viel man für einen Quadratmeter zahlt, hernimmt, dann waren das in Oberösterreich 149,32 Euro, während man in Gmunden 569,26 Euro zahlt. Daher meine Frage, warum wird hier der deutlich weniger aussagekräftige prozentuelle Erhöhungsansatz seitens des Landes verwendet und nicht der deutlich lebensrealistischere Ansatz mit direkten Preisen pro Quadratmeter?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Danke Herr Abgeordneter für die klarstellende Frage. Weil es ganz klar im Grundverkehrsgesetz genau so geregelt ist, wie ich es vorgetragen habe, wonach zu bemessen ist und wie diese Grundstückspreisentwicklungen auch zu bewerten sind.

Abg. **Haas:** Danke, dann müssen wir da etwas ändern.

Präsident: Dankeschön! Ich begrüße jetzt ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler der Berufsschule Vöcklabruck-Gmunden, die auf der Galerie Platz genommen haben, unter der Begleitung von Frau Sieglinde Mayr! Wir kommen damit zur nächsten Frage durch Tobias Höglinger an Landeshauptmann Thomas Stelzer!

Abg. **Mag. Höglinger:** Guten Morgen Herr Landeshauptmann! Mit Ablauf des Schuljahres 2025/26 wird die landwirtschaftliche Berufs- und Fachschule Bergheim in die landwirtschaftliche Berufs- und Fachschule Waizenkirchen integriert. Auf der Schulliegenschaft Schloss Bergheim befinden sich auch Einrichtungen der Gemeinde Feldkirchen an der Donau, welche sich mit einer Petition für eine Nachnutzung an den Landtag wandet. In deiner schriftlichen Stellungnahme dazu betonst du, dass sich bislang keine Nachnutzungsmöglichkeit ergeben habe und ein Verkauf nicht ausgeschlossen wird. Meine Frage, welche Schritte setzt du konkret, um eine Nachnutzung des landeseigenen Schlosses Bergheim zu entwickeln, zumal bis zum Ende des Schulbetriebs nur mehr gut zwei Jahre für eine entsprechende Projektentwicklung verbleiben?

Präsident: Bitte!

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, geschätzter Abgeordneter! Es stimmt, die Landesregierung hat im Jahr 2019 den einstimmigen Beschluss gefasst, dass, vor allem um das Bildungsgeschehen noch moderner zu gestalten, im landwirtschaftlichen Schulbereich, das die drei Schulstandorte Bergheim, Mistelbach und Waizenkirchen zu einem Standort zusammengefasst werden in Waizenkirchen. Dort wird, wie man ja sehen kann, wenn man vorbeifährt, jetzt ein sehr moderner neuer Schulbau entstehen, mit einem Kostenrahmenpreis auf Basis 2019 von 29,5 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist aus dem landwirtschaftlichen Schulwesen herausgekommen, dieser Wunsch, es ist kein unbekannter Schritt, weil auch unsere landwirtschaftliche Fachschule in Hagenberg aus einem ähnlichen Kooperations- und Verschmelzungsprozess entstanden ist. Es gibt also ein erfolgreiches Vorbild, aus dem Grund kann man schließen, dass der Hintergrund dieser Entscheidung nicht ist, dass man auf den verbleibenden Standorten dann noch einmal etwas schafft, was uns allen, den oberösterreichischen Steuerinnenzahler und Steuerzahler dann weitere Kosten verursacht, sondern der Hintergrund war, dass man ein modernes Bildungskonzept, das die so genannten Synergieeffekte auch hebt, umsetzt und schafft. Das bedeutet natürlich, dass an den verbleibenden Standorten Nachnutzungs- und Verwertungsmöglichkeiten gesucht werden, da hat es verschiedenste Interessenten und Überlegungen bisher gegeben, aber noch keine, wo man so weit wäre, um zu sagen, das ist es jetzt, dies oder jenes Projekt kann und wird in Bergheim umgesetzt werden.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Höglinger:** Wie wird in deiner Verantwortung die Gemeinde Feldkirchen in die Entwicklung des Gebäudes und der Flächen miteinbezogen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Eigentümer des Grundstückes sind quasi alle Oberösterreichinnen und Oberösterreicher, damit auch alle, die in allen Gemeinden unseres Landes zu Hause sind, wir haben eine Gesamtverantwortung gegenüber unseren Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Klar ist, dass ja die Gemeinde Feldkirchen teilweise Mieter des Gebäudes ist, klar ist, dass natürlich die Standortgemeinde, wenn es weitere Überlegungen gibt, einbezogen wird, sie ist ja Widmungsbehörde, Baubehörde und vieles andere mehr. Das ist auch der Grund, warum es, auch als der Herr Präsident noch zuständiger Landesrat war, als jetzt mit der Frau Landesrätin Langer-Weninger und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der zuständigen GBM, laufend Kontakte mit der Gemeinde stattfinden, insbesondere auch mit dem Herrn Bürgermeister.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Höglinger:** Habe ich deine erste Antwort richtig verstanden, wenn du sagst, es ist nicht geplant, dass eine weitere Nutzung für das Land angedacht ist, dass der Verkauf ohnehin die Option ist, die am naheliegendsten ist? Ist das die einzige Option, die dem Steuerzahler nicht zur Last fällt?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Die Option, die es in Bergheim geben wird, die gibt es zurzeit nicht, daher beteilige ich mich auch als Verantwortlicher nicht an Spekulationen. Es gab diverse Überlegungen, die auch wir selber hatten, eine kann ich nennen, es ist ja bekannt, dass ein Betreiber einer Privatuniversität eine Veterinärmedizinische Fakultät oder Uni bei uns im Land errichten möchte, er hat sich dann für einen anderen Standort entschieden, wenn es überhaupt dazu kommt. Ich höre auch, dass die Gemeinde Feldkirchen immer wieder

Interessenten hat, die an uns weitergeleitet werden, dem werden wir natürlich sehr verantwortungsvoll nachgehen.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Guten Morgen Herr Landeshauptmann! Nachdem ja durchaus der Verkauf ein Thema sein dürfte, meine Frage, gibt es bereits ein Schätzgutachten für Schloss Bergheim samt Grundbesitz?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Rahmen der LIG gibt es natürlich über alle Grundstücke, die in unserem Eigentum oder im Eigentum der LIG stehen, laufend Bewertungen. Es gibt auch über Schloss Bergheim ein Schätzgutachten, ich glaube aus dem Jahr 2021, das ich jetzt in der Eile nicht finde, das kann ich aber gerne nachreichen, weil das alles keine Geheimnisse sind. Aber Thema ist, sollte es zu einer Nutzung oder zu einem Weiterverkauf kommen, dann muss man natürlich immer tagesaktuell diesen Wert auch entsprechend beraten und bewerten lassen.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Vielen Dank, bitte um das Schätzgutachten aus 2021.

Präsident: Damit kommen wir zu einer weiteren Anfrage durch die Abgeordnete Margreiter an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. **Margreiter:** Einen wunderschönen guten Morgen Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Im Jahr 2009 beschloss der Oberösterreichische Landtag einstimmig mit der Beilage 1952/2009 die Schulsozialarbeit, damals noch Schulverbindungsdiens genannt, bis Ende 2013 auf 100 Mitarbeiter/innen aufzustocken und die Personalkosten zur Gänze zu übernehmen. Der Ausbau der Schulsozialarbeit im Jahr 2024 sieht ja eine Aufstockung um 10 Vollzeitäquivalente auf 62 vor, was um 38 unter dem im Jahr 2013 beschlossenen Ziel von 100 MitarbeiterInnen liegt, bei der jüngsten Aufstockung um 10 Vollzeitäquivalente haben Steyr-Stadt, Steyr-Land, Rohrbach und Schärching keine zusätzlichen Stunden erhalten. Vor dem Hintergrund des einstimmigen Landtagsbeschlusses vom 6. Juli 2009, in dem nun die Aufstockung auf 100 MitarbeiterInnen bis 2013 verankert ist, stelle ich Ihnen nunmehr die Frage, bis wann Sie diese seit 11 Jahren ausstehende Aufstockung auf 100 Vollzeitmitarbeiter/innen für Oberösterreichs Schulen abschließen werden?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, geschätzte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Frage, ich möchte beginnen mit einem Danke an unsere 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diese wertvolle und wichtige Aufgabe durchführen in unseren Schulen. (Beifall) Ich spreche von 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das sind 62 Vollzeitäquivalente, wie du schon angeführt hast, wir haben in den letzten Monaten ausgebaut. Wir bekennen uns selbstverständlich auch dazu, weitere Ausbauschritte zu setzen. Wesentlich und wichtig ist aber, dass wir vor mehreren Faktoren stehen, die wir berücksichtigen müssen. Zum einen ist der limitierende Faktor Fachkräftemangel, zum aktuellen Zeitpunkt sind 2,42 Vollzeitäquivalente nicht besetzt, weil wir keine Mitarbeiterin oder keinen Mitarbeiter finden. Wir bemühen uns sehr, wir sehen natürlich, dass das ein begehrtes Feld ist, wo viele Institutionen auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen. Der Landesrechnungshof hat in seinem jüngsten Bericht das ja auch kritisch angemerkt, dass ein unkoordinierter Ausbau der Schulsozialarbeit dazu führen könnte, dass in anderen wertvollen und wichtigen Bereichen, wo die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dringend benötigt werden, diese dann eben fehlen würden.

Zum Zweiten, das ist mir wichtig, ich darf seit mehreren Jahren im Bildungsbereich die Verantwortung tragen, seit 2021 auch in der Schulsozialarbeit. Ich glaube nicht an ein One-fits-all-System, sondern wir haben auch im Bildungsbereich seit mehreren Jahren den Zugang, dass wir die Schülerin und den Schüler mit ihren bzw. seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt rücken, dann das entsprechende Betreuungsangebot zur Verfügung stellen, eben auch in die Schule schicken. Das heißt, wir haben die Schulpsychologinnen und -psychologen aufgestockt, wir haben die psychosozialen Unterstützungsteams aufgestockt. Das ist alles wesentlich und wichtig, um nicht automatisch immer mit einer Hilfsmaßnahme anzusetzen, obwohl die vielleicht gar nicht notwendig wäre. Ich vergleiche es mit der Medizin, wenn das Bein weh tut, dann muss man es nicht automatisch amputieren, nur weil man einen Arzt hat, sondern es reicht eventuell auch eine Physiotherapie. Das heißt, man muss sich auseinandersetzen, was braucht die Schülerin, was braucht der Schüler? Daher werden wir nicht automatisch aufstocken in der Schulsozialarbeit, sondern wir werden in allen Bereichen kontinuierlich aufstocken, das tun wir, wir berücksichtigen das, das ist wesentlich und wichtig, auch die Wünsche der Schülerinnen und Schüler. Das Schülerinnen- und Schülerparlament in Oberösterreich hat sich für den Ausbau der psychosozialen Unterstützungsteams ausgesprochen, diesem Wunsch sind wir nachgekommen, es ist wesentlich, alle Unterstützungsmaßnahmen aufzubauen und nicht nur eine.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Margreiter:** Es ist natürlich wesentlich, alle Belange miteinzubeziehen, nichtsdestotrotz gibt es hier einen aktuellen aufrechten Beschluss des Oberösterreichischen Landtags. Du hast angesprochen, dass es hier einen Mangel gibt an Fachkräften, es ist so, dass die Sozialarbeiter/innen in der Schulsozialarbeit wesentlich weniger verdienen als in der Familiensozialarbeit. Wie willst du dafür sorgen, dass wir hier diesen Fachkräftemangel beseitigen können in dem Bereich?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Je nach Einsatzgebiet wird unterschiedlich bezahlt, eine Sozialarbeiterin im Krankenhaus verdient auch etwas anderes.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Margreiter:** Du hast auch den aktuellen Bericht des Landesrechnungshofes schon angesprochen, dieser wirft eben die Frage auf, inwieweit eine Erhöhung zu unerwünschten Auswirkungen eben auf das Gesamtsystem soziale Arbeit in Oberösterreich zu führen ist bzw. führen wird. Wie denkst du hier diese Auswirkungen zu minimieren?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Indem wir eben genau hinschauen, ich danke dem Landesrechnungshof für seine Ausführungen, wo er eben auch genau anführt, dass man Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen dort einsetzen soll, wo dann der größtmögliche Nutzen zu erwarten ist. Das heißt, wir stocken nicht automatisch in einem Bezirk auf Zuruf auf, sondern wir schauen uns an, was passiert denn dort, wo sind denn die Notwendigkeiten? Wir schauen uns die sozioökonomischen Belastungsfaktoren an, wir schauen uns den Deckungsgrad an, der erreicht werden könnte, den Antrag der außerordentlichen Schülerinnen und Schüler, es darf kein Gießkannenprinzip in dieser wichtigen Aufgabe geben. (Beifall)

Präsident: Bitte Frau Abgeordnete Heitz eine Zusatzfrage.

Abg. **Heitz**: Guten Morgen sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Christine! Du hast vorher bei deiner Anfragebeantwortung schon vom psychosozialen Unterstützungsdienst gesprochen, der die Schulsozialarbeit unterstützt, dieser hätte im Jahr 2023 von 12 auf 45 Vollzeitäquivalente aufgestockt werden können, laut Bedarfsberechnungen des Bundes, wobei der Bund dann 50 Prozent der Personalkosten finanziert hätte. Vor dem Hintergrund der Belastungen in den Schulen stelle ich daher die Frage, warum wurde damals vom Land Oberösterreich nur eine Aufstockung auf 20 Vollzeitäquivalente vorgenommen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wie ich vorher schon ausgeführt habe, weil wir in alle Bereiche investieren, das heißt, wir bauen alle Unterstützungsmöglichkeiten, die es gibt, mit den unterschiedlichen Professionen kontinuierlich auf, nicht nur eine, das bedeutet, dass wir die finanziellen Mittel für alle Bereiche zur Verfügung stellen.

Präsident: Danke. Nächste Anfrage der Abgeordneten Knauseder an Landesrat Hattmannsdorfer.

Abg. **Knauseder, MSc**: Geschätzter Herr Landesrat! Das im Jahr 2022 gestartete Pilotprojekt „Community Nursing“, bietet wohnortnahe Angebote zur Gesundheitsförderung und -beratung von Pflegebedürftigen. Die Finanzierung bis Ende 2024 ist durch die Europäische Kommission gesichert, die Zusicherung einer nahtlosen Weiterführung durch den Bund steht aus. Den mitarbeitenden Pflegekräften des gehobenen Dienstes stehen viele vakante Arbeitsstellen am Arbeitsmarkt zur Verfügung, die durch die fortlaufende Umsetzung als Community Nurses gehalten werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie als Sozialreferent des Landes Oberösterreich, den Fortbestand des Projektes „Community Nursing“, soweit eine Weiterfinanzierung durch Bund und EU nicht gelingt, durch Finanzierung aus Landesmitteln zu sichern?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich verstehe ihre Frage nicht, weil diese Frage ist abschließend geklärt. Es hat hocheffiziente, auch unter der Verantwortung unseres Landeshauptmannes, Finanzausgleichsverhandlungen gegeben, wo es eine ordentliche Stärkung der Pflege gegeben hat. Der Pflegefonds ist ordentlich aufgestockt worden für Oberösterreich, 35 Millionen Euro frisches Geld zusätzlich. Es wurde geklärt, dass der Gehaltsbonus fortgesetzt wird, es wurde geklärt, dass die Finanzierung der Stipendien fortgesetzt wird, dass die Mittel für die Community Nurses, in Oberösterreich 3.013.800 Euro, ebenfalls in den Pflegefonds übergeführt werden. Damit, wie es in Oberösterreich üblich ist, wir dem regionalen Träger soziale Hilfe zur Verfügung stellen. Nachdem wir in Oberösterreich auf Basis unserer Verfassung die klare Regelung haben, dass die Gemeinden für die Pflege zuständig sind und sich die Gemeinden außerhalb der Statutarstädte in Sozialhilfeverbänden organisieren, haben die auch dort das Geld zur Verfügung für die Community Nurses, genau diese 3.013.800 Euro. Das heißt, ihre Frage ist an den jeweiligen Sozialhilfeverband zu richten.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Knauseder, MSc**: Ich frage zumindest anders. Diese Community Nurses sind sich nicht sicher, ob das jetzt wirklich weiter geführt wird, dieses Projekt. Wenn, dann auch in welchem Ausmaß oder in welche Richtung, gibt es dazu konkrete Vorschläge?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Noch einmal, es ist im Rahmen des Pflegefonds, sämtliche Mittel für die Community Nurses sind übergeführt worden, sie stehen den regionalen Trägern sozialer Hilfe zur Verfügung. Ich halte es schon für ganz wesentlich, weil Sie unterstellen in ihrer Frage, die Finanzierung sei offen, es ist ein Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen, was unser Herr Landeshauptmann auch erreicht hat, dass diese drei Millionen Euro zur Verfügung stehen. Weil klar war immer, dass das nur eine Anschubfinanzierung ist für die ersten zwei Jahre durch europäische Mittel, es ist jedem Projekt von Anfang an gesagt worden, dass es zwei Jahre rennt, dann ist es aus. Jetzt der große Verhandlungserfolg, dass diese drei Millionen Euro weiterhin für Pflege, für die regionalen Träger zur Verfügung stehen, es gibt ja im Pflegefonds eine ganz klare Definition, welche Bereiche man damit finanzieren kann, auch die ist inhaltlich ergänzt worden. Es hat vorher gegeben sieben Kategorien der Finanzierung, stationär, mobil, Tageszentren, et cetera, es wurde bewusst eine achte Kategorie eingeführt, nämlich die Community Nurses, dass damit auch die Mittel weiterverwendet werden können. Wenn Sie sagen, was sagt man den Projekten, es sind 30 Projekte, 18 Projekte werden eh direkt von den Sozialhilfeverbänden auch organisiert, das heißt, sie müssen beim Nachbarbüro hineingehen und sich das ausreden. Die anderen 12 Projekte sind Gemeindeprojekte, die Gemeinden sind ebenfalls im Sozialhilfeverband repräsentiert, also auch die brauchen nur miteinander reden.

Abg. **Knauseder, MSc**: Genau das war jetzt das Stichwort, ich werde das so weitergeben, dass Kommunikation alles ist, dass man miteinander reden sollte. Danke.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage durch Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Nachdem die Finanzierungsfrage geregelt ist, Community Nurses haben in den nordeuropäischen Ländern eine sehr wichtige Rolle, wie siehst du im Sinne einer sozialraumorientierten Sozialpolitik diese Rolle der Community Nurses in Zukunft in den Regionen?

Landesrat **Dr. Hattmannsdorfer**: Ja, ich würde eine sehen, wenn man die Kompetenzen der Diplomkräfte auch anders gestalten würde, die sind tip-top ausgebildet, dürfen aber Dinge nicht machen, die sie in der Ausbildung lernen. In Wahrheit streuen wir da etwas Sand in die Augen, wenn wir reden von der Community Nurse, übersetzt die Gemeindeschwester, weil die Grundidee, dass es eine Gemeindeschwester gibt, die die ärztliche Struktur vor Ort entlastet, Bereiche übernimmt, wo man dann nicht mehr zum Hausarzt gehen muss, das halte ich für sehr, sehr klug. Du hast angesprochen die Nordländer, da kannst du auch hernehmen den angelsächsischen Bereich, den angloamerikanischen Bereich, dort übernehmen diplomierte Kräfte eine ganz zentrale Rolle, Aufgabe im Bereich der Gesundheitsversorgung, aber das wird nur dann möglich sein, wenn man die Kompetenzen entsprechend erweitert. Da kennst du meine Position, ich glaube, da kämpfen wir in dem Fall auf der gleichen Seite, du hast zum zuständigen Minister einen besseren Zugang.

Abg. **Schwarz**: Danke.

Präsident: Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch die Abgeordnete Bauer an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, einen schönen guten Vormittag! In der Stellungnahme der Abteilung Präsidium zum Initiativantrag bezüglich klimaneutraler Landesverwaltung und Abbau klimaschädlicher Landesförderungen wird darauf hingewiesen, dass die Oberösterreichische Landesregierung in ihrer Sitzung am 15.7.2019 die Direktion

Finanzen beauftragt hat, die Förderrichtlinien dahingehend anzupassen, dass bei der Erstellung von Förderprogrammen des Landes Oberösterreichs ein Öko- und Klimacheck vorzusehen ist. Was wurde denn aus dem im Jahr 2019 von der Oberösterreichischen Landesregierung in Auftrag gegebenen Öko- und Klimacheck von Landesförderungen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Geschätzte Frau Abgeordnete! Wie du richtig sagst, beziehst du dich auf einen Initiativantrag der abgelaufenen Legislaturperiode, da wurde damals eingeleitet ein so genannter Ökocheck für die Landesförderungen, wie wir wissen geschichtlich, dass dem Jahr 2019 das Jahr 2020 gefolgt ist, das war leider das Corona-Hochjahr, wo leider alles sozusagen unter anderen Gesichtspunkten zu sehen war. Mit Beginn der neuen Periode 2021, für die wir jetzt gemeinsam Verantwortung haben, da haben wir grundsätzlich einen anderen Weg gewählt. Wir haben bekanntermaßen, um aus Gesamtsteuerungsgründen hier gut unterwegs zu sein, eine oberösterreichische Klima- und Energiestrategie erarbeitet, über alle Ressorts und Fachbereiche, die auch nicht nur Leitlinie ist, sondern auch verpflichtend ist. Übrigens wird jetzt gerade der erste Umsetzungsbericht erarbeitet, es wurden auch von der Landesregierung für diese Periode einstimmig neue Förderrichtlinien im November 2021 beschlossen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer**: Das eine ist der Check für kommende Fördermaßnahmen, das andere ist für die bestehenden Maßnahmen, ihr Parteikollege Finanzminister Brunner hat sich vor kurzem einer Initiative angeschlossen, die zum Ziel hat, klimaschädliche Subventionen abzubauen. Damit man das tun kann, muss man zuerst analysieren, welche es gibt, es würde mich interessieren, planen Sie eine Analyse der bestehenden Landesförderungen und Abgabenerleichterungen hinsichtlich Klimawirksamkeit?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Also zum Ersten haben wir uns in Oberösterreich im Regierungsprogramm ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt, ein klimaneutraler Standort schon im Jahr 2040 sein zu wollen. Das heißt, da haben wir natürlich auch alle Verpflichtungen dazu, sind aber auch auf einem guten Weg. Und zum Zweiten sage ich noch einmal, jede Ebene in ihrem Verantwortungsbereich regelt das für sich. Wir haben in Oberösterreich diese generelle Klima- und Energiestrategie gewählt, die sehr umfassend ist und wo jedes Jahr bewertet wird, in allen Fachbereichen, wie weit wir mit den gesetzten Maßnahmen oder Zielen gekommen sind. Wird heuer schon zum ersten Mal der Fall sein.

Präsident: Weitere Zusatzfrage?

Abg. **Bauer**: Ja, eine habe ich noch. Weil die Klima- und Energiestrategie angesprochen wurde, da würde mich natürlich interessieren, die wird ja sukzessive auch weiter ausgebaut und es werden neue Dinge erarbeitet, wird der Abbau von klimaschädlichen Subventionen Einzug finden in die Klima- und Energiestrategie in Zukunft?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Also wenn man eine umfassende Strategie hat, dann ist auch gut, dass sie umfassend bewertet wird. Wenn man versucht, einzelne Teile für sich herauszunehmen und nur mit einem Tunnelblick zu bewerten, führt das am Ende, glaube ich, zu keinen guten Ergebnissen. Und daher bin ich sehr dafür, dass wir uns anschauen, wie weit sind wir schon gekommen auf Basis unserer Klima- und Energiestrategie. Ich glaube weit. Wenn wir wo nicht weit genug sind, dann werden wir auch entsprechend nachschärfen, und das Jahr für Jahr.

Abg. **Bauer**: Danke.

Präsident: Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch Klubobmann Severin Mayr an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. KO **Mayr**: Guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Eine Frage zum Beschaffungswesen des Landes. Das Beschaffungswesen des Landes Oberösterreich stellt einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Darüber hinaus trägt das Land Oberösterreich natürlich Verantwortung hinsichtlich der Einhaltung von Sozial-, Menschenrechte- und Umweltstandards. Meine Frage ist daher, wie garantieren Sie im Bereich der gesamten Beschaffung des Landes Oberösterreich die Einhaltung von Gemeinwohlintikatoren wie etwa Sozial- und Menschenrechtestandards, den Ausschluss von Kinderarbeit, oder die entsprechende Berücksichtigung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Geschätzter Herr Kollege! Indem die zuständigen Stellen und auch ich, so wie wir es grundsätzlich wollen, wozu uns aber auch unser Amtseid verpflichtet, uns an die Verfassung und Gesetze der Republik und des Landes halten.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mayr**: An das anschließend gibt es natürlich eine Zusatzfrage. Es wird ja aktuell auf europäischer Ebene sehr intensiv über ein Lieferkettengesetz diskutiert, wo es jetzt, zumindest Stand gestern Abend, so aussieht, als ob es wieder eine Einigung geben könnte. Die schwarz-blaue Regierungskoalition hat sich ja vehement gegen dieses Lieferketten-Gesetz ausgesprochen. Deswegen meine Frage, nachdem sich natürlich auch das Land Oberösterreich an die geltenden Gesetze und Verfassungen hält, kann aktuell ausgeschlossen werden in der Beschaffung des Landes Oberösterreich, dass es in der Produktion von Waren und Dienstleistungen zu Kinderarbeit kommt oder kann garantiert werden, dass Klima- und Umweltstandards eingehalten werden?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wenn ich hier stehen würde und sagen würde, ich kann garantieren, dass auf der ganzen Welt sich alle an das Verständnis von Menschenrechten halten, das wir in Österreich haben, dann wäre ich ein glücklicher Mann. Ich glaube, das kann niemand. Darf ich die Frage zurückgeben und kann ich sagen, kannst du garantieren, dass all die Mittel, die du kaufst, die Kleidung, die du kaufst, in keiner Phase und keiner Sekunde durch irgendwas, das wir als rechtswidrig verstehen, unterstützt wurde? Ich wäre unehrlich, und ich wäre ein Scharlatan, wenn ich sage, ich kann das garantieren.

Wir bemühen uns darum, wir halten uns an all das, was wir für rechtlichen Standard halten, und sind auch dafür, dass das weiterentwickelt wird. Und das ist aber auch unser Kritikpunkt an diesem ersten Teil der EU-Richtlinie, ist ja glaube ich kein Gesetz, wie du das genannt hast fälschlicherweise, wer soll das hier bei uns in Europa bis zum Ursprung der Dienstleistung garantieren durch Ausfüllen noch so vieler Formulare?

Ich bin für einen wirksamen Schutz. Ein wirksamer Schutz ist zum Beispiel, indem wir mit unserem Ausschreibungsleitfaden, den wir unseren Dienststellen gegeben haben, versuchen, unsere Ausschreibungen so zu gestalten, dass wir unsere regionalen Anbieter auch entsprechend bevorzugen können, weil bei denen können wir davon ausgehen, wenn es oberösterreichische und österreichische sind, dass all diese hohen rechtlichen Standards auch eingehalten werden.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. KO **Mayr:** Ich glaube, es hat ja fast schon eine Zusatzfrage an mich gegeben. Ich versuche natürlich, ökologisch einwandfrei zu kaufen und vertraue auf eine Lieferkettenrichtlinie, wo ich mich auch darauf verlassen kann, dass die Produzenten (Landeshauptmann Mag. Stelzer. „Aber mit Verlaub, Vertrauen ist was anderes als Garantie, Herr Klubobmann, wenn du ein Rechtsorgan fragst!) verträglich produzieren.

Aber gern meine zweite Zusatzfrage: Wir haben in der Vergangenheit schon öfter diskutiert, wie etwa 2019, als das Land Oberösterreich im Mühlviertel chinesischen Granit verbaut hat, oder auch in Bezug auf das, dass ja nach wie vor das Land Oberösterreich auch Werbeartikel kauft, die nicht Made in Upper Austria, sondern Made in China sind. Die Frage jetzt, in Bezug auf den Granit, ist die Vergabep Praxis mittlerweile in Oberösterreich so geändert, dass ausgeschlossen werden kann, dass etwa im Mühlviertel chinesischer Granit verbaut wird?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Ich glaube, es ist wichtig, Herr Klubobmann, dass wir uns darauf einigen, dass wir alle, die wir Aufgaben im Rahmen der Verfassung wahrnehmen, auf dem Boden der Rechtsordnung stehen. Und mit Worten wie Garantien oder kann ausgeschlossen werden, insbesondere, was leider Schule gemacht hat, dass sich viele Leute finden, die auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sofort vor die Justiz zerrren, muss man daher vorsichtig sein. Und ich verlasse mich daher auf den Boden der Rechtsordnung.

Was wir aus dem damaligen Fall, den du angesprochen hast, gelernt haben ist, dass wir unsere ausschreibenden Stellen, das ist im großen Stil auch die GBM bei uns, dass wir denen einen Leitfaden gegeben haben, wie man die Ausschreibung so gestalten kann, dass man dann den Bestbieter, und da kann man dann ökologische Kriterien, Nähe, und so weiter hineinbringen, dass man den Bestbieter zum Zug kommen lassen kann. Und das ist, glaube ich, auch der zielführendste Weg unter dem Rahmen, den wir aus der EU-Richtlinie und dem österreichischen Vergabegesetz haben.

Abg. KO **Mayr:** Dankeschön.

Präsident: Es gibt eine Zusatzfrage. Abgeordnete Vukajlović.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Dankeschön. Schönen guten Morgen, Herr Landeshauptmann! Ich habe noch eine Zusatzfrage. Sie haben in einer Presseinformation rund um die Koalitions Klausur Anfang Februar davon gesprochen, dass zur Stärkung der Regionalität auf einen Vorrang für Made in Oberösterreich gesetzt werden soll. Und ich zitiere: Mittels eines neuen Beschaffungsleitfadens sollen heimische Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen noch besser berücksichtigt werden. Der aktuell gültige Praxisleitfaden zur öffentlichen Auftragsvergabe des Landes ist ja erst Ende letzten Jahres adaptiert worden. Wieso also wird der Leitfaden nach wenigen Wochen erneut überarbeitet und geändert?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Ich glaube, dass wir uns ja einig sind, dass Politik immer Weiterentwicklung heißt und nicht Festhalten am Bestehenden. Der Praxisleitfaden, den es gibt, gilt. Woran jetzt gearbeitet wird, ist ein zusätzlicher, neuer, sogenannter Öko-Leitfaden, der in den nächsten Wochen fertiggestellt werden soll, wo es darum gehen soll, dass wir den ausschreibenden Stellen ermöglichen, bei Preisgleichheit beispielsweise dem ökologischen Produkt den Vorzug zu geben. Das heißt, dass bei Verbrauchsgütern dann Qualitätsmerkmale wie Energieeffizienz, Recyclbarkeit, Wiederverwendbarkeit oder überhaupt Herstellung aus nachwachsenden Rohstoffen, dass das dann auch enthalten ist.

Präsident: Damit kommen wir zur nächsten Anfrage durch Abgeordnete Vukajlović an Landeshauptmann Stelzer.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Danke. Meine Hauptfrage lautet, seit Oktober 2004 nützt das Land Oberösterreich das angemietete Bürogebäude, das Landes-Dienstleistungszentrum LDZ, im Bereich des Hauptbahnhofs in Linz mit einer vereinbarten Mindestmietdauer von 20 Jahren. Auf welche Art und Weise und zu welchen Konditionen für das Land Oberösterreich wird die Weiternutzung des seit 2004 angemieteten Bürogebäudes, eben das LDZ, nach Auslaufen der 20jährigen Mindestmietdauer erfolgen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Du hast es schon zum Teil in deiner Frage angesprochen. Für das Land Oberösterreich als Mieter dieses LDZs läuft der Mietvertrag unverändert weiter, weil der 20jährige Mietverzicht abgelaufen ist, nachdem es im Jahr 2000 bezogen wurde. Es kann aber der Vermieter uns nicht kündigen. Das heißt, wir können auf Basis des bestehenden Mietvertrags das Gebäude weiter nutzen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Ja, es gibt eine Zusatzfrage. Es gibt ja eine Empfehlung vom Landesrechnungshof. Da gibt es einen Initiativ-Prüfbericht von 2006, wo drinnen steht, das Eigentum an der Liegenschaft LDZ soll zu fairen wirtschaftlichen Konditionen erworben werden. Also es ist eine Empfehlung quasi, die umgesetzt werden sollte. Und auch im Initiativbericht ein Jahr später, 2007, wird nochmal dafür plädiert, dass Eintritt in Verhandlungen gestartet werden soll, das quasi wirtschaftlich zu erwerben. Meine Frage ist also, wie oft wurden Nachverhandlungen über die laut Landesrechnungshofbericht 2006 und 2007 für das Land Oberösterreich sehr ungünstigen Konditionen geführt und mit welchem Ergebnis? Und wie hoch ist die Miete aktuell?

Präsident: Bitte.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Es werden mit dem Vermieter laufend Gespräche geführt, weil es ja immer auch Weiterentwicklung braucht, nachdem er, die Real-Treuhand, ums beim Namen zu nennen, ja auch Eigentümer des Gebäudes ist. Zum Beispiel war ein großes Thema Sicherheit oder Verschmutzung im Eingangsbereich, wo, alle die das Gebäude kennen, wo dann auch dieser unmittelbare Zugang in den Nachtstunden zum oberen Plateau mittels Rolltreppe entsprechend abgesichert wurde.

Es braucht auch laufend Gespräche, was weitere Investitionen und so weiter anlangt. Wo Klarheit seitens des Eigentümers besteht ist, dass das Gebäude nicht verkauft werden soll. Also der will das Gebäude nicht verkaufen, daher gibt es hier auch keine entsprechenden Möglichkeiten. Ich bin jetzt nur auf der Suche nach der Miete, damit ich die richtige Zahl auch nenne. Ich bitte um einige Sekunden Geduld, bis ich durchblättere. Sonst würde ich auch hier vorschlagen, dass ich das nachreiche, weil ich möchte jetzt ungern nur einen ungefähren Betrag nennen, wenn ich ihn genau liefern kann.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Ja, eine Zusatzfrage noch. Sie haben ein gutes Stichwort geliefert. Thema Verschmutzung. Wie ist der Stand hinsichtlich der Schädlingsplage, die im LDZ bekannt ist, also es ist auch medial bekannt geworden, dass es Ratten und Mäuse gibt, die

sich dem Vernehmen nach bis in den sechsten Stock ausgebreitet haben sollen, wie ist hier der Stand und was wird hier dagegen unternommen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Ich darf jetzt die Miethöhe nachreichen, wenn es recht ist. (Abg. Vukajlović, MSc BA: „Sehr gerne!“) Abgerechnet ist das Jahr 2022 schon zur Gänze. Und da sind insgesamt, auch mit Betriebskosten und so weiter, was das LDZ an sich anlangt, 8,458 Millionen Euro Jahreskosten abgerechnet worden. Und dann noch einmal für die Tiefgarage, für den Teil, den wir nutzen und den Mitarbeitern zur Verfügung stellen können, 1,45 Millionen Euro.

Was diese unselige Plage mit Mäusen und so weiter anlangt, hat es massive Gespräche mit dem Hauseigentümer gegeben. Die haben auch sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt. Ich kann es jetzt nur ungefähr wiedergeben. Neben Monitoring-Maßnahmen, Kamerafahrten durch die Kanäle, und so weiter und so fort, Fallen aufstellen, Abdichten der Bereiche, wo man glaubt, dass die Tiere eindringen und so weiter, und nach wirklich einigen unangenehmen Belästigungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte das Thema jetzt auch hoffentlich im Griff sein. Ich klopfe aber auf Holz dazu. Pro Futura wurde vereinbart, dass es Monitoring-Maßnahmen gibt, dass also laufend geschaut wird, damit nicht erst dann, wenn wieder welche da sein sollten, was hoffentlich nicht der Fall ist, die Maßnahmen starten.

Abg. **Vukajlović, MSc BA**: Danke.

Präsident: Es gibt eine Zusatzfrage durch Präsident Peter Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Ja, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Du hast gesagt, der Eigentümer will diese Liegenschaft derzeit nicht verkaufen. 2015 hat dein Vorgänger in einem Nachrichten-Interview gesagt, es hätte ein Kaufangebot gegeben. Allerdings sei die damals geforderte Summe im Vergleich zu den Belastungen durch die Miete für das Land nicht wirtschaftlich genug gewesen. Kannst du uns sagen, weil dieses Kaufangebot ist dann eigentlich nie weiter diskutiert worden, was da die Relationen waren?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Also wir diskutieren. Und nachdem du auch ein ausgefuchster Verhandler bist, hast du wahrscheinlich Verständnis, wenn ich jetzt nicht alles nenne. Wir diskutieren natürlich zurzeit eine Verbesserung der Konditionen. Das Gebäude ist ja nicht mehr das Jüngste, und wir nutzen es trotzdem noch. Es steht momentan ein Kauf einfach nicht zur Debatte, aber hoffentlich eine Verbesserung der Mietkonditionen.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Danke.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage durch Abg. Aigner.

Abg. **Aigner**: Guten Morgen Herr Landeshauptmann! Ihr habt ja schon gesprochen darüber, dass es eine Schädlingsplage gibt. Es hat in der Vergangenheit aber auch andere Mängel gegeben, wie zum Beispiel ein undichtes Dach mit Wassereintritt, herunterfallende Glasplatten oder überhöhte Temperaturen in den Sommermonaten. Hat das Land Oberösterreich bezüglich des angemieteten Landesdienstleistungszentrums diesbezüglich auch Mietzinsminderungen begehrt und auch bekommen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrter Herr Klubobmann, ich kann jetzt nicht über Einzelfälle sprechen, die du ganz generell ansprichst, da müsste man jedem einzelnen Fall nachgehen. Klar ist, dass bei Nutzung eines großen Gebäudes leider auch immer wieder

Schadensfälle auftreten, die man nicht haben will. Und da gibt es dann immer wieder Gespräche, erstens dass das schnell wieder gelöst wird, auch im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort, und dann findet das alles natürlich Eingang in die von mir schon angesprochenen Verhandlungen über eine Neugestaltung.

Abg. **Aigner**: Dankeschön. Und danke für die Erhebung zum Klubobmann.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Herr Parteiobmann, I am very sorry!

Präsident: Weitere Zusatzfrage durch Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich möchte nur ganz kurz eine Frage anhängen. Welche Maßnahmen fordert das Land Oberösterreich als Mieter beim Vermieter, also bei der Real Treuhand, um diese unerträglichen Zustände auch im Bahnhofsbereich, also im Eingangsbereich, der schon von dir angesprochen wurde, zu verbessern? Also gerade die Geruchsbelästigung.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrte Frau Kollegin! Da ist die Frage, was man unter Eingangsbereich versteht. (Abg. Schwarz: „In der Tiefgarage!“) Wir sind ja dort an der Nahverkehrsdrehscheibe. Es gibt verschiedene Eigentümer, verschiedene Interessen. Wir haben die ÖBB, wir haben die Stadt Linz, wir haben die Linz-Linien, wir haben den Verkehrsverbund, wir haben das Land Oberösterreich. Aber ich kann nur sagen, das weiß auch der Herr Landesrat Steinkellner, der sich da sehr bemüht, dass wir mit der Stadt Linz und den Linz-Linien im Gespräch sind, wie wir zumindest die Situation beim Busterminal entsprechend verbessern können.

Abg. **Schwarz**: Danke.

Präsident: Damit kommen wir zur letzten Anfrage durch Abgeordneten Aigner an Landesrätin Michaela Langer-Weninger.

Abg. **Aigner**: Guten Morgen Frau Landesrätin! Wie den Medien zu entnehmen war, hat Herr Landeshauptmann Stelzer bei den Neujahrsempfängen der Volkspartei Anfang dieses Jahres angekündigt, dass es für Gemeinden, die mit finanziellen Engpässen kämpfen würden, finanzielle Abhilfe geben wird. Welche konkreten Maßnahmen hinsichtlich der angekündigten Abhilfen wurden bereits umgesetzt, um die Gemeinden eben bei der Bekämpfung der finanziellen Herausforderungen besser zu unterstützen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM**: Sie geehrter Herr Abgeordneter! Vielen Dank für deine Anfrage. Du weißt, dass wir die Gemeinden laufend sehr gut begleiten in der Abwicklung ihrer Projekte. Und auch wenn sie Fragen haben, stehen wir ihnen jederzeit zur Verfügung. Das gilt für den Kollegen Lindner genauso wie auch für mein Ressort.

Wir haben zu Jahresbeginn gesehen, dass es natürlich dort und da Unsicherheiten gegeben hat, weil viel Neues hinzugekommen ist. Die Steigerung bei den Personalkosten, die Inflation, auch der Finanzausgleich, der ja sehr gut verhandelt worden ist, aber trotzdem die Zahlen noch nicht verfügbar waren, die sind erst über die IKD zwischen den Weihnachtsfeiertagen ausgesendet worden. Und wir begleiten natürlich die Gemeinden hier sehr gut in dem Bereich, dass sie ihre Budgets auch entsprechend aufstellen, begleiten und beschließen können. Aber in diesem Zeitungsartikel, den du erwähnt hast, steht auch ganz klar dabei, dass man zuerst einen klaren Blick auf die Fakten braucht und einen Überblick, wo sich die Gemeinden

letztendlich auch finden. Und dann man entscheiden kann, welche Maßnahmen wir gemeinsam auch setzen werden.

Wir wissen, dass einige Budgets in Oberösterreich noch nicht beschlossen sind. Du hast ja auch vereinzelt Gemeinderäte in den Gemeinden draußen, die werden dir bestätigen, dass noch nicht alle Budgets letztendlich in den Gemeinden auch erledigt sind und beschlossen worden sind. Wir gehen davon aus, dass jetzt im März einige Sitzungen sein werden, wo auch Budgets beschlossen werden.

Ich kann dir nur den aktuellen Stand geben. Mit heutigem Tag haben wir 88 Gemeinden, die den Härteausgleich beantragt haben. Von denen sind 29 Gemeinden, die 2023 keine Härteausgleichsgemeinde waren. Das heißt, wir werden jetzt die nächsten Wochen noch abwarten und schauen, wie viele Meldungen bekommen wir von Gemeinden, die im Härteausgleich sind, und dann können wir auch gemeinsam darüber nachdenken, wie können wir die Gemeinden weiter begleiten?

Ich nenne nur eine Maßnahme, die wir im heurigen Jahr, mit Beginn 01.01.2024 in Umsetzung gebracht haben, das ist die zusätzliche Unterstützung bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, Krabbelstube, Kindergarten und Hort, wo wir zur normalen Förderquote der Gemeinde noch einmal 15 Prozent aus den BZ-Mitteln drauflegen. Und wir haben jetzt in den ersten beiden Monaten bereits 43 Projekte, die das beantragt haben und einen Finanzierungsplan gemacht haben, in einer Höhe von 5,65 Millionen Euro. Also wenn sich das in den nächsten Monaten, aufgelegt ist es ja bis Ende 2025, so fortsetzt, wird das ein großes und gutes Unterstützungspaket.

Und ich sage, ich könnte jetzt die ganzen Maßnahmen der letzten Jahre auch vortragen, in der Summe haben wir in den letzten Jahren, beginnend mit 2020, 265 Millionen Euro zusätzlich für die Gemeinden auf den Weg gebracht. Das heißt, es ist schon ein ganz klares und deutliches Zeichen, dass wir verlässlich für die Gemeinden an deren Seite stehen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Aigner: Ja. Gibt es zu der von dir bereits erwähnten Maßnahme weitere konkrete Pläne für weitere Maßnahmen für die Gemeinden im Jahr 2024 und darüber hinaus?

Landesrätin Langer-Weninger, PMM: Wie bereits erwähnt, werden wir uns den Überblick jetzt verschaffen und schauen, wenn die Budgets herinnen sind. Wir bekommen ja nicht die Voranschläge grundsätzlich der Gemeinden, sondern wir bekommen nur die Gemeinden zu uns hereingemeldet, die auch den Härteausgleich beantragen. Wenn das abschließend erledigt ist, dass die Gemeinden ihre Budgets beschlossen haben, dann werden wir uns den Überblick verschaffen und nachdenken, ob es Maßnahmen und Möglichkeiten braucht.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Aigner: Ja. Sind die finanziellen Mittel, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, dann echte zusätzliche finanzielle Mittel des Landes für die Gemeinden oder sind das einfach nur Mittel, die zusätzlich aus dem Finanzausgleich ohnehin schon zugesichert wurden?

Landesrätin Langer-Weninger, PMM: Nachdem wir noch nicht wissen, welche konkreten Maßnahmen wir umsetzen werden, kann ich dir auch momentan noch nicht sagen, wie wir sie

letztendlich auch aufstellen werden. Aber du kannst dir sicher sein, wenn wir Maßnahmen auf den Weg bringen, dann werden es Mittel sein, die den Gemeinden auch helfen.

Abg. **Aigner**: Dankeschön. Ich werde wieder nachfragen.

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM**: Davon gehe ich aus.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage Abgeordneter Höglinger.

Abg. **Mag. Höglinger**: Da wir noch warten müssen, wie du sagst, stellt sich für mich die Frage, die ich dir gern stellen würde, ist es nicht erschreckend, dass im März so viele Gemeinden ihrer Verpflichtung nach der Gemeindeordnung noch nicht nachkommen konnten und ein Budget erstellen konnten? Respektive ist es nicht genau das Zeichen, wie groß das Problem in der Gemeinde ist?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM**: Die Gemeinden können natürlich auch eigene Gemeinderatssitzungen einberufen, um das Budget zu beschließen. Die Gemeinden können trotzdem arbeiten, sind trotzdem handlungsfähig. Sie können halt keine neuen Projekte derzeit auf den Weg bringen, wenn sie noch kein gültiges Budget haben. Aber grundsätzlich betrifft es die Gemeinden, sie sind handlungsfähig und sie können arbeiten.

Abg. **Mag. Höglinger**: Das war nicht meine Frage, aber danke.

Präsident: Damit ist die Fragestunde geschlossen.

Also die neuen Sessel haben ihre Wirkung entfaltet, neun Anfragen in einer Stunde, ich darf gratulieren. (Heiterkeit)

Ich ersuche die Frau Schriftführerin, den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal**: Zuweisung des Eingangs in der 23. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 7. März 2024.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 751/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für die Jahre 2024 bis 2028.

Beilage 775/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Gleichstellungsbericht 2024 zur Frauenstrategie für Oberösterreich - Frauen.Leben 2030.

Beilage 776/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geändert wird (Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz-Novelle 2024).

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 752/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend der Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH.

Beilage 761/2024, Initiativantrag betreffend Energie-Infrastrukturbündelung im Mühlviertel.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 753/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Bericht über die Förderungen der Projekte Errichtung, Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich aus Mitteln der Sozialhilfe des Landes Oberösterreich.

Beilage 760/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG, mit der die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung geändert wird.

Folgende Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 773/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Etablierung einer gebietskörperschaften-übergreifenden Transparenzdatenbank.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen:

Beilage 777/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Erhöhung der Mehrjahresverpflichtung für das Gesamtprojekt Neue Donaubrücken Mauthausen.

Beilage 778/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der OÖVG für die wettbewerbliche Vergabe des Stadtbusses Traun im Zeitraum 14. Dezember 2025 bis 10. Juli 2033.

Beilage 779/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Weiterführung der bestehenden Graphenintegrations-Plattform (GIP) im Verein ÖVDAT.

Folgende Beilagen sollen gemäß Paragraf 25 Absatz 6 OÖ. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 762/2024, Initiativantrag betreffend Sicherstellung von Finanzierung und Ausbau des Gewaltpräventionsprojekts "StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt".

Beilage 763/2024, Initiativantrag betreffend Förderung von Kleinwindkraftanlagen (Mikrowindkraftanlagen) für Haushalte.

Beilage 764/2024, Initiativantrag betreffend Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK.

Beilage 765/2024, Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes.

Beilage 766/2024, Initiativantrag betreffend Rücknahme der Kürzungen des Aktionsprogrammes Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung.

Beilage 767/2024, Initiativantrag betreffend Sanierungsplan für oberösterreichische öffentliche Gebäude zur Betriebskostensenkung und für Klimaschutz.

Beilage 768/2024, Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung.

Beilage 769/2024, Initiativantrag betreffend Automatisches Pensionssplitting.

Beilage 770/2024, Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauerbahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauerbahn und der Pyhrnbahn in die europäischen „TEN-T-Kernetze“.

Beilage 771/2024, Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen.

Beilage 772/2024, Initiativantrag betreffend OÖ. Raumordnungsmaßnahmen entsprechend der so genannten Österreich Deklaration „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“.

Folgende Beilage soll gemäß Paragraf 25 Absatz 5 Oö LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 774/2024, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“).

Präsident: Ich danke ihnen. Wie die Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 762/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 762/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Sicherstellung von Finanzierung und Ausbau des Gewaltpräventionsprojekts „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 762/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Renate Heitz.

Abg. **Heitz:** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag und geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Letzte Woche hat Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander gemeinsam mit dem Frauenreferat den Gleichstellungsbericht 2024 präsentiert, der im Rahmen der Frauenstrategie für Oberösterreich erstellt wurde. Während in den meisten Bereichen immerhin minimale positive Veränderungen feststellbar sind, steht auf Seite 84: Eindeutige Tendenz nach oben gibt es beim Thema Gewalt an Frauen. Tatsächlich sind die Zahlen mehr als schockierend. Wurden im Jahr 2013 noch 1.774 von Gewalt betroffene Frauen im Gewaltschutzzentrum betreut, so ist die Anzahl zehn Jahre später mit 3.779 von Gewalt betroffenen Frauen um 2.000 Frauen angestiegen. Diese Zahlen schrecken einfach auf. Solche Steigerungen gibt es sonst in keinem anderen Bereich.

Das heißt, wir müssen alles tun, damit die Frauen gar nicht so weit kommen, ein Gewaltschutzzentrum aufsuchen zu müssen. Wir müssen der Männergewalt durch geeignete Maßnahmen schon im Vorfeld entgegenwirken.

So eine erfolgreiche Maßnahme, deren Wirken auch wissenschaftlich belegt ist, ist Stadtteile ohne Partnergewalt, kurz StoP. Was tut StoP? Das Projekt StoP vermittelt das nötige Wissen, um auf ein gewaltfreies Zusammenleben hinzuarbeiten. Denn nur, wenn man weiß, wie man bei Gewalt gegen Frauen richtig reagiert, kann man sie unterbinden beziehungsweise auch für die Zukunft verhindern. StoP hat in den vergangenen Jahren an unterschiedlichen Standorten in Oberösterreich bereits gewirkt. Es gibt das Projekt in Linz und Wels mit jeweils zwei Standorten und in Perg. Dort hat StoP bewiesen, wie wichtig es ist, dem direkten Umfeld Informationen, Handlungsstrategien und Impulse zu bieten.

Was kann ich tun als Nachbarin, wenn ich nachts vermehrt Geräusche aus der Nebenwohnung wahrnehme, als würden Möbel verschoben oder Dinge gegen die Wand geschleudert? Wie handle ich, wenn ich häusliche Gewalt vermute, ohne aber die Aggression weiter zu verstärken? Das sind die Fragen, über die StoP versucht, aufzuklären. Mit Informationsstammtischen, Nachbarschaftstreffen, durch Flugblätter in Stiegehäusern und so weiter werden Wege der Zivilcourage gegen Gewalt an Frauen aufgezeigt und dadurch ein Bewusstsein für Gewalt an Frauen geschaffen.

Die Weiterführung des Projekts ist daher hoch notwendig. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sichert immer nur bis zum Mai eines Jahres die notwendigen Mittel, und noch dazu deckt das Geld vom Bund immer nur einen Teil der Kosten für einen Standort. Das heißt, aktuell für die zwei Standorte in Linz zahlt auch noch die Stadt Linz dazu.

Beim StoP-Projekt arbeiten ungemein engagierte Frauen, die aber von Jahr zu Jahr um den Fortbestand ihres Projekts und die Sicherung der Finanzierung bangen müssen. Das gehört sich nicht für eine Einrichtung, die im Gewaltschutz so essentiell wichtige Arbeit leistet. Denen muss man die besten Bedingungen schaffen und keine unklaren Aussichten. Darum unser Antrag! Wir brauchen StoP noch lange und wir brauchen StoP auch in anderen Teilen Oberösterreichs. Fünf Standorte sind für ein Flächenbundesland wie Oberösterreich eindeutig zu wenig. (Beifall)

Wir fordern daher, die Fortsetzung der bestehenden Gewaltpräventionsprojekte StoP in Oberösterreich sicher zu stellen sowie den Ausbau um mindestens zwei zusätzliche Standorte eher im Südwesten des Landes und mit der Bundesregierung in Verhandlung zu treten, damit diese die Kosten auch möglichst rasch und umfassend übernimmt.

Im Land Salzburg hat der Landtag einen einstimmigen Beschluss gefasst, in allen Bezirken StoP mit Landesfinanzierung einzurichten. So viel ist die Sicherheit der Frauen den Salzburgern wert. Das ist es, was wir hier auch in Oberösterreich in den Fokus nehmen müssen. Die aktuelle Finanzierung durch den Bund läuft im Mai 2024 aus, deswegen die Dringlichkeit. Kümmern wir uns gemeinsam um den Fortbestand dieses wichtigen Projekts. Das sind wir den Frauen in diesem Bundesland schuldig. Ihre Sicherheit hat oberste Priorität. Daher bitte ich um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren im Plenum, werte Gäste auf der Galerie, vor allem aus der Kommunalpolitik aus meinem Bezirk Kirchdorf, herzlich willkommen und natürlich unsere Nachwuchstalente, geschätzte Landsleute an den Bildschirmen! Was es vor allem braucht, ist einmal ein Stopp des falschen politischen Ansatzes. Was uns eint, ist sicher, wenn ich mir da diese Plakette vor Augen halte, dass uns Gewaltschutz alle angeht, das ist richtig, und dass wir alles tun müssen, da stimme ich meiner Vorrednerin auch noch zu.

Aber dieser Debattenbeitrag hat uns wieder aufgezeigt, dass wir nur wieder bei der Symptombekämpfung herumirren und nicht an die Ursachen gehen wollen. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Aber, heißt das, es stimmt nicht, willst du das sagen?“) Das ist nicht unser Ansatz. Daher eine ganz persönliche Frage einmal in diesem Raum. Wer von den Damen und Herren Abgeordneten hat eine Tochter? (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Mehrere Töchter!“) Mehrere Töchter! Jetzt malen wir uns einmal das Schrecklichste vom Schrecklichen aus, und ich verweise auf diesen Fall in Wien. Wir denken einmal daran, wenn das mit einer unserer Töchter geschehen würde. Die ähnliche Situation mit diesem zwölfjährigen Mädchen, das über mehrere Monate von 17 Migrantinnen sexuell missbraucht wurde. Was würden wir als Elternteil dazu sagen? Was würden wir dazu sagen, ganz ehrlich? (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Und deswegen seid ihr für Gewalt gegen Frauen? Das ist ja schon wieder ein Ausländerthema!“ Zwischenruf Abg. Margreiter: „Falsch! Diese Frauen trauen sich gar nicht zu sagen, dass Gewalt zuhause passiert!“) Gerade deshalb hätte ich mir von jener Partei, vor allem auf der linken Seite erwartet, dass sie endlich aufschreit und endlich der Wahrheit ins Auge blickt (Zwischenruf Abg. Margreiter: unverständlich) und nicht immer nur eine verkehrte Weltbilddebatte vom Zaun bricht und im Symptombereich herumirrt, sondern an die Ursachen zu gehen und dem Offensichtlichen endlich mit ordentlichen politischen Lösungsansätzen entgegenzutreten. (Beifall. Zwischenruf Abg. Margreiter: „Warum habt ihr das nicht gemacht, wie ihr in der Regierung ward?“)

Wenn wir wieder von der FPÖ sprechen, dann fällt mir der Premierminister von Kanada ein, Justin Trudeau, der gesagt hat: Wir dürfen nicht zulassen, dass kulturelle oder ethnische Hintergründe als Entschuldigung für Gewalt gegen Frauen dienen. Jede Frau hat das Recht auf Sicherheit und Schutz. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Ganz richtig!“) Ich erinnere mich an die zahlreichen Aktionen, zum Beispiel dem Fahnen hissen, wunderbar, ein Zeichen setzen, ein Foto machen. Was kommt dann danach? Dann wird es wieder ruhig, anstatt dass einmal einer aufstehen würde und sagt, wir haben das Hauptproblem bei den Zugewanderten. (Unverständliche Zwischenrufe. Zwischenruf Abg. Margreiter: „Das stimmt nicht, das ist nicht korrekt!“) Bei dem Frauenbild der Zugewanderten, und da stelle ich mir die Frage als Abgeordneter in diesem Hause, wo ist da die Empörung? Wo ist da die Frage nach dem Lichtermeer? (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Redest du von den Taliban?“) Ich höre nichts. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Warum habt ihr nichts gemacht, wie ihr in der Bundesregierung ward?“) Ich würde mir einmal wirklich verinnerlichen, wie es in dieser Kinderseele dieses zwölfjährigen Mädchens aussieht. Da haben wir wieder die übliche Debatte. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Es ist egal, was wir reden, ihr habt immer das übliche Thema!“) Reden wir drüber, setzen wir nur auf Prävention in der üblichen Art und Weise, aber einen Wandel und einen ernsten Zugang, was Lösungsansätze betrifft, erkenne ich nicht.

Ich war sehr enttäuscht, ich hatte die große Hoffnung, der Herr Bundeskanzler tritt auf und sagt, jawohl, jetzt müssen wir einmal richtig etwas machen. Er hat gesagt, ja wir reden einmal darüber. (Zwischenruf Abg. Margreiter: unverständlich) Ich glaube, die Zeit des Redens ist vorbei. Wir müssen das so ansprechen, wie es ist. Die Schuldfrage, all jene, die seit 2015 zugeschaut haben, Jahr für Jahr, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Der Kickl hat 2019

zugeschaut!“) was an importierter Gewalt und Kriminalität zugelassen wurde, Stichwort Willkommensklatscherei, die immer noch da ist unter dem Deckmantel Asyl. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Hast du ein anderes Thema auch! Kannst du nichts anderes diskutieren?“) Wunderbar, keine Lehren daraus gezogen! Das ist jedem egal, lieber nur ein paar Beratungsstellen, lieber nur ein bisschen ein Steuergeld in die üblichen Vereine und in die Prävention. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Konferenz gestrichen!“)

Wo ist die Ursachenbekämpfung? Da habe ich noch nichts gehört. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Wir auch nicht!“) Ich kann euch das sagen. Der qualitative Unterschied zwischen euch und uns ist, wir wollen handeln, ihr wollt Sitzkreise, wir wollen anpacken, ihr tut weiter streicheln, wir wollen den Fokus auf die Ursachenbekämpfung, und ihr bleibt bei eurer Scheuklappenpolitik. (Zwischenruf Abg. Margreiter: „Ihr redet nur, und es wird nichts anders!“)

Daher zum Abschluss in der gebotenen Kürze! Es gibt nur dichte Grenzen, es gibt nur Abschiebungen, und jede Abschiebung ist eine zu wenig. (Zwischenruf Abg. Margreiter: unverständlich. Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) Nur so können wir eine sichere Zukunft für unsere Frauen in diesem unserem Lande gewährleisten. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das ist faktenlos!“) Realistisch nur mit der FPÖ, und realistisch gibt es heuer mehrere Gelegenheiten, das zu dokumentieren mit dem richtigen Kreuzerl. Wir lehnen die Dringlichkeit ab. (Beifall)

Präsident: Auf der Galerie Platz genommen haben weiters wiederum Schüler der Berufsschule Vöcklabruck-Gmunden, die ich sehr herzlich begrüße und wir freuen uns, dass ihr bei uns seid. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Gneißl.

Abg. **Gneißl:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frauenlandesrätin Christine Haberlander, Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Gewalt passiert leider viel zu oft, Gewalt wird von manchen akzeptiert, weil sie es nicht besser kennen oder besser wissen, und für manche ist Gewalt ein ganz normaler Bestandteil in ihrem Leben. Das ist nicht normal. Das dürfen wir nicht zulassen. Und niemandem darf man Gewalt zumuten, und kein einziger verdient es, dass Gewalt an der Frau, aber auch an dem Mann, gebraucht wird. (Beifall)

Wir brauchen Zivilcourage, Nächstenhilfe, wir dürfen nicht wegschauen. Auch das Land Oberösterreich schaut nicht weg und hat einige Maßnahmen dahingehend schon, sei es die Frauenberatungsstellen, Online-Beratungen, wo es auch geschafft worden ist, die sprachliche Barriere zu beheben, und weitere Projekte. Ein großer Dank an unsere Frauenlandesrätin Christine Haberlander und Frauenreferatsleiterin Beate Zechmeister, aber vor allem jenen Frauen und Beraterinnen, die vor Ort draußen sind und unmittelbar bei den Frauen sind, ihnen helfen und unterstützen, aus solchen misslichen Lagen zu kommen. (Beifall)

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet das Projekt StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt. Ein Projekt, das in Hamburg erforscht und erprobt worden ist und Gott sei Dank von der Bundesebene auch für Österreich ausgerollt wurde und bundesfinanziert ist. Über das tolle Projekt StoP haben wir uns auch schon im Unterausschuss Frauen beraten und die sehr erfahrene Auskunftsperson Maria Rösslhumer da gehabt. Weiters ist das Projekt auch bei der Landesfrauenreferentinnenkonferenz im September großes Thema gewesen und wir schließen uns der Vorgehensweise der Landesfrauenreferent/innenkonferenz an, dass der Bund aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen für eine langfristige Finanzierung, aber auch eine Evaluierung.

Wir befürworten diese Vorgehensweise und sind gespannt auf Informationen seitens des Bundes im Ausschuss. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Bammer.

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Danke Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die hier bei uns im Haus sind und vor den Bildschirmen! Ja, wir haben es schon gehört, der kürzlich präsentierte Gleichstellungsbericht, der hat uns wieder vor Augen geführt, dass der Gewaltschutz in Oberösterreich weiterhin ausbaufähig ist, dass es einfach noch nicht ausreicht.

Wir haben den zweithöchsten Wert im Österreichvergleich bei der Zahl der Betretungs- und Annäherungsverbote, und wir hören es aus allen möglichen Beratungsstellen, dass die Ressourcen einfach nicht ausreichend sind.

Ich betone das an vielen Stellen, und daher auch an dieser. Der Ausbau auch von der Männerberatung ist wirklich, wirklich wichtig. Wir sprechen immerhin von Gewalt gegen Frauen, die von Männern ausgeht. Von Frauen, die von Männern ermordet werden. Schutz vor Gewalt, Sicherheit von Frauen und Mädchen ist keine Frauenangelegenheit. Es betrifft uns alle. Wir brauchen eben konkrete Maßnahmen und Lösungen. Diese Lösungen vermisse ich leider immer in den Wortmeldungen der FPÖ. Wo sind denn eure Lösungen? (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Du musst zuhören!“) Ein entschlossenes Handeln, um Opfer vor Gewalt zu schützen und für ein Sicherheitsgefühl zu sorgen, Zivilcourage zu fördern? (Zwischenruf Abg. Gruber: „Ursachenbekämpfung!“)

Eine Maßnahme, die wir unbedingt brauchen, ist eben, gut funktionierende Präventionsprojekte am Leben zu erhalten, so wie dieses von StoP. Genau diese Präventionsprojekte eben Leben retten können. Daher stimmen wir dem Antrag natürlich zu. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Häusler.

Abg. **Häusler, BSc:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Menschen im hohen Landtag, wertees Regierungsmitglied, liebe Menschen auf der Galerie, herzlich willkommen liebe Schüler und vor allen Dingen liebe Menschen zuhause online an den Bildschirmen! Es sind jetzt schon einige Emotionen hier hochgegangen. Da darf ich anknüpfen, zumindest versuchen anzuknüpfen.

Gewalt, Gewalt ist, wie wir wissen, Kontrolle. Gewalt ist die Fähigkeit, etwas zu beeinflussen, etwas zu dominieren, etwas zu kontrollieren. In dem hier eingebrachten dringlichen Antrag geht es ja darum, gezielte Maßnahmen gegen häusliche Gewalt, die ja zum größten Teil Partnerschaften betrifft, auf lange Sicht in Oberösterreich, die Maßnahmen auszubauen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel auch langfristig zur Verfügung zu stellen.

Ich darf vorwegnehmen, dass wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrags selbstverständlich unsere Zustimmung erteilen und darf hier kurz anführen, dass der Kollege Gruber wahrscheinlich etwas falsch verstanden hat. Es geht in diesem Antrag um Partnergewalt, die ja nichts mit dem Migrationshintergrund zu tun hat. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Schau dir die Zahlen an!“ Beifall.)

Vielleicht darf ich dir einmal empfehlen, dass du mit Vertretern der Frauenberatungsstellen einmal ein intensives Gespräch führst, (Zwischenruf Abg. Gruber: „Die habe ich schon persönlich unterstützt!“) dann wirst du erkennen, dass diese Partnergewalten in allen Familien stattfinden.

Die letzten Tage haben natürlich gezeigt, und das, ist das was du hier instrumentalisiert hast, dass Gewalt vor allen gegen Frauen und leider auch gegen Mädchen in unserer Gesellschaft leider allgegenwärtig geworden sind. Die Frage nach den Ursachen dieser Gewaltausübungen lässt leider auf Antworten hoffen, auf die auch Fachpersonalen immer wieder versuchen, mit verschiedenen Blickwinkeln draufzuschauen. Es gibt ja verschiedene Erklärungsansätze, aber abschließend keine Antwort, warum es speziell in diesem Feld zu dieser massiven Zunahme von geschlechterspezifischer Gewalt gekommen ist.

Dabei gilt es, die einzelnen Ebenen der Gewaltentstehung zu beleuchten. Da gibt es auf der einen Seite die Wirkungsebene des einzelnen Individuums hin bis hin zur Beziehung weiter zur Gemeinschaft und schlussendlich zur Wirkungsbeziehung der Gesellschaft, und alle Ebenen kommen bei der Entstehung von Gewalt zum Tragen. Ganz wichtig ist es zu erwähnen, dass vor allem die Tatsache, dass soziale Isolation also dieser Familien häufig auch zur Entstehung von Gewalt beitragen. Das ist leider genau jede soziale Isolation, die ja leider in den letzten vielen Jahren vor allen Dingen von Regierungen befürwortet wurden.

Das Projekt StoP haben wir schon gehört, ist ja erwähnt worden. Stadtteil ohne Partnergewalt hat es sich zum Ziel gemacht, genau diese häusliche Gewalt zu bekämpfen. Es holt ein tabuisiertes Thema durch wirksame und zielgerichtete Maßnahmen in die Öffentlichkeit und bietet vor allen Dingen Anlaufstellen für die betroffenen Frauen und Familien.

Bei der Entstehung von dieser männlichen Gewalt gegen Frauen, die ja sowohl auf physischer als auch psychischer Ebene eine große Reichweite hat, spielt unser gesamtgesellschaftliches Wirken eine hohe Rolle. Das wissen wir.

Auf einen Aspekt, der jetzt noch nicht gefallen ist, möchte ich noch ganz kurz eingehen. Wir sprechen auch häufig von mitbetroffenen Zeugen dieser Gewalt, das sind nämlich unsere Kinder. Jede Intervention, die wir für den Schutz von Gewalt betroffenen Frauen setzen, das ist auch der Schutz unserer mitbetroffenen Kinder. Das unterbricht diese Abwärtsspirale, und die sorgt für eine gesunde Gesellschaft. Leider erleben in Österreich und auch in Oberösterreich Kinder unterschiedlichste Formen von häuslicher Gewalt, wenn sie Zeugen beispielsweise von Vergewaltigung oder einer Misshandlung von der Mutter werden.

Häufig sind die Kinder auch direkten Erfahrungen ausgesetzt. Auf psychischer Ebene ist das Aufwachsen in so einer gewalttätigen Atmosphäre, die geprägt ist von Spannung, Bedrohung, Demütigung ursächlich dafür verantwortlich, dass dieses destruktive Konfliktverhalten dann ebenso in das Erwachsenenalter dieser Kinder übertragen wird.

Hier gilt es als Gesellschaft und Politik entschlossen gegenzusteuern. Neben dem genannten Projekt brauchen wir natürlich auch positive Vorbilder, und ich darf hier vor allen Dingen positive männliche Vorbilder nennen, die wir vor allen Dingen in unseren Kindergärten und Schulen brauchen, die dort auch demonstrieren, dass es auch ohne Gewalt geht.

So kann es uns zukünftig gelingen, dass man aus dieser destruktiven Energie in etwas Positives zurückkehren und aus der rohen Gewalt eine gewaltige gesellschaftliche Änderung herbeiführen können. Ich darf mich an dieser Stelle selbstverständlich bei den ganzen

beteiligten Menschen und Organisationen bedanken, die sich seit vielen, vielen Jahren in Oberösterreich mit Nachdruck dem Thema der Prävention der häuslichen Gewalt beschäftigen und hier einen wichtigen Teil der Lösung darstellen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Präsident: Als letzte Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Danke Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen auf der Tribüne und zuhause an den Bildschirmen! Was sagen, was tun, ist das Motto von StoP. Das Projekt wurde jetzt schon eingehend beschrieben.

Ich möchte schon nochmal ganz kurz darauf eingehen, was unser Vorredner, Herr Kollege Gruber, gesagt hat. Ich bin immer wieder erstaunt, der Beweis ist wieder einmal mehr erbracht. Der FPÖ ist offensichtlich die Sicherheit unserer Frauen, Mädchen und Töchter, du hast die Frage sehr berechtigt nach den Töchtern gestellt, ich würde einmal anregen, dass wir uns auch mit der Frage beschäftigen, wie viele Töchter von unseren Töchtern, von Partnergewalt, Vätergewalt, Onkelgewalt, Brüdergewalt betroffen sind? Es ist nämlich ein Großteil, der in der Familie stattfindet. Das ist auch das Thema von StoP.

Wenn es um die Lösungsansätze geht, ich darf erinnern, der Herr Kickl als Innenminister hat als erstes was getan? Die notwendigen Fallkonferenzen abgeschafft. Das ist das, was die FPÖ macht, wenn es um Gewaltschutz geht. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Immer dieselbe Fehleinschätzung!“ Beifall.)

Was sagen, was tun, wenn zum Beispiel ein Polizist einer StoP-Projekt Koordinatorin sagt, dass ihre Arbeit so wichtig sei und er um jeden einzelnen Kontakt von ihr zu Menschen froh ist, der vor einem von ihm notwendigen Einsatz zum Beispiel einer Wegweisung passiert, weil dieser präventive Einsatz Leben rettet, dann ist die Bedeutung dieses Projektes eigentlich schon ganz gut zusammengefasst.

Die letzten Jahre haben uns als Gesellschaft viel abverlangt. Es ist viel aus den Fugen geraten und die ersten, die diese Veränderungen immer spüren, eben auch Zuhause, das sind die Frauen. Das habe ich auch schon einmal hier bei einer Rede gesagt, egal, ob in Kriegsgebieten oder in der oberösterreichischen Wohlstandsgesellschaft, das betrifft Frauen auf der ganzen Welt, weil Gewalt in Krisenzeiten immer prosperiert und in den privaten vier Wänden besonders.

Gewalt entsteht dort, wo Unausgewogenheit und Machtgefälle herrschen. Da fangen wir an bei den Rollenbildern. Die Rollenbilder gibt es in vielen Kulturkreisen. Ich bin ja da ganz dabei, aber wir dürfen nicht immer davon ausgehen, dass es nur einen Kulturkreis gibt, der mit Gewalt irgendwie etwas zu tun hat und die anderen von dem ausgenommen sind. Das ist einfach nicht so. Wir brauchen uns nur die Rollenbilder, die auch hier teilweise noch gelebt werden, anschauen, die zu Ungerechtigkeiten führen. Warum erwähne ich das immer wieder, die Rollenbilder? Weil die Schief lagen und auch die ökonomischen Schief lagen, es war gerade diese Woche der oberösterreichische Equal Pay Day, der uns wieder vor Gesicht geführt hat, wie schlecht Frauen immer noch im Vergleich zu den männlichen Kollegen bezahlt werden. Alles das führt zu Gewalt und genau bei diesem niederschweligen Zugang. Ich bin ja da auch ganz dabei, dass wir nicht immer nur Gewaltschutzmaßnahmen fördern müssen, sondern eine Gesamtstrategie haben müssen, und StoP ist eben ein sehr wichtiger Teil dieser Gesamtstrategie, weil es darum geht hinzuschauen, hinzuhören, zu helfen.

Ich möchte ganz kurz zu meinem Bezirk zu sprechen kommen, weil im Bezirk Perg gibt es an der Frauenberatung angesiedelt auch dieses StoP Projekt, einer von fünf Standorten, und mit diesen Frauen bin ich sehr viel im Austausch, warum das so wichtig ist. Gewalt ist eben keine Privatsache. StoP ist ganz wichtige Beziehungsarbeit, ganz wichtige Sensibilisierungsarbeit, und das unterscheidet dieses Projekt auch von so vielen anderen, weil es sehr menschennah ist, sehr niederschwellig ist und sehr lebensnotwendig ist. Diese schon genannten Haustürgespräche, die klären viel auf und nehmen die Scheu. Warum ist das eigentlich so wichtig, dass man die Scheu nimmt? Weil natürlich Gewalt immer auch was zu tun hat mit einem Schamgefühl, mit der Thematik, dass ich nicht darüber sprechen will, dass ich mich nicht traue, dass ich Angst habe, wenn ich in der Nachbarwohnung etwas höre und vielleicht die Polizei rufe, ich dann diskreditiert werde oder angegriffen werde, weil das ist ja nicht so angenehm, dass man das macht. Das genau leisten die Betreuer/innen, die Hauptamtlichen, aber auch noch die viel mehr freiwilligen, ehrenamtlichen Menschen, die sich bei Stammtischen, bei Workshops, bei Abenden, bei Projekten treffen, um diese Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Die treffen sich, und das Netzwerk wird immer größer.

In Perg wurden im letzten Jahr 700 solcher sensibilisierenden Gespräche geführt, und somit mindestens 700 Menschen auf diese Thematik sensibilisiert. Die geben das weiter, und darum ist das so wichtig. Ja, wir haben diesen Antrag sogar mitgezeichnet, weil wir der Meinung sind, natürlich gehört das ausgebaut. Es gehört auf Bundesebene abgesichert, langfristig abgesichert. Die Grünen setzen sich da sehr viel ein dafür, dass es auch wieder verlängert wird. Ich gehe davon aus, dass das auch wieder passiert, aber natürlich, ich bin ganz dabei, das muss langfristig passieren. Die Mitarbeiter/innen müssen wissen, wie es weiter geht, noch dazu, weil es so wichtig ist.

Was natürlich auch dazukommt, das betrifft auch uns in Oberösterreich. Wir müssen alle unseren Beitrag leisten auf allen Ebenen. Die Freiwilligen in den Gemeinden. Die Gemeinden stellen sehr viele Anfragen. (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) Ich bin auch sehr dabei, dass wir die Standorte ausbauen und ich bitte hier einen Tag vor dem Weltfrauentag doch auf überparteiliche Kooperation und um Unterstützung der Dringlichkeit und des Inhaltes. Vielen Dank. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 762/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der MFG, die Abgeordneten der Fraktion der NEOS und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich weise die Beilage 762/2024 dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 763/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 763/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Förderung von Kleinkraftwindanlagen, Mikrowindkraftanlagen für Haushalte. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 763/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Ja, Windenergie ist einer der sichersten und umweltfreundlichsten Arten, um Strom zu produzieren. Wenn wir in Österreich von Windenergie sprechen, reden oder denken wir zumeist an große Windriesen, an große Windräder. Kaum Beachtung in der öffentlichen Debatte finden jedoch die sogenannten Kleinwindräder beziehungsweise Mikrowindkraftanlagen. Das liegt in Oberösterreich auch vor allem daran, dass der aktuelle gesetzliche Rahmen ein signifikantes Hindernis für die Implementierung und den Betrieb dieser Energiequellen darstellt, insbesondere auch im Hinblick auf Abstandsvorschriften, die in vielen Fällen die Installation dieser Kleinwindräder auf Hausdächern, Garagendächern oder der Gartenhütte unpraktikabel machen.

Die Vorteile der Kleinwindkraft oder dieser Mikrowindkraftträder liegen aber auf der Hand, weil es eine dezentrale Energieversorgung ermöglicht, weil es unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen senkt und verringert und somit aktiv auch zum Klimaschutz beiträgt. Ich glaube, das ist auch ein Vorteil, den man nicht außer Acht lassen darf, diese Kleinwindkraftanlagen sind in der Lage, in Regionen, die abseits großer Windparks liegen, wertvolle Beiträge zur lokalen Energieversorgung zu leisten. Sie stellen nämlich somit auch eine wichtige Ergänzung zu anderen erneuerbaren Energietechnologien dar.

Sie sind aber in Wahrheit auch eine ideale Ergänzung für all jene Haushalte, die bereits eine PV-Anlage mit Speicher zum Beispiel zuhause haben, weil eben bei passender Windstärke die Speicher auch nachts aufgeladen werden können, und wir wissen auch, dass vor allem in sonnenarmen Monaten einfach mehr Wind geht. In den kälteren und dunkleren Monaten ist es allgemein so, dass wir mehr Strom brauchen, das heißt, da wäre es auch für Haushalte, die sich allgemein in sonnenarmen Lagen befinden, ein Vorteil, weil man somit Strom auch eigenproduzieren kann.

Bis jetzt wurde ja in Oberösterreich sehr oft argumentiert, dass man keine Freude oder keine wirkliche Pro-Meinung zu Kleinwindrädern hätte, weil es kaum Daten gäbe, wie denn die Geräuscentwicklungen dieser Anlagen aussehen. Es ist recht spannend, wenn man im Internet ein bisschen recherchiert, findet man sehr schnell von fast allen europäischen Herstellern TÜV-Gutachten, wo auch Lärmemissionen drinnen stehen. So zeigt zum Beispiel das TÜV-Nord-Gutachten, ich habe es mit, Herr Landesrat du darfst es dann gerne haben, zum Kleinwindrad SkyWind NG des deutschen Herstellers SkyWind, ganz klar, dass dieses Kleinwindrad sogar leiser ist als eine Luftwärmepumpe.

Bei einer Windgeschwindigkeit von 10 Metern pro Sekunde, also rund 36 km/h, ergibt sich in fünf Meter zur Entfernung ein Geräuschpegel von 48 Dezibel. Eine Luftwärmepumpe, natürlich abhängig vom Hersteller, aber hat in der Heizsaison ungefähr eine Emission von 60 Dezibel in fünf Meter Entfernung. Das heißt, da sieht man nicht nur der relativ geringe Lärm, sondern dass auch bei schlechtem Wetter und in der Nacht, habe ich zuerst schon gesagt, und in sonnenarmen Phasen eben Strom produziert werden kann, und das mit einem relativ geringen Einfluss auf das Landschaftsbild.

Um das volle Potential auch der Kleinwindkraft in Oberösterreich zu schließen, bedarf es aus unserer Sicht einfach auch eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wir müssen auf der einen Seite Barrieren abbauen und den Zugang zu Fördermitteln vereinfachen, auf der anderen Seite aber auch Investitionen in diese Technologie vorantreiben.

Es ist also aus unserer Sicht an der Zeit, als Gesetzgeber hier auch zu handeln und die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine nachhaltige Energiezukunft auch für Oberösterreich zu sichern, indem wir Bestimmungen anpassen und die Entwicklung der Kleinwindkraft fördern, leisten wir einen entscheidenden Beitrag zum Umweltschutz zur Sicherung unserer Energieversorgung und zur Stärkung der europäischen und regionalen Wirtschaft. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie bitten, unterstützt heute diesen Antrag und stellen wir gemeinsam die Weichen für eine nachhaltige Zukunft in Oberösterreich. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Schießl.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn man sich diesen Antrag ansieht und durchliest, ist man der Meinung, dass eine Montage derzeit gar nicht möglich wäre. Das stimmt nicht. Es gibt das Oberösterreichische Raumordnungsgesetz und aus dem geht ganz klar hervor, dass es möglich ist, wenn die gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind. Ich hätte es sogar da, ich könnte es vortragen, aber das würde den zeitlichen Rahmen sprengen, und ich gehe davon aus, dass der zuständige Landesrat das auch bestätigen wird.

Es geht da natürlich wieder einmal um die Abstände, die da eingehalten werden müssen. Nur diese Abstände haben natürlich auch eine Berechtigung und eine Notwendigkeit. Es gibt nämlich auch in Oberösterreich einen Anrainerschutz, und der muss gewährleistet sein, aber zu dem komme ich dann eh noch dazu. Also dieser Antrag zielt wieder einmal ganz klar auf die Abstände von Windrädern ab und ich weiß, in diesem Landtag haben wir viele, die die Abstände komplett abschaffen möchten, auch von den Windgiganten mit derzeit 1.000 Metern.

Ich kann euch nur eines sagen, schauen wir einmal nach Deutschland, in die deutschen Bundesländer, da ist die Abstandsregelung noch ganz anders. Zum Beispiel in Schleswig-Holstein ist es so, dass ein Windrad mal zehn gemessen werden muss, und dann ergibt sich der Abstand. Das heißt, bei einem Windgiganten mit 260 Meter, wie sie derzeit aufgestellt werden, hätten wir in Deutschland einen Abstand von 2.600 Metern und wir in Oberösterreich 1.000 Meter. Vielleicht müssen wir nachbessern und das sogar noch nach oben revidieren.

Aber bleiben wir bei den Kleinwindanlagen, bei die Mikrowindanlagen, weil die sind für mich auch immer sehr interessant. Ich habe ja sogar mit meiner Firma in diese Richtung geforscht, weil ich auch gesagt habe, grundsätzlich hört sich das ja gut an, ist ja das gescheit, wenn man eine Photovoltaikanlage mit Speicher hat, dass man vielleicht Wind noch dazu nimmt und somit noch mehr erneuerbaren Strom für sich selber produzieren könnte. Nur, man muss halt nicht nur das Positive anschauen, man muss halt auch das Negative anschauen, und da gibt es halt leider auch viele Punkte, die man da erwähnen muss.

Es ist einfach so, dass wir in Oberösterreich in sehr vielen Bereichen, in sehr vielen Bezirken, zu wenig Wind haben, um so ein Windrad effektiv zu betreiben. Es muss sich ja schließlich und endlich am Ende des Tages auch rechnen, und das sehe ich halt in vielen Gebieten derzeit nicht.

Und wir haben schon gehört heute die Montage auf dem Hausdach. Es gibt viele feinfühlig Menschen, die dann diese Rotationsbewegung von so einem Windrad über das ganze Haus nachher spüren. Das muss einem auch da klar sein, also jeder, der sich das hinaufgibt, hat dann vielleicht das Problem, dass er das immer wieder, wenn sich das bewegt, spürt. Wir reden ja da nicht von einem Kleinwindrad in dem Sinne, dass es so ein kleines Windrad ist, das man in den Garten irgendwo hineinsteckt, und das dann lieb ausschaut, weil es sich dreht,

sondern bei so einem Windrad, da redet man von einem Windrad, das weit über fünf Meter über das Haus hinaussteht, also das ist nicht irgendwas und nicht so klein, wie man das vielleicht meint.

Und du hast den Lärmpegel angesprochen. Der Lärmpegel ist ganz interessant natürlich, weil diese Kleinwindräder haben einen Lärmpegel zwischen 30 und 70 dB. Das, was du hergenommen hast, ist 48 dB. Ja, jetzt machen wir keine Abstände mehr zum Nachbarn. Wir haben eine laue Sommernacht, der Nachbar hat sein Fenster offen, weil er frische Luft haben möchte, und dann steht dieses Windrad fünf Meter von seinem Schlafzimmerfenster weg. Ja, der wird sich natürlich freuen, also der wird eine Freude haben, wenn er dann im Sommer das Fenster immer geschlossen haben muss, weil er nicht mehr schlafen kann, weil er einen Lärm hat mit 48 dB, das ist nicht ohne, glaube ich.

Und dann stellen wir uns das noch weiter vor, wir haben jetzt eine Siedlung mit 30, 40, 50 Häusern und ein jeder hat auf seinem Hausdach zwei solche Windräder drauf. Ja, da möchte ich nicht wissen, was da für eine Lärmbelastung in dieser Siedlung dann entsteht, wenn das so wäre. Und dass man so Windräder hernimmt, die vielleicht wenig Schall erzeugen, das ist wieder die andere Problematik, ich kann ja dem nicht vorschreiben, was für ein Windrad er sich hinauftut. Du musst genau den Erzeuger nehmen, der am wenigsten Lärm verursacht.

Und das Problem beim Lärm ist ja nicht das, dass das Windrad selbst einen Lärm macht, sondern die Rotation macht dieses Windrauschen, das da entsteht, und das kann ich bei keinem Windrad wegnehmen. Also wir haben ein riesiges Geräuschproblem bei diesen Windrädern, und das ist halt einfach für die Bevölkerung und vor allem für die Nachbarn dann eine sehr widrige Lebensqualität, die dadurch entsteht.

Oder auch freistehende Kleinwindanlagen, wo wir jetzt 100 Meter Abstände haben, bis zu 30 kW, da ist auch der Schattenwurf ein Problem. Wenn ich das an die Grundgrenze stelle, (Zwischenruf Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: „Das steht nicht im Antrag!“) ja, das kann schon sein, aber das gehört auch zu den Kleinwindanlagen. Und wenn wir die Abstände ändern, dann sind diese Windräder da mit drinnen. Das muss dir eben klar sein. Dann hast du dir das vielleicht bei dem Antrag eh schon zu wenig überlegt. Da habe ich ein Schattenwurfproblem und nicht deswegen, weil immer ein Schatten da ist, sondern weil ich einen bewegten Schatten habe und das natürlich auch die Lebensqualität vom Nachbarn massiv beeinträchtigt.

Ich habe einen Eiswurf im Winter, weil ich bei so einem kleinen Windrad die Rotorblätter nicht beheizen kann. Somit entsteht dort Eis, und da kann es natürlich passieren, dass sich das Eis dann löst, wenn das in Bewegung kommt und natürlich dementsprechend dann im Nachbarbereich Schäden verursacht. Und das, was ich auch noch extrem finde, ist natürlich auch das, dass vor allem so Kleinwindräder sich nicht aus dem Sturm drehen. Das heißt, wenn wir eine dementsprechende Windstärke haben, dann passiert genau das, dass solche Windräder dann beschädigt werden können und diese Teile, die sich dann lösen, schließlich und endlich in der Nachbarschaft herumfliegen.

Also da könnte man Sachen noch sagen, ich bin schon mit der Zeit am Ende, aber es gibt so viele Sachen, die ganz klar zeigen, dass das Gesetz, das in Österreich für diese Windanlagen derzeit besteht, das richtige ist, dass das zu 100 Prozent passt. Und wir als FPÖ bauen Zukunft und spielen Anrainerschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander aus. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

Abg. **Aigner**: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Landtags, der Landesregierung, werte Zuhörer auf der Galerie, liebe Oberöreicher! Ich muss vorwegschicken, grundsätzlich sind wir und bin ich nicht gegen Kleinwindkraft, und zwar Kleinwindkraft im Ausmaß von 20-, 30- oder 50-kW-Anlagen als sinnvolle Ergänzung zur PV-Anlage im Gewerbe, bei der Landwirtschaft und interessanterweise natürlich auch, wenn man einen Speicher dazu hat.

Es sind ein paar Themen vorab schon genannt worden, die man berücksichtigen muss und zwar der Schall. Ja, so ein Mikrowindrad, also wir reden ja da von Windkraftanlagen bis 1.000 Watt, also ein kW Nennleistung, erzeugt Geräusche. Jetzt hat es geheißen, aber das tut eine Wärmepumpe auch. Nur das Geräusch und der Schall der Wärmepumpe bricht sich halt am Hauseck zum Beispiel und ist nicht so massiv, als wenn auf jedem Dach so ein kleiner Windblederer in der Nacht dahinsurrt. Es ist auch schon genannt worden, der Infraschall, das ist die Vibration und der Schall, was man nicht hört, da gibt es aber auch unter anderem zum Beispiel im deutschen Ärzteblatt durchaus Berichte und Artikel, dass dieser Infraschall gesundheitliche Beeinträchtigungen mit sich bringt.

Ein mechanischer Schutz ist schon genannt worden. Was ist denn wirklich, wenn Sturm ist, wenn diese Rotorblätter abbrechen und zufliegen anfangen und vielleicht wo durch ein Fenster hineinkrachen in ein Kinderzimmer oder im idealsten Fall noch im Vollwärmeschutz beim Nachbarn drinnen stecken?

Was ist mit Eiswurf? Das ist durchaus gefährlich, wenn man bei einem großen Windrad vorbeifährt, sind die Warnungen Achtung Windkraftanlage Eiswurfgefahr, Was ist mit Blitz? Und letzten Endes ist aufgrund der Vibration von einer Mikrowindkraftanlage, die nicht zur Installation am Dach geeignet, sondern vielleicht freistehend auf einem Masten oder Ähnlichem, weil durch die Vibrationen auch die Befestigung dementsprechend leidet.

Aber ich bin kein Techniker, und darum möchte ich jetzt auch nicht weiter über technische Dinge sprechen, sondern ich kann halt als Mensch aus der Wirtschaft, als Steuerberater nicht aus, ich habe mir Zahlen angeschaut und habe einfach einmal die Wirtschaftlichkeit ausgerechnet. Und zwar habe ich mir eine 600-Watt-Anlage gesucht von einem österreichischen Baumarkt, den ich hier mangels Werbeeinnahmen meinerseits nicht nenne, wo die Anlage 2.895 Euro kostet, eine 600-Watt-Anlage. Die Details: Rotordurchmesser 1,5 Meter, so wie im Antrag. Details dazu: Nennleistung, das heißt, die 600 Watt werden produziert bei 14 Meter pro Sekunde, weiß man jetzt nicht unbedingt, wieviel das ist, das sind 50 km/h. Da zieht es schon ordentlich, Einschaltgeschwindigkeit 4 Meter pro Sekunde, sind zirka 14 km/h, da ist es auch schon ganz schön windig, das heißt, bis dorthin dreht es sich, produziert aber nicht.

Und jetzt habe ich einmal ausgerechnet, und das ist jetzt wirklich ein reines Denkmodell, weil ich glaube, dass es in ganz Österreich und auch in Oberösterreich nicht irgendwo ein Häusl gibt, wo das der Fall ist, aber wenn wir davon ausgehen, dass jede Nacht zwölf Stunden lang der Wind mit 50 km/h bläst, produziert diese 600-Watt-Anlage 7,2 Kilowattstunden in der Nacht. Der Arbeitspreis für eine Kilowattstunde ist derzeit 16 Cent, das heißt, in der Nacht habe ich 1,15 Euro Strom produziert als Ersparnis bei meiner Stromrechnung. Und das ist das, was ich in der Wirtschaftlichkeit berücksichtigen muss.

Jetzt habe ich Anschaffungskosten von 2.895 Euro und spare mir in der Nacht 1,15 Euro Arbeitspreis beim Strom. Noch einmal, da muss aber zwölf Stunden lang der Wind mit 50 km/h gehen. Und wenn er das das ganze Jahr tut, 365 Nächte im Jahr, dann dauert es 2.500 Nächte,

bis ich so viel Strom im Arbeitspreis gespart habe, dass ich den Kaufpreis, nur den Kaufpreis amortisiert habe, da habe ich keine Installation auf dem Dach, weil ich den Dachdecker dazu brauche, da habe ich keinen Elektriker, der es in Betrieb nimmt oder Ähnliches. Das heißt, nach sieben Jahren, da muss ich aber in einer Gegend sein, und ich sage es noch einmal, wo jede Nacht der Wind zwölf Stunden lang mit 50 km/h fährt. Dort wohnt eh keiner, also glaube ich, dass das Ding unwirtschaftlich ist.

Und ja, darum begehrt man ja eine Förderung, aber wir glauben, dass man gar nicht so viel fördern kann, dass das noch anfängt wirtschaftlich und sinnvoll zu werden. Der freie Markt soll das bitte regeln. Wenn es eine Nachfrage gibt, und wenn es sie im Baumarkt gibt, und wenn jemand entscheidet, ich möchte es haben, aus grünen Überlegungen heraus, aus ökologischen Überlegungen heraus oder weil es mir einfach einen Spaß macht, und es muss sich eh nicht rechnen, soll er es sich kaufen. Wir müssen aber nicht mit Gewalt da Geld vom Steuerzahler hineinstecken, dass er sich was kauft, was dann am Dach oben ist und unter Umständen nicht geschieht funktioniert.

Wir sehen da nämlich auch eine Gefahr. Förderung ist nämlich auch immer Steuergeld. Und da nehmen wir jetzt Steuergeld von allen, nämlich auch von Mietern von Wohnungen, die sich so etwas gar nicht hinaufgeben können auf ihre Wohnung, weil sie kein Dach bei der Wohnung haben sozusagen und verteilen dieses Steuergeld der Wohnungsmieter zum Häuslbauer. Darum können wir bei dem Antrag leider Gottes nicht mitgehen. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Mühlbacher.

Abg. **Mühlbacher:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Menschen zu Hause vor den Bildschirmen! Ich danke der SPÖ-Fraktion für diese Beilage und auch für den Antrag zum Thema Kleinwindkraftanlagen, darf aber vorweg sagen, dass wir dieser Dringlichkeit nicht zustimmen werden, aber uns inhaltlich mit dem Thema weiter beschäftigen wollen. Wie ihr wisst, haben wir das Thema ja beim Unterausschuss Klimawandel bereits besprochen und behandelt. Ich schlage deshalb vor, dass wir dieses Thema und diese Beilage dem Ausschuss für Standortentwicklung zuweisen und uns dort wirklich mit Experten und Sachverständigen den verschiedensten Gesetzesmaterien widmen und uns lösungsorientiert beraten wollen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Du kriegst seine Minuten, hat er mir gesagt. Danke! Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Monaten jedes Mal gehört, das ist der wärmste November, der wärmste Dezember seit Aufzeichnungen und so weiter. Wir haben unzählige Stürme, wir haben Starkregenereignisse, wie haben im letzten Sommer so viele Hitzetage gehabt wie noch nie, so viele Tropennächte. Also wer es jetzt nicht verstanden hat, dass wir endlich handeln müssen, dem ist nicht zu helfen, und der riskiert vor allem die Zukunft und die Zukunft unserer nächsten Generationen, dass die einen lebenswerten Planeten haben.

Also ganz einfach raus aus fossil, rein ins solare Zeitalter, Windräder statt Gasbohrtürme. Ja, es braucht eine Energiewende. Diese Energiewende braucht einen Mix an Maßnahmen unterschiedlicher Art. Und wir haben einiges schon aufgezählt gehabt, und es geht von PV bis zu Wind, von der Großwindanlage bis zur Mikrowindkraftanlage. Genau all das muss man sich wirklich anschauen. Was braucht es da, was machen die Einzelnen? Und daneben, und das

ist mir ganz wichtig, und das möchte ich auch da festhalten, es spricht auch bei dem Antrag ein bisschen mit, wir müssen auf Einsparung schauen, auf Effizienz schauen und einen Umstieg auf Erneuerbare ermöglichen.

Genau das macht die Bundesregierung, und genau das müssen auch wir in Oberösterreich weiter vorantreiben, und es muss endlich die Blockadepolitik aufhören und dass man nicht einmal darüber diskutieren darf, was uns die ÖVP- und-FPÖ-Koalition sagt mit den Großwindanlagen. Wir brauchen Taten statt Worte, nicht nur das ausbauen, was wir schon haben, sondern eben auch neue, die den Bedingungen alle entsprechen, einfach machen. St. Georgen, da gibt es kein Argument dagegen, da muss man nur wollen. Genauso beim Repowering, genau da müssen wir hinschauen, es ist heute wieder in der Zeitung, bei den Nachrichten, beim Repowering braucht es vielleicht einmal andere Maßnahmen, Übergangsmaßnahmen, abgestufte Abstände, je nach Größe von einem Windrad.

Also, ich glaube, da muss man einfach hinschauen, was ist denn möglich und was hat man ins Regierungsprogramm reingeschrieben und was ist möglich und wo braucht es dann auch Anpassungen. Und wir müssen gemeinsame Anstrengungen machen, eben um diese Kleinwindanlagen, Mikrowindanlagen zu ermöglichen. Andere Bundesländer, andere Länder machen es. Warum machen wir es nicht? Und ja, es wurde viel aufgezählt, was alles nicht geht, was alles dagegenspricht. Ich kann euch überall andere Beispiele geben, ob dies jetzt beim Eiswurf ist vom LKW runter, da gibt es genauso viele Möglichkeiten, wo wir auch ein Problem haben.

Also, ich glaube, man muss einmal schauen, was sind die Herausforderungen und es ermöglichen und nicht immer nur schauen, was nicht geht, sondern was geht und wie können wir es machen? Wie können wir in Oberösterreich diese Personen, die so etwas machen wollen, einladen oder motivieren, das auch wirklich zu tun? Ob es da eine Förderung braucht, eine wirtschaftliche, ist eine andere Frage, das muss man auch wirklich genau hinterfragen. Und ich frage mich, warum wir bei all diesen ökologischen Projekten, wenn ich mir eine Heizung neu mache oder sonst irgendetwas, immer auf die Wirtschaftlichkeit schauen. Bei einem Auto, das ich mir kaufe, da rechnet sich keiner aus, was mir das dann irgendwann bringt und wann das abbezahlt ist oder bei anderen Sachen, die wir im Konsum kaufen.

Aber bei allen Öko-Anlagen muss es sich wirtschaftlich rechnen. Nein, wenn ich einen Beitrag leiste, und es rechnet sich wirtschaftlich für uns alle, vor allem auch ganz österreichweit und oberösterreichweit. Wenn man diese Klimawandel-Folgekosten anschaut, dann müssen wir dringend was machen, und wenn es nur das kleinste Windrad ist und das kleinste Balkonkraftwerk, all das brauchen wir im Gesamtkonzept.

Und schauen wir da hin, sind wir bei denen dabei, die ermöglichen, die eine Energiewende vorantreiben, die mit den Menschen genau das machen, was unsere Kinder und Enkelkinder von uns fordern. Sie wollen einen Planeten haben, wo sie eine gute Zukunft haben, und für die stehen wir in der Politik da, ich zumindest, und ich hoffe noch viele andere auch, und wir werden auch dieser Dringlichkeit zustimmen. Ganz wichtig ist es, nicht locker zu lassen, sondern wir sind für eine Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder zuständig. Danke! (Beifall)

Präsident: Als Letzter zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Wirtschaftsstandort, unsere Gesellschaft braucht die Energiewende. Das ist vollkommen klar, und er braucht sie, sie braucht sie besser gestern als morgen. Und was auch

vollkommen klar ist, ist, dass Windkraft ein wesentlicher Teil der Energiewende ist und sein muss, weil es auch hier darum geht, uns mit erneuerbaren Freiheitsenergien von einer Abhängigkeit von derzeit Diktatoren Gas und Öl zu befreien.

Deshalb ist es auch wichtig, dass wir hier in diesem Haus immer und immer wieder über Windkraft sprechen, vor allem verhandeln aber über das Thema der Großwindkraft. Das ist der Hebel, den wir haben, um einen wesentlichen Beitrag auch in Oberösterreich dafür leisten zu lassen, dass genug Strom da ist, dass genug Energie da ist, dass die auch leistbar und erschwinglich ist für die Haushalte und für die Betriebe. Wir werden heute noch einmal über das Thema sprechen, wenn es geht um das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz.

Die Kleinwindkraft, das kleine Windrad, das sich der Private auf das Hausdach oder in den Garten stellen kann, wird natürlich nicht der große Hebel sein, mit dem wir die Energiewende schaffen, na freilich nicht, das behauptet hoffentlich ja auch niemand, aber wir haben einen Auftrag als Politik bei diesem Thema wie überall, nämlich Hürden aus dem Weg zu räumen für jene, die sagen, ich will das machen, ich will hier investieren, ich will mir hier ein kleines Windrad errichten. Und diese Hürden sind einfach da. Der Bürokratismus ist da, die Begründung dafür, dass wir nicht weiter tun bei einem Erlauben, bei einem positiven Zugang bei der Kleinwindkraft ist dann oft, es fehlen Lärmschutzgutachten noch, es fehlen belastbare Datenblätter noch zum Thema wie laut ist es, wie kann man das regulieren, und da können wir natürlich Hürden aus dem Weg räumen und als Verwaltung, als Politik einen Schritt auf jene Menschen zumachen, die Kleinwindkraft betreiben wollen.

Ob eine Förderung dann wirklich das beste, das gescheite, das effizienteste Mittel ist, das stelle ich natürlich auch sehr in Frage. Aber gerade die ersten beiden Punkte, die die SPÖ hier fordert, die entsprechen den Punkten, die die Grünen und wir NEOS gemeinsam vor einiger Zeit schon hier im Landtag eingebracht haben, nämlich entbürokratisieren, Hürden aus dem Weg räumen, jene, die es wollen, jene, die diesen Beitrag zur Energiewende leisten wollen in Form der Kleinwindkraft, die sollen das, wenn sie wollen, auch einfach können. Und da können wir auch etwas dazu beitragen. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 763/2024, Initiativantrag betreffend Förderung von Kleinwindkraftanlagen (Mikrowindkraftanlagen) für Haushalte, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Ich stelle fest, dass die Beilage dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen wird.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 764/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 764/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der Österreichischen Gesundheitskasse. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 764/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Präsident Peter Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, Frau

Bürgermeisterin, hallo! Ja, sehr oft stehe ich hier an dieser Stelle und bemängle, dass das in der Öffentlichkeit immer wieder gelobte gute Miteinander in Oberösterreich leider nicht mehr so gut funktioniert.

Heute stehe ich hier um zu sagen, dass es doch funktioniert, weil wir gerade in der letzten Landtagssitzung durch eine mündliche Anfrage meinerseits gemeinsam auch festgestellt haben, dass uns, ich sage es einmal salopp, in Wien ein Ei gelegt worden ist, weil durch eine Gesetzesänderung eigentlich im Zusammenhang mit einem Startup-Fördergesetz ein einfacher, aber in seiner Bedeutung gewichtiger Satz aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz gestrichen worden ist.

Nämlich der Satz, nachdem die Österreichische Gesundheitskasse oder überhaupt die Sozialversicherungen eine bundeslandweise Ausweisung der Einnahmen und Ausgaben und auch der Rücklagen vorsehen sollen.

Das ist jetzt in Zukunft nicht mehr der Fall, und das bedeutet einfach, dass wir in Oberösterreich künftig nicht mehr wissen würden oder derzeit auch nicht mehr wissen werden, wie viel Beiträge die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher in die Sozialversicherung einzahlen, wie sie verwendet werden für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher und auch, was mit den Rücklagen, die in der Zeit der Fusion 2018 in die fusionierte Gesundheitskasse eingebracht wurden, wie sich das dort weiter gestaltet.

Wir haben das gemeinsam festgestellt, und gleich nach der letzten Sitzung ist Klubobmann Dörfel, Ehre wem Ehre gebührt, auf mich zugekommen und hat gesagt, da müssen wir initiativ werden, weil wir haben immer gesagt, dass wir auf das Geld der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher schauen wollen, und dazu braucht es in erster Linie vor allem diese Transparenz, was mit den Beiträgen passiert.

Es geht um immerhin drei Milliarden Euro, die zum Beispiel in die Krankenanstalten fließen, 870 Millionen Euro sind es in den Krankenanstalten, 685 Millionen Euro nach dem letzten Jahresbericht, und das kann ich jetzt nur zitieren, weil diese Zahlen jetzt noch dort aufscheinen, 685 Millionen Euro für ärztliche Hilfe, 36 Millionen Euro auch für Vorsorge und Früherkennung von Krankheiten, ein ganz wichtiger Punkt, den wir auch hier immer diskutieren, wie wir das Gesundheitswesen entlasten wollen.

Da spielt die Vorsorge eine ganz wichtige Rolle. In Summe also drei Milliarden Euro von insgesamt 17 Milliarden Euro, die österreichweit hier aufgewendet werden, und Oberösterreich macht hier immer noch ein Plus. Wir sind hier immer noch im Plus. Die Steiermark ist im Vorjahr in ein Minus gekippt. Also, die Beitragseinnahmen und die Aufwendungen sind hier gekippt. In Oberösterreich, wie gesagt, haben wir immer noch ein Plus und tragen deswegen positiv zum Gesamtsaldo bei.

Ganz wesentlich, und da muss man dann im ASVG, im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, schon ganz schön weit zurückblättern, eben im Paragraph 434. Da sind eben auch die Rücklagen ausgewiesen, die gebildet wurden und die in die fusionierte Gesundheitskasse einmal eingegangen sind, und dass der Landesstellenausschuss, der oberösterreichische Landesstellenausschuss darüber befinden soll, wie diese Rücklagen denn verwendet werden sollen.

Das waren 2018 316 Millionen Euro. Wenn man hier Inflation und auch den positiven Beitrag, den Oberösterreich seither immer wieder geleistet hat, mit einrechnen möchte, dann kommt

man wahrscheinlich auf eine Summe von bis zu 500 Millionen Euro, die hier für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher eigentlich eingesetzt werden sollten, die in Oberösterreich entschieden werden sollten, wie sie eingesetzt werden sollen.

Das geht nur, wenn wir auch wissen, wie viel Geld überhaupt da ist, sonst kann der Landesstellenausschuss das eben nicht gesetzesgemäß entscheiden.

Dass wir hier viel zu tun haben, das wissen wir aus vielen Diskussionen hier im hohen Haus. Und weil morgen auch der Internationale Frauentag ist, wir haben gerade auch im Bereich der Gendermedizin hier einiges aufzuholen und auch was die frauenärztliche Versorgung angeht, hier einiges aufzuholen.

Auch da ein positives Beispiel aus dem Bezirk Freistadt, wo es derzeit keinen niedergelassenen Arzt gibt, aber wenigstens durch die Kooperation mit dem Krankenhaus die Versorgung sichergestellt wird.

Also, da sieht man schon, hier funktioniert ja in Oberösterreich die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitskasse und dem Land sehr gut, und das wollen wir auch weiterhin so halten. Dazu braucht es aber diese Transparenz, und darum auch dieser Antrag. Ich bedanke mich jetzt schon für die avisierte Zustimmung (Beifall).

Präsident: Auf der Galerie Platz genommen haben Schülerinnen und Schüler der Linz International Business School unter Begleitung von Mag. Alexander Schmidhuber. Wir begrüßen Sie ganz herzlich hier bei uns! Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Manhal.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Schülerinnen und Schüler, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum es in diesem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag geht, hat Präsident Binder bereits erläutert. Ich möchte es noch etwas komprimieren und zuspitzen.

Im engeren Sinn zielt dieser Antrag darauf ab, für Transparenz und Klarheit zu sorgen. Für Transparenz und Klarheit in dem Sinn, dass das Geld aus Oberösterreich auch für die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich verwendet wird. Damit setzen wir konsequent unsere bisherige Haltung fort.

Im Zuge der Verhandlungen zur Kassenreform hat es nämlich eine zentrale Bedingung aus Oberösterreich gegeben, und zwar, dass das Geld der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher auch nach der Kassenreform im Land bleibt. Die Verwendung der oberösterreichischen GKK-Rücklagen in Oberösterreich war eine unumstößliche Prämisse für die Kassenfusion.

Wir gehen davon aus, dass diese Zusage auch weiterhin aufrecht ist. Um eine entsprechende Sicherstellung zu gewährleisten, fordern wir, dass die bis Ende 2023 verankerte Pflicht der ÖGK, einen Jahresvoranschlag und eine rollierende Gebarungsvorschaurechnung für jedes Bundesland zu erstellen, wieder eingeführt wird. Damit ist eine umfassende Transparenz im Zusammenhang mit den oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK gewährleistet.

Im weiteren Sinn zielt dieser Antrag darauf ab, dass das Geld der in Oberösterreich Versicherten für oberösterreichische Patientinnen und Patienten zur Verfügung steht. Die hohen Rücklagen sind eine gute Grundlage für innovative Konzepte zur Stärkung des oberösterreichischen Gesundheitssystems, und ich darf daran erinnern, dass es hier durchaus einiges zu tun gibt für die ÖGK.

Ich denke etwa an ausreichende Versorgung durch Fachärzte mit Kassenvertrag im niedergelassenen Bereich, ich denke an die Attraktivierung und zeitgemäße Ausgestaltung von Verträgen mit Allgemeinmedizinern, aber auch an große gemeinsame Themen wie der Patientenlenkung, der Stärkung der Prävention, Präsident Binder hat es angesprochen, und der Eigenverantwortung, aber auch an das Vorantreiben der Digitalisierung und telemedizinischer Möglichkeiten.

Summa summarum soll dieser Vorstoß einen weiteren Beitrag zur besten Gesundheitsversorgung der Menschen in Oberösterreich leisten, und ich bitte deswegen um breite Zustimmung (Beifall).

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Schülerinnen und Schüler auf der Galerie! Wie schon meine Vorredner erläutert haben, geht es in dem vorliegenden Antrag grundsätzlich darum, dass die 500 Millionen Euro der Oö. Gebietskrankenkasse weiterhin für Oberösterreich zweckgewidmet bleiben.

Dies war nämlich auch durch die Kassenfusion, wie schon gesagt, grundsätzlich sichergestellt. Aber leider hat es im November 2023 eine Novelle gegeben, wodurch die Aufschlüsselung dieser Bundesländerbeträge künftig wegfallen soll und das Geld irgendwo in der Bilanz versickert. Das war niemals Teil der Kassenreform.

Deswegen hat berechtigterweise die FPÖ bei dieser Novelle im Parlament eine getrennte Abstimmung des entsprechenden Artikel 5 beantragt und in Teilen die Zustimmung verweigert. Leider haben die Parlamentsfraktionen der Bundesregierung diese Novelle durchgezogen, wodurch nun drastisch erschwert wurde, die 500 Millionen Euro weiterhin als oberösterreichisches Versicherungsgeld auszuweisen.

Das wurde Oberösterreich allerdings immer versprochen, wodurch der heutige Antrag durchaus seine Berechtigung hat, denn genau dieser nun passierte Fehler wäre durch die ursprüngliche Kassenreform verhindert worden. Die Bundesländergelder wären ausschließlich den Bundesländern gewidmet gewesen, und alleine die Leerstände bei den Kassenarztstellen, bei den Psychologen, Kinderärzten und Gynäkologen sind offenkundige Bereiche, wohin man dieses Geld zur Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich investieren könnte.

Dies wird durch genau diese Novelle der Bundesregierungsparteien nun drastisch erschwert. Nachdem die Kassenfusion nun auf halbem Wege unterbrochen wurde, gibt es nun weiterhin Probleme. Mir kommt da schon vor, als wenn nicht das Wohl des Patienten und die Effizienz im Vordergrund steht, sondern die Beibehaltung von Machtstrukturen, und die eigentlich ausgedient haben sollte.

Fakt ist aber allerdings, dass diese 500 Millionen Euro, wie auch damals bei der Fusion vereinbart, in Oberösterreich wirksam werden müssen. Dafür werden wir uns heute wirklich einsetzen heute hier im Landtag und ab Herbst hoffentlich auch in der Bundesregierung, denn auf die FPÖ kann man bauen. Vielen Dank (Beifall).

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzte Aussage war fast eine gefährliche Drohung. Wenn ich mir das in Erinnerung rufe, was groß getönt wurde von ÖVP und FPÖ in der Regierung, eine Patientenmilliarde, Verwaltungsvereinfachung. Alles ist gemacht worden mit der Kassenfusion. Und Oberösterreich, und auch ich habe mich damals eingesetzt, dass wir ja schauen, wie können wir zumindest mit den Mitteln, die wir jetzt als Rücklagen haben, auch weiter einen Spielraum in der Verwendung haben.

Was hat die Fusion gebracht? Nichts, außer zusätzliche Kosten, die jetzt aus Steuermitteln im FAG in einem wirklich intensiven Prozess mit der Bundesregierung, mit den Ländern, aber auch mit der Kassa, haben die Kassen Geld bekommen aus Steuermitteln. Das hat es vorher nicht so gegeben. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Ganz klar, es hat intensive Verhandlungen gebraucht, weil es geht uns um eine Versorgung für ganz Österreich, für alle Patientinnen und Patientinnen. Und es sollte, und es war auch ein Grund, warum man es ein bisschen andenken kann, eine Kassenfusionierung, für alle gleich sein, ganz egal, ob der in Tirol wohnt oder in Oberösterreich oder in Salzburg.

Alle sollen die gleichen Leistungen bekommen, und auch die Ärzte und Ärztinnen sollen gleiche Honorare bekommen. Was ist passiert? Wir haben uns nach Langem auf einen Gesamtvertrag geeinigt, aber weit weg von Honorarverhandlungen. Honorarverhandlungen, genau für diesen Spielraum, den wir brauchen in den Regionen.

Da sind wir weit weg. Das liegt nicht nur an einer Kammer, sondern auch an dem Willen vieler anderer. Ich möchte das nicht ausführen, weil ich bin in den Verhandlungen nicht dabei, aber ich kann mir aus meiner Erfahrung als langjährige Arzthelferin mit den unterschiedlichen Kammern und den unterschiedlichen Gebietskrankenkassen schon denken, wo es da Schwierigkeiten gibt.

Oberösterreich war immer Vorreiter in der Zusammenarbeit. Da hat es nicht gegeben Ärztekammer, Kassa und Land und andere Player, Apotheken, sondern wir haben eigentlich auch von der Gesundheitsplattform weg, Danke auch da an Landeshauptmann Pühringer, der den Schritt mit uns gegangen ist und gesagt hat, wir holen alle herein in die Plattform.

Wir schauen nicht unbedingt, dass alle mitreden, aber dass die Informationen da sind, und dann kommen natürlich Projekte heraus, die man gemeinsam gemacht hat. Wir haben vieles auf den Weg gebracht, was jetzt der Bund österreichweit ausrollt, weil wir in Oberösterreich eine gute Zusammenarbeit gehabt haben mit der Gesundheitskasse, damals Gebietskrankenkasse, weil der Gebietskrankenkasse in Oberösterreich wichtig war, gerade am Industriestandort sehr viel in die betriebliche Gesundheitsförderung zu investieren.

Es war in anderen Bundesländern vielleicht nicht so dringend notwendig, aber bei uns war es klar, wir müssen da etwas machen, und das sehen wir jetzt auch für alle anderen, gerade im Wirtschaftsbereich. Genau diese Möglichkeit ist uns genommen worden, hier individuell zusätzliche Maßnahmen zu machen. Mit dem Geld ist nie eine einzige Kassenstelle gemacht worden.

Das ist immer ein Gesamtvertrag, nur ein Ausrollen zwischen Kasse, Ärztekammer und der Bundesregierung gewesen. Aber wir brauchen die Daten, und da bin ich einfach auch ein bisschen sauer. Ja, es stimmt, es ist mit einem Wisch weggegangen worden, aus

verwaltungsvereinfachenden Gründen. Was aber nicht heißt, dass wir nicht die Zahlen trotzdem brauchen.

Die Zahlen brauchen wir, vor allem auch für die Zielsteuerung. Wir haben eine Bundeszielsteuerung, die geben uns einen Rahmen vor. Wir machen in den Ländern eine Landes- und eine Regionalzielsteuerung, und genau dort brauchen wir auch diese Daten, weil es einen Unterschied ausmacht, wie die Altersstruktur ist.

Die kann ich mir auch wo anders holen, aber ich glaube, es geht um die Versicherten-Strukturen, da sind wir uns schon alle einig. Die Herausforderung hat die SVS mit der Bauernversicherung genauso. Als wir letzte Woche bei der Eröffnung waren, die haben genauso diese, was sind unsere Bedürfnisse im Speziellen in Oberösterreich, und was braucht es aber in ganz Österreich?

Ich habe das Gefühl, man hat den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Man hat zuerst einmal geschaut, dass man nicht mehr die einzelnen Daten hat und hat aber vergessen, dass wir eigentlich einen ordentlichen Gesamtvertrag brauchen, und das ist, glaube ich, ganz entscheidend.

Es geht wirklich nicht darum, jetzt wieder Bundesländerkassen zu machen. Es war, glaube ich, nicht das Ziel, auch nicht bei der Regierung bei der Veränderung in diesem Paragraphen. Das war nicht der Hintergedanke. Der Hintergedanke war einfach, nicht mehr so transparent zu sein, Verwaltungsvereinfachung.

Dass ich da heute zustimme, und das ist nicht immer nur, das kann wahrscheinlich die ÖVP bestätigen, nicht nur auf Gegenliebe auf der Bundesregierung gestanden, sondern weil ich es wirklich auch begründen kann. Es geht nicht darum, wieder neue Bundesländerkassen zu machen.

Nein, es geht darum, zu schauen, was braucht es in Oberösterreich speziell an Maßnahmen? Was braucht es in den anderen Bundesländern? Und daher braucht man eben genau diesen gemeinsamen Draufblick, genau diese Möglichkeiten, hier eigene Budgetmittel zu haben. Daher werden wir diesen Antrag dringlich und auch inhaltlich unterstützen. Danke (Beifall).

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 764/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 765/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer. Bitteschön!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Vielen Dank, Frau Präsidentin, werter Landesrat Achleitner, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Es geht, Antragstitel, um die Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsetzes.

Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, die Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die befristete Gewährung von Förderungen für Unternehmen in Sektoren, die aufgrund erheblich gestiegener Strompreiskosten besonders belastet sind, kurz Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz 2022, SAG 2022, bis zum Jahr 2030 zu verlängern.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht hier jetzt darum, zu verhindern, dass besonders energieintensive Unternehmen, wie wir sie gerade auch in Oberösterreich haben, in der fertigenden Industrie haben, in der Stahlerzeugung haben, ihre Produktion hierzulande über die Jahre sukzessive zurückfahren oder in Betracht ziehen, ins Ausland abzuwandern.

Deshalb müssen gerade diese Branchen, aber nicht nur diese Branchen, durch das Strompreis-Ausgleichsgesetz auch weiterhin entlastet werden. Dieses Gesetz gilt nämlich nur bis 2022, während manche andere EU-Länder, große Märkte wie Frankreich oder Deutschland, schon längst bis 2030 nachgezogen haben.

Wir müssen es also schaffen, hier in Österreich auch im internationalen Vergleich saubere, heimische Industrie wettbewerbsfähig zu halten, vor allem unserer Wirtschaft Planungssicherheit zu geben und bei der Elektrifizierung der Prozesse und damit auch bei der CO₂-Reduktion langfristig zu unterstützen.

Deshalb freut es mich, dass wir hier als NEOS gemeinsam mit der ÖVP und der FPÖ hier in Oberösterreich diesen dringlichen Antrag zur Verlängerung des SAG 2022 einbringen können, um der Industrie, um der Wirtschaft bei uns in Oberösterreich und in ganz Österreich unter die Arme zu greifen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Worum geht es? Es geht darum, dafür Sorge zu tragen, dass unsere Wirtschaft auch weiterhin investiert und damit in Wertschöpfung, in Nachhaltigkeit investiert. Es geht um Arbeitsplätze und um berufliche Chancen, nicht nur, aber gerade auch für junge Menschen. Es geht um Zukunftssicherheit für Unternehmen, für Wirtschaft und gerade auch für junge Leute, und es geht nicht zuletzt auch um Lehrausbildungsplätze.

Wir alle haben es in den letzten Wochen mitverfolgt. Jugendarbeitslosigkeit, eine Reduktion oder Stagnation bei den Lehrausbildungsplätzen, das trifft vor allem junge Leute. Und wenn ein junger Mensch später einen Beruf lernt, später anfängt, Geld zu verdienen, dann hängt das lange nach, und das ist dann das desaströseste, was uns passieren kann als Gesellschaft.

Also auch deshalb, gerade auch deshalb ist es wichtig, dass unsere Industrie, unsere Wirtschaft den Strompreis ausgeglichen bekommt, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das ist eine von mehreren dringenden Maßnahmen. Es ist eine Maßnahme, wo wir NEOS uns mit ÖVP und FPÖ soweit einig sind, dass wir gemeinsam jetzt diesen Antrag, diese Resolution an die Bundesregierung und damit auch an den Bundesgesetzgeber erstatten. Es ist aber aus unserer Sicht, aus NEOS-Sicht, natürlich nicht der einzige. Wir machen ja regelmäßig Vorschläge. Diskutieren die auch mit den Kolleginnen und Kollegen. Wir könnten massiv entlasten bei der Bürokratie. Wir könnten massiv entlasten bei den Lohnnebenkosten, und wir könnten vor allem die Menschen, die arbeiten für das Geld, das sie dann ausgeben und in der

Tasche haben, massiv entlasten durch eine Reduktion der Steuer- und Abgabenquote. Auch das ist etwas, was wir uns sehr gerne in Zukunft gemeinsam mit Euch noch anschauen.

Ich möchte noch ganz kurz den allgemeinen Rahmen skizzieren. Und zwar muss klar sein, dass das jetzt kein protektionistischer Alleingang Österreichs sein soll. Sondern wie schon gesagt: Andere EU-Länder gleichen den Strompreis auch aus. Die wichtigsten Industrieländer der EU haben das auch schon im Rahmen der Klimaschutzverordnungen, im Rahmen der Gesetzgebung und in den Richtlinien der Europäischen Union schon gemacht. Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, die bis 2030 den Strompreiskostenausgleich schon beschlossen haben. Wo eben Industrie und Wirtschaft Planungssicherheit haben, und deshalb ist es höchste Zeit, dass unsere Bundesregierung, dass unser Bundesgesetzgeber nachzieht. Deshalb ist es gut und richtig und freut es mich, dass ÖVP, FPÖ gemeinsam mit uns NEOS heute diesen Appell hier richten werden nach Wien. Und ich bin auch zuversichtlich, dass uns früher oder später diese starke Stimme aus Oberösterreich, aus dem Wirtschafts- und Industriebundesland Oberösterreich, dazu verhelfen wird, dass wir diese wichtige Maßnahme dann auch bekommen und machen in ganz Österreich. Vielen Dank!

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schießl!

Abg. **Schießl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, leider ist dieser Antrag notwendig. Ich möchte fast sagen, man ist hier fahrlässig unterwegs, weil man seitens der Regierung bis jetzt noch nicht gehandelt hat. Wie Kollege Eypeltauer schon ganz klar gesagt hat, die Wirtschaft braucht Sicherheit, und das über Jahre hinaus, um Investitionen tätigen zu können. Und man muss einfach wissen, auf was man sich einlässt. Bis jetzt hat es leider keine Verlängerung dieses Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes gegeben, und das ist natürlich auch traurig. Denn für viele geht dann im wahrsten Sinne des Wortes das Licht aus. Da wird es finster, weil sie sich den Strom nicht mehr leisten können.

Wir dürfen nicht vergessen, wir haben nach wie vor sehr hohe Strompreise mit zweiunddreißig Cent bei der Energie AG, sechsundzwanzig Cent beim Verbund. Da ist auch diese Deckelung, die damals für dreitausend KW mit zehn Cent eingeführt worden ist natürlich ganz ganz wichtig. Denn sonst hätten viele einfach die Situation, dass sie doppelte, dreifache Energie-Stromkosten hätten und sich diese einfach nicht mehr leisten könnten. Die Begründung, dass der russische Angriffskrieg hier Schuld sein soll, lasse ich hier nicht ganz so stehen. Denn die erneuerbare Energiewende war natürlich auch nicht zum Nulltarif zu erhalten. Das heißt, auch das hat ordentlich viel Geld gekostet. Der deutsche Atomausstieg hat zusätzlich die Situation angeheizt und noch sehr viele andere Umstände, die die Energiepreise in die Höhe getrieben haben und natürlich mit den Geldgeschenken, die hier Österreich in diesem Bereich auch verteilt, die leider notwendig sind, haben wir natürlich auch die Inflation massiv angeheizt. Das dürfen wir auch nicht außer Acht lassen.

Die Wirtschaft in Österreich und in Oberösterreich ist sehr innovativ. Wir haben schnell Maßnahmen ergriffen. Wir waren vor kurzem mit dem Landtagspräsidenten bei der Firma Einböck. Da hat man sich, glaube ich, ein Bild machen können, wie innovativ unsere Firmen sind, wenn es um erneuerbare Energie geht. Aber trotzdem schaffen wir es nicht ohne Unterstützung, und trotzdem werden wir ohne Unterstützung unter die Räder kommen. Die österreichische Wirtschaft muss am Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben, und mit den derzeitigen Bedingungen ist es einfach sehr schwierig, in vielen Bereichen sogar unmöglich. Am Weltmarkt ist die Energie zu einem Bruchteil teilweise zu erhalten, als wie bei uns hier in Österreich. Dadurch sind natürlich viele auf den Schritt über den Ozean in andere Kontinente

nach Afrika, nach Asien, nach Amerika. Diesen Schritt sind einige schon gegangen, und diesen Schritt haben leider auch einige vor. Weil, wie wir wissen, bei uns das bis jetzt nicht auf die Beine gestellt wurde, dass man diesen Unternehmen Sicherheit gibt.

Kommt es zu keiner Kompensation des Stromes, wie gesagt, ist das der Todesstoß für die Wirtschaft. Und dann wird es natürlich auch bei der Bevölkerung dazu kommen, dass sie die Arbeit verlieren, dass sie in die Armut abgleiten. Diese werden ja auch immer mehr, und das muss dringend verhindert werden. Deswegen gibt es nur eines: Diesen Weg weiter zu gehen, hier unbedingt die Stützung vorzunehmen, dass wir als Oberösterreichischer Landtag bei der Bundesregierung natürlich noch einmal intervenieren, das schnell zu erledigen, das schnell machen, dass unsere Unternehmen eine Zukunftsperspektive haben, und dann hoffen wir natürlich, dass man sich auch überlegt, wie man das Ganze länger und nachhaltig natürlich hinbekommt. Ich denke doch, man sollte hier versuchen, das Problem an der Wurzel zu fassen und hier gegenzusteuern, damit man mit den Einnahmen als Unternehmen, als Arbeiter sein Auslangen findet. Dass man die Energiekosten bestreiten kann, ohne auf Unterstützung des Staates anstößig zu sein. Und schließlich und endlich, dass man es schafft, einfach mit dem, was man verdient, mit dem, was man erwirtschaftet, ein Auskommen zu finden. Das wäre eine ganz, ganz wichtige Sache.

Deswegen stimmen wir dieser Beilage zu und hoffen, dass dieses in Wien Gehör findet. Und hier schnell natürlich Gegenschritte möglich werden, denn nur dann ist es möglich, wie unser Klubobmann Dörfel immer sagt: Mit Mut und Zuversicht in die Zukunft zu gehen! Dankeschön! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Mitglieder des Oö. Landtags, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Ich gehe jetzt davon aus, David, das war ein Freud'scher Versprecher, der Wunsch einer großen Einheitspartei von ÖVP, FPÖ oder vom gemeinsamen Klubobmann. Ja, wer hätte denn zu Beginn des Jahres 2022 ernsthaft daran gedacht, dass uns in Europa wieder ein Krieg droht? Und ich muss dahingehend meinem Vorredner ein bisschen widersprechen, weil man schon sieht, dass vor allem durch diesen Angriffskrieg die Energiepreise, die Strompreise massiv angestiegen sind. Und das ist nicht nur nach wie vor eine enorme Belastung für viele Menschen in Oberösterreich und Österreich, sondern verbunden einfach auch mit den hohen Zertifikatspreisen im Emissionshandel. Auch eine große Herausforderung für die energieintensive Industrie in unserem Bundesland. Und so ehrlich muss man auch sein, da sind viele Entwicklungen dabei, auf die wir als Österreich, auf die wir auch als Oberösterreich kaum bis wenig Einfluss haben. Auf was wir aber doch Einfluss haben ist, zu schauen, dass wir unsere Industrie dahingehend unterstützen, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu opfern.

Und vor allem die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Papierindustrie, die chemische und pharmazeutische Industrie, sowie Glas, Keramik und Zement sind in Oberösterreich Dreh- und Angelpunkt unserer Wirtschaft. Weil sie bilden nicht nur den Ausgangspunkt zahlreicher Wertschöpfungsketten, die ehrlicherweise auch weit über die Grenzen unserer Region hinausreichen. Deswegen kann man, glaube ich, auch die Bedeutung dieser Industriezweige nicht hoch genug einschätzen. Sie haben einen großen Einfluss auf die direkte und indirekte Beschäftigung und somit auch für die Innovationskraft und die technologische Entwicklung unseres Landes. Und trotz dieser offensichtlichen Bedeutung stehen wir vor der Tatsache, dass sich scheinbar die Bundesregierung nicht bewusst ist, ob sie der Herausforderung, mit der ja unsere Industrie, mit der unserer Wirtschaft konfrontiert ist, weil eben die Geltungsdauer

des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes 2022 lediglich das Kalenderjahr 2022 abdeckt. Und Felix Eypeltauer hat schon gesagt, auch andere europäische Mitgliedsstaaten haben ihre Unterstützungsmaßnahmen bereits über dieses Datum hinaus verlängert, um die Industrie eben vor dem internationalen Wettbewerb zu schützen und das Risiko einer CO₂-Verlagerung zu minimieren.

Und es ist somit aus unserer Sicht auch unumgänglich, dass wir auch in Österreich und speziell in Oberösterreich handeln, um unsere Industrieunternehmen eben keinem erheblichen Nachteil auszusetzen. Deswegen werden wir den Antrag auch heute unterstützen, um die diese Geltungsdauer bis 2030 zu verlängern. Das ist nämlich nicht nur eine Maßnahme der kurzfristigen Entlastung, sondern bildet, wie gesagt, auch Planungssicherheit für unsere Betriebe.

Weil es, und ich glaube, das darf man auch sagen, auch ein klares und entscheidendes Bekenntnis zur langfristigen Unterstützung der Industrie und somit auch zur Sicherung unserer Arbeitsplätze, die in Wahrheit davon abhängig sind, darstellt. Das heißt, wir müssen die Weichen für die Zukunft stellen. Im Klimaschutz und in der industriellen Produktion Hand in Hand gehen, ohne eben die Wettbewerbsfähigkeit zu opfern.

Daher eben noch einmal, wir unterstützen das. Finden es auch ganz ganz wichtig, weil es eben nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft ist, sondern auch der sozialen Verantwortung, nämlich gegenüber jenen Menschen, die in diesen Industriezweigen arbeiten und deren Familien. Vielen Dank! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Aigner das Wort. Bitte.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Mitglieder im hohen Haus! Geschätzte Zuseher auf der Galerie, liebe Oberösterreicher! Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz. Ich möchte den Zusehern und den interessierten Bürgern einmal ein bisschen erklären, um was es da geht und wo das herkommt. Es geht nämlich darum, dass es mit dieser Förderung etwas macht, was man selber ausgelöst hat. Und zwar die indirekten CO₂-Kosten, die auf dem Strom drauf sind und wir für die Industrie wegfördern, dass sie mit dem nicht belastet sind. Was sind indirekte CO₂-Kosten? Das sind jene Kosten, die entstehen, wenn man Strom produziert und dabei die Umwelt verschmutzt und dadurch oder deshalb Treibhausgasemissionen-Zertifikate kaufen muss. Das heißt, man kauft sich Verschmutzungsrechte.

Warum muss man sich diese Verschmutzungsrechte überhaupt kaufen? Weil die Europäische Union im Zuge des europäischen Green Deal sich zum Ziel gesetzt hat, bis im Jahr 2050 klimaneutral zu sein. Klimaneutral heißt, wir verschmutzen beziehungsweise stoßen genau so viel CO₂ aus wie auf anderer Seite, wo gebunden wird, dass die Bilanz null ist. Das heißt nicht, dass wir gar nichts ausstoßen, sondern dass man halt auch dementsprechend bindet oder auf das komme ich später noch, saubere Energie in dem Ausmaß erzeugt, wo man wo anders was verschmutzt, und dass man verschmutzen darf, muss man etwas kaufen, diese Zertifikate. Und der Stromproduzent rechnet das einfach auf den Preis drauf, und durch das ist der Strom teurer geworden.

Der Green Deal möchte, dass man, wie ich schon gesagt habe, keine Netto-Treibhausgasemissionen hat, und da muss sich die Industrie dementsprechend auch elektrifizieren, dass man dann nicht zum Beispiel mit dem „bösen Gas“ die Industrie betreiben kann oder betreiben können, auf diese Elektrifizierung komme ich wieder.

Und dann hat man festgestellt, hoppla, wenn wir jetzt die Elektrifizierung wollen und die Treibhausgasemissionen besteuern und Zertifikate verkaufen, kann das sein, dass unsere Industrie der Europäischen Union und Österreich und Oberösterreich den Rücken kehrt und dort hingehet, wo man für Verschmutzung nichts zahlen muss. Nämlich in den Rest der Welt, außerhalb der Europäischen Union.

Und wir glauben, in der EU mit 500 Millionen Einwohnern, dass wir das Weltklima retten können durch den European Green Deal. Wenn 7 Milliarden Menschen auf der Welt, also fast die ganze Weltbevölkerung darauf pfeift. USA, China und Indien sind verantwortlich für 50 Prozent der CO₂-Emissionen auf der Welt. Ich sage es nur, und in China und in Indien wird fest produziert, und unsere Industrie kann dorthin auch abwandern. Ja, zum Thema saubere Energie habe ich dieser Tage in einer Zeitschrift was gelesen, was auch interessant ist. Ein Teil der sauberen Energie, die sich die Europäische Union wünscht, wird Wasserstoff sein.

Jetzt stellt euch vor, wo der Wasserstoff herkommt? Da gibt es ein Projekt, wo aus Sonnenstrom in Algerien, Nordafrika, Strom produziert wird. Mit dem Strom Wasserstoff produziert wird und dann in einer 3300 Kilometer langen Pipeline nach Europa kommt. Argument, weil das Gas aus Russland nicht gesichert ist, weil Russland instabil ist. Algerien ist superstabil mit Reisewarnstufe fünf von sechs.

Also, ich glaube nicht, dass wir es uns von der Unabhängigkeit hier besser machen. Und ich glaube auch nicht, dass das dann in Österreich oder in der Europäischen Union ein Verschmutzungsrecht mit sich bringt, wenn man in Nordafrika saubere Energie produziert. Aber es sei einmal dahingestellt. Die Frage, die sich uns stellt, warum muss man als Europäische Union so umständliche Vorschriften machen, die dann eigentlich im Weltklima ja offensichtlich nichts bewirken können?

Was aber den Strom verteuert, die die Industrie zur Abwanderung bringt, gegen die Elektrifizierung ist, und dann haben wir Angst, dass die Wirtschaft bricht. Müssen Geld reinstecken, das wir Ihnen vorher weggenommen haben, dass das ganze Ding sich wieder dreht und die Industrie dableibt. Da stellt sich für mich jetzt eine Frage, brauchen wir diesen Green Deal? Brauchen wir die EU? Oder es jetzt an der Zeit, dass wir darüber nachdenken, dass wir aktiv einen Öxit betreiben? Denn schon langsam kommt mir vor, dass wir die ganze Zeit hier herinnen nur Themen diskutieren, die von der Europäischen Union diktiert werden, vorgegeben werden, und wir versuchen müssen, für unsere Arbeitnehmer und unsere Wirtschaft das zu drehen.

Aber weil ein Öxit nicht so schnell gehen wird, und über den werden wir hier herinnen auch noch reden, das verspreche ich euch, weil es nicht so schnell gehen wird. Er wird nicht so schnell gehen, aber er wird notwendig sein und er wird notwendig werden. Darum sind wir zum Schutz unserer Industrie und Wirtschaft bei dieser Dringlichkeit dabei, denn unsere Industrie braucht das Geld zum Schutz vor anderen europäischen Staaten.

Wir sind in der Dringlichkeit und in der Sache dabei, auch wenn wir grundsätzlich von diesem ganzen Treibhausgas-Zertifikate Emissionshandel nichts halten. Dankeschön! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz!

Abg. **Schwarz:** Ja, liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe einen Lauf. Vor allem mit den Aussagen vorher, die mich dann schon

ein bisschen aus der Spur bringen, dass ich nicht zu emotional werde und das Thema verfehle damit.

Ja, die Strompreise fordern uns alle, ganz gleich ob Privatwirtschaft, Industrie oder Gemeinden genauso. Und saubere Energie wird kosten. Was ich zuerst schon gesagt habe, auch der Klimawandel. Die Folgekosten belasten uns immens und belasten auch unsere Betriebe immens. Also schauen wir doch, wie können wir gemeinsam ein Gesamtpaket machen, wo wir rauskommen, einerseits aus dieser Kostenabhängigkeit, aus der fossilen Energie, und gleichzeitig aber auch für alle, und da rede ich wirklich von allen, leistbar wird.

Und wenn ich mir anschau, natürlich hat Oberösterreich mit der Industrie eine große Herausforderung, aber auch was die Wirtschaftsbetriebe angeht. Und da rede ich vor allem von den kleinen Mittelbetrieben, die eben auch hier immer wieder auch vor großen Herausforderungen stehen mit den Energiekosten.

Wir haben in Österreich eine Menge an Maßnahmen geschnürt. Man kann über alle diskutieren. Ob sie gescheit oder nicht gescheit sind. Aber diese Maßnahmen sind sehr differenziert. Vom SAG über EKZ oder Stromkostenbremse. Energiekostenzuschuss haben wir nämlich auch noch. Und da wurde gestern zum Beispiel im Ministerrat verabschiedet ein Energiekostenzuschuss für Kleinunternehmen, mit KünstlerInnen, auch mit Selbständigen, die nicht unbedingt Wirtschaftskammer-Mitglied sind, dass die auch hineinfallen, auch das ist ein Erfolg. Und auch hier schaut man auf alle Beteiligten, damit sie diese erhöhten Stromkosten und Energiekosten abfedern können.

Wir haben ein Bündel an Maßnahmen gesetzt, und gerade auch was die Industrie und die Wirtschaft angeht. Und da machen es uns die Betriebe Gottseidank schon vor. Es geht um Einsparungen. Es geht um Effizienz, und es geht um Umstieg. Und genau diese drei Bereiche werden auch von Bundesebene gefördert. Massiv gefördert, gerade auch bei der Industrie. Und nicht umsonst war auch die zuständige Ministerin im Zementwerk in Kirchdorf, die schon seit Jahren, war ich schon ein paar Mal drinnen, schauen, wie können sie Energiekosten einsparen? Da war der Preis noch ganz ein anderer, weil es Ihnen auch wichtig ist, genau diese Industrie so gut es geht neutral zu machen, um eben entscheidend zu schauen, wie können wir ein Gesamtpaket schnüren? Und ich wehre mich ein Stück jetzt hier heraußen zu sagen, ja, jetzt macht man überall dringlich, dringlich. Machen wir alles so weiter. Ich glaube, es braucht ein Gesamtpaket und ich glaube, genau auf diesem Weg ist auch die Bundesregierung unterwegs. Ein Gesamtpaket für die Wirtschaft, für die Industrie, für Klein- und Mittelbetriebe, aber auch für Private zu schnüren. Und hier einen Bereich herauszugreifen und zu sagen, die anderen Länder haben es auch verglichen, haben es auch verlängert. Da haben wir aber einen falschen Vergleich gemacht. Die anderen Länder haben teilweise auch andere Maßnahmen nicht gesetzt, die wir setzen.

Und ich glaube, das ist uns ganz wichtig, auch wenn die Kollegin Angerlehner jetzt schon den Kopf schüttelt, du wirst eh nach mir reden, was euch betrifft. Wir sind dagegen, in diesem Einzelfall.

Retour zu dem, was ich gesagt habe, es geht um ein Gesamtpaket, ich weiß ja, du bist multifunktional, du kannst mehrere Sachen, es geht um ein Gesamtpaket, daher diese eine Maßnahme herauszulösen klingt vielleicht gut, kann man sich auf die Schultern klopfen, aber ich glaube, ganz wichtig ist, ein Gesamtpaket zu schnüren, und da möchten wir die Bundesregierung dahingehend unterstützen, ein Gesamtpaket zu schnüren.

Und vor allem, was für die Industrie ganz wichtig ist, ist, dass sie Vorreiter bleibt nämlich zukünftig nicht nur europaweit, sondern weltweit. (Zwischenruf Landesrat Achleitner: „Die deutschen Grünen haben das verlängert!“) Aber die haben andere Maßnahmen nicht, die wir haben, da muss man auch schauen, was jetzt die Bundesmaßnahmen bei der Industrie sind.

Man kann eh immer über Einzelmaßnahmen reden. Man kann Äpfel und Birnen mischen, es kommt ein gutes Kompott raus, aber es ist nicht dasselbe. Und genau da müssen wir hinschauen. Wir wollen ein Gesamtpaket haben, wir wollen alle belasteten Wirtschaftsbetriebe und auch Gemeinden unterstützen und hier ein Gesamtpaket schnüren, daher werden wir diesen einzelnen Maßnahmen in der Verlängerung nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Angerlehner. Bitte schön.

Abg. Bgm. **Angerlehner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Besucher und Besucherinnen auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat! Jetzt wollte ich am Anfang schon sagen, wir beide haben eine Mordsfreude über diese breite Zustimmung über die Verlängerung des Strompreis-Kosten-Ausgleichsgesetzes. Jetzt haben wir so einen kurzen Sidestep der MFG gehabt und jetzt ein Gesamtpaket der Grünen, wobei ich natürlich auch für ein Gesamtpaket bin, aber bis wir das Gesamtpaket haben, dürfen wir unsere Industrie nicht verlieren, und das ist ganz, ganz wichtig, um das geht es in diesem Fall dringlich.

Denn diese Strompreiskompensation ist ja geschaffen worden im Jahr 2022 wegen einer absoluten Notwendigkeit wegen den gestiegenen Strompreisen und eben diesen hohen Zertifikatspreisen, von denen wir auch schon gehört haben. Und ja, andere Länder haben das, und das ist für mich schon ein Maßstab, wenn andere Länder das haben, weil die haben natürlich ganz klar einen Wettbewerbsvorteil, wie zum Beispiel ist schon angesprochen worden Frankreich, Italien, Tschechien, und was ganz entscheidend ist, auch Deutschland hat hier die Zustimmung zumindest bis 2028 gemacht.

Und das kann uns auch nicht egal sein, denn deutsche Subventionen für den Industriestrom sind ein Alarmsignal für unsere Wirtschaft, aber auch ein Alarmsignal für unsere Politik da herinnen, und da müssen wir handeln, denn wir wissen alle, Oberösterreich und Deutschland sind sehr, sehr eng verbundene Märkte.

Und wenn Deutschland diese Verlängerung bereits in Aussicht gestellt hat, dann haben wir in Oberösterreich einen massivem Standortnachteil, und das dürften wir so nicht hinnehmen, denn Österreich ist bei den Energiekosten hoch, ehrlich gesagt auch bei den Personalkosten hoch, und so sind wir ehrlich gesagt schlecht wettbewerbsfähig. Und der Druck auf unsere heimische Industrie wächst natürlich.

Und ich glaube auch, dass darüber hinaus diese Verlängerung auch die Attraktivität für unsere Betriebe, nämlich weiterhin die Prozesse zu elektrifizieren, besser macht, denn dann verzichten sie in Zukunft mehr auf die fossilen Energieträger, und darum geht es in diesem Antrag ja ganz klar, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe. Es geht um den Wirtschaftsstandort, und es geht um die Arbeitsplätze bei den energieintensiven Unternehmen.

Und jetzt könnte man meinen, das sind nur einige, nein, da geht es um unsere gesamte Papierindustrie, da geht es um die Metallerzeugung, da geht es um die Metallbearbeitung, da

geht es um die Herstellung von Glas, von Zement, von Keramik und noch von vielen mehr und auch um die Automotive, die in unserem Land ganz entscheidend sind.

Und jetzt rühmen wir uns sehr oft in unserem Land, und ich mache das auch, dass wir sagen, unsere Betriebe gehören zu den saubersten Europas, und das sagen wir auch gerne, und das ist auch wichtig, aber diese Vorreiterrolle darf nicht zum Nachteil unserer Betriebe werden, denn es macht wirklich keinen Sinn, wenn dann unsere Industrie, unsere Produktion der Industrie in andere Länder abwandern, die CO₂-Werte werden einfach verlagert in wenige Weltregionen, wo halt der Klimaschutz nicht die große Rolle spielt.

Jetzt hat die EU endlich eine Möglichkeit geschaffen, dass wir den Unternehmen bis 2030 eine Stützung gewähren können, und jetzt liegt es an uns, ob wir die Betriebe unterstützen, ob wir Arbeitsplätze sichern wollen, aber auch, ob wir ihnen Planungssicherheit geben wollen, damit sie dann für die anstehenden Investitionen wissen, was sie zu tun haben, auch die Elektrifizierung voranzutreiben, somit auch die Energiewende zu schaffen, und die ist ja für den Klimaschutz von großer Bedeutung.

Also wir stehen dafür, wir unterstützen das, wir wollen, dass unsere Betriebe investieren und nicht resignieren und unterstützen natürlich diesen Dringlichkeitsantrag. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 765/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführern weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 766/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 766/2024 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Rücknahme der Kürzungen des Aktionsprogrammes Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, und zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dagmar Engl. Bitte schön.

Abg. Mag. Engl: Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne, zu Hause an den Bildschirmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat! Wir wechseln das Thema und kommen zu den oberösterreichischen Gemeinden und den Themenbereich des Leerstandes in Zusammenhang mit der Vermeidung von Bodenverbrauch und Flächenversiegelung.

Das Land Oberösterreich hat ein Förderprogramm auf den Weg gebracht, ein sehr gutes Förderprogramm für die Ausarbeitung von interkommunalen Konzepten zur Aktivierung von Leerstand, Nachnutzung von Gebäudebrachen und Entwicklung von Orts- und Stadtkernen.

Und ich zitiere da ein bisschen was von der Landeswebsite, was zu diesem Programm dort steht. Es geht darum, einen Hebel zu schaffen für die Attraktivierung von Orts- und Stadtkernen auf Basis von Standort- und Marktanalysen unter Einbeziehung der Bevölkerung

und detailliert daraus abzuleiten die nachfolgenden Nutzungsmöglichkeiten solcher leerstehenden Gebäude.

Das heißt, es geht um einen strukturierten Dialog zwischen Gemeinden und EigentümerInnen, der kann sehr langwierig sein, und das möchte man fördern, damit man bestmöglich unsere Ortskerne belebt und da im Gegenzug dazu die Versiegelung, das Bauen auf der grünen Wiese künftig besser vermeidet, in Summe sind dafür in Oberösterreich 33 Millionen Euro reserviert. So weit so gut, bis vor kurzem in Oberösterreich die Richtlinien sehr abrupt geändert wurden mitten im Prozess, schlimmer noch gerade zu einem Moment, in dem diese Projekte in den Gemeinden richtig Fahrt aufgenommen haben und damit die Partnerschaft zwischen dem Land Oberösterreich und, so wie ich es vernehme, zwischen den BürgermeisterInnen dieses Landes und auch den Gemeinden schwer strapaziert wurden.

Der Ansturm auf die Förderungen war offensichtlich sehr groß, größer als erwartet, 192 von 438 oberösterreichischen Gemeinden haben bereits im ersten Jahr einen Antrag dazu gestellt. Und in den letzten Wochen habe ich sehr viele Gespräche geführt mit Bürgermeistern, Bürgermeisterinnen, RegionalmanagerInnen, ProjektwerberInnen und die Reaktionen, die lassen sich wirklich kurz zusammenfassen: In der Sache tut man dem Ganzen gar nichts Gutes.

Jetzt gab es ganz aktuell einen Hilferuf von Bürgermeistern aus der Region Steinerne Mühl und Granitland. Da wurde ein dringender Appell an den Herrn Landesrat Achleitner gestellt, das Thema doch noch einmal zu kommunizieren bzw. rückwirkend noch einmal was zu ändern nämlich, weil sehr viele ungenutzte und leerstehende Ortskerne völlig zurecht als größte Herausforderung auch der oberösterreichischen Gemeinden und eben der Bürgermeister/innen angesehen werden.

Und das Aktionsprogramm Leerstand, das möchte ich hier auch betonen, aus ihrem Ressort, Herr Landesrat, das war ein richtiger und sehr durchdachter Ansatz zur völlig richtigen Zeit. Es ist eine strategische Grundlage, in den offensiven Dialog zu treten, und die Gemeinden sind jetzt hergegangen und sind engagiert zur Tat geschritten, haben Planungsbüros beauftragt, haben Konzepte entwickelt, haben alleine in dieser Region, von dem Brief, wo ich gerade gesprochen habe, in 11 Gemeinden 74 Objekte schon besichtigt und priorisiert, und dann kommt es plötzlich zu einer Änderung von Förderrichtlinien mitten in diesem Prozess.

Und diese Bürgermeister, eine Bürgermeisterin ist auch dabei, sind natürlich zutiefst irritiert, und ich kann das sehr, sehr gut verstehen, weil natürlich so ein Förderprogramm notwendig ist. Warum ist es so notwendig? Denn es geht ja nicht nur darum, dass wir den Prozess begleiten und fördern mit Geld, natürlich ist das Geld ein Animo, aber es ist ein sehr langwieriger Prozess, wo sehr sensibel auch mit den EigentümerInnen gesprochen werden kann.

Wenn man einen Leerstand hat, da stehen oft Familiengeschichten dahinter, das gibt man nicht von heute auf morgen her und sagt, ja, nehmt es und macht was draus, sondern genau und drum ist ja dieser Prozess jetzt erst so richtig in Fahrt gekommen, und darum ist es natürlich schwierig, weil man jetzt die Kriterien ändert, während da schon Projekte eingereicht worden sind. Manche sind schon in der Verwirklichung, manche sind natürlich in Planung, aber es sind de facto fixe Kosten schon entstanden für Gemeinden die da eigenes Geld in die Hand genommen haben, aber auch von Privaten. Und bei meiner Region ist es schon so weit, da hat es Gespräche gegeben, Besichtigungen gegeben, Begehungen zum Beispiel auch in der

Region Gusental, und die Zahlen sind eine große Belastung, weil da hat sich gravierend was geändert.

Stadtregionen haben vorher 800.000 Euro Projektkosten einreichen können, und davon haben sie bis zu 65 Prozent gefördert bekommen wenn sie im öffentlichkeitsnahen Raum waren (Zweite Präsidentin: „Frau Abgeordnete, ich bitte dich den Schlusssatz zu formulieren!“) Das heißt, es ist schon ein hohes Maß an Sensibilität erforderlich, und natürlich werden Projekte jetzt scheitern. Das ist die große Gefahr, und das ist wirklich widersinnig, und ich frage mich, Herr Landesrat, wo der so gern strapazierte Hausverstand in dieser Sache geblieben ist.

Es sind viele Rückmeldungen von vielen KollegInnen auch hier im Haus, und ich gehe davon aus, dass deshalb unser Antrag breite Unterstützung finden wird. Machen wir diese Förderungen bitte rückgängig, dotieren wir diesen Topf ausreichend, das ist eine gute Sache, und im Boom die Förderungen zu kürzen, ist wirklich kontraproduktiv und ein völlig falsches Signal in Sachen Klima- und Bodenschutz. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Noch einmal zusammenfassend, worum es geht. Es geht darum, dass das Aktionsprogramm Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung des Landes Oberösterreich ein sehr gut angenommenes, ein sehr gutes Aktionsprogramm aufgrund des großen Andrangs auf diese Förderungen durch Gemeinden, die jetzt eben gerade im letzten Jahr sehr stark gemeinsam mit allen, die hier einzubeziehen sind, wenn es um das Mobilisieren eines Leerstandes in einem Ortskern geht, den Eigentümern, den Anrainern etc., dass man das jetzt hier eben zurückgefahren hat.

Und wir NEOS werben hier in diesem Antrag gemeinsam mit den Grünen dafür, es nicht zurückzufahren, sondern es im Gegensatz dazu nicht nur beizubehalten, sondern in Wirklichkeit sogar auszuweiten. Warum? Weil es eine Chance ist, es ist eine Chance zu sagen, hey, super, da haben wir einen Nerv getroffen, da kommt ganz viel zurück, da kommt ganz viel in Bewegung, da geht es ganz gut in die richtige Richtung, damit wir endlich dieses latente Problem der aussterbenden Ortskerne in der gesamten Region in den Griff bekommen.

Die Kollegin von den Grünen hat schon ganz viel Wichtiges und auch Wesentliches hier dazu gesagt, das ich nicht wiederholen möchte. Deshalb möchte ich es auf den Punkt bringen und sagen wenn wir hier jetzt von den ursprünglichen 65 Prozent der Projektkosten, die die Gemeinde ersetzt bekommen hätten, insgesamt einen Topf von 32 Millionen Euro, wenn wir da jetzt zurückgehen auf bis zu 25 Prozent (Zwischenruf Landesrat Achleitner: „Plus Gemeindefinanzierung NEU!“) und diese Vorarbeit, die hier geleistet worden ist, nicht nutzen, nicht hergehen und sagen passt, setzen wir da einen Impuls, dann tun wir dem Klimaschutz und der Regionalentwicklung nichts Gutes, und dann verpassen wir eine Gelegenheit.

Von unserer Seite, seitens der NEOS, und ich darf hier wohl auch für die Grünen sprechen, weil wir gemeinsam diesen Antrag stellen, gibt es die größte Unterstützung dafür, dieses sehr gute Programm aus dem Ressort von Markus Achleitner beizubehalten und ich appelliere und plädierte auch dafür, es sogar zu erweitern. Jetzt liegen diese Projekte am Tisch, jetzt ist der Stein ins Rollen gebracht, nutzen wir das doch, weil es ist eh nicht so leicht, konkrete wirksame Maßnahmen zum Thema Zersiedelungsbeschränkung, zum Thema Lebensqualität in der ländlichen Region und ja, auch zum Thema Klimaschutz zu finden und dann auch umzusetzen. Da hätten wir etwas Konkretes, was den Menschen, was unserer Umwelt, was der Zukunft

tatsächlich hilft. Geben wir uns gemeinsam einen Ruck und gehen wir nach vorne statt einen Schritt zurück. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet, hat sich Herr Abgeordneter Dim.

Abg. **Dim:** Danke Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher auf der Galerie! Ja grundsätzlich ist die Förderung zur Revitalisierung von Leerständen und Brachflächen eine hervorragende Unterstützung für Städte und Gemeinden. Sie entspricht auch dem Ziel der oberösterreichischen Raumordnung, Leerstände und Ortskerne wieder zu beleben.

Aber wie bei den meisten neu eingeführten Förderungen bedarf es halt nach der Startphase einer Evaluierung. Und was hat man jetzt festgestellt bei dieser Evaluierung? Gemeinden nutzen das Aktionsprogramm eben als Finanzierungsmodell für Gemeindeprojekte und verzichten lieber auf ihre BZ-Mittel, und das war nie im Sinne des Aktionsprogrammes, und große Gemeinden oder Städte mit viel Personal und alle, die halt auch sehr früh dabei waren, haben den kleineren Gemeinden, kann man jetzt einmal sagen den Fördertopf schon geplündert. (Zwischenruf Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger: „Geplündert?“) Naja, wenn nicht mehr da ist, Rudi, dann ist es so.

Also damit wir wissen, wovon wir reden, was wurde gemacht? Erstens, damit eine regionale Ausgewogenheit sichergestellt werden kann, werden ab 2024 bis 2027 pro Gemeinde maximal zwei investive Projekte gefördert, bisher galt eben das Prinzip first come - first serve, darum geplündert Rudi. Die maximalen Förderfähigkeiten der Gesamtprojekte pro Investitionsprojekt wurde auf 400.000 Euro vereinheitlicht, bisher hat es den Unterschied gegeben, Stadtregionen haben bis zu 800.000 Euro bekommen, und das ist jetzt gedeckelt auf 400.000 Euro, also bei den ländlichen Regionen bleibt es bei 400.000 Euro, wie es vorher schon gewesen ist.

Drittens, der Zuschuss wurde auf maximal 25 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten und bei Gewerblichen auf öffentlichen Investitionspaketen gedeckelt und zwar abhängig von der Projektgröße.

Viertens Projekte, die auch unter den Richtlinien der Gemeindefinanzierung NEU förderfähig sind, bekommen einen Zuschuss von maximal fünfzehn Prozent der förderfähigen Gesamtkosten und zwar als Zuschlag zu den BZ-Mitteln.

Fünftens, bei öffentlichkeitsnaher Nachnutzung sind die Eigenleistungen von Vereinsmitgliedern anrechnungsfähig, und das bis zu zehn Prozent der Gesamtkosten, was nicht verändert worden ist, ist hingegen die Höhe der Landesförderung für die Konzeptentwicklung, für die Nachnutzung von Leerständen und Brachflächen bleibt diese bei 65 Prozent von maximal 100.000 Euro.

Was kann man jetzt allgemein zur Anpassung der Förderung sagen? Nach den alten Richtlinien konnten je Gemeinde unbegrenzt viele Projekte gefördert werden, teilweise meldeten hier Gemeinden bis zu 20 Leerstände ein, das ist nicht ganz gerecht, Investitionen bei gewerblicher Nachnutzung wurden bisher mit bis zu 40 Prozent und bei öffentlicher Nachnutzung mit bis zu 65 Prozent gefördert. (Zwischenruf Abg. Mag. Engl: „Das ist aber ein negativer Einschnitt!“) Ja, das stimmt, und von 2023 bis 2027 stehen für die Leerstandsförderung rund 32 Millionen Euro zur Verfügung, davon rund 11 Millionen Euro aus dem Landesbudget, der Rest kommt aus EU- und Bundesmitteln, es ist also nur zu einem Drittel eine Landesförderung, und mit Stand 8. Jänner 2024 wurden bereits Fördermittel im

Ausmaß von 5,8 Millionen Euro zugesagt, diese wurden aber bisher hauptsächlich für Konzeptentwicklung, maximal 65.000 Euro, gefördert, die größeren Beträge für die Investitionen kommen also erst.

Also dass angesichts dieser Tatsachen die Reißleine gezogen wurde, ist irgendwie verständlich. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich.) Noch einmal, die Mittel, die zur Verfügung stehen die stehen, nicht unbegrenzt zur Verfügung, lediglich 11 Millionen Euro von den 32 Millionen Euro sind Landesmittel. Will man also eine höhere Förderung, das wir ja auch befürworten, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) hör zu, das wir ja auch befürworten, muss man halt auch den Bund und die EU mit ins Boot holen. Weil nur alleine das Land wird das nicht stemmen. Zwei Drittel kommen vom Bund und von der EU. Gerade bei den Grünen kann ich nur sagen, ihr seid in der Regierung, macht was.

Die Dringlichkeit lehnen wir deshalb ab, und da freue ich mich schon auf die Diskussion im Ausschuss, wie wir da den Bund und auch die EU ins Boot holen, damit man gerechte und ausreichende Förderung auch in Zukunft sicherstellt, denn mit dem bisher bereitgestellten Mitteln geht es sich jedenfalls nicht aus. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Frau Abgeordnete!

Abg. **Strauss:** Ja, geschätzte Frau Präsidentin, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen oben auf der Tribüne und zuhause auf den Bildschirmen!

Das Thema Leerstand- und Brachflächenrevitalisierung hat in den letzten Wochen für großen Unmut und Ärger bei den Ortschefs auch gesorgt. Ja, und heute ist auch noch ein Artikel in den Oberösterreichischen Nachrichten, wie sie sicher gesehen haben. Es betrifft die geänderten Richtlinien für die Förderung von Leerstandsprojekten im Rahmen des neuen Aktionsprogrammes zur Orts- und Stadtkernbelebung des Landes Oberösterreich. Im Mai 2023 hat ja unser Wirtschaftslandesrat dieses Programm vorgestellt, um gegen den Flächenverbrauch auch anzukämpfen. Ja, das Ziel war es, möglichst viele leerstehenden Objekte nachhaltig zu nutzen, um eben diesen Orts- und Stadtkern auch zu beleben. Für das Programm wurden ja bis 2027 32 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, und wir wissen alle, dass das Landes- und EU-Fördermittel sind, das haben wir ja vom Vorredner auch gehört. Jetzt knapp ein Jahr später haben sich die Vorzeichen geändert. Jetzt haben sich nämlich deutlich mehr Gemeinden und Städte als erwartet für dieses Projekt angemeldet.

Ja, und was war die Reaktion? Als Reaktion darauf wurden die Richtlinien für die Fördermittel geändert, was zu großem Ärger bei vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern natürlich geführt hat. Um eine regionale Ausgewogenheit sicherzustellen, sollen ab sofort pro Gemeinden bis 27 maximal zwei investive Projekte gefördert werden und die maximalen Gesamtkosten pro Investitionsprojekten wurden halbiert und beantragen nurmehr eben 400.000 Euro. Zusätzlich hat man dann noch den einheitlichen Fördersatz aus Landes- und EU-Mitteln bis zu 25 Prozent eingesetzt. Ja, ursprünglich lag ja der Förderbetrag, der Fördersatz bei 65 Prozent für öffentliche und 40 Prozent eben bei nicht öffentlicher Nutzung von Gebäuden. Ja, diese abrupte Änderung der Förderrichtlinien während des laufenden Prozesses hat ja zu großer Enttäuschung und Kritik unter den Gemeindevertretern geführt. Und ich möchte da kurz einen Brief, den du lieber Herr Landesrat aus der Region Steinerer Mühl und Granitland bekommen hast, von den Bürgermeistern, kurz einen Auszug auch vorlesen: Die aktuellen Veränderungen der Förderrichtlinien, die uns unangekündigt und ohne Abstimmung erreichten, bringen uns nun viel Unmut und Unverständnis bei den Liegenschaftseigentümern, den wir anders kommuniziert haben, ein. Es untergräbt unser

langjähriges Engagement in Sachen Innenentwicklung- und Leerstandsattraktivierung und macht uns und das Land Oberösterreich unglaublich und unverlässlich. Wir sind daher persönlich betroffen, frustriert und verärgert. Und bitte, das kann ich verstehen. Ja, und sie haben auch dann noch gesagt, dass die Landespolitik da bitte nicht zur Tagesordnung übergehen kann. Man hat die Gemeinden aufgefordert, eben Konzepte zu entwickeln, um eben bei diesem Aktionsprogramm sich zu beteiligen und was war dann? Man bleibt eben auf den Kosten sitzen, und die Ideen und Konzepte werden dann ohne Vorwarnung verworfen. Und mein Kollege Dominik Reisinger, der übrigens als einziger roter Bürgermeister bei diesen elf Bürgermeistern dabei war, er ist Bürgermeister aus Haslach in der Mühl, hat es auf den Punkt gebracht.

Er hat gesagt, diese Kürzungswillkür ist der Todesstoß für den Ortskern, für die Ortskernentwicklung und im ländlichen Raum. Und da kann ich nur zustimmen, da hat er sicher Recht. Ja. (Zwischenruf Landesrat Achleitner: „Braucht er keine Förderung mehr?“). Das ist auch nicht zum ersten Mal gewesen, dass die Landesregierung in Oberösterreich den ländlichen Raum vernachlässigt. Dies führt nämlich dazu, dass die Dörfer verfallen, der Zuzug in kleinen Gemeinden abnimmt, so wie im Beispiel Hagelsberg oder Zwettl an der Rodl, wo man deutlich auch gesehen hat, dass die Gemeinden dringend für finanzielle Unterstützung eben angewiesen sind. Ja, doch statt zu helfen, kassiert die Landesregierung noch hohe Umlagen von den ohnehin schon belasteten Gemeinden, und dann kürzt sie auch noch die Förderungen für den ländlichen Raum. Ja, wenn das Land jetzt nichts tut, dann werden bald mehr Orte nämlich mit leeren Gemeindekassen dastehen, und wir wissen alle aus ExpertInnenschätzungen, dass die Härteausgleichsgemeinden sich verdoppeln werden, und das ist bitte sehr, sehr schlimm, was wir da in diesem Jahr noch hören und sehen werden. In keinem anderen Bundesland sind die Umlagen in den Gemeinden, die das Land, also die die Gemeinden an das Land überweisen müssen, so hoch wie in Oberösterreich. Da müsste man sich auch einmal etwas überlegen. Wir haben ja Anträge dazu gestellt, und Gemeinden scheitern ja oft am geforderten Eigenanteil für eben öffentliche Bauvorhaben, egal was sie sich vornehmen oder umsetzen wollen. Es braucht einen Eigenteil, und da fehlt ihnen das Geld dafür. Wenn der Bus nicht mehr fährt, der Ortskern nicht belebt wird, die Schulen schließen, verlieren die Menschen die Motivation in dem Land, einfach auch am Land zu leben. Und am Ende, was bleibt am Ende? Es bleiben Geisterdörfer über, und das ist bitte auch kein Einzelfall. Doch das Land Oberösterreich hat ein Interesse daran, in seinem Jahresbudget eine positive Bilanz zu ziehen, ja, das ist wichtig. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass die laufenden Projekte eben gefährdet werden und die Gemeindekassen weiter belastet werden, und es ist höchste Zeit, dass der zuständige Landesrat, lieber Markus Achleitner und ihr, liebe Regierungsparteien, ihre Prioritäten einfach überdenkt und den ländlichen Raum angemessen unterstützt. Es geht nämlich nicht nur um das Wohl der Gemeinden, sondern auch um die Zukunft des gesamten Landes, und daher fordern wir eben die Rücknahme dieser Kürzung, dass die Gemeinden im vollen Umfang für Leerstand auch wieder unterstützt werden. Wir stimmen diesem Antrag zu.

Zweite Präsidentin: Bevor ich Herrn Klubobmann Dörfel das Wort erteile, möchte ich noch eine Begrüßung vornehmen, und zwar begrüße ich die Schülerinnen und Schüler auf der Galerie des Bundesrealgymnasiums Schloss Wagrain, in Begleitung von Herrn Mag. Gernot Sautner, recht herzlich und die FPÖ-Ortsgruppe Wartberg. Wir freuen uns, dass ihr da seid, und ich hoffe, ihr habt eine interessante Stunde hier bei uns. Bitteschön, Herr Klubobmann!

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Danke, Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir über die Ortszentren debattieren. Ich möchte nur zu meiner Vorrednerin sagen: Ich stelle keine

verfallenen Dörfer fest. Ich stelle das blühende Leben am Land fest und Mut und Zuversicht, Kraft und Optimismus. (Beifall) Weil dort arbeiten Ehrenamtliche. (Unverständlicher Zwischenruf) Dort arbeiten Ehrenamtliche, die wollen ihre Heimat gestalten und die fragen nicht nach einer Förderung. Denen ist es wurscht, wie viel Förderung Sie bekommen, ehrlich gesagt. Die wollen ihren Lebensraum. (Unverständlicher Zwischenruf). Sie wollen ihren Lebensraum gestalten und mitwirken. Da gibt es eine Verbindung, eine enge Verbindung, zwischen Gemeindepolitik, Verein und Bevölkerung. Das muss schon einmal gesagt werden. Weil es wird so getan, wie furchtbar alles ist. Und ich habe mir gedacht, von welchem Land redest du überhaupt? In diesem Zusammenhang möchte ich nur feststellen, dass es nur in Oberösterreich eine Investitionsförderung gibt im Bereich der Belebung der Ortszentren. Daher ist für diesen Abgesang, der sowieso nicht stattfindet, das Thema Ortszentrum vollkommen falsch, das muss ich schon sagen. Aber das Thema Ortszentren ist extrem wichtig, weil die Ortszentren sind das Herz jeder Gemeinde, das sag ich immer. Und daher gibt es seit Jahrzehnten schon die Bemühungen der einzelnen Gemeinden, wie kann ich das Ortszentrum lebendig halten, wie kann ich sozialen Lebensmittelpunkt als Treffpunkt der Dorfgemeinschaft erhalten? Und das ist ein ewiges Thema, weil es ist in Wahrheit Loch auf, Loch zu. Kaum glaubst du, du hast es geschafft, dass neues Leben in alte Mauern einkehrt, geht schon wieder irgendetwas anderes auf. Also du bist ewig gefordert als Bürgermeister, als engagierter Bürger, als Hauseigentümer, als Gemeinderat. Und das seit Jahren schon. Und manchen ist es gelungen und anderen weniger. Manche haben mehr Engagement gezeigt und manche weniger. Oder es hat zu einem Wechsel der Denkweise geführt. Früher war man eigentlich immer der Meinung, jetzt sperrt ein Geschäft zu, jetzt muss ein neues Geschäft hinein. Man hat übersehen, dass natürlich diese Leerstände nicht umsonst kommen. Sondern entweder, weil es sich wirtschaftlich nicht rechnet oder da gibt es tausende verschiedene Gründe. Und daher hat es zu einem Umdenken geführt, und zwar selbst wenn Geschäfte schließen, die waren ja früher meistens im Zentrum, ist man darauf gekommen, das Zentrum stirbt nie. Es verändert sich.

Und man ist draufgekommen, eine Gemeinde alleine ist zu wenig. Wir müssen über die Gemeindegrenze hinausdenken. Wir müssen schauen, was ist in den Nachbargemeinden? Wir müssen Lebensräume definieren, wo es enge Verbindungen gibt. Zwischen den einzelnen Gemeinden, innerhalb der Bevölkerung. Wir haben das einmal definiert als modernes Landleben. Also ich muss schauen, als Verantwortlicher, dass ich das Angebot, das benötigt wird, in der Nähe habe. Aber es muss nicht jede Gemeinde dasselbe haben. Aufeinander zugehen und die Angebote abstimmen. Und genau in diese Stoßrichtung geht jetzt dieses Aktionsprogramm, das schon mehrfach erwähnt wurde, und wo die Förderung im letzten Jahr ausgelaufen ist und neu aufgelegt wurde.

Es gibt in Summe für die Belebung der Ortszentren insgesamt 39 Maßnahmen, die das Regionalmanagement-Förderprogramm, das Regionalmanagement aufgelegt hat, und man hat gesagt okay, jetzt verknüpfen wir ein paar dieser Förderprogramme zu diesem ominösen Aktionsprogramm. Da geht es um eine systematische Erfassung der Leerstände in einem vorher definierten Bereich, der über eine Gemeinde hinaus geht und auch die Bewertung der Möglichkeiten, was ich mit diesen Leerständen tun kann. Die Eigentümer habe ich deswegen eingebunden, weil es ja klar sein muss, was denn die eigentlich vorhaben damit. Will die das vermieten, will die das verkaufen, hat er sowieso kein Interesse, hat er einen Eigenbedarf? Das ist es ja. Und diese Projekterstellung, diese Konzepterstellung über Gemeindegrenzen hinaus wurde gefördert und wird auch in Zukunft noch gefördert, mit 65 Prozent. Das ist ja der eigentliche Schlüssel, damit ich in meiner kleinen Region einen Überblick habe. Wie kann ich (Zwischenruf Abg. Mag. Engl: „Nein, das war so!) Ja, was denn? Wie kann ich Leerstände nützen, was ist denn das passende Modell dafür? Und wenn jetzt irgendwer kommt und etwas

unternehmen möchte, dann habe ich ein Papier in der Hand und kann auch sagen, okay, schaut her, so und so schaut das aus bei uns in der Region. Ein Programm, das wir übrigens im Steyrtal schon vor 10 Jahren gemacht haben. Ohne Förderung. Brauchen wir nicht, weil wir selber wollten. Molln, Grünburg, Steinbach an der Steyr waren so weit, dass wir gesagt haben, wir machen das, und wir haben diese Leerstände beseitigt. Und jetzt wird diese Förderung neu definiert. Es hat einen einstimmigen Landesregierungsbeschluss gegeben, weil natürlich dieses Programm jetzt voll gegriffen hat. Das hat eingeschlagen wie eine Bombe und jeder, der sich davor bis jetzt mit den Ortszentren befasst hat (Zwischenruf Zweite Präsidentin: „Herr Klubobmann, die Redezeit ist zu Ende!“) bin schon fertig. (Zwischenruf Zweite Präsidentin: „Ich bitte dich den Schlusssatz zu formulieren!“) Ich bin schon fertig. Ich bin schon fertig. Ich fasse zusammen, Frau Präsidentin. Die Förderrichtlinien wurden überarbeitet und einstimmig von der Landesregierung beschlossen. Das Volumen mit den 32 Millionen Euro bleibt gleich. Die Neufassung war erforderlich, damit man mehr Gemeinden ermöglicht hat, an diesem erfolgreichen Programm teilzunehmen. Die Konzepterstellung wird nach wie vor weiter gefördert. Und für den Übergang, das gilt natürlich wie überall, verschiedene Geschwindigkeiten in Oberösterreich, und für den Übergang wird überlegt oder wird daran gearbeitet, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wir fassen zusammen!“) wie man diese Kanten, die vermeintlich entstanden sind, wie man das abschleifen kann und dass erfolgreiche Wege nicht gestoppt werden, sondern in andere Bahnen gelenkt werden. Aber mit demselben Ziel: Lebendige Ortszentren im ganzen Land Oberösterreich. Und ich ersuche, dass wir hinter diesen guten Sachen wirklich stehen. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: „Das ersuche ich dich auch!“) Und nicht mit dem „Groscherl zählen“ jetzt miese Stimmung verbreiten. Sondern: Arbeiten wir gemeinsam an lebendige Ortszentren, und arbeiten wir gemeinsam mit Mut und Zuversicht, Kraft und Optimismus an guten Lösungen für den ländlichen Raum. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich sehe, es niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 766/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 766/2024 dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 767/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Sanierungsplan für oberösterreichische öffentliche Gebäude zur Betriebskostensenkung und für Klimaschutz. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, und zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margreiter. Bitte!

Abg. **Margreiter:** Brauch noch ein bisschen. Ja, geschätzte Kolleginnen, Kollegen, liebe Zuseher/innen und Zuhörer/innen auf der Galerie und zuhause vor den Bildschirmen! Ihr kennt mich ja oder viele von euch schon als unverbesserliche Optimistin und einfach immer positiv denkend, und darum würde ich gerne meine Rede eben dazu mit einer, ja, mit einem Wunsch, wie eine Schlagzeile eben aussehen könnte, beginnen. Und zwar könnte diese so aussehen, die Ausgaben für die Sanierung unserer öffentlichen Gebäude, insbesondere der Kinderbildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen haben sich verdoppelt und sind von ursprünglich etwa 124 Millionen auf jetzt 230 Millionen Euro gestiegen. Und da könnte dann auch die dafür zuständige Bildungslandesrätin Christine Haberlander zitiert werden und zwar

folgendermaßen: Wir geben das Geld gerne aus, es sind nämlich unsere Kinder und Jugendlichen, unser größter Schatz, die dort betreut, gebildet werden und in einer guten Umgebung lernen sollen, und zudem stehen dem pädagogischen Personal damit auch bessere Arbeitsräumlichkeiten zur Verfügung. So könnte das aussehen. Aktuell ist es aber so, dass genau diese Summe, für alle, die vielleicht ganz gut aufpasst haben, zum geplanten Bau der Donaubrücke Mauthausen gelten, die eben Niederösterreich und Oberösterreich verbinden soll, und wir dürfen gespannt sein, wie hoch die Kosten letztendlich da dann sein werden. Oder, und ich habe natürlich auch ein bisschen gegoogelt, es gibt eine Schlagzeile aus dem angrenzenden Ausland, genau aus Nordrhein-Westfalen, diese lautete, und das ist jetzt kein Wunsch, also ja, ist auch im weiteren Sinne ein Wunsch, aber entspricht der Wahrheit: Land und EU fördern energetische Sanierung öffentlicher Gebäude mit rund 196 Millionen Euro. Und das ist eine Schlagzeile vom 18.09.2023. Also es geht woanders, warum nicht auch in Oberösterreich, frage ich mich. Und Fakt ist, dass eben zahlreiche öffentliche Gebäude in Oberösterreich in einem wirklich schlechten thermisch-energetischen Zustand sind, und ich werde nicht müde, und ich habe es jetzt schon einige Male gemacht, anzusprechen, dass wir alleine, ohne die Statutarstädte, etwa 140 Schulen haben. 140 Schulen, die teilweise bis zu 20 Jahre auf eine Sanierung warten, und das ist mir als Bildungssprecherin wirklich ein großes Anliegen. Und die Konsequenz ist eben dann auch, dass die Heiz- und Kühlkosten hoch sind und darüber hinaus werden damit auch klimaschädliche Treibhausgasemissionen verursacht. Und wie ihr euch vielleicht noch erinnern könnt, oder auch wollt, hat eine Expertenauskunft im Ausschuss für Standortentwicklung am 18. Jänner 2024 zu unserem Initiativantrag betreffend dem Fünf-Punkte-Programm für Klimaschutz, leistbares Wohnen und Jobsicherheit ergeben, dass hier ein Handlungsauftrag für das Land Oberösterreich abzuleiten ist. Und der erste Schritt dazu kann und muss aus unserer Sicht sein, dass einmal mit einer Ist-Standserhebung der sanierenden Gebäude gestartet wird. Das muss einfach einmal die Grundlage sein, um überhaupt zu wissen, wovon geht man aus und damit man eben einen konkreten Sanierungsplan überhaupt erstellen kann. Und ja, der Bund hat zwar jetzt mit einem erneuerbaren Wärmepakt da den ersten Schritt in diese richtige Richtung eben der thermischen Sanierung eingeleitet. Aber wir in Oberösterreich könnten jetzt wirklich den nächsten Schritt gehen. Diese Möglichkeit hätten wir, wenn wir denn nur wollten, und damit würden wir nicht nur auch die Klimaziele hoffentlich möglich in Oberösterreich erreichen. Nein, wir würden damit eben auch die Betriebskosten der Gebäude senken, das müssen letztendlich die Steuerzahler/innen in Oberösterreich und in Österreich zahlen. Und ganz klar, und das ist mir auch noch wichtig, profitiert da, gerade jetzt, und wir haben das auch schon sehr, sehr häufig in vielen Anträgen besprochen und darauf aufmerksam gemacht, gerade jetzt wäre es gut, weil nämlich auch die Bauwirtschaft davon profitieren würde. Die einfach wirklich unter der schwachen Konjunktur leidet, das wünscht sich auch die Wirtschaftskammer. Das wünschen sich auch viele andere. Und so lautet zum Beispiel in einem Baumagazin vom 26.02.2024 ein Hinweis, dass wir eben für 2024 noch einen weiteren Rückgang zu erwarten haben. 2023 waren das immerhin in der Bauwirtschaft fünf Prozent Minus, das ist wirklich nicht unwesentlich und sehr, sehr viel.

Somit mein Abschlusssatz, mir wäre es wichtig, einfach wirklich sehr, sehr viel mehr die Schulen zu sanieren, was wir für unsere Kinder tun, für unsere PädagogInnen tun, die hätten sich wirklich einmal verdient nach Corona, dass wir sie nicht nur beklatschen, sondern wirklich auch ins Tun und Handeln kommen. Ich glaube, wir könnten einfach den Wunsch einer positiven Schlagzeile lebendig machen, nicht nur zu einem Wunsch, sondern tun wir was dafür. Ich bitte um Unterstützung für diesen Antrag. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Fischer.

Abg. Ing. Fischer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Zuseher hier im Saal und online an den Bildschirmen! Ja, grundsätzlich ist es wünschenswert, wenn wir Gebäude haben, die intakt sind, aber es heißt ja nicht, dass wir bisher nichts tun, ich möchte da schon einen etwas differenzierten Blick draufwerfen. Der Ruf nach mehr Geld ist ja immer relativ einfach, aber man muss auch das vorhandene ordentlich einsetzen, unter anderem steht ja auch in dem vorliegenden Initiativantrag das Erneuerbare-Energie-Gesetz, da wird darauf verwiesen, aber in diesem Gesetz gibt es im Detail ein Verbot von Energiequellen mit fossilen Brennstoffen im Neubau, das greift jetzt pers se nicht für Sanierungsmaßnahmen.

Es gibt dann allgemeine Umweltförderungen für Gemeindebetriebe mit marktbestimmter Tätigkeit. Aber wie profitieren jetzt die öffentlichen Gebäude grundsätzlich von Sanierungsmaßnahmen? Die Gemeindegebäude zukunftstauglich, wirtschaftlich und nachhaltig zu errichten oder zu sanieren, das ist ja eine Herausforderung, der Klimaaktivstandard hilft Gemeinden, die Gebäudequalität von der Planung bis zur Ausführung auf einfache Art und Weise festzulegen. Der Klimaaktivkriterienkatalog fasst alle Kriterien des Gebäudestandards zusammen und gilt für die verschiedensten Gebäudetypen, er wird auch von den Gemeinden äußerst stark genutzt. Grundsätzlich sind es die Gemeinden, welche als gesetzliche Erhalter für eine wärmetechnisch adäquate Sanierung verantwortlich sind, dem Land Oberösterreich kommt dabei ja die Aufgabe als Fördergeber zu. Der Energieeffizienz wird dabei schon seit längerem ein besonderes Augenmerk geschenkt, dabei wurden schon einige Maßnahmen eingeleitet oder sind schon in Umsetzung. Wir haben schon gehört die notwendige Erneuerung der Heizungsanlage, da werden immer alternative Energieformen mittlerweile verwendet, Ölheizungen, Nachtspeicheröfen werden bei einer erforderlichen Erneuerung sukzessive generell ausgetauscht und durch energiefreundlichere Anlagen ersetzt. Die gesetzlichen Anforderungen an die Gebäudeaußenwand in wärmetechnischer Hinsicht werden auch laufend erhöht, sodass mittlerweile auch bei Sanierungen von Gebäudebeständen sehr hohe Einsparungen von Wärmeenergie erzielt werden. In diesem Zusammenhang werden auch überdimensionierte Glasflächen im Schulbau bzw. im Kindergartenbau verhindert, um eine später teure Nachrüstung mit energieaufwändigeren Klima- bzw. Lüftungsanlagen zu vermeiden. Da gibt es das Kriterium thermischer Komfort im Sommer, mit dem geforderten rechnerischen Nachweis der Sommertauglichkeit für größere Gebäude wird hier sichergestellt, dass klimaaktive Gebäude auch im Sommer eine überdurchschnittliche Behaglichkeit bieten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, wir bauen bereits Zukunft, es gibt sehr gute Werkzeuge für klimafitte Gebäude beziehungsweise Schulen, auch speziell in Oberösterreich werden diese vielfach eingesetzt. Ein zusätzliches Reglement für praktizierte Realität wäre aus diesem Grunde überzogen, zudem auch nicht weniger Geld von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt wird. Als sofort zu beschließendem Antrag lehnen wir diese Beilage ab. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Herr Abgeordneter Grünberger.

Abg. Grünberger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher und Besucherinnen, liebe Zuseher an den Bildschirmen! Wir sprechen uns ebenfalls gegen einen Sanierungsplan für öffentliche Gebäude, insbesondere Schulen aus. Diese Entscheidung basiert auf folgenden Fakten, vonseiten des Amtes der Oö. Landesregierung liegen Richtlinien zum Neubau und Sanierung bestehender Pflichtschulen vor. Mit einer Gemeindeförderquote von bis zu 80 Prozent, die der Förderung zugrunde liegen, übernimmt das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung bereits jetzt einen Großteil der anfallenden Gesamtkosten. Durch weitere mögliche Förderungen, zum Beispiel durch die Anerkennung

eines Großprojektezuschlages kann sich dieser Prozentsatz bis auf 90 Prozent der Gesamtkosten erhöhen. Auch die Auszahlung der Förderbeträge erfolgt im Regelfall innerhalb von vier Jahren, um Zwischenfinanzierungen so schnell wie möglich abschließen zu können. Es wird alles unternommen, um unseren Gemeinden die Finanzierung solcher Bauprojekte so einfach wie möglich zu machen, ein Eigenmittelanteil muss jedoch erbracht werden. Die Sanierung von Schulgebäuden fällt, da sie die Rolle des Schulerhalters einnehmen, in die Kompetenz unserer oberösterreichischen Gemeinden, mit einem Sanierungsplan würde man der Gemeinde, unabhängig der Finanzierbarkeit und den vorhandenen Eigenmitteln, diese Kompetenz de facto entziehen und Sanierungen zu bestimmten Zeitpunkten vorschreiben.

Wir stehen zu unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, zu unseren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, wir sind der Meinung, dass sie die besten Entscheidungen für die Gemeinden treffen. Aufgrund des Eigenmittelanteils der Gemeinden muss die Finanzierbarkeit dieser Projekte per Finanzierungsplan im Gemeinderat beschlossen werden, eine Vorschreibung seitens des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung würde sich als praktisch schwierig herausstellen. Die Bildung unserer Kinder ist eines der wichtigsten Güter in unserem Land, aktuell befinden sich 120 Schulbauprojekte mit Gesamtkosten in Höhe von rund 421 Millionen Euro im Schulbau-Finanzierungsprogramm. Alleine im Jänner und Februar in diesem Jahr wurden bei 19 anstehenden Schulbauprojekten die Kostendämpfungsverfahren abgeschlossen, 14 davon wurden bereits in das Finanzierungsprogramm des Schulbaus aufgenommen, für 9 dieser Projekte wurde seitens der IKD auch bereits ein Finanzierungsplan an die Gemeinden übermittelt. Genau solche Projekte helfen uns jetzt in der Bauwirtschaft, einem Baustart steht vonseiten des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung nichts im Wege. Zum Vergleich, im letzten Jahr wurden insgesamt 36 neue Schulbauprojekte in das Finanzierungsprogramm aufgenommen, das entspricht rund einem Viertel aller aktuellen sich im Programm befindlichen Schulprojekte im Pflichtschulbereich.

Wenn ich mir auch die Energie-Kennzahlen unserer landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen ansehe, dann sieht man, dass das Land Oberösterreich auch hier sehr gut gearbeitet hat, es ist der überwiegende Teil der Wärmekennzahlen bereits gut, und auch hier wird ständig verbessert. Deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab, wir werden uns damit im Ausschuss für Standortentwicklung beschäftigen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Vukajlović, bitte.

Abg. **Vukajlović, MSc BA:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte KollegInnen und alle, die uns zuschauen auf der Galerie und online! Die von uns gemeinsam mit SPÖ und NEOS geforderte thermisch-energetische Sanierungsoffensive bei den öffentlichen Gebäuden ist genau jetzt sinnvoll und wichtig und richtig. Weil die Bauwirtschaft freie Kapazitäten hat, weil wir damit Betriebskosten zum Heizen und Kühlen dauerhaft senken können, und weil die Treibhausgasemissionen im Sinne des Klimaschutzes reduziert werden. Ich möchte noch ganz kurz „The bigger Picture“ sehen, wir haben 37 Prozent der Gebäude in Österreich, die einen unzureichenden thermischen Standard haben, das heißt, wir brauchen eine höhere Sanierungsrate und mehr Anstrengungen. Ein positiver Effekt ist, dass öffentliche Gebäude auch Vorreiter sein können, wenn es um die Attraktivität der Gebäude geht, wenn es um Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen, der Schüler/innen, Pädagog/innen und generell Oberöreicher/innen geht. Sei es jetzt, weil es architektonisch super aussieht, weil die Materialwahl gut ausgefallen ist oder weil die Kühlung und Durchlüftung optimiert wird.

Die Kollegin Margreiter hat es vorher schon angeführt und ausgeführt, ein gutes Beispiel sind unsere Schulgebäude, wo es einen riesengroßen Sanierungsrückstau gibt, es zeigen aber auch Erfahrungen mit qualitativ gut sanierten Schulen, dass die Arbeits- und Lernumgebung für PädagogInnen und Schülerinnen deutlich verbessert werden können. Das ist uns allen ein Anliegen, weil immerhin verbringen Schülerinnen und PädagogInnen den Großteil ihres Tages und ihres Alltags dort. Was heißt das? Wenn Klassenzimmer überhitzt sind, dann werden das Unterrichten und Lehren für PädagogInnen und Schüler/innen zunehmend zur Herausforderung. Es ist leider schon lange nicht mehr so, dass nur mehr in der Ferienzeit Juli und August die Tage und Nächte über 30 Grad haben, sondern auch in den anderen Monaten. Klimakrise bedeutet für diese PädagogInnen und Schülerinnen, dass sie immer mehr Tage in drückend heißen Klassenzimmern verbringen müssen, was für sie besonders anstrengend ist, weil es ihre Lern- und Entwicklungsumgebung ist und für PädagogInnen ihr täglicher Arbeitsplatz. Es ist noch nachgewiesen, dass sich die Hitze stark negativ auf Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit auswirkt, und das muss für uns nur diesen Rückschluss bedeuten, nur wenn unsere Gebäude modernen Ansprüchen genügen, dann können wir davon ausgehen, dass sie einen geeigneten Rahmen für Lernen, für Unterrichten und auch für Arbeiten, wenn wir unsere öffentlich Bediensteten mit hineinnehmen, einen geeigneten Rahmen dafür bilden.

Das heißt, unsere öffentlichen Gebäude und Schulbauten müssen hochwertigen Ansprüchen an Komfort, Gesundheit, Energieeffizienz und zukunftsorientierter Energieversorgung gerecht werden. Für die Steigerung der Sanierungsrate der öffentlichen Gebäude braucht es natürlich auch entsprechende finanzielle Mittel, und der Bund stellt dafür den Ländern und Gemeinden einiges an Geld zur Verfügung. Der aktuelle Finanzierungsausgleich ist uns sicher allen bekannt, in den nächsten Jahren, also 2024 bis 2028, gibt es rund 300 Millionen Euro, wo ein Teil davon auch für die Renovierung öffentlicher Gebäude verwendet werden kann, um Gebäudesanierung zu steigern und um erneuerbare Energieträger auszubauen. Weil angesprochen worden ist, wir bauen und arbeiten eh gut in Oberösterreich, das stellt auch niemand in Abrede, das zeigt aber trotzdem auf, wir haben einen Bedarf. Ich verweise noch mal auf die 37 Prozent thermisch-energetisch niedriger Standorte, wo wir arbeiten müssen.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein neues weiteres Bundespaket hinweisen, die Grünen haben sich nämlich auf Bundesebene auch erfolgreich in der Koalition eingesetzt, dass wir beim Bau- und Wohnpaket für den Wohnbau aussorgen. Wir investieren eine Milliarde Euro in den gemeinnützigen Wohnraum in den kommenden drei Jahren, und wir investieren auch in eine weitere Sanierungsoffensive. Das heißt, es ist nicht nur ein Win-Win-Win-Paket für den Wohnbau, sondern auch für das Sanieren, es fördert hauptsächlich leistbare Wohnungen. Es ist gut für das Börserl, es setzt auf moderne Energiestandards, es ist gut für das Klima, und es setzt auf weniger Bodenverbrauch, ich glaube, das können wir uns auch für diese Sanierungsoffensive in Oberösterreich mitnehmen. Das heißt, wenn wir immer wieder auf den Bund verweisen, in dem Fall hat der Bund die Aufgaben gemacht, er unterstützt die Länder und auch Oberösterreich, wenn es um Sanieren und leistbares Bauen geht.

Wenn Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, der jetzt nicht da ist, für das heurige Sanierungsbudget schon 14 Prozent gekürzt hat, dann ist es jetzt die Chance, diese Fehlentwicklung zu überarbeiten und entsprechende Mittel aus dem Landesbudget zur Verfügung zu stellen. Das heißt, Geld für die Sanierungsoffensive einsetzen, Arbeitsplätze sichern, Klima und Gesundheit schonen. Ich ersuche Sie in dem Sinn unserem Antrag zuzustimmen für das Klima, für die Bauwirtschaft, für Mieter/innen, Schüler/innen und PädagogInnen, die Ihnen sicher alle am Herzen liegen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Danke Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir NEOS bringen diesen Antrag gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von den Grünen ein, weil wir nicht nur sagen, dass Sanierungspläne für die Schulen in Oberösterreich ein Beitrag dazu sind, dass wir schneller zur Energieeffizienz und einen Beitrag zur Energiewende leisten und kommen, sondern, und das ist mir ganz wichtig, weil wir noch immer daran glauben und dafür werben, dass wir in Oberösterreich Bildungsland Nummer eins werden und skandinavische Verhältnisse bei uns einkehren bei der Kinderbildung, bei den Volksschulen, bei Mittelschulen, wo auch immer es geht.

Wenn Bildung endlich Priorität hätte in der oberösterreichischen Landespolitik, dann würde man überhaupt nicht darüber diskutieren, dass es einen Sanierungsplan für thermisch-energetische Sanierung für unsere Schulen gibt, weil dann hätten wir den nämlich schon längst. Warum hätten wir den schon längst? Weil es eben nicht nur ums Einsparen von Energie geht, sondern weil es darum geht, wie die Lernumgebung für die Schülerinnen und Schüler in Oberösterreich ist. Da ist es ein Riesenunterschied, das ist nachgewiesen noch und nöcher wissenschaftlich, und jeder, der es selber erlebt hat, weiß es auch, da ist es ein Riesenunterschied, ob sie als Schülerin oder Schüler im Sommer in einem drückend heißen Klassenzimmer sitzen, wo die Klimatisierung ein Problem ist. Wenn man nämlich das Fenster aufmacht, kommt die Hitze hinein, wenn man es zulässt, ist die Luft schlecht, oder ob man in einem energetisch und klimatisch modernen Gebäude sitzt, das up to date ist, das nicht nur weniger Energie verbraucht zum Heizen und zum Kühlen, das eben auch eine genaue und richtige Raumtemperatur bei frischer Luft leistet und zur Verfügung stellt. Das ist ein Riesenfaktor bei der Bildung, das ist ein Riesenfaktor bei der Frage, ob ein Kind tatsächlich dem Unterricht gut folgen kann stundenlang, ob ein Kind sich gut konzentrieren kann, ob eine Schülerin oder Schüler eine Freude damit hat, in der Schule zu sein oder in die Schule zu gehen.

Deshalb kann ich nur dafür werben, dass wir uns diesen Vorstoß zu einem Plan zur Sanierung von Schulgebäuden, zur thermisch-energetischen Sanierung von Schulgebäuden im Ausschuss so genau anschauen und so genau darüber diskutieren, dass wir auch darauf eingehen, was denn eine gute thermische Sanierung bedeutet, eben für die Schülerinnen und Schüler in ihrem Alltag, für die Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Alltag.

Da haben wir ein Riesenpotential, machen wir auch hier Bildung zur Priorität in Oberösterreich, und nähern wir uns den skandinavischen Verhältnissen für die beste Zukunft für unser Land. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich sehe, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 767/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 767/2024 dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 768/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage

die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek, bitte.

Abg. **Stanek:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im hohen Haus, auf der Galerie und im Internet! Ich beginne mit einem klaren Bekenntnis der oberösterreichischen ÖVP, wir wollen denjenigen helfen, die unsere Hilfe auch wirklich nötig haben, wir wollen jedoch keine weiteren illegalen Wirtschaftsimmigranten in unserem Sozialsystem, wie die Zahlen zeigen, leistet Österreich bereits mehr als genug. Warum beginne ich genau mit diesen Worten, warum ist es mir so wichtig, um das vor allem einmal auf den Punkt zu bringen? Einfach deshalb, weil ich immer wieder die Versuche, die es gibt Österreich, oder auch die Österreichische Volkspartei so darzustellen, dass wir in der Asylpolitik völlig inhuman handeln. Wenn immer wieder dargestellt wird, wie wenig Österreich und die ÖVP im humanitären Bereich machen, dass das einfach so nicht stimmt.

Wir werden ja als Österreichische Volkspartei vom politischen Mitbewerber da und dort immer wieder auch an unsere christlich-sozialen Wurzeln erinnert. Ich möchte einfach einmal feststellen, wer sich mit der christlichen Soziallehre wirklich auseinandersetzen würde, der sollte auch erkennen, dass es auch eine Verantwortung der eigenen Bevölkerung gegenüber gibt. Herr Kollege, da können Sie noch zu schräg schauen, Sie werden mich damit nicht verunsichern. Gab es 2021 39.930 Asylanträge, so gab es im Jahr 2022 112.272 Asylanträge, 2023 sind diese Zahlen wieder zurück gegangen, wobei der Rückgang auf 58.686 noch immer deutlich höher ist als in den Jahren vor Corona.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Jahren 2021 bis 2023 hat Österreich, gemessen an der Einwohnerzahl, die zweitmeisten Asylanträge pro Kopf innerhalb der EU gehabt. Darüber hinaus zeigen wir auch mit unserem Engagement für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer auf Bundes- und auf Landesebene, dass wir unsere soziale Verantwortung auch tatsächlich ernst nehmen. Mit der Einführung einer Sachleistungskarte wird aus unserer Sicht sichergestellt, dass jene, die Schutz und Hilfe brauchen in Österreich, so wie bisher ausreichend versorgt werden. Gleichzeitig würde damit sichergestellt werden, dass österreichische Steuergelder nicht in die Herkunftsländer der Antragsteller fließen oder gar kriminellen Schlepperorganisationen zufließen.

Und wenn der eine oder andere möglicherweise das schon wieder sehr kritisch zu hinterfragen beginnt, dann rate ich, einmal mit diversen Banken zu reden. Und dann wird man draufkommen, dass das sehr wohl in den verschiedensten Bereichen auch entsprechend bestätigt werden kann, wie viele Gelder eben in die ursprünglichen Herkunftsländer zurückfließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) ja, das glaube ich, dass das für dich spannend ist, ist auch immer gut, wenn du aufpasst, lieber Kollege, weil du damit auf alle Fälle was lernen kannst und da kann man nie genug lernen. Schließlich muss man zur Sachleistungskarte auch sagen, dass es ja mittlerweile auch internationale Erfahrungen gibt. In Frankreich, in Polen und in Portugal. Und in Deutschland haben sich mittlerweile 14 von 16 Bundesländern auf eine gemeinsame Linie und auf gemeinsame Standards für die Einführung geeinigt.

Und last but not least, und auch das ist sehr wichtig, 81 Prozent haben bei einer Online-Umfrage der Oberösterreichischen Nachrichten diese Idee für eine gute Idee empfunden. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, treten wir für einen einheitlichen Standard, für eine gemeinsame, besonders wichtige Strategie in diesem Bereich ein. Es braucht ein

gemeinsames Konzept für ganz Österreich. Und daher ersuche ich Sie um Zustimmung nicht nur zur Dringlichkeit, sondern auch zum Inhalt dieses Antrags. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht noch jemand das Wort? Ich würde die Abgeordneten bitte ersuchen, sich etwas früher zu melden. Herr Abgeordneter Aigner, bitte.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Mitglieder des Landtags und Zuseher auf der Galerie, liebe Oberösterreicher! Ja, beflügelt von so Zeitungsberichten, wie jeder vierte Flüchtling reiste ab, diskutieren wir heute im Oberösterreichischen Landtag über die, ich sage jetzt einmal, Remigrationskarte. Man kann auch sagen Plastik statt cash.

Man hat Angst, und das passiert auch in der Realität, dass, wenn man Geld auszahlt, dieses offensichtlich entweder nach Hause in die Herkunftsländer geschickt wird oder dass die Schlepper damit bezahlt werden.

Aber wie ist denn der ganze Hergang und Werdegang? Grundsätzlich ist es einmal so, wenn ein Antrag auf Asyl gestellt wird, dann kommt man einmal in ein Erstaufnahmezentrum. Dort gibt es einmal eh kein Geld. Weil dort ist die Unterkunft bezahlt, und dort ist die Verköstigung bezahlt. Und erst dann, wenn das Verfahren eingeleitet wird, kommt die ganze Sache in die Länderkompetenz, das heißt, wenn das Asylverfahren startet. Und da wird es jetzt dann anders. In Oberösterreich ist es so, dass grundsätzlich einmal der Asylwerbende Geld bekommt, dass er sich selbst verköstigt. Das heißt, er bekommt nicht das Essen, sondern Geld und kauft sich sein Essen selbst. Und es gibt eine Mischform. Entweder ist er untergebracht, oder er bekommt Geld für das, dass er sich eine private Wohnung zum Teil mit diesem Geld selbst finanziert.

Wie hoch ist das? In Oberösterreich haben wir 165 Euro Zuzahlung für Quartier, wenn ich in einer privaten Wohnung bin, wo grundsätzlich einmal Asylwerbende sind, die gute Aussichten darauf haben, dass sie bei uns bleiben können. 260 Euro gibt es für die Versorgung, für die Verköstigung. Dann haben wir noch umgerechnet, weil es ein Jahresbetrag ist, im Monat 12,50 Euro für Bekleidung und 10 Euro für Freizeit im Monat.

Was ist denn, wenn wir die 165 Euro für Wohnung nicht dem Asylwerbenden geben, sondern dem Wohnungsvermieter direkt überweisen? Dann kommt das Geld dort an, wo es sein sollte, und wir brauchen keine Angst haben, dass der die 165 Euro heimschickt zur Familie. Hätten wir einmal den ersten Punkt abgehakt, und wir brauchen nicht Plastikgeld statt cash.

Und was ist, wenn man bei der Verköstigung auf etwas umstellt, was es für Mitarbeiter in Österreich immer schon gibt, sogenannte Essensgutscheine, die man nicht in bar einlösen kann, sondern halt nur in Form von Lebensmitteln beim Einkaufen verwenden kann? Wenn er jetzt diese Lebensmittelgutscheine heimschickt, wird er daheim nicht einkaufen können damit. Das heißt, es wird die regionale Wirtschaft gestärkt, weil er dort, wo er untergebracht ist, einkauft. Es hat geldwerten Vorteil, es ist aber nicht auf einer Plastikkarte. Also somit hätten wir auch dieses Problem gelöst. Und die Bekleidungspauschale mit 12,50 Euro im Monat wird er sicherlich nicht heimschicken bzw. nicht dem Schlepper zukommen lassen.

Wie ihr schon heraushört, werden wir bei eurem Antrag nicht mit dabei sein. Und das wird jetzt überraschen. Und jetzt werde ich euch erklären, warum wir nicht dabei sind. Aus einem ganz einfachen Grund. Das ist Symptombehandlung und keine Ursachenforschung oder Ursachenbehandlung. Das heißt, wir haben rein das Thema, dass wir ein Symptom bekämpfen, aber nicht die Ursache dafür ausmerzen.

Was sind denn Ursachen, oder wie könnten wir die Ursachen ausmerzen? In erster Linie ist es einmal wichtig, dass man, und ich habe es schon ein paar Mal gesagt, die Herkunftsstaatenverordnung überarbeitet, weil da ist definiert, was sind sichere Herkunftsländer. Und da sind die Länder nicht genannt, was aber die drei Top-Herkunftsstaaten sind. Afghanistan, Syrien und die Türkei. Das heißt, selbst bei einem negativen Asylbescheid können Menschen dorthin nicht zurückgebracht werden oder abgeschoben werden, weil es rechtlich tatsächlich einfach nicht möglich ist. Das heißt, die Leute sind trotzdem da, wenn wir sie schon einmal dahaben, und belasten das System.

Ich gehe aber noch weiter. Was ist denn, wenn wir nachdenken darüber, dass es dort, wo der herkommt, nämlich ortsnahe bei seinem Mitgliedsland oder im Mitgliedsland, Schutzzonen gibt, wo die Leute von dort aus Asylanträge stellen können. Da wäre es viel leichter, dass man Herkunft und Identität feststellt, dass mein weiß, ist der asylberechtigt, und wir haben ihn gar nicht herinnen und brauchen ihn nicht zahlen. Und solange er in dieser Schutzzone ist, bekommt er dort die Unterkunft gestellt, wie bei uns, und er wird verköstigt, so wie bei uns, und von mir aus gern auch mit unserem Geld. Aber im Ausland bezahlt, weil wir da nicht die Notwendigkeit haben, dass man wieder dafür sorgt, dass er dort hinget, wo er herkommt, wenn er nicht bei uns bleiben darf.

Dann ist es wichtig, dass wir rasche Asylverfahren haben, dass die Leute in diesen Schutzzonen nicht lange verweilen müssen, sondern sehr rasch über ihr weiteres Leben und ihren weiteren Lebensweg bescheid bekommen. Und letzten Endes, auch eine durchgehende Forderung von uns, ist es notwendig, dass ein aktiver und durchgehender Grenzschutz da ist, dass die Menschen dann wirklich in diesen Schutzzonen sind. Von dort aus Asylanträge stellen und nicht, wenn sie bei uns im Lande sind.

Da möchte ich jetzt noch ganz kurz auf Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen hinweisen, weil jetzt kann man sagen, was da gefordert wird, entspricht nicht einem europäischen Menschenbild. Aber der Artikel 13 der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen schreibt, jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates, in dem er schon ist, nicht dass er dort hinkommt. Und jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren. Da steht aber nicht drin, dass jeder Mensch das Recht hat, in jedes Land zu gehen, das er will. Darum, Asylanträge aus dem Ausland. Dann haben wir gar nicht das Problem, dass wir in Österreich herinnen die Bezahlkarte, oder wie ich sage Remigrationskarte brauchen. Darum sind wir bei der Symptombekämpfung nicht dabei. Uns wäre es lieber, wenn man die Ursachen bekämpfen würde. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Bammer das Wort.

Abg. Mag. Dr. Bammer: Danke Frau Präsidentin, schönen Nachmittag an alle, die uns zuhören! Wir haben uns auf Bundesebene schon wiederholt für das Prinzip Sachleistungen vor Geldleistungen ausgesprochen. Die Herren rechts von mir schauen ganz verwundert. Ja, wir sehen es im Prinzip so, dass Sachleistungen in vielen Bereichen eben treffsicherer sind.

Wir haben uns das auch für Oberösterreich angeschaut, und der Vorredner hat es schon erläutert, wie das in etwa funktioniert mit Geldleistungen und Sachleistungen. Also um von den Fakten zu sprechen, hier haben wir ein Tortendiagramm, wo wir sehen, dass wir wirklich in Wahrheit von einem geringen Teil an Geldleistungen sprechen, wenn etwa Verpflegungsgeld

ausbezahlt wird. Also das ist nicht die Mehrheit, mit der wir es hier zu tun haben. Wir reden hier in Oberösterreich zu einem Großteil von Sachleistungen, mit denen wir zu tun haben.

Einen Kausalzusammenhang zwischen einer etwaigen Reduzierung von Schlepperkriminalität und der Einführung so einer Sachleistungskarte, wie es im Antrag auch formuliert ist, ist uns aus einer Datenlage nicht bekannt. Ist alles schon ein bisschen inszeniert in etwa, weil wir uns ja auch im Wahlkampf befinden. Wir könnten uns ja auch faktenorientiert etwa über eine europäische Lösung zur Asylpolitik unterhalten anstelle von Themen, die in Wahrheit gar nicht so groß sind, wie sie gemacht werden. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Ja, im Oö. Landtag!“) Bestenfalls schaffen wir eine Reduktion von Verwaltungsaufwand. Wir haben schon gehört, Banken sind damit konfrontiert, Compliance Richtlinien etc. durch eine solche Sachleistungskarte, das müsste natürlich evaluiert werden.

Bundeseinheitliche Regelungen, wie sie da vorgeschlagen werden, machen natürlich auch Sinn. Und ja, wenn diese Sachleistungskarte zu einer Entbürokratisierung, zu einer Effizienz und zu einer Treffsicherheit führt, dann ist das aus unserer Sicht eine Idee, die man weiterverfolgen kann. Und aus diesem Grund geben wir hier auch unsere Zustimmung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Vielen Dank. Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte Frau Abgeordnete Vukajlović.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Dankeschön, werte Präsidentin, werte KollegInnen, alle, die uns online oder auf der Galerie zuschauen! Jeden Landtag grüßt das Murmeltier. Wenn es um das Thema Migration geht, dann wird von der FPÖ und ÖVP ein Problem herbeigeschrieben, das so nicht existiert, oder das so nicht gelöst werden kann. Ich habe noch nicht ganz verstanden, worum es Ihnen beim vorliegenden Antrag genau geht und was jetzt die Landes-ÖVP der Bundes-ÖVP ausrichten will, aber ich möchte auch nicht gleich zu Beginn sagen, dass es populistisch ist, auch wenn es ganz stark den Anschein macht. Ich möchte Ihnen auch darlegen wieso.

Sie fordern Sachleistungen. Jetzt haben wir von der Kollegin vorher schon gehört, schon jetzt setzt Oberösterreich bei Menschen in der Grundversorgung großteils auf Sachleistungen. Die wenigen, das sind in Oberösterreich rund 2.000 Menschen, großteils Ukrainer/innen, die privat untergebracht sind, bekommen zirka 210 Euro im Monat Essensgeld. Dazu kommt in Oberösterreich nichts mehr.

In anderen Bundesländern gibt es noch 40 Euro Taschengeld, wir reden von 40 Euro Taschengeld für erwachsene Personen. Das ist für Öffis, für Kinderspielsachen, für Jause, für Geld in der Schule, für Bücher, für Sonstiges, das man braucht. In Oberösterreich ist das nicht vorgesehen. Was bei uns schon dazukommt, ist einmal im Jahr 150 Euro für die Kleidung. Zusammengerechnet gibt es also für eine erwachsene Person im Monat rund 220/230 Euro für Essen und für Kleidung. Und da kann sich jede und jeder ausrechnen, wieviel oder wie wenig das wirklich ist.

Sie sagen, dass massiv Geld ins Ausland geschickt wird. Und ganz ehrlich, es ist doch eine Farce und geht komplett an der Realität vorbei, anzudeuten, da wird das Geld kübelweise ins Ausland geschaffen, oder die Leute würden sich von überall auf der Welt zu uns auf den Weg machen, weil es sieben Euro Essensgeld am Tag gibt. So etwas anzudeuten ist populistisch, denn es ist durch keine Zahl belegbar. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Kübelweise! Die Formulierung kübelweise ist populistisch!“) Außer es gibt Daten aus dem BMI, aus dem

Innenministerium, die wir nicht kennen, dann bitte teilen Sie diese Zahlen mit uns. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Ihr sitzt eh in der Bundesregierung!“) Sonst ist es eine reine Verunsicherung der Bevölkerung.

Man kann sich sicher anschauen, wie die Leistungen in der Grundversorgung einfach und unbürokratischer werden können. Wo man sinnvolle Anpassungen machen kann. Ja, absolut. Wir sehen es auch in anderen Bundesländern. Die sind uns um einiges voraus. Wenn man sich Tirol zum Beispiel anschaut, die haben eine eigene Karte. Oder in Wien, da wird das Geld überwiesen auf das Konto. Das, was die beiden Bundesländer gemeinsam haben, ist der Zugang, dass Menschen Zugang zu Bargeld haben, und dass das seriös abgewickelt wird.

Also wenn es den politischen Willen gibt, wenn der da ist, dann braucht es mehr als zusammengewürfelte Parolen mit Schlagwörtern, wie sie in diesem Antrag sind. Es braucht erstens einen seriösen Finanzdienstleister und zweitens Bargeldbehebungen müssen weiterhin möglich sein.

Der Zugang zu Bargeld ist eine wichtige Voraussetzung, wenn man am gesellschaftlichen Leben teilhaben will. Ohne Bargeld können Eltern ihren Kindern kein Geld geben, dass sie bei einem Schulausflug mitmachen, dass sie sich eine Jause kaufen, dass sie im Kindergarten einen Ausflug mitmachen, oder dass sie vielleicht das eine oder andere Kinderbuch erwerben.

Beim Zugang zu Bargeld geht es auch um kleine Geschäfte und Nahversorger. Gerade in Geschäften im ländlichen Raum und in der Region ist oft nur Barzahlung möglich und man kommt mit einer Karte nicht weit. Und man grenzt mit einem Schlag Menschen und Dienstleister aus, wenn man sagt, ich kann mir jetzt auf einmal nicht mehr mit Bargeld eine Jause kaufen.

Es geht auch darum, um sich frei bewegen können und entscheiden können, was man wo einkauft, und dass man erwachsenen Menschen noch die Menschenwürde lässt.

Und ich darf noch darauf zurückkommen, Bundeskanzler Nehammer hat verlautet, dass Menschen in Österreich ein Recht auf Bargeld haben und wollte Bargeld in der Verfassung verankern. Gleichzeitig wollen Sie jetzt Bargeld verbieten. Also sagen Sie mir bitte, was genau ist Ihre Linie zu Bargeld nun und wie passt das zusammen, weil verstehen tut man es nicht.

Eine Alternative zu dieser Sachleistungskarte, die Sie hier vorschlagen, kann natürlich auch sein, man überweist das Geld einfach auf das Konto, so wie das andere Länder machen. Man braucht nicht zwingend ein neues, teures System, denn das, was Sie da in dem Antrag wollen, ist ein immenser Verwaltungs- und Personalaufwand. Und es kostet wesentlich mehr als Geldleistungen. Das sagt uns die Praxis, und das sagen auch ExpertInnen, die sich sehr viel damit beschäftigen. Und am Ende kostet uns dieser Vorschlag, kostet den SteuerzahlerInnen wesentlich mehr als die haltlosen Schreckensszenarien, die da verbreitet werden. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Aber Deutschland macht es auch mit einer rot-grünen Regierung!“)

Ich komme auf den Wortlaut des Antrags zurück, und es zeigt leider eindrucksvoll wieder einmal, in Oberösterreich, man scheut keine Kosten und Mühen, um Probleme zu beschwören, wo keine sind, so lange man dafür die Angsterzählung weiterspielen kann.

Wir sehen in diesem Antrag, so wie er da vorliegt, nicht mehr als das x-te Wahlkampftrommeln um die Gunst der rechten Wähler/innen. Sie betreiben mit dieser Sachleistungskarte die

nächste Neiddebatte und es verunsichert unsere Bürger/innen. Ihre vorliegende Forderung ist nicht nur unwürdig und teuer, sondern vermutlich auch nicht umsetzbar. Also danke für nichts. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Wünscht noch von den Abgeordneten jemand das Wort? Sonst schließe ich die Wechselrede. Bitte Herr Klubobmann.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer hier im Saal und im Internet! Zum Antrag kurz und knapp. Ja, wir müssen alles unternehmen, dass diese Attraktivität Österreichs für illegale Migration und Migranten sinkt. Da gibt es eine langjährige FPÖ-Forderung Sachleistung statt Geldleistung. Und derzeit erhalten ja die Asylwerber Geldleistungen in der Grundversorgung auf ihre privaten Konten überwiesen. Und ich glaube, das ist falsch. Dadurch besteht die Gefahr, dass das Geld beispielsweise nicht kübelweise aber teilweise ins Ausland überwiesen wird. Das ist eigentlich nicht der Sinn und Zweck.

Und, Frau Kollegin, laut der Deutschen Bundesbank stiegen die Rücküberweisungen in Asylherkunftsländer stark an, vor allem nach Syrien, Irak und Afghanistan. Also wir haben Handlungsbedarf.

Und eine Bezahlkarte für Asylwerber in der Grundversorgung ist meines Erachtens notwendig, ich sage es dazu, es ist erst der zweite Schritt, weil der erste Schritt muss sein, endlich der illegalen Migration einen Riegel vorzuschieben, im wahrsten Sinne des Wortes. (Beifall)

Für mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der beste Asylwerber jener, der nicht nach Österreich kommt. Ganz klar. Und seit 2015 warnt die FPÖ davor, jeden, der Asyl schreit, in unser Land zu lassen. Es kann doch nicht wahr sein, und die Linken lernen eigentlich nichts dazu. Denn die Wahrheit ist, meine Freunde, dass eine strikte Migrationspolitik in allen anderen Staaten ganz normal ist. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie schaut denn die aus?“) Jeder Kontinent sucht seine Zuwanderer selbst aus. Nur Europa nicht. Und mitten drinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt Österreich. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie schaut denn eure strikte Migrationspolitik aus?“) Herr Kollege, es hat doch mein Vorredner schon gesagt, es wäre gescheiter, wenn du aufpassen würdest, könntest etwas lernen. Pass einmal auf, bitte.

Die Bilanz, meine sehr geehrten Damen und Herren, spricht für sich. Wissen Sie, seit 2015 haben wir 408.000 Asylanträge. Und wissen Sie, dass ein Drittel dieser Asylanträge zuvor bereits in einem anderen Land registriert wurde? Wissen Sie das? (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie schaut denn eure Lösung aus?“) Im Gegenzug dazu wurden 2023 nur neun Afghanen und 25 Syrer abgeschoben. Und wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Asylindustrie seit 2015 unseren Staat 22 Milliarden Euro kostet? 22 Milliarden Euro. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das hast du schon so oft erzählt! Wie schaut eure Lösung aus?“)

Schauen wir uns die Beschäftigungsquote an von den Asylberechtigten. Sie liegt immer unter 50 Prozent. Sind nicht meine Werte, ist eine ÖIF-Studie. Und sie dürften arbeiten, aber leben lieber von der Sozialhilfe. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie schaut eure Lösung aus?“) Und besonders erwähnenswert, 82 Prozent der in Wien wohnhaften Syrer, nämlich 21.000, leben von der Sozialhilfe. Und darum sage ich ganz klar: Wenn es nach mir geht, soll es eine Bezahlkarte nicht für die Asylwerber geben, sondern auch für Asylberechtigte in der

Sozialhilfe. Und die bekommen ab dem ersten Tag teilweise mehr als unsere Pensionisten und drücken sich von der Arbeit. Das ist die Realität.

Anders, meine Damen und Herren, sieht es aber bei den Straftaten aus. Hier sind Asylanten stark vertreten. Mittlerweile ist es schon fast eine Randnotiz, wenn wieder ein Asylwerber jemanden mit dem Messer absticht. Es ist traurig. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Wie schaut eure Lösung aus?“) Horch jetzt einmal zu. Und deshalb möchte ich den Wiener Flüchtlingshelfer Götz Schrage zitieren. Er hat nach dem dreifachen Messermord eines Asylwerbers Folgendes auf Facebook klargestellt. Und ich zitiere: Bei einigen hatte ich ein schlechtes Gefühl, ihnen trotzdem zu helfen. Das war damals eine schlechte Idee. Das ist unsere linke Utopie. Das ist unser Hollywood. Zeit aufzuwachen und das Richtige zu tun. Kabul mag zwar keine angenehme Stadt sein, aber für einen Afghanen mit dem Messer in der Tasche ist es die richtige Stadt und Wien die falsche, Zitat Ende. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das ist deine Meinung! Was ist die Lösung?“) Dieser Linke, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aufgewacht oder wie auch immer. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) Für mich ist es irritierend, dass Parteien wie die SPÖ oder die Grünen zwei Tage nach einem grausamen Dreifachmord eine Demo gegen Rechts abhalten. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) Frau Präsidentin, könntest du Abgeordneten Höglinger endlich abstellen, weil das haltest ja nicht aus. Dadurch verhöhnt ihr die Opfer und ihr verleugnet die wahren Gefahren. Das ist unfassbar. Auch nach den Serienvergewaltigungen einer zwölfjährigen Wienerin durch bis zu 17 ausländische Jugendliche hört man von euch Linken nichts. Ein Lichtermeer gibt es offenbar nur, wenn es gegen Einheimische geht. Ich hoffe, ihr nehmt euch künftig auch ein Beispiel am Tiroler SPÖ-Chef Dornauer, der in einem Standard-Interview an eine Asylberggrenze von Null denkt und auch die Menschenrechte ändern will. Das ist nämlich absolut notwendig.

Doch wer verhindert, dass wir rigoros abschieben können? Wer verhindert, dass wir Sozialleistungen für Wirtschaftsflüchtlinge beschränken können? Wer verhindert, dass ausländische Mörder ihre Strafe in den Gefängnissen ihrer Heimatländer absitzen müssen? Wer? Die Rechtsprechung der europäischen Gerichtshöfe! Es ist unglaublich, wie wenig Handlungsspielraum wir dank der EU in unserem eigenen Land haben. Darum ist es wichtig, eine Stimme für die FPÖ bei der kommenden EU-Wahl abzugeben, damit Österreich wieder über Österreich entscheiden kann. (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Bravo, ja, Österreich-Wahlkampf, sehr gut!“)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Wahl.

Abg. **Ing. Wahl, MBA:** Ja, liebe KollegInnen des Landtags, sehr geehrte Präsidentin, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Rängen und zuhause an den Bildschirmen! Immer wieder kommt diese emotionale Diskussion. Zum x-ten Mal behandeln wir Dinge, die sinnentleert sind und die keine Lösungen bringen. Ich halte das für einen Missbrauch dieses Landtags und eigentlich eine Verhinderung bei konstruktiven Themen Lösungen zu finden. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Ich denke, sie kennen alle diese Nummer. (Abgeordneter Wahl zeigt eine Tafel ins Plenum.) Ja, das ist tatsächlich die Nummer des Innenministeriums. Seit 24 Jahren ist der Innenminister ein ÖVPLer oder ein FPÖler. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Hauptsächlich durch rote Bundeskanzler!“) Ja, es stimmt, es gibt viele Missstände im Asylbereich. Warum konnten diese Minister in 24 Jahren diese Missstände nicht lösen? Ist das Unfähigkeit, Inkompetenz oder Unwilligkeit? Ja, es gibt viele Möglichkeiten in der Verbesserung. Wir sind gerne bereit, darüber zu diskutieren. Zu diskutieren und nicht sinnentleerte Anträge hier zu behandeln, die

in Wahrheit nur Populismus sind und versuchen, billige Wählerstimmen zu cashen. (Beifall. Zwischenruf Abg. Gruber: „Lösung!“)

Spar-Challenges in den sozialen Medien, Influencer posten, sie werden das alle kennen, versuchen mit möglichst wenig Geld auszukommen und posten das auch. Für Asylwerber ist das Alltag und kann nicht nach zwei Monaten abgestellt werden. Aber auch diese Influencer schaffen es nicht, mit sieben Euro beziehungsweise mit fünf Euro pro Kind tatsächlich zu überleben, nämlich für Lebensmittel, für Bekleidung, für Hygieneartikel zu sorgen. Nachdem unser Bundeskanzler ein Menü vorgeschlagen hat, das sehr billig ist, habe ich heute noch recherchiert, das billigste Kanzlermenü mit Burger und Pommes ist momentan 5,30 Euro.

Sieben Euro bekommen die Leute am Tag. Da behauptet jemand, dass sie sich tausende Euro ersparen, die sie dann in die Heimat überweisen. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Herr Kollege, wer hat das behauptet?“) Das muss mir jemand erklären, wie das funktionieren kann? (Zwischenruf Abg. Stanek: „Wer hat das behauptet? Gib uns eine Antwort!“) Wie soll das funktionieren? (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Wer hat das gesagt?“) Es ist eine reine Neiddiskussion, es wird nur Hass und Spaltung in diesem Land gesät. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Wer hat das behauptet, dass tausende Euro ins Ausland geschickt werden? Wer hat das behauptet?“) Also wenn Sie aufgepasst haben, Herr Abgeordneter, dann haben Sie es gehört, wer das behauptet hat. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Nein, was wir gesagt haben, ist, es werden Beträge überwiesen!“) Herr Kollege, sind Sie mir nicht böse, aber was diskutieren wir dann? Wenn wir von Beträgen von 50 Cent diskutieren, dann brauchen wir nicht diskutieren. Dann ist es eine Scheindiskussion, wenn es große Beträge sind, dann geht das nicht über diese Mittel, die die Leute bekommen, weil das absurd und auszuschließen ist. Jeder normal vernünftig denkende Mensch weiß, dass das nicht geht.

Jetzt kommt ihr mit dem zum x-ten Mal daher und schaut, dass in Wahrheit da herinnen die Debatte über die wahren Themen unseres Landes verhindert werden. Jedes Mal haut ihr eine tote Katze auf den Tisch, dann wollen alle reden über die tote Katze. Aber wir reden nicht über die Kinderbetreuung, die fehlt, wir reden nicht über die Pflege, die nicht passt, wir reden nicht über das Gesundheitswesen, wir reden nicht über die Gemeindefinanzen, wir reden nicht über die Teuerung, wir reden nicht über die Mieten. Das betrifft unsere Leute in Oberösterreich. (Beifall)

Ihr verhindert jede Diskussion mit diesen Scheindiskussionen, ihr macht in Wahrheit nur Hass und Neid in diesem Land und ihr zerstört dadurch die Demokratie und viele andere Dinge, die im Widerspruch stehen. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Du sprichst wie ein Gewerkschafter, das ist aber eine andere Sache!“ Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Vergiss es, es hilft nichts!“)

Die Kollegin von den Grünen hat es schon gesagt, in die Verfassung zu schreiben, Bargeld muss jeder haben und dann zu sagen, es gibt Menschen, die schließen wir vom Bargeld aus, das halte ich für scheinheilig und in Wahrheit nicht schlüssig in sich. Das ist ein weiterer Beweis, dass es ihnen nicht um die Sache geht, sondern um Verhinderung einer konstruktiven Diskussion im Landtag. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Die rot-grüne Koalition in Deutschland macht es!“) Das schadet unserem Land, das schadet der Demokratie und schadet den Menschen in diesem Land. (Zwischenruf Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb: „Deine roten Genossen in Deutschland machen es!“) Das habt ihr zu verantworten, daher keine Zustimmung für Neid, Hass und Populismus. Danke! (Beifall. Unverständliche Zwischenrufe.)

Dritter Präsident: Mir ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet, und ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 768/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Schriftführerin weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 769/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Dabei handelt es sich um den Initiativantrag betreffend automatisches Pensionssplitting. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dieser Beilage die Dringlichkeit zuzuerkennen, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Julia Bammer.

Abg. Mag. Dr. Bammer: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler und alle, die uns, von wo auch immer, gerade zuhören! Morgen ist der internationale Frauentag. Diese Rede und diese Worte widme ich meiner kleinen, eineinhalbjährigen Tochter.

Ich wünsche mir für dich und alle Mädchen, dass du mich irgendwann fragen musst, was denn ein Equal Pay Day, so wie bei uns vorgestern in Oberösterreich am 5. März, war. Du sollst nur die Geschichte kennen, dass es einen Tag gegeben hat, der symbolisch zeigt, dass Frauen rechnerisch mehr als zwei Monate gratis arbeiten. Für dich und deinen Bruder sollen Begriffe wie Lohnunterschiede, Gender Pay Gap, Motherhood Pay Gap, eben nur Begriffe sein, über die ihr euch wundert. Ich wünsche mir für dich, dass du nie hörst, rechnen sei nichts für Mädchen, dass du nie hörst, Mädchen können nicht Fußballspielen, Mädchen müssen brav sein. Ich wünsche mir, dass du die sein kannst, die du bist.

Und dass du dich sicher fühlst und niemals, wirklich niemals Gewalt erfahren wirst, weil das endlich aufhören muss, dass jede dritte Frau von Gewalt betroffen ist. Das muss endlich aufhören. Ich wünsche mir für dich, solltest du dich für eine Familie entscheiden, dass die Fürsorgearbeit, auch sogenannte Care-Arbeit, wie wir es überall gerade als großen Begriff hören, also das sich kümmern, meine sehr geehrten Damen und Herren, putzen, waschen, Taxifahrten, Kleidergrößen nachkaufen, Geburtstagsgeschenke besorgen, die Butter und die Zahnpasten des Hauses nicht aus werden lassen, Arzttermine, Kalendermanagement, und, und, kurz für andere funktionieren, egal wie müde, egal wie krank, egal wie traurig, dass das zwischen dir und deinem Partner ganz selbstverständlich aufgeteilt ist.

Ich wünsche mir eine Zukunft, die anerkennt, wie super wichtig diese Arbeit für unsere Gesellschaft ist, und ich kämpfe für eine Politik, in der sie nicht nur eine gefühlte Größe ist. Ich wünsche dir, dass du als erwachsene Frau finanziell unabhängig sein kannst, weil das System dir die gleichen Chancen bietet. Dass du die Tatsache, dass Frauen, wie aktuell, zirka über 40 Prozent weniger Pension bekommen als Männer, als eben längst vergangene Zeiten verstehen darfst. Ich kämpfe für jedes kleine Puzzleteil, das letztlich dazu führt, in Fairness und Gerechtigkeit zusammenzuleben. Ich hoffe, dass ihr Mädchen da draußen nicht die nächste Generation seid, die diesen Kampf weiterführen müssen, sondern vielmehr, dass ihr uns und die mutigen Frauen davor und ein faires System feiern könnt. Dass auch dein Bruder mitfeiert, weil es eben keine weibliche Angelegenheit ist.

Eines dieser Puzzleteile, liebe Zuseher und Zuseherinnen, ist das Pensionssplitting. Es sollte keine freiwillige Option sein, wie es derzeit ist, sondern ein Standard, wenn sich zwei

Menschen, und es gehören zwei Menschen zur Fortpflanzung dazu, für Kinder entscheiden. Pensionsgutschriften werden dann eben aufgeteilt. Deshalb fordern wir endlich die Umsetzung eines automatischen Pensionssplitting, wie es im Bundesregierungsprogramm steht, wie es im Nehammer-Österreich-Plan vorgesehen ist, wie es auch heute in der Bundespressekonferenz erklärt wurde und wie es auch unsere Landeshauptmann-Stellvertreterin schon oftmals ausgesprochen hat, dass dies längst notwendig ist.

Es geht dabei neben einem Ausgleich auch um die Anerkennung der Fürsorgearbeit, von wem sie dann auch übernommen wird. Daher fordern wir die Oberösterreichische Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten, damit das automatische Pensionssplitting umgesetzt wird. Ich ersuche daher der Dringlichkeit zuzustimmen und nehme mir zwei letzte Sätze noch heraus, die ich an alle Zuhörerinnen richten möchte, die es betrifft. Nutzt jetzt schon die Möglichkeit des freiwilligen Pensionssplittings, füllt mit eurem Partner das Formular aus, www.pv.at/Pensionssplitting. Sprecht davon, ganz, ganz laut! So ermutigen wir uns doch gegenseitig für Gleichstellung. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete! Du hast mit deinem Vortrag deine Kolleginnen und Kollegen so in den Bann gezogen, dass sich niemand zu Wort gemeldet hat. Ich begrüße in der Zwischenzeit die Klasse des Bundesgymnasiums aus der Körnerstraße in Linz. Ich darf Kollegin Scheiblberger das Wort erteilen.

Abg. **Scheiblberger:** Geschätzter Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie und am Bildschirm! Stellen sie sich vor, sie haben ein ganzes Leben lang viel, hart und lange gearbeitet im Beruf, in der Kindererziehung oder auch im Haushalt. Dann freuen sie sich zu Recht auf den wohlverdienten Ruhestand. Aber genau da kommt dann das böse Erwachen. Dieses böse Erwachen betrifft vor allem Frauen. Nämlich wenn man dann erfährt, wie hoch die Pension ist. Um dieses böse Erwachen zu verhindern, wäre das automatische Pensionssplitting ein ganz wichtiger und wertvoller Schritt.

Dieses automatische Pensionssplitting wird auch auf Bundesebene von unserer Frauenministerin Susanne Raab gerade verhandelt und wäre eigentlich schon in Umsetzung, wenn es da nicht von den Grünen blockiert werden würde. Darum finde ich diesen Dringlichkeitsantrag schon etwas befremdlich, weil da bei mir ein Kommunikationsproblem aus meiner Sicht vorliegt. Wir könnten dieses automatische Pensionssplitting haben, und jetzt sollen wir von Oberösterreich ausrichten, dass hier Schritte gesetzt werden sollen. Ich würde einfach empfehlen, dass ihr untereinander das Gespräch sucht und diese Zustimmung gebt, dann wäre auch alles auf Schiene. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Das solltet ihr der ÖVP ausrichten!“ Zwischenruf Abg. Mag. Engl: unverständlich) Also wie gesagt, daher sehen wir auch aus unserer Sicht keine Dringlichkeit für diesen Antrag, weil es eben eigentlich in Umsetzung ist.

Das Thema ist an und für sich natürlich ganz wichtig und soll natürlich auch diskutiert und weitergetragen werden. Ich möchte diese Dringlichkeit auch mit einer Zahl untermauern. In Oberösterreich kommen jährlich 15.000 Babys auf die Welt und es werden, Kollegin Abgeordnete Bammer hat ja das sehr gut ausgeführt, nur 300 Anträge auf freiwilliges Pensionssplitting gestellt. Seit 2005 ist das möglich, aber auf freiwilliger Basis ist das sehr mühsam, und deshalb wäre dieses automatische Pensionssplitting sehr, sehr wünschenswert.

Morgen ist Weltfrauentag. Wir werden hier die bereits geschafften Errungenschaften feiern. Aber wir wollen auch immer wieder daran denken, was es noch zu tun gibt. Eine gute Sache

wäre dieses automatische Pensionssplitting. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir hier alle zusammenstehen. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete, als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Klinger das Wort erteilen.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrte Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zuhörer hier und im Internet! Wenn ich idealisierter Weise an eine Familie denke, Vater, Mutter, Kinder, und diese Familie wächst und gedeiht. Die Eltern dann gemeinsam in Pension gehen, oder auch unterschiedlich in Pension gehen, dann muss ich für mich zur Kenntnis nehmen, dass ich leider Gottes kein Pensionsexperte bin, dass ich wissen würde, ob sich ein Pensionssplitting allgemein auf ein höheres Pensionsniveau auswirkt, oder ob es besser ist, wenn einer alleine an die Höchstversicherungsversicherung herankommt. Ich sage das deswegen, weil ich gerade selbst vor der Pensionierung stehe und auch bei mir die Pension gar nicht so einfach festzustellen ist. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Weil du so viele verschiedene Pensionen hast!“) Aber wir haben ja, ja, es ist wirklich nicht einfach. Es kann auch einem keiner sagen, das ist nicht lustig, weil erst im Mai die Berechnungen fertig sind. Die Pensionskasse hat übrigens zwölf Prozent verspekuliert im letzten Jahr, das heißt, meine zusätzlichen Pensionen, die ich letztes Jahr einbezahlt habe, über 9.000 Euro sind in die Binsen gegangen. (Unverständliche Zwischenrufe. Zwischenruf Abg. Mag. Engl: „Es geht ja nur um die Frauenpensionen!“)

Seit 2005 haben wir ja die Möglichkeit des freiwilligen Pensionssplittings mit bis zu 50 Prozent jenes Elternteiles, der halt nicht für die Kindererziehung verantwortlich ist, dass er die dem anderen Elternteil gibt. Jetzt heißt es, dass das nicht sehr oft gemacht wird. Da stellt sich wieder die Frage, ob es deswegen ist, weil wir nicht ausrechnen können, was gescheit ist, wenn der Mann oder die Frau mit ihrer höheren Pensionsbeitragsgrundlage eventuell später mehr Pension zusammen bringt, mit der Frau oder dem Mann, wenn sie in einem System mehr einzahlen. Das kann ich hier nicht beurteilen.

Deswegen ist es für mich auch nicht dringlich, diese Sache jetzt über das Knie abzurechnen und zu beschließen. Ich glaube, wir müssen uns im Ausschuss entsprechend darüber unterhalten. Aber was mir besonders wichtig wäre auch dahingehend, dass die Frauen eine gesicherte Familienzeit haben sollen. Ich sage jetzt auch müssen, dass diese Frauen, wenn sie mehr Versicherungsbeitrag einbezahlen, als die jetzigen Kinderanrechnungszeiten von 2.163,78 Euro, dass ihnen diese Mehrversicherung auch während der Karenzzeit, während der Kinderzeit vier Jahre, oder 48 Monate oder 60 Monate angerechnet wird. Nicht nur diese 2.163,78 Euro, sondern was sie tatsächlich mehr auch an Einzahlungsbeiträgen leisten. Minimum wie gesagt, sind ja jetzt die 2.163,78 Euro. Das heißt im Klartext, hier müssen wir uns intensiv mit der Sache beschäftigen und die beste Lösung für Mann und Frau finden. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Abgeordneter, als Nächste ist Kollegin Engl am Wort.

Abg. **Mag. Engl:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und zuhause an den Bildschirmen! Ich freue mich ganz besonders, dass ich zwei bekannte Gesichter auf der Tribüne entdeckt habe, lieber Constantin, lieber Nico, ich freue mich sehr, dass ihr hier seid. Warum erwähne ich euch beide? Einerseits ist das einer der besten Freunde meiner Tochter und der Cousin meiner Tochter. Im Gegensatz zur Tochter von Frau Julia Bammer ist meine Tochter schon fast 19 Jahre. Auch sie ist stets Animo gewesen für mich und Motivation, mich für Frauen und für Mädchen einzusetzen, weil

schließlich und endlich geht es ja darum, insbesondere heute am 7. März einen Tag vor dem Weltfrauentag, endlich alles zu tun, und zwar wirklich alles, um eine gleichgestellte, sichere, gerechte Gesellschaft herzustellen und vor allem das Leben von Mädchen und Frauen ganz besonders im Fokus zu haben und all die Konzentration darauf zu lenken.

Wir haben uns an diesem, ich möchte gerne das aufgreifen, was du, geschätzte Gerti Scheiblberger, gesagt hast, gerade in die grüne Richtung bezüglich des Pensionssplitting darlegen, warum wir diesen Antrag sogar mitunterstützt haben und mitgezeichnet haben. Ja, ich weiß, was auf Bundesebene passiert. Ich weiß auch, dass das Pensionssplitting und auch andere Maßnahmen auch jetzt gerade, ich glaube sogar am heutigen Tag in Verhandlung sind und sich da Gott sei Dank etwas tut. Wie das denn so ist, wir haben schon viel über Einzelmaßnahmen gesprochen. Ein einzelnes Puzzleteil, die Kollegin Bammer hat es so genannt, ist nie Teil der Gesamtlösung, und wir müssen immer an mehreren Dingen arbeiten. Das Pensionssplitting ist ein Teil davon. Ich werde aber noch darlegen, warum es nicht immer die ganz ideale Form ist, vor allem wenn man es alleine macht.

Es ist gut, dass wir darüber sprechen. Im demokratiepolitischen Prozess ist es auch so, dass kleinere Parteien nicht immer die gleichen Rechte haben wie größere Parteien. Aus demokratiepolitischer Sicht und auch aus frauenpolitischer Sicht ist es wichtig, dass wir an solchen Tagen wie heute sehr viele Frauenthemen diskutieren und uns gegenseitig unterstützen und Anträge eben mittragen und mitunterstützen und diskutieren.

Ich muss auch bei Herrn Kollegen Klinger kurz einhacken. Einerseits hat es ein bisschen wieder gezeigt, dass natürlich manchmal der Rechenstift angesetzt wird und Männer dann einmal schneller draufkommen, was das denn für sie bedeuten würde. Ich würde es auch umgekehrt sehen. Es wäre wirklich sehr gesamtgesellschaftlich wichtig, und es wäre für die Ungerechtigkeit von Frauen, die es immer noch erleiden, unglaublich wichtig, einmal die Frauen bei der Berechnung in den Fokus zu rücken und nicht immer nur die Männer. Wir leben in einer Zeit, über Gewalt haben wir heute schon gesprochen, ich klammere das jetzt aus, wir haben enorme andere Schief lagen. Wir haben immer noch dort, wo die Macht, das Geld, die Sichtbarkeit, die Entscheidungsgewalt ist, die Männer in der Mehrheit, und wir haben immer noch dort, wo die unbezahlte Arbeit, die schlechtbezahlte Arbeit, die Unsichtbarkeit und die unglaublichen Stützen dieser Gesellschaften sind, mehrheitlich die Frauen am Werk.

Das müssen wir angehen, und das können wir nur gesamtgesellschaftlich lösen, und das können wir auch nur dann, wenn wir das auch mit einem nötigen Respekt und mit einer nötigen Anerkennung diskutieren. Du hast aber ganz zurecht angeführt, dass die Berechnungsmethoden des Pensionssplitting dazu führen, und darum sehen es ja auch wir manchmal kritisch, vor allem als alleinige Maßnahme. Ich habe ein Rechenbeispiel mitgebracht.

Paare teilen sich in dieser Zeit, wo Kinder auf die Welt kommen, wo die Betreuungspflichten vorstatten gehen, die Pensionsansprüche. Dann wird das gut geschrieben und es gibt zum Beispiel, wenn jetzt der Partner 3.000 Euro Vollzeit Brutto verdient und die Partnerin davon dann praktisch die Hälfte, und sie ist eine zeitlang zuhause bei den Kindern, dann gibt es die Berechnung, dass die Pension der Frau durch diese Anrechnung um etwa 80 Euro dann am Schluss erhöht wird und genau derselbe Betrag wird beim Mann wieder abgezogen und ist weniger.

Wenn man aber manche Berechnungsbeispiele heranzieht, ist das Familieneinkommen, das stimmt, da hat der Herr Kollege Klinger recht, (Zwischenruf Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger:

„Danke!“), mitunter je nach Berechnung, also je nach Einkommensverhältnissen und Dauer mitunter auch geringer, aber es ist eine Bewusstseinsarbeit auch. Man kann es, wie gesagt, nicht immer so genau rechnen, dass man von Euro, es geht viel auch um Bewusstsein und ich bin die Erste, die sagt, wir brauchen Lohntransparenz, Einkommenstransparenz. Wir müssen um Geld reden, und da habe ich in diesem Haus, gerade von den Männlein, egal von welcher Fraktion, von den Männern immer, außer bei den Grünen, immer Widerstand gespürt, was das Thema Lohntransparenz anbelangt.

Wir müssen über Geld reden. (Unverständliche Zwischenrufe. Zwischenruf Abg. Schaller: unverständlich.) Wir müssen wissen, ja doch, Herr Kollege Schaller, ich denke nur an den Ausschuss. (Beifall) Ich bin schon am Ende. (Unverständliche Zwischenrufe) Nicht das beste Pensionsvolumen, wir wollen auch die Altersarmut und die Erwerbsarmut von Frauen und von Familien verhindern. Darum ist es ein wichtiger Puzzleteil, und darum haben wir es gerne unterstützt. Ich freue mich auch auf Ihren und auf euren Mut, wenn man die ganzen anderen Themen, die seit Ewigkeiten im Frauenausschuss geparkt liegen, weiterbehandeln. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete, und nun darf ich noch Frau Abgeordneten Renate Heitz das Wort erteilen.

Abg. **Heitz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörende auf der Tribüne oder an den Bildschirmen! Die Misere begann im Jahr 2004. Da trat eine von der schwarz-blauen Bundesregierung beschlossene Pensionsreform in Kraft, die den Frauen eine lebenslange Durchrechnung bei der Ermittlung der Pensionshöhe bescherte. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Gilt für alle!“)

Die Lücken im Erwerbsleben oder die Phasen der Teilzeitarbeit, die Frauen aufgrund von Kinderbetreuungspflichten hatten, und das sind noch größtenteils die Frauen, die die Kinderbetreuungspflichten übernehmen, (Unverständliche Zwischenrufe) jetzt redet mir nichts anderes ein, fielen ihnen damit voll auf dem Kopf. Die SPÖ-Frauen haben damals schon prophezeit, dass viele Frauen in der Altersarmut landen werden, und vor genau dieser Situation stehen wir jetzt.

Darum verstehe ich auch den Grund des Antrags zum Pensionssplitting, da stimmen wahrscheinlich die meisten Parteien hier im Landtag überein, Altersarmut von Frauen ist ein unerträglicher Zustand. Laut Statistik Austria sind mehr als zwei Drittel der armutsbetroffenen Menschen über 65 Jahre weiblich. Da haben wir also wirklich dringenden Handlungsbedarf. Die Diagnose ist also eindeutig, da sind wir uns, glaube ich, einig. Die Therapie sehen wir von den SPÖ-Klubmitgliedern ein bisschen anders.

Eine Studie des WIFO vom April 2022 trägt den Titel: „Automatisches Pensionssplitting wird die Armut von Frauen kaum reduzieren können, da drinnen wird das belegt, was die SPÖ-Frauen wirklich schon längere Zeit angemerkt haben. Pensionssplitting klingt auf dem ersten Anhub recht plausibel und gerecht, hat aber seine Tücken.“

Zum einen bleibt die ökonomische Situation des Gesamthaushaltes beim Pensionssplitting völlig unverändert. Es wird eher die Abhängigkeit der Frau vom Partnereinkommen verstärkt, und das ist ein Umstand, den ich als Frauenpolitikerin im 21. Jahrhundert gar nicht recht vertragen, unterschwellig den Frauen die Botschaft mitzugeben, suche dir möglichst einen gutverdienenden Mann, dann profitierst du auch beim Pensionssplitting am meisten. Das geht

aus meiner Sicht gar nicht. Unser Anliegen muss es sein, die Pension der Frauen unabhängig vom Partnereinkommen zu sichern.

Für Familien, bei denen beide niedrige Einkommen haben, verbessert sich die Situation durch das Pensionssplitting eigentlich gar nicht, genauso wenig für alleinstehende Frauen. Ungelöst sind auch die Auswirkungen im Fall einer Trennung beziehungsweise bei wechselnden Familienkonstellationen, da wird es dann richtig kompliziert. Darum den Weg aus der Misere sehen wir anders. Wir wollen an anderer Stelle ansetzen.

Am Arbeitsmarkt etwa, wo den Frauen endlich gleich gute Erwerbs- und Einkommenschancen eröffnet werden müssen. Das passiert durch den Ausbau der Kinderbetreuung und Pflege, um die Frauen zu entlasten und sie nicht in die Teilzeit zu zwingen, durch Qualifizierungsmöglichkeiten, durch partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Familie- und Erwerbsarbeit. Da hat uns die kürzlich veröffentlichte Zeitverwendungsstudie wieder einmal gezeigt, wie weit wir da noch von einer gerechten Aufteilung entfernt sind, da hat sich in den letzten Jahren genau nichts verändert, den Löwenanteil der unbezahlten Arbeit schultern immer noch die Frauen.

Ganz wichtig, wir brauchen eine angemessene und gerechte Entlohnung für die Frauen, denn dann ist auch ihre Pension hoch genug, um davon leben zu können.

Ein weiterer zentraler Hebel ist die bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten, auch da kann man etwas tun, was sofort wirkt und nicht etwa über das Pensionssplitting erst in 30 Jahren, wenn dann die ersten in Pension gehen.

Ich zitiere noch einmal aus der WIFO-Studie: Das Modell des automatischen Pensionssplittings kann einen Beitrag zur Diskussion der Arbeitsteilung im Zusammenhang mit Kindern und eine Veränderung der innerfamiliären Ressourcenverteilung in Zukunft leisten, eine kurz- und mittelfristige Verringerung der Altersarmut der Frauen ist mit dieser singulären Maßnahme nicht zu erreichen. An der Diskussion beteiligen wir uns gerne. Zur Verringerung der Altersarmut setzen wir auf vorhin genanntes Maßnahmenbündel und werden dem Antrag daher nicht zustimmen. (Beifall)

Dritter Präsident: Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 769/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise diese Beilage daher dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 770/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauer Bahn und der Pyhrn Bahn in die Europäischen Ten-T Kernnetze.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich bereits Herr Abgeordneter Peter Handlos. Bitte sehr.

Abg. **Handlos**: Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Die meisten von Ihnen kennen den Film, er ist heute schon genannt worden: Und täglich grüßt das Murmeltier. Genau so wie im Film geht es uns mit der Summerauer Bahn. Seit 30 Jahren wird über den notwendigen Ausbau dieses wichtigen Teilstückes der Schienenachse Berlin-Budweis-Linz-Graz debattiert.

Die transeuropäischen Netze, gerade im Verkehrsbereich, wurden entwickelt, um die Regionen der EU miteinander zu verbinden und zum Wachstum des Binnenmarktes sowie der Beschäftigung beizutragen. Hört sich sehr gut an, interessiert aber unsere Infrastrukturministerin Eleonore Gewessler von den Grünen keine Schiene breit. (Zwischenruf: „Leonore!“) Jene, Grüne, die uns immer erklären, wie wichtig es ist, ganz Europa als eine Region zu betrachten. Jene Grünen, deren Landesrat in Oberösterreich uns hier im hohen Landtag stets auf beherrschende Art und Weise die Wichtigkeit der Güterverlagerung weg von der Straße auf die Bahn predigt. Jene Grünen, deren Ministerin Gewessler jede Straße aus Prinzip als böse und unnötig abtut. Meine geschätzten Damen und Herren, genau jene Grünen versagen in ihrer sich selbst auferlegten Kernkompetenz völlig.

Seit Jahren belehren uns diese Grünen, wie was geht, sie teilen uns mittels Überschriften mit, was zu tun ist, denn nur die Grünen haben die wahre Lehre für sich gepachtet.

Überschriften lassen sich gut verkaufen. Überschriften sind plakativ und werden gerne von Medien übernommen, aber Überschriften sind zu wenig, meine Damen und Herren. Überschriften sind keine Unterstützung für die ÖBB. Überschriften verlagern keine Frachten auf die Bahn. Überschriften bauen keine Gleisanlagen, aber genau das würden wir brauchen.

Seit Jänner 2020 haben wir eine Grüne Infrastrukturministerin. Vor fast drei Jahren, im April 2021 haben wir hier im hohen Landtag eine Resolution an die Bundesregierung mit sehr ähnlichem Inhalt verabschiedet. Für mich war damals klar, das entspricht einer Kernforderung der Grünen. Das funktioniert zu 100 Prozent. Jetzt, drei Jahre später weiß ich, uhh, Überschriften und so. Statement Gewessler: Das Klimaschutzministerium wird gemeinsam mit der ÖBB Untersuchungen für den Ausbau der Summerauer Bahn zu einer Hochleistungsstrecke starten. Zweieinhalb Stunden von Linz in die Tschechische Hauptstadt Prag, das geht, und das ist unsere Vision.

Seit der Pressekonferenz vom 25. Jänner 2024 wissen wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eine weitere Überschrift. Die Summerauer Bahn ist nicht im Zielnetz 2040 enthalten. Geht es nach Ministerin Gewessler, führt auch in den Jahren nach 2040 eine einsame Schienenbahn von Nord nach Süd. Eine Aufnahme in das Ten-T Kernnetz steht in den Sternen.

Zum Schluss möchte ich noch eines anmerken: Die versuchte Schuldzuweisung an unseren Nachbar Tschechien mit ihren gedrosselten Schienenausbau erinnert mich an die frühere Argumentation bezüglich des Ausbaus der S10. Da waren auch immer die Tschechen schuld, denn auf deren Seite passiert ja nichts. Jetzt wissen wir, dass nach dem Lückenschluss, dem Baulos Leopoldschlag, bis zur Grenze Wulowitz auf österreichischer Seite womöglich in Tschechien die ersten Sanierungsvorhaben notwendig sein werden, weil deren Straße zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahren in Betrieb sein wird.

Meine Damen und Herren, ich ersuche um Annahme der Dringlichkeit über 30 Jahre sind genug. Ich ersuche im Speziellen die Abgeordneten der SPÖ, die ÖBB zu unterstützen und ganz besonders natürlich die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, stärken wir gemeinsam

der Frau Minister den Rücken. Unterstützen wir alle gemeinsam die Interessen unseres wunderschönen Oberösterreichs. Unterstützen wir die Bevölkerung von Oberösterreich. Genau dafür haben sie uns gewählt. FPÖ Oberösterreich, wir bauen Zukunft. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede. Gerade noch nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, wie es meine Kollegin Frau Präsidentin Binder auch schon gemacht hat, wir sind hier heroben durchaus in der Lage, auch während hier ein Antrag begründet wird, dass wir weitere Wortmeldungen zur Kenntnis nehmen, das heißt, ihr könnt euch schon melden, während hier noch gesprochen wird.

Kollegin Dagmar Engl bitte ans Rednerpult und dann Herr Kollege Höglinger.

Abg. Mag. Engl: Danke Herr Präsident, noch einmal herzlich Willkommen werte Zuseherinnen und Zuseher zuhause und hier auf der Tribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat! (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Frau Abgeordnete!“) Die Summerauer Bahn, ja ich kann tatsächlich dem Herrn Kollegen Handlos in einer Sache recht geben, es ist wirklich eine Never-Ending-Story oder täglich grüßt das Murmeltier.

Vorerst muss ich schon einmal sagen, wir waren über diesen dringlichen Initiativantrag, den wir natürlich, wie das gelaufen ist vom Eingang her, schon ein bisschen irritiert, weil der Herr Landesrat hat angekündigt, eine Bundesresolution mit allen Klubs zu koordinieren, auf das haben wir gewartet. Da ist aber nichts passiert, jetzt haben wir diesen Antrag vorliegen. Ich darf aber auch vorgreifen, auch wir werden natürlich diese Dringlichkeit unterstützen, aber es zeigt schon ein bisschen die Art und Weise, wie denn von manchen die Zusammenarbeit gesehen wird, aber zurück zur Summerauer Bahn und zur Geschichte.

In Oberösterreich hat man schon die letzten vielen, vielen Jahre, wenn nicht zu sagen, Jahrzehnte beobachten können, dass die Schiene insbesondere ins Mühlviertel sehr, sehr zögerlich behandelt wurde, während Autobahn und Schnellstraßen immer sehr rasch mit einer großen Vehemenz vorangetrieben wurden. Die S20, die ist ja heute schon genannt worden, bereits fast fertiggestellt worden ist. Es wurde immer im Gegenzug versprochen, die Summerauer Bahn auszubauen, zu modernisieren und in das Ten-T Netz aufzunehmen, was nicht passiert ist. Genau.

Dabei wäre nicht nur die Attraktivität der Summerauer Bahn, was die Pendler/innen anbelangt, sondern auch im Bezug auf Güterverkehr, LKW-Transit eine ganz entscheidende Achse, die wir Grünen im Übrigen immer unterstützt haben und auch auf allen verschiedenen Wegen das immer eingefordert haben.

Wenn wir jetzt in das Jahr 2006 zurückblicken, damals schien das Projekt schon als fix. Es wurde sogar über eine Vorziehung des Projektes diskutiert. Da war der VP-Nationalratsabgeordnete Helmut Kukacka, der gesagt hat, beim Bau der Summerauer Bahn ist keinesfalls Gefahr. Es ist im ÖBB-Rahmenplan enthalten und sieht den Baubeginn der Hauptarbeiten 2011 bis 2015 vor. Eine beabsichtigte Inbetriebnahme war damals für 2017 geplant. Auch von der SPÖ Seite war man damals noch zuversichtlich, da galt das Prinzip Schiene vor Straße, das bleibt unser Prinzip für die wichtigen Projekte im öffentlichen Verkehr, wie die Summerauer Bahn und auch die Pyhrn Bahn, weil die ja auch in diesem dringlichen Antrag vorkommt.

Nun haben wir 2024, und wir diskutieren eigentlich immer noch über das Gleiche. Alle bisher politischen Verantwortlichen von der FPÖ, von der Volkspartei, von der SPÖ im Bund und Land ist es bis dato nicht gelungen, sich für dieses in Oberösterreich so wichtige ÖV-Projekt so einzusetzen, dass sie schon längst vorangetrieben ist. Wir haben uns immer dafür eingesetzt. Wir haben uns für den Ausbau der Summerauer Bahn eingesetzt. Wir haben Initiativen hier im Landtag gestartet, noch lange bevor ich in diesem Haus gesessen bin, und es hat Ablehnungen von Schwarz-Blau noch 2021 gegeben auf einem dringlichen Antrag, das war auch eine Bundesresolution. Wir haben natürlich damals zugestimmt, dass der Ausbau der Summerauer Bahn in einer Sitzung abgelehnt worden ist, und es hat sich eigentlich immer wiederholt. Erst jetzt haben wir wieder diese Diskussionen, weil auch die schon angesprochene Leonore Gewessler, Bundesministerin für Verkehr, dieses Projekt auch vorantreibt, nämlich in einem Gesamtgefüge, weil noch nie hat es so viel Geld für Schienen gegeben, das wisst ihr. Und wir kriegen gerade die Stadtbahn finanziert. (Unverständliche Zwischenrufe) Sie hat überhaupt nichts herausgestrichen. Das würde ich jetzt auch gern aufklären. Zur Pyhrn-Schober-Achse noch ganz kurz, ich möchte noch gern das mit der Pyhrn-Schober-Achse, das steht da drinnen, die ist im ÖBB-Zielnetz 2025+ (Zwischenruf Abg. Handlos: „Das Licht ist an! Gott sei Dank!“) schon vorgesehen gewesen, die ist im ÖBB-Rahmenplan 2021 bis 2026, ist der zweigleisige Ausbau drinnen, und jetzt ist auch die Pyhrn Bahn im Zielnetz 2040 und die Achse ist auch ebenfalls jetzt im erweiterten Kernnetz der TEN-T enthalten. Aufpassen, weil das steht nämlich ein bisschen anders drinnen.

Und jetzt noch einmal zur Summerauer Bahn . Dass die grüne Ministerin den Ausbau der Schiene als Anliegen hat, das braucht man, glaube ich, hier nicht diskutieren. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Aber nicht die Summerauer Bahn!“) Doch, auch die Summerauer Bahn, und sie hat den größten Ausbau in der Geschichte Österreichs gestartet, und die ÖBB, das ist nicht ihre Entscheidung alleine, die ÖBB beurteilt strategisch und entscheidet, welche Module und Projekte in das Zielnetz kommen. Und jetzt gibt es den Fachentwurf. Der liegt vier bis sechs Wochen zur Stellungnahme auf, und danach kommt die entscheidende Frage, nämlich die Frage nach dem Geld.

Und der Herr Kollege Handlos hat zurecht alle Connections, die wir hier im Haus zur Bundespolitik haben, genannt. Aber ich füge noch eine hinzu, nämlich bitte liebe Volkspartei, ihr habt einen Finanzminister und der Magnus Brunner wird das Einvernehmen darüber herstellen müssen, (Dritter Präsident: „Schlusssatz bitte!“) welche Gelder zur Verfügung gestellt werden. Und ich kann mich nur anschließen. Wir werden da mitgehen. Wir werden diese Dringlichkeit genauso unterstützen und bitte aber auch die ÖVP beim Finanzminister vorzusprechen, dass wir für dieses wichtige Projekt das Geld bekommen. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Dankeschön! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Tobias Höglinger. Bitte sehr!

Abg. Mag. Höglinger: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wem man so einen Antrag liest, fragt man sich ja zwangsläufig, was soll man dazu sagen? Ja, eh, logisch ist das richtig, natürlich habt ihr Recht. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Wenn du das sagst!“) Und es ist auch fast alles richtig, was im Initiativantrag und in der Begründung steht, und das muss man schon einmal extra hervorheben und den Antragstellerinnen und Antragstellern gratulieren, weil gerade bei Bundesresolutionen der FPÖ ist das eher nicht der Fall normalerweise.

Interessant ist deshalb bei solchen Nona-Resolutionen, wie ich sie gern bezeichne, warum man diese Anträge stellt. Würde es nämlich um echte Infrastrukturverbesserungen gehen, die vielleicht auch schneller umsetzbar sind, würde man sich beispielsweise auch den vierspürigen Ausbau der Westbahn zwischen dem Linzer Hauptbahnhof und Kleinmünchen vornehmen, der der Grund ist, die fehlenden Gleise dort aktuell, wobei die Gleise wären da, die Verbindung ist nicht da, der Hauptgrund ist, warum die Pendlerinnen und Pendler aus dem Osten von Linz und im Großraum Steyr nicht mehr S-Bahnen zur Verfügung haben. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Aber da wird gebaut, das weißt du!“)

Und im Initiativantrag, ist auch noch interessant, was nicht drinnen steht, Kollege Handlos hat es schon ein bisschen ausgeführt, auch die Kollegin Engl hat es ergänzt, jetzt kann ich mich auch ein bisschen stärker um die Hintergründe kümmern. Es ist gesagt worden, warum steht die Summerauer Bahn aktuell in dem Fachentwurf nicht im Zielnetz drinnen? Schlicht und einfach, weil auf tschechischer Seite nicht daran gedacht wird, bis 2040 eine Hochleistungsstrecke zu errichten. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Das stimmt ja überhaupt nicht!“)

Und das ist ein echtes Problem, und dafür braucht es mehr internationales Lobbying. Das ist so, mehr Beziehungspflege, mehr Einsatz für die transeuropäischen Netze, natürlich auch durch die Bundesministerin Gewessler, aber vor allem ist so etwas auch eine Aufgabe vom Herrn Bundeskanzler und vom Außenminister, die beide von der ÖVP sind. Und es braucht auch mehr Beziehungspflege und mehr Lobbying für die Interessen Oberösterreichs durch den Landeshauptmann. Was bringt es den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern, wenn er sich so wie im letzten Herbst eine Autobahnbaustelle in Südböhmen anschaut und dort seine politischen Kontakte pflegt? Für die Menschen in Oberösterreich ist eine Hochleistungsstrecke, die über Budweis und Prag weiter dann nach Dresden und Berlin führt, eine Bahnstrecke viel wichtiger als der Ausbau der tschechischen Autobahn, die uns jetzt noch mehr Schwerverkehr bringt.

Und es steht auch nicht drinnen in eurem Antrag, auch wenn es jetzt schon dargelegt worden ist, dass wir vor 20 Jahren schon weiter waren als jetzt. Es hat schon Vereinbarungen gegeben mit der damals zuständigen Verkehrsministerin, und die ausgebaute Summerauer Bahn hätte 2015 fertig sein sollen, zeitlich gleich mit der Fertigstellung der S10. Was haben wir zehn Jahre später? Wir fahren noch immer auf der gleichen uralten Strecke und diskutieren eine Showresolution der Fraktion des zuständigen Verkehrslandesrats. Wer ist seit 2015 Infrastrukturlandesrat in Oberösterreich? Wer ist seit 2017 Finanzreferent und Landeshauptmann in Oberösterreich? In Wahrheit ist dieser Antrag doch das Eingeständnis eures Scheiterns, des Scheiterns eurer Verkehrspolitik.

Und dieses Versagen eurer Verkehrspolitik (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Der Fasching ist vorbei! Wir sind in der Fastenzeit!“) trifft sich halt jetzt passenderweise mit dem beginnenden Nationalratswahlkampf und dem verbissenen Streit der FPÖ mit der Infrastrukturministerin. Dass sich die ÖVP auf ihre eigene Koalitionspartnerin eingeschossen hat, kann man ja den Medien laufend entnehmen. Es ist bezeichnend, dass Schwarz-Blau in Oberösterreich wieder einmal herhält als Muster für die kommende Koalition der ÖVP mit der Kickl-FPÖ.

Und so spielen wir im Landtag wieder einmal das Spiel, wir schreiben einen Brief nach Wien, statt echte Politik für Oberösterreich zu machen. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Schaut, dass der Babler einen Berufsabschluss macht!“) Offenbar kann der Herr Landesrat nicht besonders gut verhandeln, weil wenn ich mir anschaue, sein Parteikollege, der

Bürgermeister von Wels, war da geschickter. Er hat im Zielnetz 2040 seinen Anschluss an die neue Schnellverbindung nach München sichergestellt. Und dass die ÖVP eine solche Bundesresolution mitmacht ist ja ohnehin die Absurdität schlechthin. Die ÖVP stellt den Bundeskanzler, die ÖVP stellt den Finanzminister, und ihr bringt eure billigen Wahlkampfschmähs der Bundes-ÖVP in den Landtag. Ist euch das nicht peinlich?

Aber wenn ihr beide offenbar, Herr Landesrat und der Landeshauptmann, der ja nicht da ist, aber zugleich auch stellvertretender ÖVP-Bundesparteiobermann ist, das nicht könnt, nicht gut verhandeln könnt, wenn ihr unsere Hilfe braucht, dann helfen wir, dann helfen wir (Zwischenruf Abg. Handlos: „Wenn du uns hilfst, dann bauen wir die Pferdeeisenbahn wieder!“) natürlich gerne und unterschreiben euer Briefchen nach Wien. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Eine zeitliche Punktlandung Herr Abgeordneter. Als Nächstem darf ich dem Abgeordneten Naderer das Wort erteilen. Bitte!

Abg. Bgm. **Naderer:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat Steinkellner, sehr geehrte Damen und Herren! Als Abgeordneter des Bezirkes Freistadt weiß ich, wie mühsam das war, den Ausbau der S10 von Freistadt bis zur tschechischen Grenze nach Wulowitz zustande zu bringen. Jetzt könnte man meinen, dass es damit zusammenhängt, weil es sich dabei um eine Schnellstraße handelt und das im Klimaministerium der Frau Bundesministerin Gewessler nicht so gerne gesehen war. Sie ist und sie bleibt die zuständige Fachministerin, da kann man diskutieren wie man will, und sie kann alle möglichen Ideen auch einbringen. Dann wird sie auch entsprechende Unterstützung finden.

Aber jetzt zur Summerauer Bahn, dass die verzögert wird, weil sie nicht entsprechend eingebracht worden ist von der Fachministerin, das versteht bei uns in der Region tatsächlich niemand. Und weil es angesprochen worden ist vom Kollegen Höglinger, was die Tschechen tun, Tatsache ist, dass die Tschechen bereits einen Schritt vorne sind. Sie haben einen Hochgeschwindigkeitskorridor bis Budweis definiert, und auf österreichischer Seite fehlt völlig der Anschluss dort. Die infrastrukturellen Grundvoraussetzungen sind nicht geschaffen. Und damit ist es notwendig, dass die Summerauer Bahn und natürlich an anderer Stelle auch die Pyhrn Bahn in das TEN-T-Kernnetz aufgenommen wird. Das ist für ganz Europa wichtig. Und es sollte mehrfach durch Österreich führen.

Und wenn man liest, dass diese verbesserte Anbindung der Regionen bis 2050 errichtet werden soll, dann wäre es höchst an der Zeit, wenn wir bei der Summerauer Bahn das auch machen würden und sie in das Zielnetz 2040 aufnehmen würden. Bundesregierung, natürlich die gesamte, aber einbringen, ich darf wiederholen, tut es die Fachministerin, gemeinsam mit der ÖBB Infrastruktur AG legt sie dieses Zielnetz und auch die dazugehörige Finanzierung fest. Dabei sollten auch die Bedürfnisse der verschiedensten Stakeholder, auch jene Überlegungen der Bundesländer, also auch unsere Überlegungen, berücksichtigt werden.

Warum also hat die Frau Klimaministerin in der Vergangenheit, speziell auch in der Diskussion um die S10, stets große Erwartungen für eine Aufwertung der Summerauer Bahn geweckt und die Wichtigkeit der Strecke betont und dass die Tausenden Pendler, die regionale Wirtschaft schlussendlich doch im Regen stehen. Die Bundesministerin muss zu ihrer Ankündigung stehen, darf den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität nicht ausbremsen und muss mit dem Ausbau der Summerauer Bahn im Zielnetz 2040 eine schnelle und effiziente Streckenführung ermöglichen.

Die Summerauer Bahn, auch das haben wir heute schon gehört, hat ein massives Potenzial. Mit einem Ausbau entsteht die Möglichkeit, binnen zweieinhalb Stunden mit dem Zug von Linz nach Prag zu gelangen. Aber es braucht eben den Ausbau der Summerauer Bahn, auch vielleicht um den Umstieg überhaupt zum öffentlichen Verkehr etwas zu erhöhen, die Menschen dazu zu motivieren. Außerdem könnte die Summerauer Bahn von Summerau bis Pregarten ein wertvoller Zubringer zur Regionalstadtbahn sein. Es ist wirklich völlig unverständlich, dass dazu in Wien keinerlei Ausbauplanungen angegangen werden.

Oberösterreich ist ein wirtschaftlich starkes Bundesland, und es darf nicht sein, dass unser Bundesland in einem immer stärker zusammenwachsenden Europa bei diesen wichtigen Verkehrsadern auf der Strecke bleibt. Europa braucht den Lückenschluss im TEN-T-Kernnetz, aber auch das Land Oberösterreich und seine Regionen brauchen diese zukunftsfähige Struktur zur Verbesserung im Personenverkehr und zur effizienten Gestaltung der Handelsströme. Setzen wir uns dafür gemeinsamen ein! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Es ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 770/2024, Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauer Bahn und der Pyhrn Bahn in die europäischen "TEN-T-Kernnetze", zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist, trotz aller Emotionen im Raum.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 771/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich, und ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Rudolf Kroiß. Bitte!

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Für mich ist es heute wirklich nicht nachvollziehbar, mit welcher Motivation unsere Bundesministerin Gewessler Leistungsträger unserer Arbeitswelt immer wieder mit Hiobsbotschaften im Bereich des Pendelns verunsichert. Ich meine hier mit Leistungsträger jene Arbeits- und Fachkräfte, die täglich viele Kilometer fahren müssen, um aufgrund ihrer Qualifikation auch ein entsprechendes Einkommen zu bekommen. So auch die jüngste Aussage unserer Bundesministerin anlässlich der Weltklimakonferenz in Dubai, wo sie aufhorchen ließ, unsere Arbeitskräfte, die täglich auf das Auto angewiesen sind, mit weiteren Verteuerungen belasten zu wollen. Das wird es mit uns Freiheitlichen sicherlich nicht geben, meine Damen und Herren. (Unverständliche Zwischenrufe) Doch, lest die Zeitungen, sie hat es ja selber gesagt.

Ich möchte hier heute mit einem Beispiel aus der Praxis aufzeigen, wie realitätsfremd diese Vorstellung unserer Bundesministerin ist. Ich bin selber in einem baustoffproduzierenden Unternehmen im Raum Vöcklabruck, das seit über 130 Jahren mit seinem Standort dort beheimatet ist, beschäftigt. Damit wir die großen Herausforderungen einer modernen und globalen Arbeitswelt bewältigen können und um den Produktionsstandort weiterhin erfolgreich absichern können, haben wir eine Vielzahl von Arbeitszeitmodellen geschaffen. Für den administrativen und operativen Bereich ein Gleitzeitmodell mit Kernarbeitszeiten und flexiblen Randzeiten, für die Instandhaltung und den Facilitybereich haben wir flexible Schichtarbeitszeiten mit langen Durchrechnungszeiträumen eingeführt, und für den

Produktionsbereich, der sehr wichtig für die Wertschöpfung ist, haben wir Zwei-Schicht-Systeme, Drei-Schicht-Systeme plus vollkontinuierliche Fünf-Schicht-Systeme und seit kurzem auch eine Vier-Tage-Woche eingeführt.

Unsere Mitarbeiter pendeln teilweise vom südlichen Innviertel, aus dem Welser Raum oder aus dem Raum Salzkammergut nach Vöcklabruck und können in den seltensten Fällen auf öffentliche Verkehrsmittel oder Fahrgemeinschaften zurückgreifen. Und genau diesen Fachkräften, die der Produktionsstandort Vöcklabruck so dringend braucht, werden Jahr für Jahr mit einem nicht Anpassen der Pendlerpauschale, mit einer zusätzlichen CO₂-Bepreisung und mit nicht nachvollziehbaren Zumutbarkeitsbestimmungen bezüglich der Richtlinien der Pendlerpauschale jetzt schon ausreichend bestraft. Apropos Zumutbarkeitsbestimmungen, auch hier, liebe Grüne, erklären sie einmal einem Arbeitnehmer im nicht urbanen Bereich, der zehn, elf oder sogar zwölf Stunden Schichtarbeit hinter sich hat, dass es ihm zumutbar sei, eine Stunde vor oder nach der Arbeit auf öffentliche Verkehrsmittel warten zu können und das um 6.00 Uhr morgens oder um 22.00 Uhr abends, damit er die Richtlinien der Pendlerpauschale überhaupt erfüllt.

Alleine dieser Hintergrund zeigt, wie wenig eure Bundesministerin Gewessler von der wertschöpfenden Arbeitswelt etwas versteht, liebe Grüne. Dass sie nun mit ihrer Ansage, die Pendlerpauschale nun endgültig streichen zu wollen, den Bogen der Belastbarkeit der Pendler endgültig überspannt, ist wohl allen klar da herinnen. Mehr als 300.000 Beschäftigte beziehungsweise Leistungsträger unserer Wirtschaft, die sowieso auf Grund der Teuerungswelle kein Auskommen mit dem Nettoeinkommen haben, haben einen längeren Arbeitsweg als zehn Kilometer, 31 Prozent davon mehr als 20 Kilometer um 23 Prozent davon sogar mehr als 50 Kilometer. Sie haben somit einen gesetzlichen Anspruch auf einen steuerbegünstigten Ausgleich von bis 600 Euro jährlich für ihren erschwerten Arbeitsweg.

Und genau dieser Personenkreis soll nun für die überbordenden Klimaziele der grünen Freunde wieder einmal die Zeche zahlen. Das kann ja wirklich wohl nicht sein. Dafür gibt es von uns Freiheitlichen keine Zustimmung, meine Damen und Herren, wirklich nicht. Wissentlich, dass sie mit ihrer Maßnahme nicht nur den unselbständig Erwerbstätigen im mittleren und unteren Einkommenssegment wieder kräftig in die Tasche greift, schadet ihr auch dem Wirtschaftsstandort Österreich massiv und somit im Speziellen auch dem Produktionsbundesland Oberösterreich.

Denn wenn sich längere Arbeitswege nicht mehr rechnen, sinkt die Bereitschaft einzupendeln und eine höhere Arbeitslosigkeit und ein weiterer Fachkräftemangel wären hier die Folge. Folglich würde es bei einer sinkenden Mobilität der Arbeitnehmer für die dezentralen Wirtschaftsräume und deren Unternehmen es noch schwieriger werden, konkurrenzfähig zu bleiben. Und letztendlich schadet ihr mit dieser Forderung auch dem ländlichen Raum. Es ist jetzt schon sehr schwierig, junge Familien in ländlichen Gebieten zu halten. Gerade mit dem Wegfall der Pendlerpauschale würde ein Zuzug in die Ballungszentren noch stärker forciert werden.

Ohne diese steuerliche Unterstützung für lange Wegstrecken zur Arbeit könnten einige ländliche Gebiete noch mehr unter der Abwanderung leiden, Stichwort kostendeckende kommunale Infrastruktur der Landgemeinden, hier spreche ich die Schulen an, hier spreche ich die Kindergärten an oder auch Erhalt der Vereinsstruktur, insbesondere auch bei den ehrenamtlichen Blaulichtorganisationen, die hier unter große Schwierigkeiten geraten würden. So liegt es auf der Hand, dass wir heute zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich,

insbesondere den Leistungsträgern, die jeden Tag große Wegstecken zurücklegen müssen, für diesen Personenkreis einen bedingungslosen Erhalt der Pendlerpauschale einfordern.

Daher werden wir diese vorliegende Resolution bezüglich Erhalt und Weiterentwicklung der Pendlerpauschale mit einer großen Zustimmung nach Wien schicken. Wir bauen Zukunft, deshalb unterstützen wir Hände, die arbeiten, nicht die kleben. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Charly Schaller. Bitte!

Abg. **Schaller:** Ja, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Österreich und im besonderen Oberösterreich ist ein Pendlerland. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten pendelt in die Arbeit. Damit ist das Pendlerpauschale ein geradezu unantastbarer, ja wenn man so will, wie es im Text drinnen steht, unverzichtbarer, aber auch reformreifer Faktor für Menschen, die einpendeln müssen.

Laut des Momentum Instituts beziehen etwa 700.000 Menschen in Österreich das große Pendlerpauschale, das gewährt wird, wenn der Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln unzumutbar ist, das kleine Pendlerpauschale, das für Arbeitnehmer/innen gilt, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen können, wird von etwa 300.000 Menschen bezogen. Von was für einem Volumen reden wir? Das derzeitige Volumen der Pendlerpauschale in Österreich liegt bei zirka 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Ursprünglich wurde ja die Maßnahme eingeführt, um die Landflucht in strukturschwachen Regionen, die unzureichende öffentliche Verkehrsnetze aufweisen, abzumindern und die Werbungskosten für den Arbeitsweg steuereinfach pauschal abzugelten.

Das scheint sich auch in den Anteilen des kleinen und großen Pendlerpauschales am gesamten Aufkommen widerzuspiegeln. Das heißt, öffentliche Verkehrsmittel sind für zwei Drittel der Pendler und Bezieher unzumutbar. Daher auch der Aufschrei und Einspruch gegen dieses, ich möchte sagen, beängstigende Vorhaben von Umweltministerin Gewessler, welche die Abschaffung der Pendlerpauschale im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Dubai angekündigt hat.

Die Pendler/innen, und das merke ich in der voest alpine selber, zeigen sich entsetzt über diese für sie finanziell einschneidende Aussage. Es stellt doch das Pendlerpauschale für zahlreiche Berufstätige eine existentielle Unterstützung dar, um die finanziellen Belastungen im Zusammenhang mit dem täglichen Arbeitsweg bewältigen zu können.

Zum Zweiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und hier auch unsere Kritik, dass in diesem Antrag etwas Wesentliches fehlt, die Weiterentwicklung, wie im Antragstext angeführt. Das Pauschale landet ja nicht direkt auf dem Bankkonto, sondern stellt einen Freibetrag dar. Das heißt, er senkt die Bemessungsgrundlage, anhand derer dann die Lohnsteuer berechnet wird.

Zwar sind die Freibeträge fixe Summen, die für alle unabhängig vom Einkommen gleich hoch sind. Doch wirken sie sich natürlich in progressiven Steuerklassen auch progressiv auf den Steuervorteil aus. Das bedeutet konkret, befindet man sich in einer höheren Steuerklasse, so wird der effektive Vorteil der Pendlerpauschale natürlich größer.

Und wie groß dieser Steuervorteil ist, dazu ein kleines Beispiel. Der Chef und seine Sachbearbeiterin in Teilzeit, beide wohnen im selben Ort, beide haben die gleiche Autotype,

beide haben die gleiche Wegstrecke zum Arbeitsplatz. Der Unterschied ist nur, der Boss, der 7.000 Euro brutto verdient, bekommt aktuell 2.185 Euro durch Pendlerpauschale und Pendlereuro. Seine Sachbearbeiterin, die 1.900 Euro brutto verdient, bekommt 1.106 Euro, die ihr der Staat zuschießt.

Das sind um 1.079 Euro weniger im Jahr für die Sachbearbeiterin für die gleiche Wegstrecke, die ohnehin einen höheren Anteil des Einkommens dafür aufbringen muss, oder umgekehrt, der Gutverdiener wird um 1.079 Euro mehr gefördert als in diesem Fall der Kleinverdiener, die Kleinverdienerin. Und das halten wir von der SPÖ als schlichtweg ungerecht (Beifall).

Fazit, die Mehrheit der Österreicher/innen wird auch weiterhin mangels adäquater Alternativen an Steuersätzen pendeln. Drei von vier Anspruchsberechtigten erhalten das große Pendlerpauschale, weil der Umstieg auf Öffis nicht zumutbar ist. Ein Beispiel, einer meiner Mitarbeiter, habe ich zuerst gerade bekommen, pendelt mehr oder weniger von Puchenuau in die voest alpine.

Mit dem öffentlichen Verkehrsmittel für die 9,9 Kilometer 74 Minuten, eine Strecke, mit dem Auto 9,1 Kilometer, er muss ja das am Finanzamt angeben, 20 Minuten. Da steige ich um, 20 Minuten. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Schichtbus!“) 20 Minuten, es kommt eh noch.

Da braucht es einen raschen Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, nicht nur geografisch, sondern auch zeitlich, denn Teilzeitarbeit, wie du richtig angeführt hast, und ausgeweitete Arbeitszeiten halten sich nicht an die klassischen Pendlerstoßzeiten. Weiters steht fest, das Pendlerpauschale gewährt Steuerzahlern in höheren Steuerklassen einen größeren Steuervorteil.

In ihrer bisherigen Form profitieren zwar alle Pendler, doch begünstigt das große Pendlerpauschale vor allem höhere Einkommen. Nebenbei bemerkt, aufgrund des immer noch vorhandenen Gender Pay Gap, dem Abstand zwischen dem Entgelt der Männer und der Frauen, sind Frauen auch hier zusätzlich benachteiligt.

Daher auch unsere Forderung, die wir SozialdemokratInnen in diesem Antrag vermissen, eine Umwandlung des Pendlerpauschales in einen steuerlichen Absetzbetrag, sodass Bezieher im Ergebnis den gleichen Betrag bekommen, ausschließlich abhängig vom Arbeitsweg, aber nicht von der Höhe ihres Verdienstes. (Dritter Präsident: „Schlusssatz bitte!“)

Wir unterstützen diesen Antrag als ersten Schritt für unsere Pendlerinnen und Pendler (Beifall).

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Joachim Aigner. Bitte sehr!

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen im Landtag, liebe Zuhörer auf der Galerie, geschätzte Oberösterreicher! Eigentlich reden wir da bei dem Antrag jetzt über die Melkkuh der Nation, nämlich den österreichischen Autofahrer. Ich werde ein bisschen weiter ausholen.

Am besten ist es nämlich, wenn er mit dem Auto in die Arbeit fährt, dann kann er fest Lohnsteuer zahlen und Sozialversicherungsbeiträge. Beim Heimfahren fährt er noch schnell einkaufen, da zahlt er fürs Einkaufen mindestens Mehrwertsteuer und, wenn es gut geht, noch

ein bisschen Biersteuer und die Parksteuer dazu. Also, die Melkkuh der Nation ist der Autofahrer, der arbeiten fährt und auch konsumiert.

Was begrüßen wir aber bei dem Antrag? Ja, wichtig ist, dass die Pendler entlastet werden, und zwar gerecht, sozial gerecht entlastet werden, wie mein Vorredner schon gesagt hat. Was wir insgesamt begrüßen ist, dass es unter dem Überbegriff Pendlereuro Neu eine Entlastung gibt, wo man auch wirklich einmal alles, was es zwischenzeitig gibt an Entlastung für die Pendler, in ein übersichtliches System, das steuerlich gerecht ausgestaltet ist, zusammenfasst.

Bis dorthin muss man sich halt einmal das beibehalten, was man hat. Was haben wir denn? Wir haben eine Pendlerpauschale, die ist für alle gleich groß zwischen zwei und 20, 20 und 40, 40 und 60 Kilometer. Die zwei bis 20 gibt es nur als kleine Pendlerpauschale, abhängig davon, ob öffentliche Verkehrsmittel zumutbar sind oder nicht.

Dann hat man gesagt, warum soll der, der 41 Kilometer fährt, gleich viel absetzen können wie der, der 59 Kilometer fährt oder einer, der 61 Kilometer fährt, gleich viel bekommen wie ein anderer, der 100 Kilometer fährt? Na ja, der Pendlereuro war ein bisschen ein Ausgleich, wo man gesagt hat, die Wegstrecke in Kilometer mal zwei gerechnet bekommst du dann in Euro noch jährlich dazu.

Dann haben die Bundesländer gesagt, irgendwie braucht es zusätzlich noch etwas. Jetzt haben wir dann in manchen Bundesländern bundeslandspezifische Unterstützungen. In Oberösterreich haben wir die oberösterreichische Fernpendlerbeihilfe. Mir kommt vor, es wird schon ein bisschen umständlich jetzt. Jetzt haben wir schon die dritte Beihilfe, und es ist noch gar nicht aus.

Dann haben wir ein Kilometergeld, was man berechnen kann, was man absetzen kann für Fahrten, die beruflich veranlasst sind. Das Kilometergeld ist seit 2008, seit 16 Jahren nicht angepasst worden. Ich weiß nicht, wer seit 16 Jahren ein Auto fährt, aber beim Tanken merkt man schon, dass es nicht billiger wird. Das Kilometergeld bleibt aber gleich.

Da rede ich gar nicht von der Preissteigerung beziehungsweise einer Inflationsanpassung, auch bei den Autoanschaffungskosten. Klimabonus, das ist wieder einmal das unnötigste, was man wirklich braucht, weil der Klimabonus gleicht jetzt die CO₂-Besteuerung aus, die wir genauso wenig brauchen.

Wir haben, und jetzt rechne ich einmal an meinem persönlichen Beispiel etwas vor. Wir haben CO₂-Steuer auf den Diesel, ich fahre ein Dieselauto von ungefähr 13,3 Cent pro Liter. Ich bekomme 250 Euro Klimabonus. Das heißt, ich kann mir für 1.876 Liter mit dem Klimabonus die CO₂-Steuer kaufen.

Und mein Auto braucht 5,2 Liter auf 100 Kilometer, das heißt, mit einem Liter fahre ich ungefähr 19 Kilometer. Das heißt, die 1.876 Liter mal 19 Kilometer fahre ich im Jahr aufgrund des Klimabonus CO₂-steuerfrei 36.000 Kilometer. Das geht sich aus, Freunde. Somit brenne ich zuerst die CO₂-Steuer beim Tanken, bekomme den Klimabonus zurück und bin nicht belastet.

Die Behörden haben ein bisschen etwas zu tun. Es ist Verwaltung, aber es ist sinnlos, im Großen und Ganzen. Der Lenkungseffekt ist in Wirklichkeit auch nicht da. Dieselpriileg, steht auch drinnen, Dieselpriileg heißt, wir haben weniger Mineralölsteuer auf den Diesel als auf

den Benzin. Ja, das ist schön. Warum muss man das beibehalten? Mit einem Benziner kann ich genauso in die Arbeit fahren.

Wenn man aber schaut bei der Mineralölsteuer, komme ich auf etwas ganz anderes. Wir haben auf Benzin pro Liter eine Mineralölsteuer von 48,2 Cent und auf Diesel von 39,7 Cent, und auf dieser Mineralölsteuer haben wir Umsatzsteuer drauf. Eine alte Forderung der MFG seit ungefähr, weiß ich nicht, seit März 2022 glaube ich, haben wir das erste Mal den Antrag eingebracht, dass zumindest die Umsatzsteuer auf die Mineralölsteuer, die acht bis zehn Cent pro Liter beträgt, nicht eingehoben wird.

Und warum sind wir der Meinung, dass das keinen Sinn hat? Es ist einfach bescheuert, weil es ist nämlich doppelt besteuert. In diesem Sinne, ihr habt es gesehen, wir haben eine Pendlerpauschale, wir haben einen Pendlereuro. Wir haben Fernpendlerbeihilfe in Oberösterreich. Wir haben einen Klimabonus, der eigentlich nur die CO₂-Steuer aufhebt. Wir haben Mineralölsteuern, die unterschiedlich hoch sind, die umsatzsteuerbelastet sind, und letzten Endes ein Kilometergeld, das nie angepasst wird.

Wir brauchen eine neue Pendlerregelung unter dem Überbegriff Pendlereuro Neu, die sozial gerecht gestaffelt ist und diesem Hokuspokus ein Ende macht, damit das Ganze wieder ohne Steuerberater vom einfachen Bürger in der Steuererklärung ausgefüllt werden kann. Wir sind dafür, als ersten Schritt, dass da etwas unternommen wird. Aber es gehört eine Entwirrung des Systems her. Danke (Beifall).

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Peter Oberlehner das Wort erteilen. Bitte sehr!

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegin im Landtag, liebe Oberösterreichinnen und Oberöreicher, spärlich auf der Galerie, ich hoffe, in größerer Zahl zu Hause bei den Bildschirmen! Eines vom Wichtigsten in unserer Tätigkeit als Politiker ist meiner Meinung nach, dass wir Politik mit Hausverstand machen, und dass wir vor allem auf Realitäten immer wieder bei unseren Entscheidungen Bezug nehmen und Rücksicht nehmen.

Ich glaube, gerade das Thema, das wir gerade behandeln, die Pendlerförderung, ist eines, wo das ganz wichtig ist. Meine Vorredner haben schon einiges in dieser Richtung auch gesagt, und ich kann da vieles unterstreichen, was schon gesagt wurde. Ich möchte aber noch einmal festhalten, die Entlastungen unserer zigtausenden Pendlerinnen und Pendler dürfen nicht gekürzt und auch nicht gestrichen werden.

Natürlich müssen wir weiterhin alles daransetzen, dass so viele wie möglich auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, wofür wir im Land Oberösterreich auch kräftig investieren und vieles auch dafür tun. Wir dürfen aber auch nicht auf jene vergessen, die auf das Auto angewiesen sind, weil es nicht anders geht, und die zur täglichen Fahrt in die Arbeit, zu ihrem täglichen Pendeln das Auto brauchen, und die da wieder auch einen wichtigen Beitrag leisten, um den Wirtschaftsstandort Oberösterreich auch zu sichern und zu erhalten.

Viel mehr bedarf es aber zweifellos einer Reform und Weiterentwicklung der Entlastungen für Pendlerinnen und Pendler, die noch treffsicherer und damit auch noch besser werden sollen und auch können. Auch im Regierungsprogramm auf Bundesebene ist eine Ökologisierung und Erhöhung der Treffsicherheit des Pendlerpauschales festgeschrieben, ein wichtiger und guter Ansatz.

Ja daher zu einer Verbesserung der Treffsicherheit. Das ist unbedingt notwendig, um wirklich jene zu entlasten, die es auch tatsächlich brauchen. Der Pendlereuro Neu ist der richtige Weg, dass man für die tatsächliche Strecke auch eine entsprechende Entschädigung bekommt, und dass hier tatsächlich Wahrheiten umgesetzt werden in der Unterstützung.

Ökologisierung darf aber nicht umgekehrt heißen, dass es zu ungerechten Kürzungen oder gar zu ungerechtfertigten Streichungen für entsprechende Pendlerinnen und Pendler kommt. Überbordende Kategorien wie etwa Zumutbarkeit eines öffentlichen Verkehrsmittels dürfen auch nicht überhandnehmen und auch keinesfalls zu Ausschlusskriterien werden.

Pauschalkriterien sind immer gefährlich, wenn es um die Beurteilung von Einzelfällen geht und sind manchmal nicht tatsächlich als Pauschalien anwendbar. Als ÖVP stehen wir daher an der Seite der Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag teils weite Wege und vor allem auch viele Kosten auf sich nehmen, um ihre Leistungen für unsere Wirtschaft und damit für unsere Gesellschaft zu erbringen.

All das hat übrigens auch schon unser Klubobmann im Nationalrat August Wöginger unlängst gesagt und festgehalten, und für dieses klare Bekenntnis unseres ÖAAB-Bundesobmannes gibt es ebenfalls die volle Unterstützung von uns seitens der ÖVP Oberösterreich.

Selbstverständlich werden wir daher der Dringlichkeit zustimmen. Dankeschön (Beifall).

Dritter Präsident: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Dagmar Engl. Ich muss ein wenig langsamer sprechen bei so einem schnellen Thema.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, Herr Präsident. Jetzt ist es dann nicht mehr so oft, dass ich rede. Es ist schon die Nummer fünf. Das ist der Weltfrauentag, da kommen die Frauen so richtig präsent vor. Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Pendlerentlastungen, ich möchte gleich, bevor ich mit meiner Rede einsteige, schon noch einmal klarstellen, auch wenn die Grünen die Dringlichkeit jetzt ablehnen, und warum wir das machen, sage ich gleich, natürlich stehen wir und auch ich an der Seite der Pendlerinnen und Pendler.

Ich bin selbst eine Schichtarbeiterin in meinem Brotberuf. Ich bin selbst jetzt im Mühlviertel zu Hause. Ich fahre seit drei Jahren sehr, sehr viel mit dem öffentlichen Verkehr, und ich fahre mit dem Auto. Ich weiß, welche Uhrzeiten, weil ich fahre manchmal um eins in der Früh, also das ist jetzt nicht mehr der Fall, aber es hat Zeiten gegeben, wo ich um eins in der Früh in die Arbeit gefahren bin oder um 23:00 Uhr in der Nacht heimgefahren bin, und über weite Strecken, über lange Strecken.

Ich kann sehr wohl beurteilen, wo man ein Auto braucht und wenn man ein Auto braucht, und dass alles gemeinsam irgendwie geregelt wird, das ist mir völlig klar. Also, ich bin weder realitätsfremd noch irgendwie auf ein Transportmittel fokussiert. Wir müssen alles bestmöglich regeln. Aber wir haben natürlich auch Aufgaben, und wir befinden uns in einer herausfordernden Zeit. Wir sind inmitten der Klimakrise. Da ist das weiter so wie bisher in allen Belangen meistens die schlechtere Variante.

Es ist die, wo man sich nicht bewegen muss, aber die ist jetzt nicht zukunftssträchtig. Und den Anspruch haben wir schon, auch für unsere Kinder und die angesprochenen Töchter und

Söhne heute schon, dass wir das anders machen. Den Antrag werden wir aus zwei Gründen ablehnen.

Erstens einmal sind wir generell irritiert über den Antrag, weil die Abschaffung der Pendlerpauschale ist seitens der Bundesregierung nicht geplant. Das hat auch die Frau Ministerin Leonore Gewessler nicht gesagt. Ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut. Gebt das ein, Pendlerpauschale Leonore Gewessler, da bekommt ihr 15 Interviews von Standard, Profil, Krone, in allen Medien, die es gibt, wo es steht, dass sie das nicht will.

Sie will eine Treffsicherheit erhöhen. Sie will sie weiterentwickeln. Also, eigentlich das, was ich teilweise herausgehört habe, was die Kolleginnen und Kollegen vielleicht auch wollen, und sie möchte es ökologisieren. Und das ist bitte notwendig, weil nämlich, es geht um die Treffsicherheit.

Der Kollege Schaller, ihr habt da zuerst von den PendlerInnen und von der Belastung und von den Menschen, die auf das Auto angewiesen sind gesprochen, und die auch das Geld brauchen. Wenn man sich das jetzt anschaut, wie treffsicher momentan das Pendlerpauschale ist, dann ist es, dass das derzeitige System sehr hohe Einkommen bevorzugt und geringe Einkommen überhaupt nicht bevorzugt.

Konkret, das niedrigste Einkommensviertel bekommt drei Prozent vom kompletten Kuchen des Pendlerpauschales. Wiederum das höchste Einkommensviertel profitiert in einer zwölf Mal so hohen Form. Also, dass man da etwas machen muss, das ist einmal, glaube ich, wahrscheinlich wird da Einigkeit herrschen, dass man das vielleicht angehen muss.

Und wir reden auch natürlich als grüne Partei und als verantwortungsvolle Partei, wenn man von zukünftigen Lebensgrundlagen redet, von einer Ökologisierung. Ich kann mir schon ganz genau anschauen, wer diese Entlastungen braucht, und das muss aber nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag an einem Dieselprivileg hängen, an den Fossilien.

Weil, dass wir von den Fossilien wegmüssen, und dass wir die Förderung in diesem Ausmaß, wie wir es jetzt haben, dass wir von dem wegmüssen, das ist ja hoffentlich auch klar über alle Fraktionen. Man kann jetzt hundert Mal über den CO₂-Preis schimpfen und immer wieder darstellen, wie wenn das eine einzige Belastung wäre.

Ja, was sind denn die Lösungsvorschläge, dass wir eine Ökologisierung vorantreiben und dass wir Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Kindeskinde schaffen? Natürlich müssen wir uns überlegen, was verursacht Schaden, wie bepreisen wir das und wie können wir es ausgleichen?

Und ganz so stimmen diese Rechenbeispiele nicht, Herr Kollege Aigner, dass sich das absolut nicht auszahlt, und dass man dann ein Autofahren fördert. Also, die Rechnung habe ich nicht ganz verstanden. Aber vielleicht war sie zu schnell. Die höchsten fossilen Subventionen in Österreich sind nun einmal das Pendlerpauschale und das Dieselprivileg, und natürlich muss man dann genau hinschauen.

Da geht es aber nicht darum, dass ich das sofort abschaffen will, sondern dass ich es mir einmal ehrlich vor Augen führe, was sind die Belastungen, wo kann ich ausgleichen und gibt es vielleicht in irgendeiner Form auch eine andere Möglichkeit, dass ich zum Beispiel das Dieselprivileg streiche und eine andere Förderung, sprich für Unternehmer/innen, für LandwirtInnen, das wird auch immer gesprochen.

Natürlich haben die hohe Belastungen im Transportbereich. Aber das kann ich ja auch mit anderen Ausgleichszahlungen wettmachen. Und das ist auch der Grund, warum wir da eher skeptisch sind und das aber nicht heißt, dass irgendwer von uns gesagt hätte, es würde abgeschafft werden.

Wir müssen also die Subventionen insgesamt auf einen Prüfstand stellen. Wir müssen eine Ökologisierung betrachten. Wir müssen eine sozial gerechte Ausgestaltung möglich machen. Wir begrüßen es daher auch sehr, dass der zuständige Finanzminister, den habe ich heute schon ein Mal erwähnt, Magnus Brunner von der ÖVP, sich entschieden hat, der KOP 28-Initiative zum Abbau fossiler Subventionen angeschlossen hat.

Die Dringlichkeit und diesen Antrag selber werden wir heute nicht unterstützen. Danke (Beifall).

Dritter Präsident: Danke, Frau Abgeordnete! Weiters zu Wort gemeldet hat sich Abgeordnete Julia Bammer. Bitte sehr!

Abg. Mag. Dr. Bammer: Danke, schönen Nachmittag noch einmal von mir! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrter Herr Landesrat! Ja, sehr viel Emotion rund um das Pendlerpauschale. Ich bin auch selbst Pendlerin, und wir werden als NEOS mit dieser Dringlichkeit heute nicht mitgehen, weil auch wir die derzeit existierende Form, so wie es jetzt ist, weder sozial treffsicher sehen, wir haben das vorhin auch schon mehrmals ausgeführt bekommen, noch ökologisch vertretbar. Für den gleichen Arbeitsweg nimmt die Förderung mit dem Einkommen zu, und das ist aus unserer Sicht die klassische österreichische Gießkanne, die wir in dieser Form nicht unterstützen wollen, wenngleich wir dieses Angstgefühl der Abschaffung auch nicht teilen können.

Obwohl es nämlich, das muss man vielleicht auch einmal ganz klar dazu sagen, psychologisch vielleicht so wirkt. Das Pendlerpauschale ist ja kein Geschenk des Staates. Es ist ja Steuergeld, das von einer Tasche in eine andere Tasche umverteilt wird. Und aus unserer Sicht ist es 2024 nicht mehr zeitgemäß, Individualmobilität aktiv in dieser Form zu subventionieren. Und ich weiß, das ist bei Betroffenen, Einzelnen, die das gewohnt sind, vielleicht auch nicht cool zu hören, weil es ist nicht schön, etwas herzugeben, was man gewohnt ist. Weil wir Menschen sind Gewohnheitstiere. Aber letztlich, gesamtwirtschaftlich, gesamtgesellschaftlich kommen wir wohl nur mit neuen Visionen vorwärts, und diese neuen Visionen vermissen wir in diesem Antrag. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Frau Abgeordnete. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 771/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 772/2024 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Oö. Raumordnungsmaßnahmen entsprechend der sogenannten Österreich Deklaration „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 772/2024 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Hemetsberger. Bitte sehr!

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher zuhause vor den Bildschirmen. Als ich heute in der Früh mein Müsli gegessen habe und die Zeitung studiert habe, hätte es mir fast das Müsli raufgehaut. Da lese ich doch in einer großen österreichischen Tageszeitung, dass der oberösterreichische Landeshauptmann der Meinung ist, dass die Grünen ein eigenartiges Demokratieverständnis hätten. Was ist passiert? Passiert ist Folgendes:

Im Dezember, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir hier herinnen im hohen Haus, einstimmig, eine Mehrjahresverpflichtung zur ÖROK beschlossen. Die österreichische Raumordnungskonferenz ist eine Einrichtung zur Koordination von Raumordnung und Regionalentwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene, und das politische Beschlussorgan ist die österreichische Raumordnungskonferenz. Und die umfasst alle Bundesministerinnen und Bundesminister, alle Landeshauptleute, die Präsidenten und Präsidentinnen des österreichischen Städtebundes und Gemeindebundes, sowie mit beratender Stimme auch jene der Wirtschafts- und Sozialpartner.

Und voriges Jahr hat sich die ÖROK einen neuen rechtlichen Rahmen gegeben. Das ist nämlich ein Verein geworden, und in den Vereinsstatuten wurde das Einstimmigkeitsprinzip, dass es auch davor schon gegeben hat, abgebildet. Also in diesem Verein gilt ein Einstimmigkeitsprinzip, und das ist auch festgeschrieben, und dazu gibt es auch einen Amtsvortrag zur Landtagssitzung und auch zur Regierungssitzung, und da steht drinnen, es wurden entsprechende Vereinsstatuten ausgearbeitet. Diese wurden von der Österreichischen Raumordnungskonferenz mittels Umlaufbeschluss, für Oberösterreich: Landeshauptmann Thomas Stelzer zustimmend zur Kenntnis genommen. So, und all das, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir im Oö. Landtag auch einstimmig zur Kenntnis genommen, und wir haben auch beschlossen, die ÖROK mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Und das bedeutet Folgendes: Wir haben einen Verein, der sich um die Koordinierung der Raumordnung in Österreich kümmert. Die Mitglieder dieses Vereins sind der Bund, die Länder, die Gemeinden und die Sozialpartner, und die entscheiden einstimmig. Und diese ÖROK, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht super Sachen, unter anderem beschließt sie Papiere wie dieses. (Der Abgeordnete zeigt ein ÖREK-Magazin). Die ÖREK, also das österreichische Raumentwicklungskonzept, wo zahlreiche Vorschläge, Zielsetzungen und Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Raumordnungen in Österreich drinnen stehen. Und da steht unter anderem auch drinnen, dass es sinnvoll ist, ein 2,5 Hektar Ziel zu machen. So, und wenn die Bundesregierung an dieser Zielsetzung festhält, weiterhin festhält, und auch das im Regierungsprogramm verankert hat, und weil der Herr Landesrat, der jetzt leider nicht da ist, bedauerlicherweise, aus ideologischen oder anderen Erwägungen das gerne ändern möchte oder diese Zielsetzung jetzt neuerdings ablehnt, hat er sich wahrscheinlich gedacht, jetzt mache ich meine eigene Party.

Und diese Party war dann vorherige Woche in Linz, begleitet von einer fantastischen Medial-Inszenierung, die gesamte ÖROK eingeladen wurde. Ausnahme: Die Bundesregierung zufälligerweise. Und da wurde dann Folgendes beschlossen, nämlich die sogenannte Österreich Deklaration „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“, die als Meilenstein bezeichnet wurde. Als Meilenstein, so ein Papier mit ein paar Seiten, war dann ein Meilenstein auf einmal, interessanterweise. Und weil dann der Herr Vizekanzler festgestellt hat, dass das ganz nett ist, was da in Linz veranstaltet wird, aber dass das ohne jegliche Bedeutung ist, weil

ja die Österreichische Raumordnungskonferenz gar nicht getagt hat, weil er ja gar nicht eingeladen war, ja, hat der Herr Landeshauptmann sich offensichtlich dazu hinreißen lassen, zu sagen, dass die Grünen ein mangelndes Demokratieverständnis haben.

So, und jetzt frage ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, und auch sie vor allem, liebe Zuseherinnen und Zuseher, wer da ein eigenartiges Demokratieverständnis hat? (Beifall)

So und zur Sache selber: Wir haben uns das natürlich sehr genau angeschaut, was da drinnen steht in diesem wunderbaren, zweiseitigen Papier. Im Vergleich zu den Papieren, die die echte ÖROK beschlossen hat übrigens. Und ich kann euch sagen, wir tragen diese Maßnahmen alle mit. Super Sache, sind wir sofort dabei, können wir machen, und ob wir sie machen, das werden wir heute überprüfen. Oder ob das wirklich nur ein Pressepapier ist, und das werden wir heute überprüfen, und genau deswegen haben wir diesen dringlichen Antrag heute gestellt. Wir konzentrieren uns auf die Maßnahmen zur Begrenzung der Bauland-Neuwidmungen durch Mobilisierung von bereits gewidmetem Bauland auf die Nutzung von Leerständen und Brachflächen vor Neuwidmungen und Schutz des Grünraums durch entsprechende Flächenausweisungen und durch Absicherung der fruchtbaren landwirtschaftlichen Böden.

Und das erreichen wir durch eine Reihe von Maßnahmen, die auch in diesem Antrag dargestellt wurden. Und wir gehen selbstverständlich davon aus, dass ihr dem heute einstimmig zustimmt alle. Weil, es wurde ja bereits angekündigt, dass das notwendig ist und dass das auch ein Meilenstein ist, was da passiert. Und insofern freuen wir uns auf eure Zustimmung. Dringlich ist es allemal. Der Klimawandel schreitet voran und jede Sekunde, die wir hier herinnen reden, wird draußen Boden versiegelt. Wir freuen uns auf Eure Zustimmung! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dim!

Abg. **Dim:** Danke, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Ja, ich habe heute schon in einer sehr emotionalen Rede hören müssen, dass es sinnentleerte Anträge gibt. Ich möchte einmal festhalten, es gibt keine sinnentleerten Anträge! Ganz egal, von wem sie sind, von welcher Partei. Sondern es gibt halt Anträge, die finden eine demokratische Mehrheit oder eben nicht. Und das ist mein Demokratieverständnis. (Beifall)

Das sage ich auch ganz dezidiert deshalb, weil uns eben auch vorgeworfen wird, dass wir vom Rednerpult aus poltern oder verbale Rundumschläge machen. Ich möchte das festhalten, da möge jeder bitte vor seiner eigenen Türe kehren. Jetzt zum Antrag selbst.

Ob der eine Mehrheit findet, lieber Rudi, möchte ich einmal bezweifeln. Weil Nummer eins, grundsätzlich hat sich die Mehrheit in diesem Haus einmal comitted, dass wir keine neuen Steuern und Abgaben einführen. Und grundsätzlich haben wir uns auch darauf verständigt, dass Grundangelegenheiten Gemeinde-Angelegenheiten sind in erster Linie. Und darum geht es auch. Also in diesem Antrag lese ich gleich am Anfang die Einführung einer zusätzlichen Abgabepflicht zur Baulandmobilisierung. Das widerspricht schon einmal dem Mehrheitsgedanken dieses Hauses. Das zweite, ein landesweites Leerstands-Monitoring. Ich glaube, ich habe von diesem Rednerpult schon einmal berichtet, bei uns in der Stadt ändert sich das wöchentlich, aber zumindest monatlich. Jetzt ist meine Frage, was will man aus diesem Leerstands-Monitoring herauslesen? Wir wissen, dass es Leerstände in den Ortschaften gibt. Wir wissen, dass es noch mehr Leerstand in manchen Städten gibt. Das ist bekannt. Da wird auch gegengesteuert, und wir haben ja heute auch schon einen Antrag

gehabt, dass dieser Topf ja auch erhöht werden soll, den wir dann im Ausschuss besprechen werden. Dem keine Dringlichkeit zugesprochen worden ist, aber zumindest werden wir im Ausschuss darüber weiter debattieren. In der Begründung steht: Begrenzung der Bauland-Neuwidmung durch Mobilisierung von bereits gewidmetem Bauland. Na, was machen wir in den Gemeinden? Genau das.

Keine neuen Supermärkte. Ich glaube nicht, dass noch irgendein Bürgermeister in einer Gemeinde bereit ist, dass er sein eigenes Zentrum aushöhlen möchte und dafür auf die grüne Wiese eine Umwidmung für einen Supermarkt macht. Also da wissen wir momentan schon, wo die Auswirkungen sind. Das wird kein vernünftiger Bürgermeister machen. Er wird auch im Gemeinderat keine Mehrheit dafür finden. Dann haben wir die Nutzung von Leerständen und Brachflächen, genau das, was wir heute schon gesagt haben. Der Fördertopf ist halt zu klein. Das haben wir schon festgestellt.

Ja, aber, dass die Gemeinden genau das machen wollen, zeigt das Bild, dass der Fördertopf zu klein ist und halt manche Gemeinden sogar 20 oder mehr Projekte eingereicht haben. Also das passiert doch schon. Schutz des Grünraums und Absicherung von fruchtbaren landwirtschaftlichen Böden. Keine Landwirtin oder kein Landwirt wird einen fruchtbaren landwirtschaftlichen Boden umwidmen lassen in ein Bauland. Da lade ich dich sehr gerne einmal ein, Rudi. Da kommst du einmal in den landwirtschaftlichen Siedlungsfonds, wo Bauernhöfe übergeleitet werden zu Rechtsnachfolgern oder zu Erben. Wo dann Grund-Arrondierungen gemacht werden. Da ist kein einziger Grund dabei, der umgewidmet wird. Sondern ganz im Gegenteil, da wird geschaut, dass die Gründe so zusammengefasst werden, dass sie landwirtschaftlich ordentlich nutzbar sind, und genau in diesem Sinne wird gearbeitet.

Daher werden wir jetzt auch die Dringlichkeit ablehnen. Ich glaube auch nicht, dass es dann im Ausschuss eine Mehrheit für diese Ideen gibt. Ich möchte nicht vorgreifen, aber zumindest kann man auf uns Freiheitliche bauen, wenn es darum geht, eine sinnvolle Maßnahme zu machen. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Felix Eypeltauer. Bitte sehr!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Vielen Dank, Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“, das ist ein guter Titel und eine gute Aussage. Weil wer Boden schützt, der ermöglicht Zukunft. Stimmt total. Und deshalb war auch die politische Inszenierung des Verwirrspiels, das Blend- und Nebelgranaten werfen, in den letzten Tagen federführend durch unseren Raumordnungslandesrat Markus Achleitner hier in Oberösterreich nicht unbedingt der Sache dienlich. Nicht unbedingt der Klarheit in der Debatte und vor allem gegenüber der Bevölkerung dienlich. Und eher bedauerlich, wenn nicht peinlich.

Der Kollege hat es vorher schon ausgeführt, wie eigentlich hier so getan wurde, als hätte man sich als LandesraumordnungsreferentInnen jetzt auf verbindliche Maßnahmen, eine Zusammenstellung geeinigt, und in Wirklichkeit haben wesentliche Akteurinnen und Akteure, wie schon erörtert worden ist, gefehlt. Die ÖROK besteht schon aus mehr als die oder den Landesraumordnungsreferentinnen und -referenten. Sondern eben zum Beispiel auch aus den zuständigen Stellen im Bund.

Wir NEOS wünschen uns schon sehr lange und fordern schon sehr lange verbindliche, bundesweite Ziele. Da wäre es ja auch dienlich und sinnvoll gewesen, wenn wir uns gemeinsam als Landesreferentinnen und -Referenten mit dem Bund und anderen an einen Tisch setzen und etwas entwickeln, was dann auch tatsächlich Boden schützt und Zukunft ermöglicht. Und das ist ja der eigentliche Punkt.

Man kann schon unverbindliche allgemeine Strategien und Ziele entwerfen, von denen gibt es auch in Oberösterreich auf Landesebene genug. Aber, dass man nicht bereit ist, seitens der Bundesländer mit der wichtigsten endlichen Ressource, die wir in Österreich oder überhaupt auf der Welt haben, zu budgetieren und sparsam und effizient zu haushalten. Nämlich mit dem Boden. Nämlich mit den Flächen. Indem man ein Flächenbudget macht, indem man eine jährliche maximal Versiegelung festlegt. Das ist mehr als bedauerlich. Denn das macht alle anderen Bemühungen und Maßnahmen viel zu wirkungslos beziehungsweise schwächt sie eigentlich.

Soweit einmal zur Causa prima im Bereich Boden und Flächenschutz in der letzten Woche. Jetzt zu dem Antrag, der hier vorliegt. Der ist ja von Grünen und SPÖ. Da gibt es jetzt eine Reihe an Unterpunkten die gefordert werden mit dem Ziel, Boden zu schützen und alle Unterpunkte bis auf einen Unterpunkt, die hier gefordert werden und die hier zur Abstimmung liegen, teilen wir und unterstützen wir NEOS.

Dass man sich einmal ein Bild davon macht. Ein Bild, das so gut wie möglich ist, und so genau wie möglich ist von der Entwicklung von Leerständen. Das ist richtig und notwendig. Dass man versucht, Leerstände zu mobilisieren mit Maßnahmen, die auch tatsächlich eine Wohnung dann zu einer bewohnten Wohnung machen, wenn sie derzeit eine unbewohnte Wohnung ist. Das ist auch vollkommen richtig dieses Ziel.

Regional Grünraumprogramme zu machen, überhaupt Raumordnungsprogramme viel offensiver zu nutzen als Landesregierung. Das fordern wir hier vorne schon länger, und auch das ist ein Punkt, den die Grünen und SPÖ hier fordern. Landwirtschaftliche Vorrangflächen, absolut notwendig und wichtig. Wir brauchen viel mehr Leadership seitens der Landesregierung, seitens der Landespolitik, gemeinsam mit den Gemeinden in den Regionen, anstatt sie alleine zu lassen.

Das Einzige, womit ich ein Problem habe, und nicht nur ich, das ist diese latente Forderung nach der Leerstandsabgabe. Warum? Weil wir wissen, dass das keine steuernde Wirkung hat. Es ist nicht so, dass wenn wir jetzt ein paar 100 Euro im Jahr Abgabe einführen auf Leerstände, dass dann auf einmal massenweise Wohnungen, die jetzt alle leer stehen, weil die Leute ja so viel Geld haben und sich das leisten können. Das ist ja illusionär, dass die dann auf dem Wohnungsmarkt landen, das stimmt ja nicht. Das ist eine ideologisierte Diskussion. Worum geht es da? Es geht darum, dass die Linken ja grundsätzlich gerne eine Millionärssteuer hätten, weil sie vermeintlich reichen Leuten das Geld neidig sind. Das funktioniert nicht so gut. Jetzt schießt man sich ein auf die Leerstände, weil man sagt, wer was leerstehen lasst, der ist ja reich, und dann nehmen wir dem halt so was weg.

Realitätscheck, die meisten Menschen, die mehrere Wohnungen haben, haben ein Rieseninteresse daran, dass sie die vermieten und dass die nicht leer stehen, weil das alles voll teuer ist. Und deshalb ist das eher eine, würde ich einmal sagen, populistische Zuspitzung aus der Kiste Wahlkampfretorik. Davon werden wir in den nächsten Monaten von allen, möglicherweise auch von uns NEOS, wir sind ja nicht heilig, noch mehr hören. Aber das ist der Grund, warum ich da jetzt einer Dringlichkeit nicht zustimme. Weil ich inhaltlich in diesem

einen ganz wesentlichen Punkt ganz einfach fundamental anderer Meinung bin. In allen anderen Punkten, wenn es wirklich darum geht, Boden zu schützen, wenn es wirklich darum geht, effektive Maßnahmen zu mobilisieren und leerstehende Wohnungen zu finden, wenn es wirklich darum geht, vielmehr darauf zu schauen, wie nutzen wir den Grünraum gescheit, wie nutzt man die Agrarflächen gescheit und verhindert, dass die versiegelt werden? Da sind wir sehr dabei und da sind wir auch für gemeinsame Bemühungen und Anstrengungen zu haben.

Dritter Präsident: Danke, Herr Klubobmann! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Froschauer. Bitte sehr!

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuseher hier im Saal und zuhause vor den Bildschirmen! Ein Dringlichkeitsantrag mit dem Thema „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“ Es wird der Eindruck erweckt, es ist hier nichts passiert. Es wird der Eindruck erweckt, es muss in den nächsten Tagen etwas geschehen, sonst geht das christliche Abendland unter.

Die Form der Debatte macht mir ein bisschen Sorgen. Initiativen, die zu konkreten Ergebnissen führen, werden abgekanzelt als Papier mit ein paar Seiten. Die Rhetorik ist etwas, was wir, glaube ich, überdenken sollten hier in diesem Haus. Es gibt unterschiedliche Ansätze, und eines seien Sie versichert, gerade wir in Oberösterreich und im ländlichen Raum wissen sehr wohl, dass der Boden eine Lebensgrundlage darstellt, die nicht beliebig erneuerbar ist.

Und wenn ich zu den drei konkreten Forderungen hier Stellung nehme: Rückwidmung langjährig unbebauten Baulandes. Dann ist es teilweise möglich. Dann ist es nicht möglich, dort wo Baulücken entstehen würden, dort habe ich Infrastruktur geschaffen, dort würde ich Bauland-Boden verschwenden. Seit der Raumordnungsgesetz-Novelle 2021 ist es möglich für die Gemeinden, doppelt so hohe Erhaltungsbeiträge einzuheben, damit es wirklich ein taugliches Instrument wird.

Bei Neuwidmungen ist es so, dass die Aufsichtsbehörde sehr, sehr genau auf Baulandreserven achtet. Wie viel ist dort vorhanden? Und wenn wir schon die Baulandreserven ansprechen, dann sind die in Oberösterreich stark rückläufig. 2020 waren 11.755 Hektar an Bauland gewidmet, und es sind bis 2022 um 709 Hektar weniger geworden.

Vor mehr als 20 Jahren haben wir im Bezirk Perg das INKOBÄ-Gebiet gegründet, um Bauland einzusparen, um nicht in 26 Gemeinden, sondern nur auf drei Standorten hier Bauland zu nutzen für Betriebsansiedlungen. Im Bezirk Perg sind 25 von 26 Gemeinden gemeinsam dabei, Standortentwicklung zu betreiben, und wir stimmen auch unsere Raumordnung aufeinander ab.

Rein in der Stadt Perg, als ich 2007 die Verantwortung als Bürgermeister übernommen habe, waren 60 Hektar gewidmetes, unbebautes Bauland, jetzt sind es unter 20 Hektar, also hier den Eindruck zu erwecken, dringlich hier und heute etwas beschließen zu müssen, glaube ich geht an den gemeinsamen Zielen des sparsamen Umgangs mit Boden absolut vorbei.

Dann wird ein landesweites Leerstandsmonitoring gefordert. Auch heuer wird die Bizup wieder Gewerbe-Bauflächen erheben, um ein genaues Bild zu bekommen. Wir sind es gewohnt, zahlen-, daten- und faktenbasiert zu arbeiten und zu diskutieren.

Die Erstellung neuer Grünraumprogramme wird gefordert, aktuell sind zwei in Ausarbeitung: Trattnachtal 14 Gemeinden, das untere Trauntal 24 Gemeinden, aber auch hier verweise ich wieder auf den Bezirk Perg, wo im Zuge der Stadt-Umland-Kooperation gemeinsam Flächen definiert wurden und auch hier von einer Bebauung ausgenommen sind.

Oberösterreich ist im Raumordnungsgesetz und mit der Raumordnungsstrategie aus meiner Sicht ein Vorreiter. Weil wir eben wissen, dass unsere Böden die Grundlage unseres Lebens sind, das Aktionsprogramm für Orts- und Stadtkernbelebung ist angesprochen worden, und der überbordende Erfolg zeigt, dass auch die Menschen mit uns mitgehen.

Baulandsicherungsverträge für neue Widmungen sind unumgänglich notwendig, Mehrgeschoßigkeit für Geschäftsbauten ab 800 Quadratmeter Verkaufsfläche, Erweiterung der regionalen Grünzonen in Oberösterreich, das Maßnahmen-Programm Systemraum B1 Linz als nur einige dieser Beispiele.

Ich lade herzlich dazu ein, sich einzuklinken in diese Entwicklung, die wir vor vielen Jahren bereits angestoßen haben, gemeinsam noch effizienter zu werden, gemeinsam noch besser die Böden zu schützen. Eine Dringlichkeit können wir hier nicht erkennen. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster darf ich noch der Abgeordneten Heidi Strauss das Wort erteilen. Bitte sehr.

Abg. **Strauss:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren oben auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen! Wir behandeln heute ein äußerst wichtiges Thema, den Schutz unseres Bodens und die Sicherung unserer Zukunft. Und wenn ich da meinen Vorredner gehört habe, dann weiß ich nicht, ob er den Boden so wichtig nimmt wie wir, weil da ist einiges zu machen.

Im Rahmen der sogenannten Österreich-Deklaration „Boden schützen & Zukunft ermöglichen“ fordern wir die Landesregierung dringend auf, die Raumordnung im Sinne des Bodenschutzes weiterzuentwickeln. Es ist von großer Bedeutung, dass wir in den folgenden Bereichen Maßnahmen ergreifen und gegebenenfalls gesetzliche Änderungen auch vornehmen.

Und so wie in der Raumordnungs-LandesrätInnen-Konferenz müssen wir jetzt ins Tun kommen, es werden immer Fotos gemacht, aber die Umsetzung fehlt uns. Da ist noch einiges zu tun.

Nur durch eine umsichtige und nachsichtige Entwicklung unserer Raumordnung können wir den Boden schützen und eine lebenswerte Zukunft für uns und kommende Generationen auch ermöglichen, und dazu braucht es erstens die Einführung einer zusätzlichen Abgabe, auch bekannt als Baulandmobilisierungsabgabe oder eben Rückwidmung bei bereits gewidmetem, langjährig unbebautem Bauland.

Ja, und da muss ich auch sagen, alle anderen Bundesländer haben das, ob es jetzt Baulandfonds ist oder wie immer das heißt, nur wir in Oberösterreich haben es nicht. Also frage ich mich, so falsch kann das nicht sein. Übrigens, diese Maßnahmen haben wir vergeblich in Initiativanträgen gefordert und sollen zum Einsatz kommen, sofern keine privatwirtschaftlichen Maßnahmen wie Baulandsicherungsverträge bestehen.

Da muss ich auch dazu sagen, in meiner unmittelbaren Umgebung, nämlich direkt neben mir, ist ein große Fläche von 20.000 Quadratmetern seit 30 Jahren gewidmet, und da wird geackert

und geerntet, und das Bauland wird immer teurer, also wie bekommen wir das in den Griff? Also da gehört sehr wohl was gemacht.

Damit wollen wir sicherstellen, dass brachliegende Baulandreserven aktiviert werden und für eine nachhaltige Nutzung zur Verfügung stehen. Zweitens, ein landesweites Leerstandsmonitoring, um eine umfassende Erfassung von Leerständen zu ermöglichen. Dieser Leerstandskataster ist dann eine Grundlage, um geeignete Maßnahmen zur Leerstandsvermeidung zu entwickeln.

Das sehe ich sehr wohl so, durch die Nutzung vorhandener Leerstände und Brachflächen können wir Neuwidmungen reduzieren und die Belebung der Ortskerne fördern, und da braucht es bitte ordentliche Fördermaßnahmen, und wenn man welche hat, dann bitte nicht wieder zurücknehmen.

Leider wurden ja im Rahmen des neuen Aktionsprogramms zur Orts- und Stadtkernbelebung des Landes Oberösterreich die Förderrichtlinien während des laufenden Prozesses abrupt geändert, was ja zu großer Enttäuschung und Kritik unter den Gemeindevertretern geführt hat, das habe ich beim anderen Antrag ja schon eingehendst ausgeführt.

Das Ziel war es ja, möglichst viele leerstehende Objekte nachhaltig zu nutzen und die Orts- und Stadtkerne zu beleben. Leider ist diese Änderung bitte ein Rückschritt. Und ich muss es es noch einmal sagen, das ist ein Rückschritt, um Leerstand zu verringern.

Drittens, die Erstellung weiterer regionalen Grünraumprogramme sowie Raumordnungsprogramme für landschaftliche und landwirtschaftliche Vorrangflächen. Gut, da hat man schon angefangen, das muss ich dazu sagen, da sind wir schon ins Tun gekommen. Das ist trotzdem auch noch ins Auge zu fassen, es ist sehr wichtig.

Diese Programme sollen Parzellenschaffungsverbots- und Eignungszonen ausweisen, um den Schutz des Grünraums und der besonders fruchtbaren Böden sicherzustellen.

Auf diese Weise können wir die landwirtschaftliche Nutzung absichern und die Qualität unserer Umwelt auch erhalten. Diese Maßnahmen basieren auf den Zielen einer nachhaltigen Raumordnungspolitik, die von Landesrat Achleitner im Rahmen der Österreichischen Raumordnungs-LandesrätInnen Tagung vorgestellt wurde, und jetzt müssen wir ins Tun kommen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die Bauland-Neuwidmungen begrenzen und stattdessen bereits gewidmetes Bauland mobilisieren. Die Entwicklung sollte sich im Innenbereich konzentrieren, und an den Ortsrändern die Supermärkte brauchen wir nicht mehr. Gut, das hat sich auch schon ein bisschen verbessert, aber trotzdem muss man es immer wieder sagen.

Leerstände und Brachflächen sollten vorrangig genutzt werden, um eine nachhaltige Flächenplanung zu gewährleisten. Der Schutz des Grünraums und die Sicherung der fruchtbaren Böden, nämlich der landwirtschaftlichen Böden, sind von großer Bedeutung.

Um diese ambitionierten Ziele auch zu erreichen, müssen wir über die bisherige Raumordnungspolitik hinausgehen. Die genannten Maßnahmen sind konkrete Schritte, die wir ergreifen müssen, um den Boden zu schützen und eine nachhaltige Zukunft auch zu ermöglichen. Ja, so nach der Devise, die Hoffnung stirbt zuletzt, bleibt es zu hoffen, dass die

Ziele der schönen Worte Raumordnungspolitik, ich sage es nochmal, der schönen Worte Raumordnungspolitik, weil es sind immer schöne Worte, in der nächsten Novelle, und wir haben jetzt einen Unterausschuss Raumordnung, dass wir das dann rechtlich auch umsetzen werden.

Ich fordere daher unseren zuständigen Landesrat Achleitner und den hohen Landtag, besonders die Regierungsparteien, auf, den Boden zu schützen und aktiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für unser wunderschönes Bundesland Oberösterreich mitzuwirken. Wir haben mitunterzeichnet und stimmen natürlich zu. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Es ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 772/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlägt die Oö. Landesregierung im Rahmen ihres Antrags vor, die Beilage 774/2024 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um die Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich ("Frühe-Hilfen-Vereinbarung"). Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, und Klubobmann Christian Dörfel übernimmt die erste Wortmeldung. Bitte.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Danke Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als wirtschaftlich starkes Bundesland haben wir natürlich auch eine besondere soziale Verantwortung. Dieser Verantwortung kommen wir in hohem Ausmaß Tag für Tag nach.

Auch in dieser Regierungsvorlage, in diesem Antrag geht es letztlich darum, Menschen in schwierigen Situationen zu helfen. Es geht um die Sicherung der sogenannten Frühen Hilfen in den nächsten Jahren. Eine Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungsträgern.

Jetzt muss man wissen: Was versteht man unter diesen Frühen Hilfen? Das ist ein Gesamtkonzept für Maßnahmen oder ein Netzwerk für werdende oder für junge Familien in belasteten Lebenssituationen. Und zwar belastete Lebenssituationen, die über das Gesundheitliche hinausgehen. Und da gibt es die verschiedensten Beratungs- und Unterstützungsangebote. Ich möchte nur auf ein paar hinweisen, die grundsätzlich zur Verfügung stehen, damit man sich das vorstellen kann, welche Situationen da kommen könnten. Das sind unerwartete Veränderungen in der Schwangerschaft, zum Beispiel fehlende oder wenig Unterstützung von Partnern oder im familiären Umfeld Überforderung, finanzielle Probleme, psychosoziale Probleme oder überhaupt Schwierigkeiten beim Zusammenleben in der Familie.

Und da gibt es Familienbegleiterinnen und -begleiter, die hier auch vielleicht eine Lotsenfunktion übernehmen und zu den richtigen Beratungsdiensten die Brücke herstellen.

Also es ist eine ganz, ganz wichtige Funktion. Ich möchte mich da wirklich sehr herzlich bedanken bei allen Familienbegleitern, die in diesem Bereich tätig sind, weil das ist eine extrem wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe für eine gute Gemeinschaft und Gesellschaft.

Und mit diesem Antrag wird eben bis 2028 die Finanzierung dieser Dienste sichergestellt. Ich ersuche um Zustimmung. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Klubobmann. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Ulli Schwarz. Bitte sehr.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Bei den Frühen Hilfen war und ist Oberösterreich Vorreiter. 2014 ist dieses Modellprojekt gestartet worden, und das Besondere, das ist schon angesprochen worden, ist, dass Gesundheit und Soziales mitgedacht wird für junge Familien, ganz gleich ob es Probleme gibt oder nicht, sondern das können alle beantragen, die einfach glauben, dass eine Beratung wichtig ist.

Und was in Oberösterreich einfach auch das Herausragende war, und daher danke, dass du da bist, lieber Landesrat Michael Lindner, dass das immer gemeinsam mit der Kinder- und Jugendhilfe war.

Ich habe gestern Sozialhilfeverbands-Prüfungsausschusssitzung gehabt, und da war auch das Thema sozialpädagogische Unterstützung, was kostet uns das? Und wenn man sich dann anschaut, andererseits die Kosten, aber was heißt denn das für die Familien, was heißt das für eine Region, was heißt das für die Schulen, das haben wir heute schon mal kurz angesprochen, wenn nicht schon im Vorfeld wirklich Maßnahmen gesetzt werden sehr bald, sehr frühzeitig, um eben Familien, junge Familien zu unterstützen, die Herausforderungen werden immer mehr, die Familienstrukturen verändern sich, die Unterstützungsstrukturen verändern sich, und ich glaube, genau da ist dieses Bündel an Maßnahmen, was in Oberösterreich geschnürt worden ist und mal ausprobiert worden ist, dann immer weiter ausgerollt worden ist, spitze. Und danke an all diese vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem bei der Spattstraße von der Diakonie, die genau diese Frühen Hilfen mitentwickelt haben und hier sehr, sehr gute Arbeit in allen Regionen leisten.

Das Ziel war, 2024 auszurollen in ganz Oberösterreich. Für Frühe Hilfen braucht man dahinter neue Strukturen. Denn was hilft es, wenn ich jemanden berate und nachher habe ich die Unterstützungsstrukturen vielleicht in der Region nicht so vorhanden? Also man muss immer das ganzheitlich denken, und das ist, glaube ich, die große Herausforderung.

Mit der 15a-Vereinbarung ist das, was wir in Oberösterreich geschaffen haben, auch auf Bundesebene fixiert worden. Da zahlen Bund, Land und Sozialversicherungen, eine Dreiteilung für alles, und da muss man schauen, und das ist, glaube ich, der Haken daran, was man sich wahrscheinlich noch nicht ganz gut angeschaut hat, der Bund leistet mit einem eigenen Bereich noch ein nationales Zentrum, wo Weiterentwicklung, wo Evaluierung, wo Unterstützungsstrukturen für die Beraterinnen und Beratern entwickelt werden, hier auch die Koordinationsstelle oben auf, und das kostet einfach auch Geld, auch das ist in den Bundesgeldern drinnen, aber nicht in der Landes- und Sozialversicherungsgeldern.

Hier gibt es nach einem bestimmten Schlüssel eine Aufteilung für Oberösterreich, man kann es sich unterschiedlich ausrechnen, ich habe die Zahlen nicht herausgelesen aus der 15a-Vereinbarung. Man muss wirklich mit den Trägern reden, also meiner Meinung nach kämen

da für Oberösterreich ungefähr 10 Millionen Euro heraus, also das wäre schon ein erklecklicher Anteil, schauen wir mal, ob diese Zahlen, die ich da auf die Schnelle berechnet habe, gestimmt haben. Da muss man mit den Trägern reden, wie können wir das gemeinsam auch stemmen? Was braucht es vielleicht noch für zusätzliche Unterstützungsstrukturen, um eben wirklich diese flächendeckende Ausrollung zu machen?

Und es geht wirklich darum zu sagen, das ist ein ganz wichtiger Meilenstein in der Gesundheitsförderung, also all das, und das weiß auch die Gebietskrankenkasse, die Gesundheitskasse, dass das Ganze zentral ist in den ersten Monaten, sowohl in der Schwangerschaft, als auch wenn die Kinder da sind.

Ob das Zwillingfamilien sind, ob das andere Fälle sind. Zum Beispiel, ich kenne da gerade einen Fall, wo eine Mutter ganz schwer erkrankt ist. Was passiert da? Da gibt es zwar Familienhilfe, aber nur das ganze System braucht da auch psychologische Unterstützung, braucht dann doch auch diese Maßnahmen, diese Beratungsmaßnahmen, und das ist, glaube ich, ganz wichtig.

Daher danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das so toll entwickelt haben und auch ausüben. Daher werden wir natürlich dieser 15a-Vereinbarung zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster darf ich Präsidentin Sabine Binder das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat! Die FPÖ stimmt dieser 15a-Vereinbarung zur Sicherstellung Früher Hilfen selbstverständlich zu, weil es uns wichtig ist, dass die Eltern-Kind-Bindung gefördert wird und damit eine gesunde Entwicklung der Kinder unterstützt wird. Darum hat dieser heute beschlossene niederschwellige Zugang durch Frühe Hilfen-Netzwerke jedenfalls unsere Unterstützung.

Sehr geehrte Damen und Herren, ja, Mutter oder Eltern zu sein ist etwas ganz Besonderes, aber teilweise auch eine ganz, ganz große Herausforderung, und ich denke, da stimmen mir sicher sehr viele hier herinnen zu, die selber Kinder haben. Man will immer das Beste für sein Kind, und manchmal wird man seinen eigenen Anforderungen einfach nicht gerecht. Aber ich kann alle Mütter oder Eltern beruhigen, wir sind alles nur Menschen, jedes Kind hat das Recht, liebevoll umsorgt zu werden. Da steht dann einer wirklich starken Familie nichts im Wege.

Die Ulli hat schon vieles ausgeführt, ich werde das nicht mehr tun, außer es haben welche nicht aufgepasst, sonst wiederhole ich das Ganze noch einmal. Dann lass ich es lieber. Es ist halt sehr wichtig, dass es die Möglichkeit der Unterstützung gibt, wenn es eben Schwierigkeiten gibt, ich bedanke mich auch von meiner Fraktion her bei allen, die diese wirklich sehr, sehr wertvolle Arbeit machen. Herzlichen Dank dafür.

Kinder sind unsere Zukunft, das muss man so sagen, und jedes einzelne Kind muss das Recht und auch die Möglichkeit haben, in Frieden, Sicherheit, in einem gewissen Wohlstand und mit viel Liebe aufwachsen zu können. Vielen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Präsidentin! Als Nächster darf ich noch Frau Abgeordnete Doris Margreiter das Wort erteilen!

Abg. **Margreiter:** Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch wir von der Sozialdemokratie unterstützen natürlich dieses Projekt beziehungsweise diese Vorlage. Auch wir sehen es als eine Möglichkeit eben schon sehr früh, wirklich sehr früh belasteten Familien eine Hilfestellung zu geben, zu unterstützen, und wir halten es auch für sehr, sehr wichtig, dass hier nachhaltig die Finanzierung gesichert ist. Das sich auch das Land Oberösterreich dazu bekennt, hier sozusagen viele finanzielle Mittel bereitzustellen. Und einfach wirklich im Rahmen der Gesundheitsförderung eben den Familien zur Seite zu stehen. Wir wissen alle, je früher umso besser dass wir unterstützen, das zieht sich dann einfach bis in andere Lebensbereiche weiter und ich glaube, dass hier das Geld wirklich sehr, sehr gut angelegt ist. In diesem Sinne, wie gesagt, unterstützen wir natürlich diese Vorlage und hoffen, dass auch in Zukunft hier die Ausrollung, es ist ja der Plan, dass in jedem Bezirk eine Beratungsstelle sein soll, dass das eben nachhaltig gesichert ist und hier weiter für unsere Familien tätig sein werden. Vielen herzlichen Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete! Es ist nun niemand mehr zu Wort gemeldet, und ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 747/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zu den Verhandlungsgegenständen. Wir kommen zur Beilage 754/2024. Das ist der Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung und Bürgschafts-/Haftungsübernahme für die Generalsanierung des Gebäudes Promenade 39. Das umfasst das Linzer Landestheater, die Redoutensäle und den Promenadenhof, und ich ersuche den Abgeordneten Günter Lengauer über diese Beilage zu berichten.

Abg. Bgm. **Mag. Lengauer:** Beilage 754/2024, Bericht des Ausschusses für Gesellschaft betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung und Bürgschafts-/Haftungsübernahme für die Generalsanierung des Gebäudes Promenade 39 (Linzer Landestheater, Redoutensäle, Promenadenhof).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 754/2024.)

Der Ausschuss für Gesellschaft beantragt, der Oö. Landtag möge die aus dem beabsichtigten Finanzierungsübereinkommen mit der Oö. Theater und Orchester GmbH für die Generalsanierung des Gebäudes Promenade 39 (Linzer Landestheater, Redoutensäle, Promenadenhof) sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung und Bürgschafts-/Haftungsübernahme im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritter Präsident: Danke für die Berichterstattung und ich eröffne die Wechselrede, zu der ich dir gleich das Wort erteilen darf!

Abg. Bgm. **Mag. Lengauer:** Danke Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause an den Bildschirmen! Oberösterreich ist ein Land der Vielfalt. In vielen Belangen. Im Bereich der Wirtschaft. Im Bereich der Industrie. Im Bereich der Landwirtschaft. Im Bereich der Bildung. Aber vor allem auch im Bereich der Kultur. Und alle diese Bereiche, mögen sie auch noch in so verschiedene Richtungen gehen, zahlen auf ein und dasselbe Konto ein, nämlich auf unser wertvolles Oberösterreich. Und wenn wir den Begriff wertvoll nicht nur aus der monetären Sicht betrachten, sondern eine andere Übersetzung suchen, so gelangen wir schnell zum Begriff bedeutend, und es ist

vorrausschauend und bedeutend, wenn uns Kultureinrichtungen wichtig sind. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Es ist vorrausschauend und bedeutend, wenn wir mit der heutigen Mehrjahresverpflichtung und mit dem Beschluss der heutigen Mehrjahresverpflichtung in der Höhe von 53,6 Millionen Euro in die Gebäude des Landes investieren. Nämlich in das Landestheater, in den Promenadenhof und in die Redoutensäle. Und es ist vorrausschauend und bedeutend, wenn wir die Gebäude erhalten, wenn wir die Substanz sichern und sie und das Gebäude auch nach den modernsten Kriterien ausstatten und der Stand der Technik in die Promenade Nr. 39 einzieht, und ich denke hier vor allem auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Räumlichkeiten, die schlussendlich einen modernen Arbeitsplatz vorfinden sollten und hervorragende Arbeit für die Kultur in Oberösterreich leisten. Diese Investition ist ein Invest in die Kultur. Vieles wurde in den letzten Jahren dazu gemacht. Ich denke hier nur an das OK, an das Musiktheater, das im letzten Jahr das 10-jährige Bestehen gefeiert hat oder auch verschiedene Akzente wie das heurige Brucknerjahr. Diese Investition ist auch eine Invest in die Wirtschaft. Man denke nur an die zu vergebenden Aufträge. Diese Investition ist auch eine Investition in den Tourismus. Warum kommen die Menschen nach Oberösterreich? Die Menschen kommen nach Oberösterreich wegen der Gastfreundschaft der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Die Menschen kommen natürlich wegen der Landschaft in Oberösterreich. Die Menschen kommen aber und vor allem auch wegen der Kultur in Oberösterreich.

Denn Kultur schafft Räume. Kultur schafft Begegnung, und warum ist für uns Menschen die Kultur so wichtig? Ob wir uns in den verschiedensten Bereichen der Kultur bewegen, ist die eine Sache. Man denke hier nur, man bewegt sich im Bereich von Schauspiel, Musik, Literatur oder absolviert einen Museumsbesuch. Die Kultur ist für die Menschen wichtig, weil wir aus dem Alltag ausbrechen. Die Kultur gibt den Menschen Orientierung. Die Kultur regt zum Nachdenken an außerhalb des eigenen Horizonts. Die Kultur führt Menschen zusammen und ermöglicht Verständigung. Die Kultur ist bedeutend in Oberösterreich, schließlich ist die Kultur wertvoll. Und ich danke hier an dieser Stelle unserem Kulturreferenten Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer für die Vorlage des heutigen Regierungsbeschlusses. Die Sanierung der Gebäude Promenade 39 macht unser Kulturland Oberösterreich damit noch wertvoller und damit noch bedeutender. Stimmen Sie mit uns für die Kultur in Oberösterreich. Herzlichen Dank! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Wahl.

Abg. **Ing. Wahl, MBA:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe KollegInnen des Landtags, werte Zuseher/innen auf der Galerie und zuhause! Promenade 39 ist ein wertvolles, historisches Gebäude und hat eine wertvolle historische Substanz. Daher ist es, denke ich, ganz wichtig, dass wir diese Substanz auch im Sinne der Erhaltung unserer eigenen Kultur, unserer eigenen Geschichte erhalten und sanieren. Wichtig dabei ist mir auch, dass sozusagen die Arbeitsbedingungen der KollegInnen, vor allem im Landestheater, dadurch wesentlich verbessert werden können und sozusagen auch in dem Bereich die Nutzbarkeit der Räume wieder deutlich steigen wird. Die Kostenschätzung hat allerdings ein großes Risiko in sich. Also mehr als 25 Prozent sozusagen sind Abweichungen möglich, und daher wünschen wir uns ganz deutlich, dass es auch eine klare Kostenverfolgung gibt. Gerade bei historischen Bauten und bei Sanierungen, das haben wir auch gerade beim Parlament in Wien gesehen, sind da doch oft Kosten versteckt, die man noch nicht sehen kann, und daher wäre es zweckdienlich für uns im Parlament, dass wir das auch entsprechend kontrollieren können, dass es eine laufende Kostenverfolgung und eine Berichterstattung hier im Landtag gibt. Wir

stimmen diesem Vorhaben selbstverständlich zu und sind sehr froh, dass das jetzt angegangen wird. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Dim!

Abg. **Dim:** Danke Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, bei der Mehrjahresverpflichtung für die Sanierung des Landestheaters und auch der Redoutensäle sowie der im Land nutzbaren Bereiche dieses Gebäudes Promenade 39 hat es schon einmal zwei Bauabschnitte gegeben. Im Jahr 2017, im Jahr 2020 bis 2022, und jetzt geht es halt an die Substanz, nämlich an die Bausubstanz sowie um die technische Gebäudeausstattung, also Elektroinstallation, Heizung, Wasser, Abwasserentsorgung, und was ganz wichtig ist, auch der Brandschutz wird auf den neuesten Stand gebracht. Ja, mit der Sanierung wird aber nicht nur die Gebäudesubstanz erhalten, auch die Energiebilanz wird im Sinne der Nachhaltigkeit verbessert und wir haben ja heute schon einen Dringlichkeitsantrag mit der Nummer 767, wo es genau um die Sanierung öffentlicher Gebäude zur Betriebskostensenkung gegangen ist. Man sieht, die Dringlichkeit war am Vormittag, jetzt am Nachmittag können wir schon feststellen, auch das Land macht genau das, was in der Dringlichkeit gewünscht war. Für die ganzen Maßnahmen sind 53,629 Millionen Euro vorgesehen. Das geht mit 27,725 Millionen Euro direkt in die Gebäudeteile des Landestheaters. 2,987 Millionen Euro als indirekter Gesellschafterzuschuss in die Sanierung der von der TOG verwendeten Bereich der Redoutensäle und 22,917 Millionen Euro im Wege der Weiterverrechnung an das Land betreffend die Nutzung durch das Land zuzuordnende Bereiche. Das ist ein bisschen kompliziert in diesem Antrag drinnen, heißt aber so viel, da, wo man sich einen Mehrwertsteuervorteil holen kann, nämlich weil es auch einen wirtschaftlichen Zweck dahinter gibt und eine wirtschaftliche Nutzung in Form der Gastronomie kann man das auch als Weiterverrechnung so machen. Ja, also die Zuschüsse dienen einerseits zur Bedeckung der Kosten, aber andererseits auch zur Rückführung aufzunehmender Fremdmittel. Da werden dann Haftungserklärungen fällig, auch das ist in dem Antrag vorgesehen. Akontozahlungen wird es auch geben, die dienen halt der Liquiditätssicherung, damit die Rechnungen auch pünktlich von den Professionisten, also vom Land an die Professionisten und Dienstleister bezahlt werden können und das, was ganz interessant ist bei einer Renovierung dieses Gebäudekomplexes oder dieser Art von Gebäudekomplex, nachdem es sich um eine alte Bausubstanz handelt, ist natürlich immer möglich, dass es zu Überraschungen kommt. Alte Gebäudesubstanzen haben meistens die Eigenschaft, dass irgendwo versteckte oder alte Mängel noch sichtbar werden. Darum ist es auch nicht verwunderlich, dass die Schätzungsgenauigkeit aktuell bei 25 Prozent liegt. Also ich hoffe, dass es hier noch nach unten als nach oben geht, aber das weiß man eben bei Gebäuden dieses Ausmaßes oder dieses Alters nie. Ja, abschließend kann man sagen, die Erhaltung von wertvollen Gebäuden wie dieses kostet halt auch dem Land und somit auch dem Steuerzahler Geld. Viel Geld. Aber es ist, glaube ich, unsere Verpflichtung und Verpflichtung auch der nächsten Generation gegenüber, dass wir Werte erhalten. Auch in Gebäuden, und das auch in der Landeshauptstadt, und darum sind wir natürlich da auch gerne dabei, zuzustimmen. Kurzum, wo renoviert und gebaut wird sind wir natürlich dabei. Auch da kann man auf die Freiheitlichen bauen. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt schon fast nur noch eine Zusammenfassung meiner drei Vorredner, mit einer kleinen Ergänzung, weil ich glaube wir haben über das Haus hinweg Einigkeit, dass wir die Verantwortung dafür haben, dass dieses Gebäude saniert wird, weil es uns nicht nur

interessiert, dass darin qualitativ Hochwertiges stattfinden kann, sondern, weil es auch die Verantwortung für uns als öffentliche Hand ist, dass historisches Erbe erhalten wird, bestmöglich saniert wird und dann auch den zukünftigen Generationen als Teil unseres kulturellen Erbes auch zur Verfügung steht. Deswegen unterstützen wir natürlich voll und ganz, dass dieses Gebäude in der Form, wie es da auch vorgeschlagen wird, saniert wird. Es geht letztendlich, das hat jetzt auch der Kollege Dim auch zusammengefasst, um 54 Millionen Euro, die da Pi mal Daumen, sage ich jetzt einmal, eingesetzt werden sollen, und das ist letztendlich das große Fragezeichen bei diesem Projekt. Kollege Dim hat völlig richtig gesagt, wir sind da bei einer alten Bausubstanz, die eine Abenteuerreise sein kann, wenn man mit der Sanierung dann einmal beginnt.

Wir haben jetzt eine Kostenschätzung da von 54 Millionen Euro, die allerdings auf der Preisbasis 2023 noch beruht. Wir wissen, wie sich die Baukosten im letzten Jahr entwickelt haben. Wir können erahnen in manchen Bereichen, wie sie sich noch entwickeln werden, und deswegen ist auch unsere Verantwortung, wenn wir die Budgethoheit in diesem Land tragen, dafür am Ende dann auch die Verantwortung zu tragen, wenn es zu Überschreitungen kommt. Dass wir damit natürlich auch wieder befasst werden und in weiterer Folge, um das kulturelle Erbe zu erhalten, diese Mehrkosten, die auf uns zukommen werden, womöglich, dass wir diese letztendlich dann auch mit Steuergeldern zu stemmen haben. Das hat auch den Hintergrund, und da schließe ich jetzt beim Kollegen Wahl an, das hat auch den Hintergrund der Debatten im Ausschuss, die wir bereits gehabt haben. Ich habe dort bereits eingefordert, dass unsere Budgethoheit als Landtag, als Landtag betrifft, dass es bei wesentlichen Baufortschritten natürlich auch Zwischenberichte für uns gibt. Das hat einzig und alleine damit zu tun, dass es oftmals in einer Diskussion, die dann entstehen kann, die idealerweise nicht entstehen muss, viel Dynamik aus einer Diskussion herausnimmt. Wenn man in Echtzeit informiert wird. Wenn man weiß, wo Probleme auf einem zukommen. Wenn man weiß, wie sich große Bauteile entwickeln. Wenn man weiß, was man auf dieser Abenteuerreise durch altes Gemäuer und alte Leitungen alles noch finden wird. Deswegen auch die Erneuerung unseres Ersuchens, das ich bereits im Ausschuss deponiert habe, dass im Ausschuss berichtet wird, wenn sich Maßgebliches tut. Ich brauche das in keiner besonderen Regelmäßigkeit. Reicht Unregelmäßigkeit. Aber ich glaube, es ist auch unsere Verantwortung als Landtag, dass wir das einfordern, dass wir über Baufortschritte informiert sind, und vor allem dann, wenn etwas passiert und wenn es letztendlich auch unsere Verantwortung dafür ist, das Steuergeld, das dann noch notwendig ist, dafür freizugeben. (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 754/2024 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmige Annahme. Wir kommen nun zur Beilage 755/2024. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992 geändert wird. Ich bitte Klubobmann Dörfel die Beilage zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 755/2024, Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992 geändert wird.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 755/2024.)

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunales beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992 geändert wird, beschließen.

Präsident: Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor, Abgeordneter Klinger!

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Zuhörer hier und im Internet! Ja, dieser Kassenkreditrahmen für Linz, diese Erhöhung ist exorbitant. Wenn ich an die anderen Gemeinden in Oberösterreich denke, wo wir 25 Prozent Kassenkredit haben darf und mit Zustimmung des Landes 33 Prozent womöglich. Und am Ende des Jahres aber diesen Kassenkredit soweit wie möglich auch wieder zurückzuführen hat, dann ist das für Linz schon ein gewaltiges Pouvoir und wir stimmen dem natürlich auch zu. Weil wie schon gehört, eben für die Digitalisierung, Klimaschutz und vor allem Infrastrukturmaßnahmen es wichtig ist, dass Linz finanzierungsfähig bleibt. Muss allerdings dann schon, ab 50 Prozent Ausschöpfung mit einer Risikoanalyse behaftet sein, was natürlich sehr wichtig ist, und was mir am meisten auffällt bei der Sache ist, dass dann dort nur noch drinnen steht unter womöglicher Rückzahlung dieser Kassenkredit 100 Prozent. Ich wünsche der Stadt Linz, dass diese Rückzahlung auch jährlich passieren kann und freue mich auf gute Infrastrukturprojekte, vor allem Dingen auf die Stadtbahn mit der Durchbindung zum Bahnhof, weil ich glaube, das wäre ganz ein wesentliches Projekt und ich hoffe, dass aus diesem Pouvoir, das jetzt zur Verfügung steht, dieses Projekt rasch in die Gänge kommt. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Präsident Peter Binder!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! Ja, vorweg halte ich fest, dass ich davon ausgehe, dass sie alle die Landeshauptstadt lieben, so wie ich, ansonsten hättet ihr euch ja nicht für eine Funktion entschieden, die euch mindestens zwei Mal im Monat hierherführt. Aber Scherz bei Seite, die Lage ist eine etwas ernstere, der Kollege Klinger hat es schon angedeutet, wir haben es auch hier im hohen Haus regelmäßig in der Diskussion, die Gemeinden kämpfen mit vielen Aufgaben, die ihnen vom Bund und teilweise auch von uns hier im hohen Haus auferlegt werden, denen dann oft zu wenige Mittel folgen. Jetzt gibt es einen neuen Finanzausgleich, von dem wir alle noch immer nicht genau wissen, wie er sich tatsächlich auswirkt, wir hätten uns alle, glaube ich, für die Gemeinden noch etwas mehr gewünscht. Ich bedanke mich aber auch an dieser Stelle beim Herrn Landeshauptmann, bei der Finanzdirektorin, weil wir ja im Finanzausschuss zugesagt bekommen haben, dass wir eine Darstellung bekommen, wie sich dieser Finanzausgleich auf die oberösterreichischen Gemeinden auswirken wird, wenn einmal alle Haushaltspläne der Kommunen vorliegen, wir dann auch weiter diskutieren können, inwiefern wir bei den Transfers vielleicht noch Entlastungen zu Stande bringen.

Ich bedanke mich ein weiteres Mal beim Landeshauptmann, heute bin ich so voller Lob, für das gute Miteinander, weil es ihm gemeinsam mit dem Landesbaudirektor und Bürgermeister Luger gelungen ist, diesen scheinbar unentwirrbaren gordischen Knoten, das ist ja schon das Naturell des gordischen Knotens, dass er unentwirrbar scheint, aber es ist ihnen gemeinsam gelungen, das zu entwirren. Jetzt ein Projekt, im wahrsten Sinne des Wortes, auf die Schiene zu bringen, was tatsächlich eine verkehrliche Entlastung bringen wird, natürlich weil es der öffentliche Nahverkehr und ein Schienenfahrzeug auch ist, hoffentlich eine Umweltentlastung nach sich ziehen wird, weil mehr Menschen mit dem öffentlichen Verkehr nach Linz kommen können.

Linz ist nicht nur das industrielle Zentrum unseres Bundeslandes, sie ist als Landeshauptstadt in vielerlei Hinsicht mit einer guten Infrastruktur gesegnet, wir haben hier die höchste Dichte auch an einem kulturellen Angebot, wir haben einige Bäder, die nicht nur von Linzerinnen und Linzern, sondern auch von Umlandgemeinden, insbesondere von Schulen genutzt werden.

Auch das kulturelle Angebot wird von allen Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern genützt, wenn ich an das Ars-Elektronica-Festival und an das Brucknerfest denke, das wird von internationalen Gästen gern besucht. Wir haben hier, ich habe das Landhaus erwähnt, wir haben auch das Landesdienstleistungszentrum, über das wir uns heute schon unterhalten haben, als Verwaltungszentrum des Landes viel soziale Infrastruktur. Das zieht natürlich einige Folgen nach sich, dass nämlich viele Menschen berufsbedingt, ausbildungsbedingt, die Universitäten möchte ich an dieser Stelle erwähnen, viele Menschen eben nach Linz auch pendeln. Deswegen brauchen wir hier noch mehr Investitionen in die Infrastruktur, darum ist auch dieses angesprochene Projekt, was der Ausgangspunkt für diesen Antrag ist, auch so wichtig. Da geht es nicht um die Investitionskosten, die dank der Übereinkunft mit dem Land, der Anteil der Stadt Linz ja gedeckelt ist, es geht in den nächsten 15 Jahren um den laufenden Betrieb, der zu bewältigen ist, wo die Stadt mehrere 100 Millionen Euro zu stemmen hat. Da ist eben notwendig, damit die Liquidität gesichert werden kann, dass wir hier den finanziellen Spielraum für die laufende Gebarung, für eben Kassenkredite, es geht hier nicht um eine langfristige Investition, dass wir das hier sicherstellen können.

Den Wünschen vom Kollegen Klinger schließe ich mich gerne an, natürlich wünsche ich meiner Heimatstadt und der oberösterreichischen Landeshauptstadt, dass sie diese Kassenkredite stets bedienen kann. Ja viel mehr noch, dass sie die Kassenkredite vielleicht gar nicht braucht, es geht ja um eine Ermöglichung, wir wünschen uns alle, dass die Gemeinden mit den Einnahmen, die sie erhalten, auch das Auslangen finden zur Bewältigung der vielen Aufgaben, die sie haben. Aber hier war es jetzt notwendig, das sicherzustellen, dass das Projekt auch wirklich in diesem Zeitraum verwirklicht und umgesetzt wird, in Betrieb genommen und in Betrieb gehalten werden kann. Darum von unserer Seite danke für diese neuerliche gemeinsame Initiative, die wir hier setzen konnten, hoffen wir, dass der Finanzausgleich tatsächlich für alle Gemeinden die Entlastung bringt, die wir uns wünschen. Ansonsten müssen wir beim nächsten Finanzausgleich noch um einiges kräftiger auftreten, um den Gemeinden hier mehr Mittel für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zu lassen. Wir stimmen dem Antrag natürlich zu. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO Mayr: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen, wie dieser Antrag auf uns zugekommen ist, auch im Vorfeld des Ausschusses, wenn man sich die Dimensionen anschaut, dass wir einen Kassenkredit geben mit einem Rahmen von bis zu 100 Prozent der jährlichen Einnahmen, da schlackert man dann schon kurz mit den Ohren. Vor allem, wenn man das Budget der Landeshauptstadt Linz kennt, es werden im Vorjahr plus-minus 800 Millionen Euro gewesen sein, so zirka in dieser Größenordnung. Dann ist das für mich als Teil dieser Landesgesetzgebung schon eine an mich selbst gestellte Verantwortung, dass ich da nachfrage, nicht etwas beschließe, wo ich mir nicht bis ins kleinste Detail sicher bin. Ich habe das im Ausschuss versucht, ich habe ein paar Fragen gestellt, wie zum Beispiel in die Richtung, warum geht es da konkret um Kassenkredite, was ist, wenn Kassenkredite nicht bedient werden können, wenn die in langfristige Verbindlichkeiten übergehen? Ganz banale Sachen, weil ich es am Anfang auch nicht verstanden habe, sind da kumulierte Werte, die dastehen oder ist das ein jährlicher Rahmen, wie setzt sich das alles zusammen? Ich habe, das ist jetzt die freundliche Version des Ausschusses, relative wenige Antworten auf meine Fragen erhalten.

Mein zweiter Versuch war dann, wenn es um diese Dimension geht, machen wir einen Unterausschuss, nehmen wir uns die Zeit, dass diese Fragen auch beantwortet werden können. Es ist unüblich bei einer Novelle von einem Gesetz, oder in dem Fall bei einer Novelle

eines Statuts, dass ich damit keine Mehrheit im Ausschuss bekommen habe, dass wir diese Fragen auch in einer eigenen Unterausschusssitzung klären können.

Ich schließe jetzt trotzdem mein Lob daran, weil der Präsident Binder so viel gelobt hat am Anfang, mein Lob und Dank in dem Fall gilt dem Präsidenten Binder, weil ich habe sehr wohl auf meine Fragen hin, zwischen der Sitzung vom Ausschuss und der Landtagsitzung heute, eine Reihe von Antworten auf meine Fragen erhalten, zumindest auf einen Teil der Fragen, die ich gestellt habe. Ich habe auch eine sehr präzise Darstellung darüber bekommen, wie die Finanzsituation der Stadt Linz, was an überörtlichen Aufgaben erfüllt wird, wo sich die Stadt Linz auch, ich war selbst zwölf Jahre lang Gemeinderat der Stadt Linz, benachteiligt sieht. Wo sie sagt, wir übernehmen Aufgaben für Oberösterreich, wir übernehmen Aufgaben für Umlandgemeinden, die für uns auch durch den immer flacher werdenden, abgeflachten Bevölkerungsschlüssel in der Form nicht mehr tragbar sind. Da war sehr viel Nachvollziehbares dabei, uns eint ja zumindest die Wahrnehmung, dass die finanzielle Situation der Stadt Linz, wo Peter Binder gesagt, wie sehr er sie liebt, dem kann ich mich anschließen, also nicht der Liebe von Peter Binder, sondern der Liebe zur Landeshauptstadt Linz, dass es uns ein gemeinsames Anliegen ist, dass die Stadt Linz am Ende finanziell saniert und sicher dasteht. Ich kenne ja die Diskussion aus meiner Linzer Gemeinderatszeit noch, die wird ja sehr vereinfacht geführt, der Stadt Linz geht es finanziell nicht gut, diese Diskussion ist keine neue. Dann hat man immer zwei Möglichkeiten, an was es liegt, die konservative Seite sagt dann immer, ist eh klar, die roten Bürgermeister können nicht wirtschaften, die sozialdemokratische Seite sagt dann immer, das Land hungert uns aus oder der Finanzausgleich hat nicht funktioniert. Irgendwo zwischen diesen beiden Polen wird wohl ein Teil der Wahrheit liegen, letztendlich haben wir jetzt auch zwei unterschiedliche Fragestellungen, wie wir mit dieser Situation umgehen. Da gibt es die Variante eins, wenn Linz, aus welchen Grünen auch immer, in diese Finanzsituation gekommen ist, bietet man die Möglichkeit, dann macht halt mehr Schulden oder, das wäre meine präferierte Lösung, auf die geht dieser Antrag nicht ein, wie lösen wir dieses Problem strukturell?

Es ist ja nicht so, dass die Stadt Linz jetzt als Kommune in diesem Fall völlig isoliert dasteht, jetzt die einzige Gemeinde in Oberösterreich wäre, die irgendein Finanzproblem hat. Sie kriegen das alle spätestens heuer, wenn es gut geht nächstes Jahr mit, dass das mit den Budgets schon relativ eng wird, dass die Rücklagen aufgebraucht werden, dass immer mehr Gemeinden in den Härtefonds fallen. Da ist die Stadt Linz keine Ausnahme, die Frage ist ja letztendlich, wie reagieren wir auf das Problem, sagen wir, macht halt Schulden, was ein bisschen salopp formuliert ist von mir, oder schaut man sich das als Landesgesetzgeber, auch als Mehrheit in diesem Landtag einmal an und sagt, wir nehmen das ernst, wie es den Gemeinden in Oberösterreich finanziell geht? Da muss man strukturell nicht nur einem Schraubchen, sondern in Wirklichkeit an massiven Schrauben drehen, um da die Schiefelage auch wieder auszugleichen.

Für mich bleiben nach den Informationen, die ich erhalten habe, nach den vielen Gesprächen, die ich geführt habe mit Menschen, die sich finanzpolitisch vermutlich besser auskennen als ich, da bleiben am Ende zwei Fragen offen: Das ist die Frage, warum geht es letztendlich um Kassenkredite, und es muss extra noch in diesen Antrag dieser Hinweis hineinformuliert werden auf die allgemein haushaltsrechtlichen Bedingungen des Gebotes der möglichen Rückführung, was auch schon kurz in einem Nebensatz von einem Vorredner angesprochen worden ist? Die zweite Frage ist, warum schafft man einen Kreditrahmen bis zum Jahr 2031 von bis zu 100 Prozent, auf der anderen Seite zumindest für mich als einer, der bei diesen Verhandlungen im Vorfeld wenig beteiligt war, das war die freundliche Variante für mich, weil ich war gänzlich unbeteiligt, warum schaut man sich nicht die strukturellen Gründe dafür an,

warum es der Stadt Linz finanziell nicht so rosig geht, wie es gehen sollte? Das, was da heute beschlossen wird, deswegen hat es auch nicht unsere Zustimmung, bei all meiner ernst gemeinten Liebe zur Landeshauptstadt Linz und meinem Interesse, dass diese Stadt finanziell gut dasteht.

Ich bin tatsächlich besorgt, was dieser Beschluss auslöst im Jahr 2030, 2031 vielleicht 2032, wenn man sich nicht zeitgleich an die Arbeit macht, um strukturelle Benachteiligungen, die angesprochen worden sind, um überörtliche Aufgaben, um Probleme durch einen abgeflachten Bevölkerungsschlüssel, durch Transferbeziehungen, die auch nicht immer ganz einfach sind, diese endlich zu lösen. Ich sehe das auch als die Aufgabe des Oberösterreichischen Landtags, dass das gelöst wird. Ich hoffe, dass meine Sorgen unbegründet sind, dass wir dann 2032 vielleicht darüber lachen können und sagen, der Mayr war halt damals nicht dabei, der war ein wenig skeptisch, da ist er wieder einmal falsch gelegen, das kommt vor. Ich hoffe tatsächlich, dass meine Sorgen falsch sind, sie sind derartig groß, dass ich da nicht mit gutem Gewissen zustimmen kann. (Beifall)

Präsident: Klubobmann Christian Dörfel bitte.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben eh schon darauf hingewiesen, dass das eine besondere Statutenreform ist, und eine besondere Situation auch gegeben ist. Ich kann das alles unterstreichen, was die Vorredner schon gesagt haben. Es ist halt so, wenn es schwierig ist, dann müssen wir zusammenhelfen. Aufgrund der allgemeinen weltweiten Lage gibt es die Finanzen nicht im Überfluss, da leidet natürlich das Land darunter, aber auch jede einzelne Gemeinde. Daher haben wir auch das Credo oder das klare Bekenntnis, dass wir die Gemeinden nicht im Stich lassen und haben verschiedenste Hilfspakete schon geschnürt. Wir werden auch in Zukunft natürlich als Land Oberösterreich ein verlässlicher Partner der Städte und Gemeinden sein. Bei der Landeshauptstadt Linz stellt es sich noch einmal dramatischer dar, das ist bereits berichtet worden. Linz hat ja zu den eigentlichen Aufgaben, was Linz betrifft, schon wesentliche Aufgaben mitzufinanzieren, die, würde ich sagen, weit über zentralörtliche Aufgaben hinausgehen. Wenn ich nur denke an die Stadt-Regio-Bahn als Beispiel, das hat natürlich Bedeutung für weite Teile Oberösterreichs, über den Ballungsraum hinausgehend. Ganz Oberösterreich profitiert natürlich von der Infrastruktur, die in der Landeshauptstadt Linz geschaffen wird, wo die Stadt mit zahlt. Daher haben wir gesagt, Linz braucht eine Sonderregelung. Das ist eine absolute Ausnahme, man hat es sich auch nicht leicht gemacht und hat gesagt, ja okay macht, sondern es wurde schon geprüft, ob das einigermaßen finanzierbar bzw. auch rechtlich vertretbar ist. Die entsprechenden Gutachten sagen, ja, es geht unter bestimmten Voraussetzungen. Genau diese Voraussetzungen sind jetzt in diesem Landesgesetz enthalten. Es geht um eine Steigerung der Höchstgrenze der Kassenkredite um jeweils zehn Prozent. Wenn 80 Prozent erreicht wird, dann braucht man zusätzlich noch eine Risikoanalyse der bestehenden Stadtfinanzen. Ich glaube, es ist eine sehr verantwortungsvolle Vorgangsweise in beide Richtungen, auf der einen Seite in die Finanzierbarkeit, auf der anderen Seite, dass man die notwendige Flexibilität in finanziellen Dingen der Landeshauptstadt sicherstellen kann. Damit beweist sich wieder einmal: Auf Oberösterreich ist Verlass! Daher ersuche ich alle, dass wir dem zustimmen. (Beifall)

Präsident: Es liegt mir jetzt keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 755/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der

sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 756/2024, das ist Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2020 - 2022 der Oö. Patientenentschädigungskommission, ich bitte Abgeordnete Elisabeth Gneißl über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Gneißl:** Beilage 756/2024, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2020 - 2022 der Oö. Patientenentschädigungskommission. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 756/2024.)

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht betreffend die Oö. Patientenentschädigungskommission 2020 - 2022, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 8. Jänner 2024 (Beilage 725/2024, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile dir das Wort.

Abg. **Gneißl:** Herr Präsident! Die oberösterreichische Gesundheitslandschaft leistet hervorragende Arbeit, sie hat Erfolge im klinischen als auch im chirurgischen Bereich, sie erzielt damit internationale Anerkennung. Da dürfen wir ein riesengroßes Danke sagen an all jene, die in diesem Bereich tätig sind, seien es die Ärzte, die Pflege, Reinigungskräfte oder auch die Verwaltung. (Beifall) Wo Menschen arbeiten, da kann es leider zu Zwischenfällen oder Fehlarbeiten kommen, so etwas kann passieren, so etwas darf aber nicht passieren. Wenn aber dann einem Menschen ein Schaden entsteht, dann dürfen wir diesen Menschen nicht alleine lassen, sondern müssen sie unterstützen und helfen, vor allem wenn ihnen ein Schaden zugefügt wird, der nachher weder von der Haftung klar darstellbar ist bzw. gerichtlich nicht einmal der Schadenersatz anerkannt wird. Da ist natürlich zu begrüßen, dass wir diesen Patientenentschädigungsfonds haben, wichtig ist aber, dass die Patienten überhaupt von diesem Fonds wissen, ihn nachher auch in Anspruch nehmen, schließlich zahlt jeder Patient für jeden stationären Tag, an dem er in einem Krankenhaus liegt, 73 Cent ein. 80 Prozent der Anträge, die eingebracht worden sind, konnten positiv erledigt werden, weil man muss dazusagen, entschädigt werden nur Behandlungsfehler, keine Unfälle, die in einem Krankenhaus passieren können, dass jemand stürzt, dass jemand ausrutscht, dass sich jemand beim Öffnen oder Schließen von Türen die Hand einwickelt, entschädigt werden einfach Behandlungsfehler.

Ich möchte ein großes Danke sagen an den Patientenanwalt Mag. Michael Wall für seine bisherige hervorragende Arbeit, und natürlich auch für seine zukünftige Arbeit im Sinne unserer oberösterreichischen Patientinnen und Patienten. Wir stimmen dem Tätigkeitsbericht zu. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Erst einmal kann ich mich dem Dank nur anschließen, dem Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenanstalten und natürlich auch an unseren Patientenanwalt, der hier sehr professionell mit seinem Team auch diese Entschädigungen trifft. Es ist schon angesprochen worden, es ist eine solidarische Abgabe aller Patientinnen und Patienten, die im Krankenhaus sind, sie zahlen diese 73 Cent, wie meine Kollegin schon angesprochen hat. Das ist ein ganz zentrales Zeichen, dass man da

solidarisch handelt, vor allem auch eine Sicherheit gibt, natürlich wollen wir alle keine Komplikationen haben, keine Behandlungsfehler haben, bestmöglich alles austauschen. Für vieles kann man eben ganz klar definieren, was war der Fehler? Wer haftet dafür? Da zahlen Versicherungen, da zahlen auch die Krankenanstalten. Und das wissen alle, die in diesem Bereich sind. Da gibt es eben dann auch nicht, dass der einzelne Mitarbeiter, die einzelne Mitarbeiterin zahlt, sondern da gibt es natürlich auch die Versicherungen seitens der Krankenanstalten.

Es ist der Beitrag 0,73 Euro schon sehr lange gleichgeblieben. Die Patiententage in den Krankenhäusern werden weniger. Das ist ein gutes Zeichen, weil das wollen wir nämlich auch. Wir wollen weder, dass eben sehr viele Krankenanstaltentage da sind, oder dass die Patientinnen und Patienten unnötig im Krankenhaus liegen, weil sie vielleicht daheim eigentlich besser genesen können.

Auch die Ausgaben, das ist sicher auch ein Verdienst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sind zwar gestiegen, aber im Verhältnis zu dem, was jetzt Herausforderungen sind, auch die Medizin hat sich weiterentwickelt, ist es trotzdem eine moderate Steigerung. Und wir sehen vor allem, dass in den letzten Jahren doch zwischen 70 und 80 Prozent aller Fälle, die eingereicht wurden, auch eine Entschädigung bekommen haben. So im Durchschnitt, wenn man es sich anschaut, im Median sind es meistens um die einige Tausend Euro, die dann der Patient, die Patientin bekommt.

Entschädigt werden natürlich irgendwelche Auswirkungen, die man hat. Sehr viel hat man auch in der Dermatologie oder in der Venerologie gesehen, wo halt Fälle, oder auch in der Psychiatrie, wo halt Fälle dann bemerkt wurden mit Komplikationen, die halt nicht jemandem eindeutig zuordenbar sind.

Es wird aber auch ein Verdienstentgang als Schaden definiert. Das heißt, wenn man einfach aufgrund einer nicht adäquaten Behandlung vielleicht nicht so schnell wieder arbeiten hat gehen können, dann wird auch das entschädigt. Also hier gibt es Tarife. Da muss man sich anschauen, ob man die Tarife aufgrund der jetzigen Situation, was Inflation anbelangt, anpassen muss. Die sind zwar angehoben worden, in den letzten Jahren aber nicht mehr.

Wir haben jetzt immer ein Gap zwischen Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren. Das größte Gap war 2020. Hier muss man überlegen. Wir haben noch Rücklagen. Es sind immer noch 3,57 Millionen Euro in den Rücklagen vorhanden. Auch hier, die Rücklagen sind veranlagt, sind sehr konservativ veranlagt. Aber natürlich aufgrund vom Zinsniveau sind auch die Rücklagen nicht dementsprechend gestiegen. Das heißt, da wird das Gap ein bisschen weniger. Da muss man bald genug schauen, ob man eventuell etwas anheben muss, oder ob man mit diesen Mitteln in den Rücklagen gut auskommen kann. Also ich glaube, da ist einfach die Verantwortung dieser Kommission, die das immer wieder definiert, auch gegeben.

Ich glaube, ganz entscheidend ist einerseits, dass die Patienten wissen, und die Patientinnen wissen davon, und vor allem dass der Patientenanwalt, die Patientenvertretung hier sehr gut auch informiert, mit den Leuten gemeinsam den besten Weg sucht, hier nicht sehr bürokratisch ist und vor allem die betroffenen Patientinnen und Patienten bestmöglich unterstützt. Weil ein Hürdenlauf, nachdem ich eine Krankheit gehabt habe, dann womöglich Komplikation und dann muss ich mich noch um irgendeine Entschädigung kümmern, ich glaube, hier braucht es eine bestmögliche Unterstützung, das sind wir unseren Patientinnen und Patienten schuldig. Und hier, glaube ich, passiert eine gute Arbeit, und diese Arbeit soll so fortgesetzt werden. Und wenn es ein Thema gibt zum Erhöhen, muss man, glaube ich, das im nächsten Bericht noch

einmal diskutieren. Aus heutiger Sicht, glaube ich, ist es nicht notwendig. Wir werden natürlich diesem Bericht zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eingangs danke ich noch Herrn Hofrat Mag. Wall und seinem Team für die Tätigkeit und ihren Bericht. Es ist immer wieder aufs Neueste spannend, welche Fälle und Einzelschicksale unsere Bürger treffen.

Dieser Tätigkeitsbericht des Oö. Patientenentschädigungs-Fonds wird alle drei Jahre präsentiert und im Landtag behandelt. Auffallend ist, dass seit 2019 durchgehend mehr Ausgaben als Einnahmen generiert werden. Die Einnahmen werden nämlich nicht, wie man meinen könnte vielleicht, vom Landesbudget sichergestellt. Nein, sie stammen von den Patienten der allgemeinen Gebührenklasse und der Sonderklasse selbst. Für jeden Verpflegstag, wir haben es schon gehört, 73 Cent.

Auch wenn in den letzten fünf Jahren, wie soeben dargestellt, ein jährliches Minus entstand, ist der Fonds aufgrund Rücklagen noch gut ausgestattet. 3,6 Millionen Euro sind noch als Reserve da. Kann man sagen, ein Relikt aus besseren Zeiten.

Interessant ist auch, wie hoch die durchschnittliche Entschädigung ist, wenn eine Entschädigung zugesprochen wird. Diese beläuft sich in den drei begutachteten Berichtsjahren auf durchschnittlich je 12.000 Euro. Natürlich ist die Entschädigungssumme von dem jeweiligen Vorfall abhängig und kann deshalb entsprechend höher aber auch niedriger sein. Maximal für einen einzigen Fall gab es 100.000 Euro. Dieser Maximalwert wurde auch jedes Jahr zumindest einmal zuerkannt.

Von den in den drei Berichtsjahren eingereichten 354 Entschädigungsanträgen wurde nur jeder fünfte negativ beurteilt. Das spricht dafür, dass die Fälle objektiv und transparent beurteilt werden. Die jährliche Anzahl der Anträge bewegt sich zwischen 95 im Jahr 2021 und 137 im Jahr 2020. Insgesamt wurden in diesen drei Jahren 3,5 Millionen Euro für Entschädigungszahlungen aufgewendet.

Zusammengefasst kann man sagen, sind wir allesamt froh, dass es diese Entschädigungsstelle gibt, denn Fehler können, aber wie wir schon gehört haben, sollen nicht passieren. Und hoffen wir, dass wir sie nicht allzu oft brauchen.

Ich danke nebenbei noch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Spitäler für ihre tägliche Arbeit und allen Bürgerinnen und Bürgern, die diese Leistungen schätzen und dem Gesundheitspersonal vertrauen. Wir stimmen dem Tätigkeitsbericht zu. Vielen Dank. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Knauseder.

Abg. **Knauseder, MSc:** Danke Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich kann mich den Vorrednerinnen nur anschließen. Ich möchte mich auch hier gar nicht mehr lange wiederholen. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Schlimm, wenn Menschen dabei zu Schaden kommen. Umso besser, dass es dafür diesen Entschädigungsfonds gibt. Und auch wir bedanken uns beim Herrn Mag. Wall und bei der Oberösterreichischen Patienten- und Pflegevertretung für die Arbeit und für den vorliegenden Bericht, den wir sehr gerne zur Kenntnis nehmen. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 756/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 757/2024. Das ist der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2022 der Oö. Pflegevertretung. Ich bitte Abgeordnete Scheiblberger die Beilage 757/2024 zu berichten.

Abg. **Scheiblberger:** Beilage 757/2024, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2022 der Oö. Pflegevertretung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 757/2024.)

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht betreffend die Oö. Pflegevertretung, der die Vorlage der Oö. Landesregierung vom 15. Jänner 2024 (Beilage 726/2024, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Ich eröffne zu dieser Beilage die Wechselrede, und du bist am Wort.

Abg. **Scheiblberger:** Dankeschön Herr Präsident! Jeder kennt es, wenn man krank ist, wenn man sich sehr schlecht fühlt, und vor allem, wenn man auf die Hilfe von anderen angewiesen ist. Gerade in solchen Situationen ist es dann wichtig, dass es jemanden gibt, der einem hilft, der einen unterstützt. Und wir kennen es wahrscheinlich aus den eigenen Familien, wie dankbar wir sind, wenn es hier Kinder gibt, Partner gibt, auf die wir uns da verlassen können.

Wenn sich dann der gesundheitliche Zustand verschlechtert, wenn die Krankheit stärker wird, intensiver wird, dann bedarf es oft professioneller Hilfe, aber auch Pflege mit Herz. Und trotz der großen Herausforderungen, ich möchte hier nur den eklatanten Personalmangel ansprechen, funktioniert in Oberösterreich, dank der hochengagierten Arbeit unserer Pflegekräfte, die Pflege sowohl in unseren Krankenanstalten, in unseren Langzeitpflegeeinrichtungen und auch in unseren Chancengleichheitseinrichtungen bestens.

Und ich möchte mich an dieser Stelle wirklich für die hochengagierte Arbeit unserer Pflegekräfte bedanken. (Beifall) Danke möchte ich aber auch unserem Sozillandesrat Wolfgang Hattmannsdorfer sagen. Es hat ja jetzt einen ersten Jahresbericht der Fachkräftestrategie gegeben. Und man merkt hier einen Paradigmenwechsel. Dieser Jahresbericht hat ergeben, dass von diesen 50 Maßnahmen bereits 15 Maßnahmen umgesetzt wurden. 24 Maßnahmen in Umsetzung sind und 11 nur mehr offen sind.

Und hier merkt man auch bereits einen Trend, eine Trendwende, denn seit sieben Jahren ist erstmals ein Rückgang der Leerstände zu bemerken. Vor allem sind auch seit sieben Jahren 400 Mitarbeiter mehr jetzt angestellt in der Pflege. Bis vor sieben Jahren wurden es immer nur weniger. Und vor allem befinden sich auch mehr Pflegekräfte in der Pflegeausbildung. Das ist höchst erfreulich und trägt sicher für eine gute und kompetente Pflege bei.

Bedankt wurden schon die Mitarbeiter der Oberösterreichischen Pflegevertretung unter der Leitung von Herrn Mag. Michael Wall. Ich möchte mich auch an dieser Stelle für seine wertvolle Arbeit bedanken.

Wenn man sich diesen Tätigkeitsbericht aus 2022 ansieht, kann man feststellen, dass es in Summe 14 Beschwerden durch Angehörige und eine Beschwerde durch eine Bewohnerin gegeben hat. Und es zeigen auch die Zahlen, dass diese Pflege in Oberösterreich wirklich hervorragend ist, weil wenn man bedenkt, wie viele Menschen tagtäglich gepflegt und versorgt werden, sind dies wenige. Aber es ist unumstritten, dass jede einzelne Beschwerde eine Beschwerde zu viel ist. Und darum ist es auch ganz wichtig, dass jeder Beschwerde genau nachgegangen wird und zu suchen ist, wo es Verbesserungspotential gibt. Das ist die Aufgabe der Oberösterreichischen Pflegevertretung. Wir stimmen dem Bericht zu. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz: Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich auch noch einmal zu diesem Bericht melden. Beginnen möchte ich mit einem Danke. Danke für die Arbeit, danke vor allem für den Bericht an das ganze Team. Und das, was Gerti Scheiblberger schon angesprochen hat, ein großes Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, ob Wohnen im Alter oder Wohnen mit Behinderung. Also hier wird wirklich tolle, und auch im Jugendbereich, tolle Arbeit geleistet. Sie arbeiten mit Herz, also empathisch, aber auch sehr, sehr kompetent, weil sonst hätten wir mit Sicherheit mehr Beschwerdefälle.

Und auch wenn es natürlich immer wieder heißt, naja, wenn ich mich beschwere, dann werde ich vielleicht nicht mehr so gut behandelt. Nein, das wissen wir alle. Und wenn man dann mit denen redet, die sich beschweren, oder wo die Angehörigen sind, das sind oft Wünsche, die man natürlich gerne erfüllen möchte, aber nicht alles geht.

Die Herausforderungen werden immer größer in den Einrichtungen, ganz gleich in welchem Bereich. Es ist die Altersstruktur oder auch die Pflegestufe viel, viel höher. Das heißt, es kommen viel mehr Krankheiten dazu. Menschen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern, wo es nicht ganz einfach ist zu sagen, es gibt eine 08/15-Betreuung, -Behandlung und -Pflege. Nein, sehr individuell. Die Demenz habe wir schon gehört.

Auch die Digitalisierung macht vor dem Pflegebereich nicht Halt. Das heißt, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt auch das dazu, sich hier weiterzubilden. Das kann eine Erleichterung sein, aber es ist natürlich eine Veränderung. Eine Veränderung auch im Arbeitsprozess, hier auch die Möglichkeiten der Digitalisierung, auch vieler anderer Möglichkeiten, die ich da habe, auszunutzen.

Und es fehlen oft Strukturen außerhalb vom Pflegeheim. Das heißt, ich muss sehr viel auch in der Einrichtung abdecken, weil ich halt nicht mehr so leicht, und wenn man es sich anschaut, der Wunsch, die Hausärztinnen und Hausärzte mitzunehmen ins Altersheim, ja, das geht vielleicht bei uns in einem kleinen überschaubaren Bereich, dass ein Teil der Bewohnerinnen und Bewohner wieder von den gleichen Ärzten versorgt wird. Aber das ist halt nicht so einfach. Einerseits von der Struktur her, andererseits auch von der Honorierung.

Und viele diplomierte Pflegekräfte, die halt hier auch einen wesentlichen Beitrag leisten, versuchen hier natürlich einen guten Spagat abzudecken. Und es ist wirklich ganz viel möglich, jetzt auch aufgrund der Digitalisierung, das ist auch das Positive daran, hier in einem schnellen Austausch mit dem behandelnden Arzt, mit den Erfahrungen, zu kommunizieren und hier dann auch für den Patient, für die Patientin, für die Bewohnerin, für den Bewohner etwas besser zu machen.

Es fehlt oft auch das Thema, was ich auch immer wieder höre, auch in den Heimen, und da frage ich auch immer nach, wenn wir die Heime besuchen vom SHV-Prüfungsausschuss, wie schaut es mit den Wertgegenständen aus? Wir wissen alle, wenn man schon ein bisschen vergesslich wird, man muss nicht unbedingt dement sein, vergisst man vielleicht, wo man etwas hingelegt hat. Und wenn ich dann auch noch demente Personen habe, dann ist das halt auch sehr oft in einer Einrichtung, wo viele Leute gehen, ja wo habe ich denn das hingelegt, ist da etwas weggekommen, um diese Verwahrung der Wertgegenstände. Das begleiten, auch die eigenen Ersparnisse, die sie haben, das Taschengeld, das sie haben, hier einfach mit den Einrichtungen gut gemeinsam zu verwalten.

Und das passiert wirklich sehr verantwortungsvoll und sehr gut. Und wenn ich dann mit den Einrichtungen rede, dann sind oft die Beschwerden natürlich da, die kann man dann oft sehr schnell wieder abklären und eine Lösung finden. Und hier auch dem Team rund um den Patientenanwalt, um die Patientenvertretung hier ein großes Lob. Weil man versucht halt oft so Streitigkeiten, die entstehen würden, im Vorfeld schon abzufangen.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu begleiten und hier einen Weg herauszufinden, dass man nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alleine lässt mit Beschwerden. Ich glaube, das ist ganz zentral. Da bemühen sich natürlich die Heimleitungen, die Pflegevertretung und natürlich auch hoffentlich sehr viele Angehörige.

Weil wir wissen alle, wenn wir die Eltern in eine Einrichtung geben, machen wir das nicht ganz freiwillig. Weil es halt einfach daheim nicht mehr geht, weil es einfach nicht mehr möglich ist. Und trotzdem möchten wir, dass sie gut betreut sind. Wir wissen, wenn wir hingehen und sie besuchen, regelmäßig besuchen, dass sie dort gut aufgehoben sind.

Und das ist auch eine ganz wichtige Rolle, das haben wir bei der letzten Fachkräftetagung gesehen, die Rolle, wie geht man mit Angehörigen um, die sagen, ja es war immer so, dass die Mama am Dienstag gebadet worden ist. Warum geht das da nicht, dass die Mama erst am Nachmittag irgendwann, oder irgendwann später gegessen hat. Das funktioniert halt leider Gottes nicht so. Wenn mehrere Leute in einer Einrichtung sind, dann muss man sich hier anpassen.

Und ich glaube, genau diese Aufgabe ist auch in der Fachkräftestrategie bzw. in dem Miteinander mit den leitenden Personen in den Einrichtungen wird das weiterentwickelt, und hier auch der Rücken gestärkt und es Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, Unterstützungsmöglichkeiten. Und all das möchte ich auch bei diesem Bericht einfach auch miteinfließen lassen. Weil dann sehen wir erst, was da für tolle Arbeit geleistet wird, weil sonst hätten wir sicher nicht so einen dünnen Bericht. Ich bin sehr froh und danke trotzdem der Arbeit der Patientenvertretung. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Knauseder.

Abg. **Knauseder, MSc:** Danke Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich finde auch, in unseren Alten- und Pflegeheimen und in Wohnrichtungen wird großartige Arbeit gemacht. Da kann man nicht oft genug danke sagen. Aber wo es menschelt, passiert halt auch manchmal etwas. Und da schließt sich für mich jetzt der Kreis zum Vormittag, weil eine der Hauptbeschwerden, habe ich im Bericht gelesen, war mangelhafte Kommunikation. Also, wir sollen einfach viel genauer und viel besser und viel intensiver aufeinander hören, zuhören und gescheit miteinander reden, dann könnte man vielleicht auch manche Beschwerden auch vermeiden. In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Dankeschön an

die Oberösterreichische Patienten- und Pflegevertretung. Wir stimmen dem Bericht zu. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt uns der Bericht der Oberösterreichischen Pflegevertretung vor, den wir natürlich zur Kenntnis nehmen. Herr Hofrat Mag. Wall hat schon in seinem Vorwort erwähnt, dass die Beschwerdefälle zurückgegangen sind. Die Zahl der Beschwerdefälle hat sich im Vergleich zum Rekordjahr 2020 praktisch halbiert.

Beschwerden rund um die Corona-Maßnahmen, die 2020 die Hauptursache für die Beschwerden ausmachten, sind nun Gott sei Dank kein Thema mehr. Von den 15 Beschwerden im Jahr 2022 betrafen 13 Alten- und Pflegeheime und zwei Wohnbereiche aus dem Chancengleichheitsgesetz. Neun Beschwerdefälle konnten bereits abgeschlossen werden.

Inhaltlich sind die Beschwerden breit gefächert. Die vorgeworfenen Pflegemängel umfassten eine mangelhafte Körperpflege, z. B. bei Inkontinenz, Mundpflege, fehlende Unterstützung beim Toilettengang, Stürze, unpassende Kleidung, mangelhafte soziale Betreuung und Pflege und den Vorwurf, in das Bett hineingepflegt zu werden. Neben den Pflegemängeln kamen aber auch Probleme mit dem Besuchsrecht, wir haben es schon gehört, der Kommunikation, der Verpflegung, der Hygiene und Sauberkeit sowie wegen der ärztlichen Versorgung zur Sprache. Beispielsweise verschwand auch Geld aus einer Schatulle einer Bewohnerin, Kollegin Schwarz hat es schon angesprochen. Wer haftet dafür? Hier wurde die analoge Anwendung der Gastwirtehaftung, Paragraph 970a des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, für das Seniorenheim herangezogen. Somit haftet grundsätzlich das Heim automatisch bis zu einem Betrag von 550 Euro, darüber hinaus auch, wenn es Kenntnis von der Kostbarkeit hat. Dafür kann das Heim aber auch bestimmen, wo man Kostbarkeiten einsperren muss.

Abschließend möchte ich noch die Pflege- und Betreuungskräfte erwähnen, die seit jeher enorm viel leisten. Ihnen gebührt mein aufrichtiger Dank für ihre Ausdauer, für ihr Durchhaltevermögen und für ihre wertvolle Arbeit. Ebenso danke ich Herrn Hofrat Mag. Wall und seinem Team für den Bericht und die umfassende Recherche. Wie anfangs schon erwähnt, nehmen wir den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 757/2024 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 758/2024. Das ist der Bericht des Umweltausschusses betreffend die Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2024. Ich bitte Abgeordnete Sophie Bauer über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Bauer:** Beilage 758/2024, Bericht des Umweltausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2024. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 758/2024.)

Der Umweltausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: 1. Das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird (Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2024), wird beschlossen. 2. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, zwei Jahre nach Inkrafttreten der Oö. Umweltschutzgesetz-Novelle 2024 eine Evaluierung der Auswirkungen der dadurch eingefügten Bestimmungen für die Vollziehung durchzuführen.

Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Abgeordneter Bauer das Wort.

Abg. **Bauer:** Dankeschön, sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es schon vorhin hergezeigt. Das ist es, die neue Novelle des Umweltschutzgesetzes in all seiner Pracht. Wenn man es sich so anschaut, dann schaut es aus wie jedes andere Gesetz auch. Aber ich kann mit ehrlicher und wirklicher Überzeugung sagen, das hier ist ein besonders Gutes. (Beifall)

Wir betreten rechtliches Neuland. Das hat Klubobmann Dörfel des Öfteren gesagt in unseren Diskussionen. Und es stimmt! Wir sind das erste Bundesland, das derartige Regelungen gegen Lichtverschmutzung trifft. Deswegen kann man sagen, in Oberösterreich ist es jetzt sozusagen amtlich, Licht ist eine schädliche Emission, gegen die wir etwas tun müssen und tun wollen.

Wie schadet uns also das unnötige, falsche Licht? Es gibt drei Aspekte, die ich gerne herausgreifen möchte. Der erste Aspekt ist, es schadet uns Menschen und auch den Tieren, weil es uns den natürlichen Nacht-Tag-Rhythmus durcheinander bringt. Es hemmt den Melatonin-Ausstoß, und deswegen werden mehr Stresshormone im Blut erzeugt, und das erhöht das Risiko für diverse Krankheiten, wie Depression, Diabetes, Krebs und Schlafstörungen sowieso. Das Zweite sind die Insekten, weil ich finde, die leiden ganz besonders grausam unter der Lichtverschmutzung. Es gibt so etwas, das nennt man den Staubsaugereffekt. Insekten werden sozusagen von künstlichem Licht angezogen und kreisen dann so lange rund um das künstliche Licht, bis sie einfach vor Erschöpfung sterben. Das ist grausam für die Insekten, aber es hat vor allem ganz furchtbare Auswirkungen auf unsere Ökosysteme.

Das Dritte ist das Klima, weil unnötiges Licht auch eine unnötige Energieverschwendung ist. Wir verlieren also das unnötige schädliche Licht und gewinnen nicht weniger als den Sternenhimmel. Das klingt jetzt super grandios. (Beifall)

Es klingt super grandios. Zum Beginn des Gesetzwerdungsprozesses war mir das komplett egal. Ich habe wenig damit anfangen können, weil der Schutz von Gesundheit, Klima und Ökosysteme, das war mir wichtig und meine Priorität, ob jetzt irgendetwas schöner wird, das war mir irgendwie wurscht. Dann haben wir eine Exkursion gemacht nach Steinbach am Attersee, haben dort einen Nachtspaziergang gemacht und habe dort schon gemerkt, was es schon mit mir macht, wenn das richtige Licht besteht. Dort haben sie das richtige Licht, nämlich die richtige Lichtfarbe, total angenehmes oranges Licht. Es ist irgendwie dunkel, aber man sieht alles. Ich habe gemerkt, wie das so den ganzen Körper irgendwie beruhigt. Wir sind da so spazieren gegangen, ich weiß nicht, die, die dabei waren, wie es euch dabei ergangen ist, aber ich habe das noch in total angenehmer, guter Erinnerung. Dann waren wir bei der Sternwarte, dort waren viele Menschen, die SternenhimmelenthusiastInnen und -expertInnen. Auch dort haben wir dann in den Sternenhimmel geschaut, und dort haben wir nichts gesehen, es war nämlich extrem neblig.

Aber ich habe mir das gemerkt und etwa zwei Wochen später war ich im Mühlviertel und bin im Hof gesessen, und habe ich mir gedacht, okay, ich schaue mir diesen Sternenhimmel an. Ich bin draufgekommen, man kann ewig in den Sternenhimmel schauen. Man kann so von einem Stern zum nächsten und zum nächsten, und es geht immer weiter, und es ist enorm beruhigend, und es fährt den ganzen Körper irrsinnig herunter. Es ist schön, und es tut genau das, was meine Meditations-App am Handy immer verspricht, nämlich mich zu beruhigen. Die Meditations-App verspricht es, der Sternenhimmel hält es dann auch. Dann habe ich mir gedacht, okay, Herr Landesrat Kaineder hat vielleicht doch recht mit der Schönheit des Sternenhimmels. Vielleicht wird er es auch noch erwähnen. Es hat etwas, auch wenn man es nicht so gut in Worte fassen kann.

Ich komme jetzt auch zurück zu den hard facts. Was wird denn jetzt konkret besser für die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher? In Zukunft gibt es in Oberösterreich nicht einfach nur weniger Licht, sondern es gibt mehr vom richtigen Licht, das dann scheint, wann man es braucht und wo man es braucht. Wir haben jetzt klare Vorschriften für das richtige Licht, also für die richtige Lichtfarbe, die richtige Lichtstärke, die Strahlrichtung und auch für die Grenzwerte.

Die Gemeinden bekommen endlich eine Rechtssicherheit, wenn sie sich dazu entscheiden, in der Nacht das Licht abzuschalten oder abzusenken, oder auch ein sensorgesteuertes Licht einzuführen. Davon bin ich ein riesiger Fan, weil ich finde, es tut genau das, was es tun soll, das Licht geht dann an, wenn jemand da ist und dann ausgeht, wenn niemand da ist. Also eigentlich die beste Form des Lichts, und dabei geht überhaupt nichts an Sicherheit verloren.

Wir haben also sehr viel zusammengebracht. Es war nicht immer einfach. Am Anfang hat es ausgeschaut, als wäre es sogar eine rekordverdächtige Gesetzgebungsgeschwindigkeit. Dann hat es doch ein Jahr gedauert, und es waren auch nicht immer alle Kommentare von der Seitenlinie die konstruktivsten. Aber am Ende des Prozesses stehen wir hier mit einem sehr guten Gesetz, einem guten, vielleicht noch nicht dem besten. Dass wir jetzt im öffentlichen Bereich das richtige Licht anwenden ist gut, aber wenn gleichzeitig die Privatwirtschaft weiterhin mit gigantisch grell leuchtenden Plakatwänden uns blenden kann, dann ist das ein bisserl unverständlich. Aber weil das unverständlich ist, bin ich sehr positiv gestimmt, dass wir auch dafür in Zukunft noch eine passende Lösung finden werden.

Ich möchte mich bei allen Klubs bedanken und auch bei den MitarbeiterInnen der Fachabteilungen für die konstruktive Arbeit im Unterausschuss, und ich freue mich gemeinsam mit vor allem den hunderttausenden Insekten in Oberösterreich, dass wir heute die Lichtwende einleiten. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Sophie, es sind Millionen oder Milliarden von Insekten! Wir haben uns ja eineinhalb Jahre lang mit der Lichtverschmutzung beschäftigt. Wir haben gesagt, fachliches Verständnis und politische Weitsicht unter einen Hut zu bringen, ist nicht immer einfach. Wir Freiheitlichen haben den Prozess von Anfang an begleitet und haben gesagt, Umweltschutz mit praktischer Vernunft und realistischen Ansätzen, das wollen wir auch. Ich glaube, dass die Arbeit im Unterausschuss wirklich geprägt war von der Überzeugung, dass jede Regulierung überlegt sein muss. Ganz bewusst haben wir uns die nötige Zeit genommen, um sicher zu stellen, dass dieses Gesetz nicht, und das kann es ja mitunter werden, ein bürokratisches Monstrum wird, das unsere Bürger und Unternehmen vor unüberwindbare Hürden stellt. Stattdessen haben

wir wirklich einen guten Mittelweg angestrebt, der sowohl auf der einen Seite Schutz unserer Natur- und Tierwelt, aber auch die Bedürfnisse der Privaten sowie der gewerblichen Betriebe ausreichend berücksichtigt.

Ich glaube, gerade deshalb haben wir uns für eine möglichst enge Begriffsdefinition der umfassten und wichtigsten Außenbeleuchtungsanlagen eingesetzt, das sind nur jene Anlagen, die zum Zwecke der Beleuchtung des öffentlichen Raums dienen, private Hausfassaden, Garageneinfahrtsbeleuchtungen sind somit ausgenommen. Damit, glaube ich, hat man auch vielen Familien, die sich ein neues Eigenheim schaffen wollen, die eigentlich vor ungelösten Herausforderungen gestanden wären, entlastet, Stichwort Lichtgutachten und so weiter.

Durch eine Ausnahme haben wir außerdem sichergestellt, dass überwiegend öffentliche Interessen, wie die Ordnung, die Sicherheit immer Vorrang haben. Das war uns auch ein ganz wichtiges Anliegen. Sinnvoll ist auch, dass Gemeinden mit diesem Gesetz jetzt eine Rechtsgrundlage zur Erstellung von Beleuchtungskonzepten im Rahmen des festgelegten Anwendungsbereichs erhalten. Ich glaube, dadurch kann man noch besser auf die individuellen Gegebenheiten eingehen. Ich glaube, dass die Novelle zum Oberösterreichischen Umweltschutzgesetz, über das wir heute abstimmen, wirklich das Ergebnis gründlicher Überlegungen ist. Es zeigt, dass es möglich ist, konstruktive Lösungen zu entwickeln, die sowohl umweltfreundlich als auch realisierbar sind.

Dieses Gesetz ist auch der Beweis für einen Einsatz im Umweltschutz, insbesondere zur Vermeidung von Lichtverschmutzung, ohne dabei das alltägliche Leben und den Fortschritt an unserem Wirtschaftsstandort zu behindern. Es ist rechtliches Neuland, das haben wir heute schon gehört. Wir werden die Auswirkungen umso kritischer verfolgen, daher war es mir wirklich wichtig, dass man zeitgerecht, wenn Probleme auftreten, nachjustieren kann. Daher haben wir uns mit Nachdruck eingesetzt, dass wir die Evaluierungsfrist auf zwei Jahre reduzieren. Damit wollen wir sicherstellen, dass die umgesetzten Lösungen tatsächlich im besten Interesse aller sind. Umweltschutz und praktische Vernunft dürfen keine Gegensätze sein, sie müssen Hand in Hand gehen. Das wirst du ganz selten von mir hören. Daher haben wir uns mit unserem Einsatz in der vorliegenden Novelle sehr gut abgefunden. Ich sage, es ist eine vernünftige Lösung, und ich glaube, wir haben etwas Gutes erreicht. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Strauss.

Abg. **Strauss:** Danke Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren zuhause an den Bildschirmen! Wir setzen heute einen wichtigen Schritt in Richtung nachhaltiger und umweltfreundlicher Zukunft mit dem Beschluss der Umweltschutznovelle 2024. Wir haben intensiv diskutiert, es waren fünf Unterausschusstermine, wo wir zur Erkenntnis gekommen sind, dass wir Teile der ÖNORM O 1052 berücksichtigen werden, um eben sicherzustellen, dass die Umwelt geschützt und unsere Bürger vor regelmäßiger Lichtverschmutzung bewahrt werden.

Lichtverschmutzung mag ja ein Thema sein, das einige möglicherweise nebensächlich betrachten. Das ist eben nicht mehr so, es ist zunehmend auch eine dringliche Angelegenheit. Die Auswirkungen von übermäßigem künstlichen Licht auf unsere Umwelt und unsere Gesundheit können nicht mehr ignoriert werden. Studien haben gezeigt, dass Lichtverschmutzung das natürliche Verhalten von Pflanzen und Tieren stört, das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringt und sogar den menschlichen Schlaf und die Gesundheit beeinträchtigt. Ja, die Teile der ÖNORM O 1052, die wir in die Umweltschutznovelle aufnehmen, setzen klare Standards und Richtlinien für den Lichtemissionsschutz. Sie legt fest,

welche Art von Beleuchtungssystemen akzeptabel sind und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Lichtverschmutzung einzudämmen.

Durch diese Umweltschutznovelle 2024 zeigen wir im Landtag unsere Verantwortung gegenüber unserer Umwelt und den Menschen, die bei uns im Land auch leben. Wir erkennen an, dass der Schutz und unsere natürliche Ressourcen und die Förderung eines gesunden Lebensumfeldes von entscheidender Bedeutung sind. Darüber hinaus werden wir durch die Umsetzung dieser Umweltschutznovelle auch wirtschaftliche Vorteile erzielen. Eine effiziente und umweltfreundliche Beleuchtung kann zu erheblichen Energieeinsparungen führen. In Zeiten wie diesen ist das ganz wichtig. Dies wiederum reduziert die Kosten für unsere Bürgerinnen und Bürger und trägt zur Nachhaltigkeit unserer Gemeinden auch bei. Auch die können das gebrauchen, die Finanzen schauen ja bei den Gemeinden nicht gut aus.

Die Umweltschutznovelle 2024, insbesondere der Lichtemissionsschutz, ist ein entscheidender Schritt, die Umwelt zu schützen und zur Priorität unserer politischen Agenda zu machen. Wir setzen uns dafür ein, eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für kommende Generationen zu gewährleisten. Wir stimmen natürlich zu. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich dieses Gesetz schon etwas besonderes. Aber es ist wieder einmal die Bestätigung, zusammen bringen wir etwas zusammen, was uns in Oberösterreich hilft, was den Menschen hilft, was der Umwelt hilft. Es ist schon gesagt worden, wir betreten hier juristisches Neuland. Es sind zwei Aspekte. Erstens sind wir das erste Bundesland, welches Regelungen über Dauer der Beleuchtung des öffentlichen Raums, Lichtfarbe und so weiter in einen gesetzlichen Rahmen gekleidet hat. Und ganz Österreich wartet darauf, was macht Oberösterreich?

Das falsche, aufdringliche Licht ist kein Oberösterreichspezifikum, sondern das betrifft alle Leute. Wir wissen es ja, das falsche Licht ist der größte Unruhestifter in unseren Gemeinden, weil die in den Siedlungen wollen es so haben, die anderen wollen es anders haben. Die Gemeinden waren mitten drinnen, und du hast nicht gewusst, was darf ich und was darf ich nicht? Damit haben wir jetzt diesen rechtlichen Rahmen geschaffen, der den Schutz der Umwelt, was die Beleuchtung betrifft, verbessert. Sicherheit auf Straßen, Wegen, öffentlichen Parkanlagen, überall im öffentlichen Raum ist Licht einmal ein wesentlicher Faktor, ob man sich sicher fühlt oder nicht.

Dann haben wir die Rechtssicherheit der Gemeinden. Es ist gelungen. Die große Sorge im Zuge der Beratungen war: Schaffen wir da ein Bürokratiemonster? Ich bin überzeugt davon, dass das nicht der Fall ist, sondern dass eine praktikable Lösung zustande gekommen ist, die ohne großen Verwaltungsaufwand umgesetzt werden kann.

Daher sage ich danke an alle. Wir haben eine Armada an Sachverständigen da gehabt, aus den unterschiedlichsten Bereichen im Unterausschuss. Letztlich sind wir auf einen guten Weg gekommen, der politisch von allen mitgetragen wurde, einen Grundkonsens. Und letztlich auch von unseren Fachleuten in unseren Abteilungen, die ja dann für die Gemeinden Hilfe leisten, wird das auch mitgetragen. Das ist ja wesentlich. Weil die Beratung, die war ja auch kurios, wenn ich das einmal so sagen darf. Am Anfang waren wir in Steinbach am Attersee, und alle waren beeindruckt. Dann haben wir einen Unterausschuss gehabt, da waren wir eigentlich schon damit fertig. Wenn ich mir das überlege, was wir damals eigentlich schon fertig beraten haben und was jetzt zur Beschlussfassung am Tisch liegt, ist die jetzige Fassung natürlich

schon wesentlich besser. Ich weiß, Landesrat Kaineder sieht das ein bisserl anders. Aber wenn wir alle diese Elemente berücksichtigen, die ich aufzähle, ist das jetzt natürlich die bessere Lösung. Ich sage einmal danke, dass die Bereitschaft da war, immer wieder bei allen Parteien, aber auch vor allem beim Landesrat, dass man über den eigenen Schatten springt und sagt, okay, machen wir das oder das machen wir nicht. So sind die Beratungen im Wesentlichen verlaufen.

Mir ist immer ein Lied in den Kopf gekommen bei den Beratungen, das muss ich jetzt auch noch sagen. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Singe es!“) Nein, ich singe es nicht. Ich sage nur, es gibt eine Textzeile davon. Das Lied heißt: Geboren, um zu leben. Das passt eh schon einmal, das haben „Unheilig“ nicht für uns geschrieben. Da gibt es eine Textpassage: Es ist so schwer mit gutem Gefühl Neues zuzulassen. Daher sind die Beratungen immer auf und ab gegangen. Zum Schluss können wir sagen, okay, wir haben ein gutes Gefühl, wenn wir dieses Gesetz beschließen. Ich sage noch einmal danke an alle, die sehr konstruktiv hier beigetragen haben und möchte auch noch darauf hinweisen, dass es sogar Förderprogramme gibt, nachdem das heute auch bereits Thema war im Landtag in einem anderen Zusammenhang. Aber wir haben schon seit einigen Jahren Förderprogramme des Landes für die Umstellung der Beleuchtungen. Da könnte das Gesetz hier auch wieder mithelfen, dass das auch neuerlich befeuert wird.

Ich glaube, im Wesentlichen und zusammenfassend ist dieses Gesetz etwas Neues, etwas Gutes, das wesentlich zur Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden beitragen wird. Daher sind wir natürlich zustimmend. Das ist ganz klar. Danke noch einmal für die positiven Beratungen. (Beifall)

Präsident: Die abschließende Wortmeldung kommt von Landesrat Kaineder, bitte.

Landesrat **Kaineder:** Vielen Dank Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das oberösterreichische Umweltschutzgesetz, das heute eine Novellierung erfährt, ist eines der wichtigsten Instrumente zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen in unserem Bundesland.

Wenn man da durchblättert, dann sieht man die Geschichte der Umweltverschmutzung und die große Verantwortung, die Abgeordnete im Oberösterreichischen Landtag übernommen haben, um der Bedrohung unserer Lebensgrundlagen zu begegnen. Wenn die, die vielleicht schon etwas länger in Oberösterreich leben, sich erinnern an den Deponienotstand der 70-er und 80-er Jahre, wo der Usus war, den eigenen Müll einfach sozusagen in die nächste Grube hinein zu leeren und dann irgendwann zuzumachen und wir irgendwann einmal gemerkt haben, das geht nicht gut. Wir verunreinigen unsere Grundwässer. Wir sorgen dafür, dass kommende Generationen ein echtes Umweltproblem von uns erben. Die Antwort darauf waren gesetzliche Grundlagen, die nicht dazu geführt haben, dass nicht mehr konsumiert werden durfte oder nichts mehr weggeworfen werden durfte, sondern wir haben die Abfallwirtschaft professionalisiert und unter gesetzlichen Rahmenbedingungen haben wir heute eines der modernsten und effizientesten Abfallsysteme der Welt etabliert.

Ein anderes Beispiel ist vielleicht der Smokalarm, denn es in Linz früher öfters gegeben hat, also die Luftverschmutzung. Die Abgeordneten in diesem Haus waren es, die dafür gesorgt haben, nicht dass keine Heizung mehr in Linz laufen darf oder dass keine Industrie mehr in Linz produzieren darf, sondern dass unter gesetzlichen Rahmenbedingungen die Fernwärme ausgebaut und die voestalpine zum saubersten Stahlwerk der Welt geworden ist. (Zwischenruf Abg. Schaller: „Ja!“ Heiterkeit.)

Heute bin ich dankbar, nämlich wirklich, den Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags, weil sie Verantwortung übernehmen für ein Umweltproblem, das zu wenig beachtet und unterschätzt wird, nämlich die Frage der Lichtverschmutzung. Ich will kurz skizzieren, was das große Problem an der Lichtverschmutzung ist. In Wahrheit sind es drei ganz große Themen, die Lichtverschmutzung auslöst:

Das erste Problem hat die Natur und die Umwelt mit der Lichtverschmutzung. Der sorglose Umgang von künstlichem Licht führt dazu, dass immer weniger perfekte Lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen, die in der Nacht ihr Lebensumfeld haben, existieren. 50 Prozent des Lebens auf diesem Planeten spielt sich in der Nacht ab. Wir haben kaum mehr im Mitteleuropa perfekte Lebensbedingungen für diese 50 Prozent. Warum? Weil es nirgends mehr finster wird. Weil unser sorgloser Umgang mit künstlichem Licht dazu führt, dass perfekte Lebensbedingungen für alles, was in der Nacht lebt, kaum mehr existieren. 85 Prozent aller Schmetterlinge, das wissen die wenigsten, sind nachtaktiv und nicht tagaktiv. Die Schmetterlinge, die wir sehen, sind die wenigeren.

Das zweite große Problem, das die Lichtverschmutzung bringt, betrifft uns Menschen, nämlich ganz konkret unsere Gesundheit. Wenn Sie mit einem Mediziner, Medizinerin reden, dann sagen die, wenn du gesund bleiben willst, sind drei Dinge von essenzieller Bedeutung: Erstens gesundes Essen, zweitens genug Bewegung, drittens gesunder Schlaf. In der Nacht regeneriert der menschliche Körper und schafft damit die Voraussetzung, dass wir gesund alt werden können. Der Umgang mit künstlichem Licht sorgt dafür, dass im menschlichen Körper eines der wesentlichsten Hormone, die für diese Regenerationszeit essentiell sind, nämlich Melatonin, nicht mehr ausreichend produziert werden kann. Die gesundheitlichen Folgen, die Frau Anne-Sophie Bauer vorhin schon erwähnt hat, sind verheerend. Das heißt, wir tun uns selber einen großen Schaden, wenn wir nicht dafür sorgen, dass das richtige Licht eingesetzt wird und nicht irgendein Licht. Die menschliche Gesundheit ist das zweite große Problem.

Es gibt ein drittes Problem. Das ist mir ein Herzensanliegen. Frau Abgeordnete Bauer hat es erwähnt, wir verlieren den Nachthimmel. Das ist jetzt nicht esoterisch gemeint. Ich weiß schon, ich bin Theologe. Die Frage, in welcher Relation der Mensch zu seinem Universum zu sehen ist, sollte uns schon auch manchmal beschäftigen, und da ist der Nachthimmel ein wichtiger Hinweis. Wenn ihr euch einmal eine halbe Stunde Zeit nehmt im Sommer und euch des Nächens auf die kühle Wiese legt, nämlich mit dem Rücken auf die Wiese und nach oben schaut, eine halbe Stunde lang, dann wird einem oder einer schon recht bewusst, in welchem Verhältnis meine Existenz zu einem unendlich großen Universum steht. Das ist eine wichtige Inspirationsquelle, nicht nur für uns, sondern für 7.500 Jahre menschheitliche Kulturgeschichte. Es gibt keine Hochkultur in der Menschengeschichte, die nicht ihre Weltsicht abgeleitet hätte aus dem Nachthimmel. Wir blenden ihn aus. In einer Stadt wie Linz siehst du faktisch keine Sterne mehr in der Nacht, wenn du hinaufschaust. Es gibt sie nicht mehr, weil die künstliche Lichtlocke den Sternenhimmel überdeckt.

Nebenbei erwähnt ist eigentlich die Beobachtung des Sternenhimmels wahrscheinlich Grundlage für acht der zehn wichtigsten wissenschaftlichen Grunderkenntnisse menschlicher Hochkultur. Ich finde, eine derartige Naturschönheit bewusst auszublenden, das ist keine Kulturleistung, sondern das ist eine Unkultur. Der kann man begegnen, indem man Lichtverschmutzungen aktiv bekämpft.

Diese drei Probleme adressieren wir mit dieser Novelle, dafür bin ich sehr dankbar. Wir sind das erste Bundesland, Christian Dörfel hat es völlig richtig gesagt, dass da etwas macht, und darauf können wir stolz sein. Wir setzen da einen Schritt. Es ist nicht der Letzte, ganz sicher

nicht, kann es gar nicht sein, aber es ist auch nicht der Erste. Wir haben in Oberösterreich seit zehn Jahren in der Fachabteilung, in der Gruppe Strahlenschutz einen großen Schwerpunkt Lichtverschmutzung und gehen dort österreichweit die wichtigsten Schritte schon seit zehn Jahren voran. Es waren die Ersten, die Leitfäden entwickelt haben, wie man richtiges Licht installiert. Wir haben Mustergemeinden mit der richtigen Beleuchtung ausgestattet. Wir sind das erste Bundesland in Österreich, dass über einen Sternepark verfügt, zertifiziert von der Dark Sky Assoziation, das ist ein richtig schwieriger Aufnahmeprozess gewesen, aber der Sternepark Attersee-Traunsee ist eine Dunkelregion. Eine anerkannte Dunkelregion, und dort sorgen wir ganz spezifisch und explizit dafür, dass man mit freiem Auge die Lichtstraße sehen kann und damit zweieinhalb Millionen Jahre in die Vergangenheit. Zweieinhalb Millionen Lichtjahre kann man sehen im Sternepark Attersee-Traunsee mit freiem Auge. Das ist etwas sehr Einzigartiges, und das wollen wir uns erhalten.

Es ist ein Beitrag zum Umweltschutz, das habe ich erklärt. Es ist auch ein aktiver Beitrag gegen Energieverschwendung. Das Ergebnis ist ja so, wie beim Kampf gegen Luftverschmutzung. Nicht die Antwort war, nicht mehr zu heizen oder keine Industrie mehr haben, ist beim Kampf gegen Lichtverschmutzung nicht die Antwort, kein Licht mehr zu haben, sondern dort, wo wir es nicht benötigen, drehen wir es ab oder wir drehen es zurück, wir dimmen es. Wir setzen die richtigen Lichtfarben ein. Wir verwenden Licht schlicht intelligent. Das ist eigentlich das Ziel.

Ich möchte mich am Schluss bedanken. Zuerst einmal bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fachabteilungen, vor allem in der AUWR und in der US und vor allem in der Gruppe Strahlenschutz, die seit zehn Jahren hier eine hohe Expertise aufgebaut haben und in unseren Beratungen geduldig zur Verfügung waren, um die teilweise sozusagen ein bisschen verworrenen Diskussionen zu begleiten. Ich möchte mich auch bedanken bei der Unterausschussvorsitzenden. Obwohl sie das jüngste Mitglied dieses hohen Landtags ist, finde ich, hat sie in einem diplomatischen Geschick durch diesen Unterausschuss geführt, bei dem sich die Dienstältesten hier auch noch etwas anschauen können. Ich finde, das Ergebnis gibt deinem Vorsitz Recht. Wir haben ein sehr gutes Ergebnis. Auf diesen können wir aufbauen, und wir haben, so wie die Generationen vor uns, oder ihr habt eigentlich mit diesem Beschluss heute, so wie viele Generationen vor euch in diesem Landtag, ein extrem wichtiges Umweltschutzthema adressiert, dass dafür sorgen wird, dass die Lebensgrundlagen in Oberösterreich gesichert und damit Wohlstand und Lebensqualität in Oberösterreich gesichert werden für die nächsten Jahrzehnte. Danke dafür. (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 758/2024 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.)
Es ist einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zur Beilage 759/2024, das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung in Folge der Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Projekte „Regional-Stadtbahn Linz“ sowie „Obusachse Linz“. Ich bitte Herrn Abgeordneten Schießl die Beilage 759/2024 zu berichten.

Abg. **Schießl:** Beilage 759/2024, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung infolge der Vereinbarung zwischen dem Land

Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend die Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Projekte „Regional-Stadtbahn Linz“ sowie „Obusachse Linz“.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 759/2024.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus dem beabsichtigten Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Projekte „Regional-Stadtbahn Linz“ sowie „Obusachse Linz“ sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtungen im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründungen genehmigen.

Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Herr Abgeordneter Ecker bitte.

Abg. ÖkR **Ecker:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es geht hier um die Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung des Projektes „Regional-Stadtbahn Linz“ sowie „Obusachse Linz“. Die Investitionskosten betragen circa 834 Millionen Euro plus minus 20 Prozent. Was wird damit erreicht?

Entlastung der Pendlerinnen und Pendler, die zu Tausenden aus dem Mühlviertel in die Stadt kommen, was natürlich die Betriebe brauchen und wo hier auch Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, was natürlich auch wichtig ist, weil Linz auch Stau geplagt ist.

Dieses Jahrhundertprojekt Stadtbahn ist eine gute Nachricht für den Klimaschutz. Ein Treiber für den Umstieg auf den Öffentlichen Verkehr. Mit dieser Finanzierungsvereinbarung kommt man der Realisierung des Jahrhundertprojektes einen großen Schritt näher und auch damit zur Umsetzung. Für das Gesamtprojekt Regional-Stadtbahn Linz übernimmt der Bund 50 Prozent, das Land Oberösterreich 42,5 Prozent und die Stadt Linz 7,5 Prozent, maximal jedoch 50 Millionen Euro.

Im Vollausbau des Projektes sind der Ausbau des Mühlkreisbahnhofes, die Errichtung der innerstädtischen Neubaustrecken sowie die Erweiterung nach Gallneukirchen, Pregarten und der Betrieb der S-Bahn Linie S6 und S7 inkludiert. Nutzen-Kosten-Analyse des Projektes ist sicher positiv und die Menschen, die Umwelt werden entlastet und natürlich auch geschont, der Wirtschafts- und Wissensstandort Oberösterreich weiterentwickelt.

Das Projekt lässt die Regionen näher in den Ballungsraum heranrücken und macht auch die Wege in die Stadt schneller. In einer Viertelstunde vom Hauptbahnhof zur Uni, in 30 Minuten nach Gallneukirchen und unter 40 Minuten nach Rottenegg oder Pregarten.

Für das Projekt Obuslinie 48 hat man sich auf eine vertragliche Kostenbasis von 59.250.000 Euro geeinigt. Das Land übernimmt 40 Prozent der Kosten, maximal jedoch 23.700.000 Euro. Die Trassenführung, die Neubaustrecke werden durchgehend zweigleisig geplant. Trassen sollen sich auf einem vom motorisierten Individualverkehr abgetrennten, selbstständigen Gleiskörper befinden.

Die ersten Fahrzeuge sind bereits bestellt und werden aller Voraussicht nach ab 2026 auch die älteren Wagen von der Lilo ersetzen. In der Region können die Tramtrains wie Züge Geschwindigkeiten erreichen bis 100 km/h. Innerstädtisch funktionieren sie wie eine Straßenbahn. Man steigt also künftig in Pregarten gefühlt in den Zug ein, steigt nach 40

Minuten später am Hauptbahnhof aus einer Straßenbahn aus, ohne sich jemals die 94 Sitzplätze verlassen zu müssen.

Die Trassenführung, die Regional-Stadtbahn Linz nimmt die von der regionalen Strecke Lilo, Mühlkreisbahn und der noch zu errichtenden Bahnstrecke nach Gallneukirchen, Pregarten durchgebundene Nah- und Regionalverkehrsangebote als S6 und S7 auf. Die S6 vom Mühlkreisbahnhof kommend und S7 von der Uni kommend, sollen am neuen Nahverkehrsknoten in Urfahr gebündelt werden und von dort über die neue Donaubrücke, die Universitätskliniken und den Europaplatz und am Hauptbahnhof enden.

Kurz noch die Trassenführung des Obusses vom Karlhof auf der Urfahrner Seite zum Nahverkehrsknoten und dann auf den gemeinsamen Streckenführungen, wie die Regional-Stadtbahn Linz über die Donaubrücke über das Universitätsklinikum bis zum geplanten Nahverkehrsknoten in der Frankstraße über die Grüne Mitte, Bulgariplatz bis zur Umkehrschleife in der Wiener Straße in der Neuen Welt. Die verbindet also Urfahr auf direktem Weg mit dem Linzer Süden.

Aus unserer Sicht, aus dem Bezirk Rohrbach, ist das sehr wichtig. Die Herausforderung mit der Durchbindung vom Mühlkreis- bis zum Hauptbahnhof ist schon lange gefordert, wird jetzt umgesetzt, und ist für den Nahverkehr und natürlich auch für den Verkehr Richtung Linz, aber auch von Linz in den Bezirk sehr, sehr wichtig.

Dieses Jahrhundertprojekt ist natürlich finanziell herausfordernd, aber die Investitionen sind wichtig, und wir danken dem Bund, dem Land und der Stadt dafür, dass die Möglichkeit besteht, diese Anbindung auch jetzt umzusetzen, die wir schon lange gefordert und natürlich auch erwartet haben. Ich ersuche um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Engl.

Abg. Mag. Engl: Danke Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrter Herr Landesrat! Der Klimalandesrat und der Verkehrslandesrat, glaube ich, haben heute auch bei diesem Beschluss gemeinsam allen Grund zur Freude.

Wir haben jetzt die Stadtbahn in den letzten Sitzungen oder die letzten zweieinhalb Jahre, wo ich jetzt in diesem Haus bin, schon sehr oft debattiert. Es wird Ihnen/Euch aufgefallen sein, dass ich eine brennende Verfechterin und ein großer Fan dieser Regional-Stadtbahn, die das Mühlviertel mit dem Linzer Zentralraum und darüber hinaus verbindet. Ich finde, es ist was Großartiges gelungen. Also auch hier und ich weiß, dass der Weg bis dorthin ein sehr schwieriger war und gerade am Schluss, gerade diese Verhandlungen, die die Finanzierung anbelangen zwischen der Stadt Linz und dem Land Oberösterreich, waren sehr schwierig. Das ist auch bei einem Projekt, das in dieser Komplexität ist, nicht verwunderlich. Manchmal braucht es auch, so wie beim dem, wir haben vorher gerade ein sehr bahnbrechendes Gesetz beschlossen, eine Novelle, auch bei solchen Mehrjahresverpflichtungen ist das nur legitim, dass man sich natürlich mit den unterschiedlichen Zugängen, die man zum Öffentlichen Verkehr hat, zur Klimawende, zur Verkehrswende immer wieder ringt um die beste Lösung. Das braucht Zeit.

Eines möchte ich schon noch betonen, der Dank ist natürlich nicht nur allen Beteiligten, die im Land damit beschäftigt waren, die in der Stadt damit beschäftigt waren, die geplant haben, die uns informiert haben, die schon sehr lange daran arbeiten und auch den politischen Verantwortlichen natürlich auch. Wir haben heute schon sehr oft über unsere

Verkehrsministerin gesprochen, Leonore Gewessler, auch ohne sie wäre das nicht möglich gewesen in dieser Art und Weise, weil das muss man schon einmal sagen, wenn man von Schienenprojekten und von der Verkehrswende und von Prioritätensetzung in unseren Budgets, sprich in Steuergeldern denkt, dann ist das das erste Regional-Stadtbahn-Projekt, das außerhalb von Wien überhaupt mit Bundesmitteln finanziert wurde, und das mit 50 Prozent. Da darf man auch einmal von allen anderen Fraktionen danke sagen. (Beifall)

Ja, danke, und das war es eigentlich schon. Ich habe heute sehr viel gesprochen. Ich freue mich, wenn wir jetzt auch diesen Beschluss hier im Landtag fällen, weil dann ist die wichtigste Grundlage gemacht. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Ich hätte schon gern noch einen Dank!“) Nein, also ich probiere es, also wenn noch was gewünscht ist, würde ich mir von diesem Haus, von allen Fraktionen ähnlich gleiche Leidenschaft in vielen öffentlichen Verkehrsprojekten wünschen, und manchmal ist es gar nicht so, dass wir so weit auseinander sind, auch was den Straßenbau anbelangt zum Beispiel.

Man kann Prioritäten anders setzen und wir sehen, wenn wir so große Öffi-Projekte haben, dann kann man durchaus etwas zusammenbringen und wir haben heute auch etwas geschickt, dass wir uns noch einmal bemühen um die Summerauer Bahn. Auch dort wird es gute Ergebnisse irgendwann geben. Das hoffe ich schon, und ich darf ein großes Dankeschön von allen Mühlviertler Gemeinden ausrichten, deren regionale Abgeordnete ich ja auch bin, und ich weiß, dass von Engerwitzdorf bis nach Gallneukirchen auf der anderen Seite die Rohrbacher Gegend alle heute froh sind, wenn wir diesen Beschluss fassen. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Höglinger.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im Saal und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die Wichtigkeit und Relevanz der Regional-Stadtbahn und der Obusachse haben wir ja hier herinnen schon oft gesprochen. Ich werde mich deshalb zur Freude aller kurz halten. Auch wenn von mancher politischen Seite versucht worden ist, uns als SPÖ etwas anderes zu unterstellen, haben wir uns immer ganz klar und deutlich für die Umsetzung der vorliegenden Lösung ausgesprochen. Und wir haben auch immer gesagt, dass es beides braucht, die Regional-Stadtbahn für die Pendlerinnen und Pendler und den Verkehr in und aus der Stadt und die Obusse, um die Menschen in der Stadt schnell und komfortabel zu verteilen.

Aber ich möchte hier die manchmal untergriffige Diskussion, häufig ohne Faktenbasis und mit unnötigen Junktimierungen, nicht wieder hervorkramen. Es geht ja um sehr viel Geld, das ist angesprochen worden, und deshalb bedanke ich mich einmal mehr bei den konstruktiven Kräften, die in diesen natürlich schwierigen Verhandlungen, insbesondere bei Landeshauptmann Thomas Stelzer und Bürgermeister Klaus Luger, sich aufeinander zubewegt haben, um ein wahres Jahrhundertprojekt, auch das ist schon gesagt worden, möglich zu machen, die Basis gelegt haben für die Vereinbarung mit dem Bund.

Ich möchte mich auch bedanken bei der Betriebsratsinitiative rund um Thomas Eichlberger, die aufgezeigt hat, wie wichtig diese Projekte auch sind für die arbeitenden Menschen in Linz, die hier arbeiten und außerhalb wohnen. Und ich möchte mich auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der Initiative Pro Mühlkreisbahn rund um Bürgermeister Klaus Falkinger bedanken, die der Versuchung nicht erlegen sind, hier bei dem Thema parteipolitisches Kleingeld zu wechseln und eine starke Stimme für die Menschen im oberen Mühlviertel waren.

Der Dank gilt natürlich auch, ich habe es gesehen, dem Herrn Landesrat. Ja, du hast die politische und mediale Diskussion zur Regional-Stadtbahn in den letzten Jahren ja immer wieder belebt und mit deiner Konsequenz sichergestellt, dass die Regional-Stadtbahn nicht aus dem politischen Diskurs und der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet. Und weil ich schon beim Loben bin und beim letzten Mal an dieser Stelle die Ausschussvorsitzführung, das Wort kommt mir immer schwerer von den Lippen, vom Kollegen Handlos kritisiert habe, möchte ich ihm zur letzten Ausschusssitzung und zu seiner positiven Weiterentwicklung in der Sitzungsführung gratulieren und mich auch insbesondere bedanken, weil ich das sehr schätze, und das geht in Richtung Landesrat und Verwaltung, das sichtbare Bemühen, wenn es darum geht, umfangreichere und inhaltsvollere Amtsvorträge vorzulegen.

Mehr Lob gibt es heute nicht mehr. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „War eh schon ganz schön!“) In der Sache selbst sind wir alle froh, dass es diese Vereinbarung nun gibt, und wir stimmen der Mehrjahresverpflichtung natürlich auch mit Freude zu. Danke! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Handlos.

Abg. **Handlos:** Also nach dem Lob habe ich jetzt wirklich überlegt, ob ich meine Meldung nicht zurückziehe, weil ich wollte diesen tollen Moment einfach nicht zerstören. Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es noch kürzer machen. Die Wichtigkeit und Bedeutung der Regional-Stadtbahn Linz ist außer Frage gestellt, die Kombination Land Oberösterreich mit der Stadt Linz ist nicht immer friktionsfrei, aber ich sehe das sehr, sehr positiv, jeder versucht natürlich auf seiner Seite das bestmögliche herauszuholen, das ist auch legitim, von dem leben Verhandlungen. Und ich habe das am Rande ein bisschen mitbekommen, es waren sehr, sehr harte Verhandlungen, zuerst schon von unserem Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner mit den Verantwortlichen der Stadt Linz und dann ganz zum Schluss final zwischen unserem Landeshauptmann und Finanzreferenten und den Verantwortlichen der Stadt Linz und ich glaube, jedes Match war kein einfaches.

Als Ausschussvorsitzender darf ich mich sehr, sehr herzlich bedanken für die Einstimmigkeit im Ausschuss, und mir persönlich ist es wirklich wichtig zu betonen, dass man in Oberösterreich eines ganz klar sieht, wenn es notwendig ist und wenn es wirklich um etwas geht, dann halten trotzdem alle zusammen, und am Ende des Tages gibt es ein vernünftiges Ergebnis für die Leute da draußen, die Nutznießer sind von der ganzen Geschichte, ja und um das geht es. Für das sind wir alle miteinander da, jeder Einzelne von uns, dass wir für die Bürger in unserem Land etwas zusammenbringen. Wir alle sind ein Teil davon, ein herzliches Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Abschließende Wortmeldung kommt durch Landesrat Steinkellner.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, im Haus und in den Medien! Wieder ein Schritt, aber leider nur wieder ein Schritt und noch nicht das Ziel. Ich bedanke mich, dass dieser Weg gemeinsam gegangen wird und denke natürlich schon wieder an die weiteren Schritte, wiewohl zur Informationen jetzt ganz aktuell wird noch immer über die sogenannten Servitute als Musterservitut verhandelt. Manche Dinge sind hier wirklich sehr kompliziert, und man macht es sich manchmal bei unterschiedlichen Gebietskörperschaften schon auch sehr, sehr schwer, damit man weiterkommt, und gleichzeitig wird man als Verantwortungsträger immer aufgefordert, das schneller zu bewerkstelligen, weil es ja eh alle, wie gesagt wird, wollen, aber die Zugänge des Wollens sind nicht immer ganz einfach.

Was sind die nächsten so wesentlichen Schritte zum Erfolg? Da habe ich auch wirklich sehr gut mit der Frau Bundesministerin Gewessler zusammengearbeitet, im öffentlichen Bereich, im Verkehr haben wir durchaus einen sehr gemeinsamen Nenner, und der Klimalandesrat freut sich natürlich, weil das eine ziemlich effiziente Klimaschutzausgabe auch ist. Und, auch wenn es viel Geld kostet, hier wirklich die Menschen einen langfristigen Vorteil bekommen.

In Wahrheit ist das ein Generationenvertrag, weil wir bauen etwas, was, sie haben es ja gelesen im Entwurf, jetzt schon bei 840 Millionen Euro steht, und da haben wir aber noch gar nicht die Mühlkreisbahn in irgendeiner Form in Anspruch genommen, da haben wir die Zahlen von Gallneukirchen, Pregarten noch gar nicht dabei. Da haben wir die weiteren 50 Garnituren an Zügen noch nicht gekauft und den Betrieb mit einem Verkehrsdienstvertrag noch nicht abgesichert, also dieses hohe Haus wird nicht mit diesem Schritt das Auslangen finden, sondern es wird noch viel Geld benötigen, um das Gesamtsystem dann durchzufinanzieren.

Und das nächste ist einfach die Abstimmung mit dem Bund, wo es sehr gute Gespräche auf der Beamtenebene gibt. Und das Ziel ist es, einfach in den nächsten Monaten vor der Sommerpause des Parlaments die 15a-Vereinbarung mit dem Bund abzuschließen. Und um diesen Fristenlauf richtig für den Bund darzustellen, war es notwendig, dass wir heute diesen Beschluss fassen, der Linzer Gemeinderat im nächsten Gemeinderat seinen Beschluss fasst, damit man eine sogenannte koordinierte Vorgehensweise gegenüber dem Bund präsentieren kann, und dann ist endgültig der Bund dran mit einer 15a-Vereinbarung, wo einerseits die Frau Bundesministerin, andererseits auch der Finanzminister dem Parlament diesen Vertrag vorzulegen haben und am Ende des Tages der Nationalrat diese Summen auch beschließen wird müssen, damit wir eine Absicherung der Finanzierung haben.

Das heißt, danke für die Begleitung dieses Schrittes, und ich bitte Sie weiter um Unterstützung, auf dem Weg konsequent weiter mit mir zu gehen, um dieses Ziel zu erreichen, um unseren Pendlerinnen und Pendlern in Oberösterreich ein attraktives neues, modernes öffentliches Verkehrsmittel anzubieten. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage im 759/2024, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung infolge der Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Projekte Regional-Stadtbahn Linz sowie Obusachse Linz, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 764/2024. Das ist der Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der Österreichischen Gesundheitskasse. Ich bitte Präsident Peter Binder über die Beilage zu berichten. Er macht das prompt.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Beilage 764/2024, Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 764/2024.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Pflicht der ÖGK, einen Jahresvoranschlag und eine rollierende Gebarungsvorschaurechnung für jedes Bundesland zu erstellen, wieder einzuführen.

Präsident: Ich eröffne über diese Beilage die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 764/2024, Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Rücklagen in der ÖGK, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 765/2024. Das ist der Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes. Ich bitte Klubobmann Eypeltauer zu berichten.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Beilage 765/2024, Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 765/2024.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, die Geltungsdauer des Bundesgesetzes über die befristete Gewährung von Förderungen für Unternehmen in Sektoren, die aufgrund erheblich gestiegener Strompreiskosten besonders belastet sind (Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz 2022, SAG 2022) bis zum Jahr 2030 zu verlängern.

Präsident: Danke! Ich eröffne zu dieser Beilage die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage sind 765/2024, Initiativantrag betreffend Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 768/2024. Das ist der Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung. Ich bitte Abgeordneten Stanek zu berichten.

Abg. **Stanek:** Beilage 768/2024, Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 768/2024.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Erarbeitung eines Konzeptes einzusetzen, mit dem die Anreize für illegale Migration und Schlepperkriminalität durch die flächendeckende und einheitliche Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung reduziert werden.

Präsident: Ich eröffne dazu die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 768/2024, Initiativantrag betreffend die flächendeckende Einführung einer Sachleistungskarte in der Grundversorgung, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 770/2024. Das ist der Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauer Bahn und der Pyhrn Bahn in die europäischen TEN-T-Kernetze. Ich bitte Abgeordneten Handlos zu berichten.

Abg. **Handlos:** Beilage 770/2024, Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauer Bahn und der Pyhrn Bahn in die europäischen TEN-T-Kernetze.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 770/2024.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 einzusetzen. Weiters wird die Oö. Landesregierung ersucht, sich bei der Bundesregierung für die Aufnahme sowohl der Summerauer Bahn als auch der Pyhrn Bahn in das europäischen TEN-T-Kernetz durch die zuständigen EU-Gremien und Behörden einzusetzen, um die wirtschaftliche Vernetzung Europas zu stärken.

Präsident: Ich eröffne über diese Beilage die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 770/2024, Initiativantrag betreffend die Aufnahme der Summerauer Bahn in das Zielnetz 2040 und die Aufnahme der Summerauer Bahn und der Pyhrn Bahn in die europäischen TEN-T-Kernetze, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 771/2024. Das ist Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen. Ich bitte Abgeordneten Kroiß zu berichten.

Abg. **Kroiß:** Beilage 771/2024, Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 771/2024.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass es zu keiner Abschaffung des Pendlerpauschales und des Dieselprivilegs kommen wird sowie die Pendlerentlastungen weiterentwickelt und verbessert werden.

Präsident: Ich eröffne über diese Beilage die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Beilage 771/2024, Initiativantrag betreffend die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Pendlerentlastungen, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Dies ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Beilage 774/2024. Das ist die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“). Ich bitte Klubobmann Dörfel zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 774/2024, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung

der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 774/2024.)

Die Oö. Landesregierung beantragt, der Oö. Landtag möge 1. diese Regierungsvorlage gemäß § 25 Abs. 5 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zur Vorberatung zuweisen sowie 2. den Abschluss der aus der Subbeilage 1 ersichtlichen Vereinbarung samt den aus der Subbeilage 2 ersichtlichen Anhängen zur Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“) gemäß Art. 56 Abs. 4 Oö. L-VG genehmigen.

Präsident: Ich eröffne über diese Beilage die Wechselrede, wobei niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 774/2024, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Finanzierung der flächendeckenden und bedarfsgerechten Bereitstellung von Frühen Hilfen in Österreich („Frühe-Hilfen-Vereinbarung“), zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 780/2024, Initiativantrag betreffend die Einführung einer Unvereinbarkeitsregelung für die Personalunion Bürgermeister/innen und Amtsleiter/innen, Beilage 785/2024, Initiativantrag betreffend Berechnung und offener Ausweis der Pensionsrückstellungen. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 781/2024, Initiativantrag betreffend Erweiterung des Nationalparks Kalkalpen. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bauen und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 782/2024, Initiativantrag betreffend Sektorale Treibhausgas-Reduktionsziele für Oberösterreich. Diese Beilage wird dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 783/2024, Initiativantrag betreffend Information des Landtags über die Ergebnisse der Landeshauptleutekonferenzen. Diese Beilage wird dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 784/2024, Initiativantrag betreffend Sicherung des Unfallkrankenhauses Linz und Kooperation im Rahmen der Gesundheitsfondsfinanzierung. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen.

Damit, meine Damen und Herren, ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft und die Sitzung geschlossen.

(Ende der Sitzung: 18.00 Uhr)